DER SPIEGEL



DIE SCHULDEN FALLE

Wie viel Griechenland können wir uns noch leisten?

PRINTED IN GERMANY

Österreich € 4,10
Schweiz sfr 7,10

BeNeLux € 4,30
Dänemark dkr 41,–
Finnland € 6,40
Frankreich € 4,90

Griechenland € 5,50
Großbritannien € 4,50
Hongkong HK$ 75,–
Italien € 4,90

Japan (inkl. tax) Yen 1.628,–
Malta € 5,40
Norwegen NOK 57,–
Polen (ISSN 00387452) Zl 25,–

Portugal (cont.) € 4,90
Schweden skr 58,–
Slowakei € 6,10
Slowenien € 5,10

Spanien € 4,90
Spanien / Kanaren € 5,10
Thailand Baht 430,–
Tschech. Republik Kc 170,–

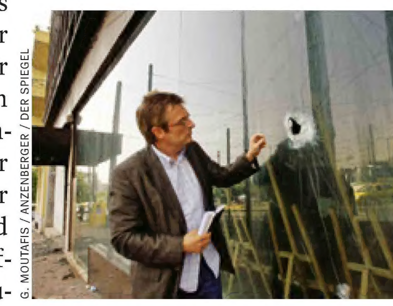
Türkei TL 13,–
Ungarn Ft 1.500,–

www.spiegel.de

Hausmitteilung

10. Mai 2010 Betr.: Titel, Henri-Nannen-Preis, Oberammergau, SPIEGEL-Buch

Wie man Banken in Brand steckt, beobachteten SPIEGEL-Mitarbeiter in der vergangenen Woche in Athen aus nächster Nähe. Demonstranten schlugen erst mit Spitzhacken kleine Löcher ins dicke Panzerglas und steckten dann Molotowcocktails hindurch. In der Marfin-Bank starben drei Angestellte, vier wurden schwer verletzt. „Nach vielen Besuchen in den letzten Wochen werde ich immer skeptischer, dass Griechenland die Wende schaffen kann", sagt Redakteur Manfred Ertel, 59, der mit seinem Kollegen Jan Fleischhauer, 48, die Lage vor Ort sondierte. Die Zukunftsaussichten des Landes und das Risiko für die deutsche Industrie analysieren Wolfgang Reuter, 44, und ein Team von SPIEGEL-Redakteuren. Dirk Kurbjuweit, 47, beschreibt gemeinsam mit Kollegen das Duell, das Politiker und Vertreter der Finanzindustrie um die Rettung des Euro austragen. In die geheime Welt der Investoren drang SPIEGEL-Reporter Ullrich Fichtner, 45, vor. Er sprach, unter anderem, mit Investmentbankern und Hedgefonds-Managern (Seiten 18, 52, 66).


G. MOUTAFIS / ANZENBERGER / DER SPIEGEL

Ertel in Athen

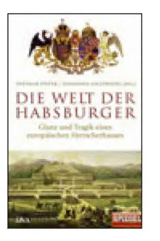

MALTE CHRISTIANS / DPA

Dahlkamp, Latsch, Schmitt

In zahlreichen Artikeln haben drei SPIEGEL-Redakteure im vergangenen Jahr die „Middelhoff-Oppenheim-Esch-Connection" aufgedeckt: fragwürdige Geschäftsbeziehungen zwischen dem langjährigen Arcandor-Chef Thomas Middelhoff, seinem alten Geschäftspartner Josef Esch und der Bank Sal. Oppenheim. Nie ließen die Journalisten locker, immer wieder deckten sie neue Merkwürdigkeiten und Machenschaften auf. Die Jury des Henri-Nannen-Preises, benannt nach dem Hamburger Verleger, erkannte darin die „beste investigative Leistung" des Jahres 2009. Am vergangenen Freitag nahmen die Redakteure Jürgen Dahlkamp, 45, Gunther Latsch, 50, und Jörg Schmitt, 42, den renommierten Preis entgegen.

Die Bewohner Oberammergaus legten im 17. Jahrhundert ein Gelübde ab. Sie versprachen Gott, fortan das Leiden und die Auferstehung Christi nachzuspielen, sollte er ihren Ort vor der Pest bewahren. Sie blieben verschont, und seitdem spielen sie, in jedem zehnten Jahr jedenfalls. Anno 2010 hat SPIEGEL-Reporterin Katja Thimm, 41, über Monate die Vorbereitungen in dem Dorf verfolgt. Die Einwohner stritten heftig darum, wie man heute die Bibel auf die Bühne bringt, in mehreren Bürgerentscheiden stimmten sie über Regisseur Christian Stückl und seine modernen Ideen ab. „Es ist ein Gemeinwesen, in dem alle Bewohner ein gemeinsames Thema haben", sagt Thimm. „Das hält, trotz allen Streits, dieses Dorf auch zusammen." Die Premiere findet am kommenden Samstag statt (Seite 112).

Sie haben Amerika erobert – und Europa wie kaum eine andere Dynastie geprägt. Die Habsburger, ein einfaches Grafengeschlecht aus dem Aargau, stiegen zu Herrschern über weite Teile des Kontinents auf. Glanz und Tragik der mächtigen Familie beschreiben SPIEGEL-Autoren und renommierte Wissenschaftler in einem neuen SPIEGEL-Buch, herausgegeben von Dietmar Pieper, 46, und Johannes Saltzwedel, 47: „Die Welt der Habsburger" (DVA, 19,95 Euro).



In diesem Heft



MICHAEL SOHN / AP

Europas Domino-Krise

Seiten 18, 52, 66, 70, 73

Die Schuldenkrise Griechenlands hat nicht nur die Nachbarn der Euro-Zone erreicht. Die versprochenen Finanzhilfen beruhigten die Weltbörsen nur kurz. Und noch immer sind viele Fragen offen: Kann die hellenische Wirtschaft den gewaltigen Schuldenberg des Staates überhaupt abtragen? Welche Rolle spielen Banken, Fonds und Spekulanten im großen Krisen-Domino? Welche Staaten wackeln als Nächstes? Und welche Belastungen muss Deutschland noch schultern?

Minister ohne Fortune

Seite 24

Rainer Brüderle agiert glücklos in der Krise. Das Ansehen des Wirtschaftsministers ist gering, sein Einfluss klein. Ein Thema, mit dem er sich profilieren könnte, hat er bislang nicht gefunden. Am Fall Opel könnte sich nun sein Schicksal entscheiden.

Hamburgs Jagd auf Autobrandstifter

Seite 39

Seit Wochen werden die gediegenen Wohnviertel in Hamburg von Autobrandstiftern heimgesucht. Bürgermeister Ole von Beust schickt nun jede Nacht 100 Zivilpolizisten auf Täterjagd. Doch immer wieder gehen Autos in Flammen auf.



Schick (M.)

HARALD OPPITZ / KNA-BILD

Ruf nach Erneuerung

Seite 33

Der liberale Bamberger Erzbischof Schick fordert Reformen und stellt den Zölibat in Frage: „Ich wäre dafür, dass man darüber nachdenkt“, sagt er im SPIEGEL-Gespräch.



JOHN KOLESIDIS / REUTERS

Milliardengrab Afghanistan?

Seite 94

Die Milliardenhilfe aus dem Westen kommt bei vielen Afghanen nicht an. Korrupte Warlords versetzen die Landbewohner in Angst und Schrecken. Nur in den großen Städten hat der Wiederaufbau das Leben erträglicher gemacht.

Riskante Tiefflüge über Deutschland

Seite 132

Unter dem Druck der Airlines wurden während des Vulkanasche-Alarms Sichtflüge erlaubt. Niedrighängende Wolken zwangen die Crews dabei zu riskanten Tiefflügen über Deutschland. Piloten und Fluglotsen halten solche Manöver für zu gefährlich.

Box-Manager aus dem Milieu

Seite 104

Der Promoter Ahmet Öner lässt kein Halbwelt-Klischee aus, er prügelt sich bei Kampfabenden, pöbelt gegen Konkurrenten. Sein Image in der Box-Branche habe er akzeptiert, sagt Öner im SPIEGEL-Gespräch: „Ich bin eben der Outlaw.“

Öner


PUBLIC ADDRESS

Ausland

Sport

Kultur

Wissenschaft · Technik

Medien

Titelbild: Illustration Christoph Niemann für den SPIEGEL; Foto auf dem Hamburg-Umklapper: TV News Kontor



SPIEGEL-Titel 18/2010

„Sind wir nicht alle ein bisschen Griechenland? Alle Staatskassen sind so hoch verschuldet, dass diese Schulden nie zurückgezahlt werden können. Es reicht den Gläubigern aus, dass die Zinsen bedient werden – meist durch Aufnahme neuer Schulden. Finanzmathematisch könnte man sich dem Unendlichen nähern – da die Finanzmärkte jedoch immer noch mit der Realwirtschaft zusammenhängen, kommt es wegen der dort geltenden Endlichkeit zu massiven Problemen.“

Volker Freystedt aus München zum Titel „Euroland, abgebrannt – Ein Kontinent auf dem Weg in die Pleite“

Mächtig in die Suppe gespuckt

Nr. 18/2010, Titel: Euroland, abgebrannt – Ein Kontinent auf dem Weg in die Pleite

Wir füttern die Haie der Finanzmärkte mit immer neuen Leckerbissen. Diesen gordischen Knoten kriegen wir nicht mehr gelöst, so dass hohe Kapitalrenditen ohne Wertschöpfung die Investitionsdynamik der Volkswirtschaften aushöhlen. Erst eine brachiale Krise wird die Legitimation für grundlegende Veränderungen schaffen. Sobald die europäischen Sozialsysteme nicht mehr finanzierbar sind, wird sich zeigen, ob Europa die Kraft hat, sich neu zu erfinden.

Berlin — Hartwig Schulte-Loh

Warum Euro nach Athen tragen, wo sie erst einmal in ein tiefes Loch fallen? Das hat der SPIEGEL sehr schön herausgearbeitet: Die Gangster haben uns nicht nur belogen und betrogen, sie erpressen uns. Wenn wir den Zaster heute nicht herausrücken, stecken wir morgen unweigerlich selbst im Abwärtsstrudel.

Verl (Nrdrh.-Westf.) — Prof. Dr. Egbert Daum

Wie können Sie nur eine solch unsachliche und völlig destruktive Meinung zur Euro-Krise als Headline auf die Titelseite bringen? Erstens ist das Euroland nicht abgebrannt, und zweitens ist Europa nicht auf dem Weg in die Pleite. Anstatt den Lesern Mut zu machen, üben Sie sich in klassischer Brunnenvergiftung.

Meerbusch (Nrdrh.-Westf.) — Carl H. Leimbach

Sind die Schlussfolgerungen nicht allzu schlicht? Die Koalition hat nicht der wohlfeilen und naiven Forderung nach sofortiger Hilfszusage nachgegeben. Stattdessen hat sie mit Nervenstärke und Standhaftigkeit das bestmögliche Ergebnis erzielt. Oder glaubt jemand im Ernst, die Gemeinschaft der Euroländer oder gar Deutschland allein hätte die Sparanstrengungen und Auflagen in Griechenland durchsetzen können, die nun unter der neutralen Führung des IWF erreicht worden sind?

Meerbusch (Nrdrh.-Westf.) — Tilo Dilthey

Dem griechischen Volk und dem deutschen sollte erklärt werden, dass hier ein Volk dem anderen hilft. Weniger dem korrupten Staat. Deshalb muss darauf geachtet werden, dass die Hilfe auch im Volk ankommt. Etwas mehr Empathie würde ich mir wünschen.

Eyendorf (Nieders.) — D. Hagel



Louisa Gouliamaki / AFP

Demonstration in Athen
Belogen, betrogen, erpresst

Um der „politischen Optik“ wegen wurden beide Augen zugedrückt und Länder wie Griechenland aufgenommen, die schon bei der Aufnahme die Stabilitätskriterien nicht erfüllt haben. Um dieses Desaster nicht noch zu vergrößern, muss die Aufnahme neuer Länder in die Europäische Union sofort und so lange gestoppt werden, bis die kranken Mitglieder wieder auf gesunden Beinen stehen.

Augsburg — Guido Immler

Die Angreifer in diesem Krieg entstammen dem Dollar-Raum, angegriffen wird der Euro-Raum: Die Truppen sind die US-Finanzkonzerne, Hedgefonds, Rating-Agenturen et cetera, die gezielt gegen die kränkelnde griechische Volkswirtschaft „wetten“ und damit den Euro ins Visier nehmen. Denn der Euro ist bekanntermaßen die Konkurrenz zum Dollar und spuckt der amerikanischen weltweiten Finanzhegemonie als Leitwährung mächtig in die Suppe. Neben der Profitgier dieser Akteure liegen diesem Treiben also auch andere Motive zugrunde.

Düsseldorf — Hannes Hase-Bergen

Da deregulieren die Regierungen der führenden Industrienationen Europas ihre Finanz- und Bankgesetze, errichten daraus Spielcasinos und wundern sich, wenn Finanzhasardeure professionell, äußerst geschickt und skrupellos selbst gegen Staaten zu ihren Gunsten spielen. Für Folgeschäden soll die Allgemeinheit aufkommen. Müsste man nicht die neu entstandenen Spekulations- und Wettcasinos schließen, bevor man die Rettung bankrotter staatlicher Finanzsysteme in Angriff nimmt?

Schwabmünchen (Bayern) — Josef Gegenfurtner

Nachdem Griechenland die seit einem Jahrzehnt gegebene Möglichkeit der billigen Finanzierung durch den Euro eben leider nicht zum Umbau seiner hinterherhinkenden Wirtschaft genutzt hat, sondern in reinem Konsum schwelgte, ist es auch jetzt und in Zukunft nicht fähig, seiner Bevölkerung durch eigene Wirtschaftsleistung den Lebensstandard zu bieten, den die Griechen als Mitglied der EU inzwischen selbstverständlich fordern.

Stuttgart — Maria Arenz

Bitter schmeckende Realität

Nr. 17/2010, Kommentar von Barbara Supp: Der sinnlose Krieg; Nr. 18/2010, Kommentar von Matthias Matussek: Deutsche Soldaten kämpfen einen gerechten Krieg

Die Deutschen wollen diesen Krieg nicht. Er ist nicht zu gewinnen. Das sind die Fakten, an die sich die Regierung vielleicht mal erinnern sollte. Zu ihrem Glück sind die Deutschen derzeit noch ein solch langmütiges Volk. Vielen Dank für diesen wertvollen und stimmigen Beitrag von Frau Supp.

Neulingen (Bad.-Württ.) — Frank Chojinski

Diskutieren Sie auf SPIEGEL ONLINE

- **Titel** Wird Deutschland von der Griechenland-Krise erfasst? *www.spiegel.de/forum/Griechen*
- **Afghanistan** Kann der Aufbau einer Zivilgesellschaft am Hindukusch gelingen? *www.spiegel.de/forum/Hindukusch*
- **Pädagogik** Ist Rudolf Steiners Anthroposophie noch zeitgemäß? *www.spiegel.de/forum/Anthroposophie*



Frau Supp hat emotional recht. Außerdem ist der Krieg der Nato beziehungsweise der Uno in Afghanistan nicht zu gewinnen. Seit 2002 operiert al-Qaida von dort nicht mehr, und seit Zerstörung ihrer Ausbildungslager durch die US-Luftwaffe hat die Nato dort jede völkerrechtliche Legitimation verloren. Die Begründung der Bundesregierung, al-Qaida müsse daran gehindert werden, zurückzukehren, setzt die Legitimität vorbeugender Angriffskriege voraus. Dies ist jedoch völkerrechtswidrig. Deshalb muss die Bundeswehr möglichst schnell zurückkehren.



BERLIN DR. TILMAN FICHTER

Supps Sichtweise ist eine rein idealistische. Keiner ernstzunehmenden Analyse aber kann erspart bleiben, Tatsachen einzuordnen. Deutschland kann weder seiner geografischen Lage noch seinem politischen Gewicht durch gutgemeinte Verweigerung einfach entkommen.

HAMBURG KLAUS MAY

Großartig! Frau Supp, Sie haben mir und vielen Freunden aus dem Herzen und dem Verstand gesprochen.

BERLIN FELIX HUBY

Wie sähe denn eine Alternative zur Verteidigung der Errungenschaften wie Wiederaufbau, Schulen, Rechtsstaatlichkeit aus? Rückfall in die Taliban-Herrschaft, Bürgerkrieg, Destabilisierung der Nachbarländer wie des Atomstaats Pakistan. Die Realität ist ein Gericht, das oft bitter schmeckt!

BRÜSSEL DANIEL KLEIN

Man verschone uns doch bitte mit den Ergüssen von Kriegsverharmlosern wie Matthias Matussek, denen natürlich auch das uralte Totschlagargument des Antiamerikanismus nicht zu schade ist, um ihre abenteuerlichen Rechtfertigungsversuche des Kriegs als Ersatz für eine kluge Außenpolitik loszuwerden.

BENSHEIM HANS MORGENTHALER

Auf eine klare Stellungnahme wie die von Matussek habe ich schon lange gewartet! Es sind unsere Töchter, Söhne, Schwestern, Brüder, Nichten und Neffen, die nach Afghanistan gegangen sind oder gehen, in vollem Bewusstsein, welche Gefahren sie erwarten – und dass sie ihr Leben verlieren können. Sie verdienen unsere uneingeschränkte Hochachtung und Unterstützung.

PADERBORN MANFRED SCHWARZ

Dank an Herrn Matussek für dieses erfrischende Bekenntnis. Die naive Gleichsetzung von Krieg mit verdammenswertem Unrecht mag zwar wunderbar bequem sein. Aber welche Menschenverachtung spricht denn aus jemandem, der mit dem Verweis, es könnte jemand zu Schaden kommen, den Schutz der dortigen Bevölkerung und auch des eigenen Wohnzimmers als quasi barbarischen Akt ablehnt?

HAMBURG MAXIMILIAN SCHAUF

Noch nie habe ich eine so stereotype Polemik im SPIEGEL gelesen wie die von Herrn Matussek. Nicht der Bürger schaut verschämt zur Seite, sondern die Politik.

BERLIN ALEXANDER POHL

Die Zeche zahlen

Nr. 17/2010, Kirche: Die zu Ende gegangene Regentschaft des Bischofs Mixa zeigt, wie die katholische Kirche Menschen einschüchtert

Es liegt nahe, dass die systematische Misshandlung von Kindern und auch die notorische Korruption im Bistum Augsburg nur deshalb so lange Bestand haben konnte, weil die katholische Kirche und ihr Bischof für Politik, Presse und Justiz im wahrsten Sinne des Wortes als sakrosankt galten. In der CSU genoss Mixa Heldenstatus. Er goutierte und prägte deren rückwärtsgewandte gesellschaftspolitische Vorstellungen. Insbesondere in der ultrakonservativen Paneuropaunion engagierte er sich aktiv, so auf Veranstaltungen, welche die Teilnehmer mit dem rechten Geist erfüllen sollten gegen den Kulturrelativismus der Roten und Liberalen, der Städter, der Muslime, der Homosexuellen.

SCHWABACH PHILIPP FRHR. V. BRANDENSTEIN

Das Foto von Bischof Mixa ist vielsagend. Wir sehen einen Kirchenfürsten, umgeben von wertvollen Antiquitäten, der sich wohl die Feudalzeit zurückwünscht. Er ist ja nur einer der deutschen Bischöfe, die in ähnlichen Verhältnissen residieren. In Bayern werden sie vom Staat, also den Steuerzahlern, bezahlt, auch von den aus der Kirche ausgetretenen.

POTTENSTEIN (BAYERN) JOACHIM SCHULTZ



PETER SCHINZLER

Bischof Mixa in seinem Amtszimmer 2009
Im wahrsten Sinne sakrosankt

Das eitle, arrogante Verhalten Mixas ist ein Schlag (eine „Watschn“) ins Gesicht der Katholiken, die mit Engagement und Demut in Sozialeinrichtungen tätig sind. Wenn Mixas Eskapaden Kirchenaustritte zur Folge haben, müssen sie die Zeche zahlen.

HANNOVER MATTHIAS BRODOWY

Konsequenz statt Verschärfung

Nr. 17/2010, Justiz: Innen- und Justizministerium sind sich uneins, wie Polizeibeamte besser gegen Übergriffe geschützt werden können

Es müssen wohl erst Event-Randalierer einen Polizisten totschlagen, damit der gerade am 1. Mai so offenkundigen Sinnlosigkeit von Gewalt und Zerstörungswut die strafrechtliche Stirn geboten wird.

MAISACH (BAYERN) MARCO GEIGER



ROBERT MICHAEL / MOMENTPHOTO.DE

Polizeieinsatz beim G-8-Gipfel in Rostock 2007
Lebensbedrohende Situation

Die „Lösung" für das Problem liegt nicht in verschärften Gesetzen, sondern in der konsequenten Anwendung des geltenden Rechts. In der Praxis zeigt sich sehr oft, dass sowohl Staatsanwälte als auch Richter Straftaten zum Nachteil von Polizeibeamten wegen „Geringfügigkeit" nicht weiter verfolgen, keine oder nur marginale Strafen verhängen. Doch der Pflasterstein kann den Arm streifen, er kann aber auch tödliche Verletzungen herbeiführen.

HENNEF (NRDRH.-WESTF.) DR. MANFRED REUTER
POLIZEIBEAMTER

Der Streit der Politiker, ob es einen eigenständigen Tatbestand geben oder ob der Strafrahmen erhöht werden soll, ist für uns Polizisten nur Augenwischerei. Bei uns in Berlin sind die eigentlichen Brandstifter (neben den „erlebnisorientierten 1.-Mai-Touristen") in dieser unhaltbaren, weil mittlerweile für uns leider lebensbedrohenden Situation der Senat sowie sein politischer Erfüllungsgehilfe, der Polizeipräsident. Mit der rigorosen Personaleinsparpolitik und der Einführung des „Berliner Modells" ist es so weit gekommen. Und leider ist es traurige Realität, dass Fürsorgepflicht für den Innensenator und den Polizeipräsidenten nur eine leere Worthülse ist.

NAME U. ANSCHRIFT SIND DER REDAKTION BEKANNT

Absolut unzutreffend

Nr. 18/2010, Rüstung: Strebt Brasilien nach der Atombombe?

Brasilien hat niemals Nuklearwaffen entwickelt, und es genügt dort nicht – anders als es in den Ausführungen von Dr. Hans Rühle, ehemaliger Leiter des Planungsstabs im Bundesverteidigungsministerium, heißt – ein Hinweis des Staats- und Regierungschefs, um die Verfassung nach Belieben zu verändern. Die Nationale Verteidigungsstrategie bekräftigt, dass sich Brasilien aufgrund des Verfassungsgebots und internationaler Verträge verpflichtet hat, die Atomenergie ausschließlich für friedliche Zwecke zu verwenden. Brasilien hat alle wichtigen Verträge und Abkommen zu atomarer Abrüstung und nuklearer Nichtverbreitung angenommen und erfüllt alle sich daraus ergebenden Verpflichtungen. Alle 25 brasilianischen Nukleareinrichtungen sind den Überwachungsmaßnahmen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) unterworfen. Die Behauptung, den Inspekteuren der IAEA sei der Zugang zu den Produktionsstätten für nukleare U-Boote nicht mehr möglich, ist so absolut unzutreffend. Alleiniges Anliegen ist es, die Verfügbarkeit nuklearer Technologie zur ausschließlich friedlichen Nutzung im Dienste der wirtschaftlichen, sozialen und technischen Entwicklung Brasiliens sicherzustellen.

BERLIN EVERTON VIERIRA VARGAS
BRASILIANISCHER BOTSCHAFTER

Mutwillige Blockade

Nr. 17/2010, Parteien: SPIEGEL-Gespräch mit den Ex-Spitzenpolitikern Wolfgang Clement und Friedrich Merz über die Schwächen des Föderalismus

Bravo, wie schnörkellos die beiden die Probleme benennen und deren zwar schmerzhafte, aber doch selbstverständliche Lösungen vorstellen. Es ist bezeichnend und beschämend, dass gerade solche Politiker von ihren Parteien abgestraft werden.

ÜBERLINGEN (BAD.-WÜRTT.) DR. THOMAS MÜLLER



MAURICE WEISS / DER SPIEGEL

Ex-Spitzenpolitiker Clement, Merz
Schmerzhafte Lösungen

Was Clement und Merz zum Föderalismus sagen, ist absolut richtig. Die Zuständigkeiten von Bund und Ländern sind mittlerweile so verworren, dass keine Seite mehr richtig arbeiten kann; ein Dauerwahlkampf lähmt das Land, und vor allem werden im Bundesrat regelmäßig dringend notwendige Reformen mutwillig blockiert. Leider machten die beiden keinen konkreten Vorschlag, wie diesen unhaltbaren Zuständen abzuhelfen sei.

BERNAU AM CHIEMSEE FERDINAND HINKE

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt und auch elektronisch zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: leserbriefe@spiegel.de

GOTTESKRIEGER

Tod in Waziristan

Offenbar ist in Pakistan ein weiterer militanter Islamist aus Deutschland bei Kämpfen getötet worden. Der Berliner Danny R., 21, war erst am 2. September 2009 zusammen mit einem Gesinnungsgenossen über Istanbul nach Pakistan gereist und hatte sich dort einer Gruppe Aufständischer angeschlossen. Er starb nach Erkenntnissen deutscher Sicherheitsbehörden vor wenigen Tagen in Waziristan, im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet. Der in Berlin geborene junge Mann, der am 1. Mai 22 Jahre alt geworden wäre und die niederländische Staatsangehörigkeit besaß, hatte sich nach seinem Übertritt zum Islam „Elias" genannt und gehörte zu einer Gruppe radikaler Muslime, die von Berlin aus in den „Heiligen Krieg" ziehen wollten. Zeitweilig spielte er beim BFC Alemannia 1890 Fußball, ehe er plötzlich verschwand. Die Behörden prüfen derzeit, ob Danny R. Ende April zusammen mit dem Saarländer Eric Breininger und dem in Salzgitter geborenen Ahmet M. ums Leben kam. Nach Angaben von Weggefährten waren insgesamt vier Dschihadisten in einem Auto in der Nähe der pakistanischen Stadt Mir Ali unterwegs, als Soldaten der Armee sie stoppten und bei dem anschließenden Feuergefecht erschossen. Nur wenige Tage später wurden im Internet die angeblichen Memoiren von Breininger veröffentlicht, in denen er seine Konversion und die Verwandlung in einen glühenden Islamisten beschreibt. Deutsche Sicherheitsbehörden, die das Werk für authentisch halten, beobachten nun die Wirkung auf die islamistische Szene in Deutschland: Schrecken die Todesnachrichten mögliche Nachahmer ab? Oder üben die Kriegsberichte eine Faszination aus, die weitere Freiwillige anzieht? Allein aus Berlin hatten sich im vergangenen September neben Danny R. und seiner Frau zwei weitere junge Paare nach Waziristan abgesetzt (SPIEGEL 14/2010). Damit sind in den vergangenen Jahren mindestens sechs militante Islamisten aus Deutschland am Hindukusch ums Leben gekommen.


REUTERS


DPA

Pakistanische Soldaten in Waziristan, Breininger 2008

STEUERREFORM

Koch gegen Merkel

In der Union ist ein neuerlicher Konflikt über den Kurs in der Steuerpolitik entbrannt. Hessens Ministerpräsident Roland Koch forderte bei einem Treffen der Unionsregierungschefs mit Bundeskanzlerin Angela Merkel am vergangenen Donnerstagabend in Berlin, die Bundesregierung müsse definitiv erklären, dass in dieser Legislaturperiode Steuersenkungen nicht mehr möglich seien. Angesichts der großen Haushaltslöcher sei dies ein Gebot der Ehrlichkeit gegenüber den Bürgern, sagte Koch nach Angaben von Teilnehmern in der Runde. Neben Koch wiesen auch der saarländische Ministerpräsident Peter Müller und dessen schleswig-holsteinischer Kollege Peter Harry Carstensen auf die extrem angespannte Lage in ihren Landeshaushalten hin. Kanzlerin Merkel dagegen lehnte es ab, weiteren Steuersenkungen eine endgültige Absage zu erteilen. Ein solcher Schritt würde einen offenen Affront gegenüber dem Koalitionspartner FDP darstellen, der immer noch auf Entlastungen für die Bürger beharrt. Streitpunkt in der Runde war auch das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel, bis 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung auszugeben. Koch stellte in der Runde in Frage, ob sich ein solches Projekt angesichts neuerlicher Steuerausfälle noch halten lasse. Dies wurde auch als Angriff auf Angela Merkel gewertet, die die Erhöhung der Bildungsausgaben zu einem zentralen Thema der schwarz-gelben Koalition erklärt hatte.

KIRCHE

Spitzname „Monsi“



DANIEL BISKUP / BOEHMEDIA

Mixa

Nachdem die Ingolstädter Staatsanwaltschaft Vorermittlungen wegen sexuellen Missbrauchs eines Minderjährigen aufgenommen hat, sind weitere belastende Details über den bisherigen Augsburger Bischof Walter Mixa, 69, bekanntgeworden. So soll Mixa in seiner Zeit als Bischof von Eichstätt häufig junge Seminaristen des Priesterseminars „Collegium Willibaldinum“ mit in seine Privaträume im Bischofshaus eingeladen und mit ihnen gemeinsame Saunabesuche unternommen haben. Der Geistliche, der für eine Stellungnahme nicht zu erreichen war und über seinen Augsburger Anwalt die Vorwürfe „mit aller Entschiedenheit“ zurückweisen ließ, soll, so heißt es in Kirchenkreisen, homosexuelle Neigungen gehabt haben. In der Szene wurde über seinen Spitznamen „Monsi“– abgeleitet von Monsignore – gespottet. Schon seit längerem hatte auch im Kirchenmilieu darüber Verwunderung geherrscht, wie es Mixa gelang, auffallend viele junge Männer in seine Priesterseminare zu locken, selbst solche, die in anderen Bistümern als ungeeignet abgelehnt worden waren. Mixa, von 1996 bis 2005 Bischof in Eichstätt, hatte in öffentlichen Appellen jungen Seminaristen geraten, „auf sexuelle Kontakte, sei es mit Andersgeschlechtlichen oder Gleichgeschlechtlichen, zu verzichten“. Überdies hatte Mixa wiederholt die Lesben- und Schwulenparade „Christopher Street Day“ und Lebensgemeinschaften von Schwulen und Lesben kritisiert. Mixas mögliche sexuelle Verfehlungen sollen vorvergangene Woche bereits beim Gespräch zwischen dem Papst und drei ranghohen deutschen Kirchenvertretern in Rom eine Rolle gespielt haben, da man innerhalb der Augsburger Kirche offenbar schon länger darüber Bescheid wusste.

EUROPA

„Notwendiges Paket“

Der Bundestagsabgeordnete und hessische SPD-Generalsekretär Michael Roth, 39, über seine Entscheidung, gegen die Mehrheit seiner Fraktion für die Griechenland-Hilfen zu stimmen

SPIEGEL: Sie haben als einer von vier SPD-Abgeordneten für die Griechenland-Hilfen gestimmt. Warum?

Roth: Für mich war das eine ganz nüchterne Abwägung, was für Europa in dieser dramatischen Lage besser ist: als Oppositionspartei ein leider vergebliches Zeichen für eine weitreichende Regulierung des Finanzmarkts zu setzen, oder sich aus Solidarität mit Griechenland und der EU, aber auch aus wirtschaftlicher Vernunft klar hinter ein notwendiges Hilfspaket zu stellen.



PICTURE-ALLIANCE / DPA

Roth

SPIEGEL: Sie haben sich für das Zweite entschieden.

Roth: Weil ich es aus meiner europapolitischen Überzeugung heraus für sinnvoll halte, sich jetzt zu diesem schwierigen Paket zu bekennen, das zudem in der Bevölkerung stark umstritten ist.

SPIEGEL: Der Rest der SPD-Fraktion besteht aus schlechten Europäern?

Roth: Es geht hier nicht um einen SPD-internen Wettbewerb, wer der beste Europäer ist. Mir ging es darum, trotz des desaströsen Krisenmanagements von Frau Merkel ein Zeichen zu setzen. Meine Fraktionskollegen halten die Hilfen ja auch für notwendig, sie haben nur eine andere Konsequenz gezogen.

SPIEGEL: Wie wird die Enthaltung der SPD in Griechenland und im restlichen Europa aufgenommen werden?

Roth: Zum einen wird deutlich: Mit Konservativen und Liberalen ist das internationale Finanzkapital nicht zu zügeln. Dafür braucht man Sozialdemokraten. Im Übrigen hat sich auch Sigmar Gabriel in seiner Rede zur europäischen Solidarität bekannt. Hoffentlich werden diese Sätze nicht nur in Griechenland, sondern auch im übrigen Europa verstanden.

SPIEGEL: Hat die Fraktionsspitze Druck auf Sie ausgeübt, sich der Mehrheitsmeinung anzuschließen?

Roth: Auf mich nicht. Es gab vor der Abstimmung ein Gespräch zwischen Frank-Walter Steinmeier und mir. Ich hatte den Eindruck, dass er meine Argumente zumindest nachvollziehen kann. Aber ich kann es ihm nicht übelnehmen, dass er sich als Fraktionsvorsitzender um einen geschlossenen Laden bemüht.

SPIEGEL: Am Ende war er nicht ganz geschlossen. Schadet das der SPD?

Roth: Einer Handvoll sozialdemokratischen Abgeordneten war das eindeutige Zeichen Richtung Griechenland und Europa wichtiger als das Bekenntnis, dass man sich aus der Opposition heraus um überfällige Regulierungsinstrumente bemüht hat. Da ist das notwendige Maß an Geschlossenheit gewährleistet. Und so etwas muss die Europapartei SPD auch aushalten können.

SPIEGEL: Hätten Sie sich dieses Signal Richtung Europa auch von Ihrer Fraktionsspitze gewünscht?

Roth: Ich habe dafür in der Fraktion geworben, muss aber anerkennen, dass die weit überwiegende Zahl meiner Fraktionskollegen das anders gesehen hat. Offensichtlich war ich nicht überzeugend genug.

LOHNDUMPING

TNT-Betriebsrat greift Ministerin an

Der Betriebsrat des Briefzustellers TNT Post in Hamburg will rechtlich gegen die neue niedersächsische Sozialministerin Aygül Özkan vorgehen. So soll der CDU-Politikerin die Behauptung untersagt werden, der Betriebsrat der Niederlassung sei „zu jeder Zeit partnerschaftlich“ in Tarifverhandlungen eingebunden worden. Hintergrund ist ein Streit um Arbeitsverträge, die Özkan im Jahre 2008 als Managerin des Postdienstleisters unterzeichnet hat. Nach Einschätzung des Arbeitsrechtlers Otto Ernst Kempen habe sie damit „Arbeitsverhältnisse am Rande der Legalität“ geschaffen (SPIEGEL 18/2010). Die Politikerin hatte dies als „absurd und haltlos“ zurückgewiesen. „Absurd ist höchstens die Äußerung von Frau Özkan“, sagt der Betriebsratsvorsitzende Gerhard Czerwinski, „wir wurden niemals in solche Verhandlungen eingebunden.“ Im Gegenteil habe sich der Betriebsrat dagegen gewehrt, als Özkan im Sommer 2008 die Beschäftigten dazu gedrängt habe, noch schlechtere Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Sie habe sich damals zwar auf eine Vereinbarung mit der kaum bekannten Christlichen Gewerkschaft Postservice und Telekommunikation berufen. Doch diese Organisation vertrete so gut wie keine Beschäftigten in Hamburg. Zudem prüft der Hamburger Rechtsanwalt Jan Michel Luckow für den Betriebsrat derzeit, ob die Gewerkschaft überhaupt berechtigt ist, solche Verträge abzuschließen.


CHRISTIAN CHARISIUS / REUTERS

Özkan

AFGHANISTAN

Rinder für die Opfer

Angehörige der zivilen Opfer des Luftschlags vom 4. September vergangenen Jahres bei Kunduz will die Bundeswehr individuell mit durchschnittlich 4000 Euro je Todesfall entschädigen. In den kommenden Wochen soll das deutsche Feldlager in der nordafghanischen Provinzmetropole eine Versammlung von Dorfältesten aus der betroffenen Region Chahar Darreh einberufen, an der auch Vertreter der afghanischen Menschenrechtsorganisation AIHRC und der Internationalen Organisation für Migration teilnehmen sollen. Während des Treffens sollen die Angehörigen der zivilen Opfer und die bei dem Angriff Verletzten identifiziert und schnellstmöglich entschädigt werden. Das Budget von insgesamt 400 000 Euro für die Wiedergutmachung, die als Leistung „ohne Anerkennung einer Rechtspflicht“ gezahlt werden soll, kann laut einer Weisung des Einsatzführungsstabs als „finanzielle Leistung, auch in Raten, oder als Sachleistung“ abgewickelt werden. Im Gespräch sind zum Beispiel der Ankauf von Rindern für die Opferfamilien. Das Bundesverteidigungsministerium hatte kürzlich Verhandlungen mit zwei Bremer Anwälten, die eigenen Angaben nach Angehörige von knapp 80 Opfern vertreten, wegen der ungeklärten Mandatslage abgebrochen. Die beiden Juristen drohen nun, die Bundeswehr auf Schadensersatz zu verklagen. Aus dem Chaos um die Entschädigung der Opfer des Luftschlags vom 4. September sollen Lehren gezogen werden. Vor allem wird von der Leitung des Verteidigungsministeriums moniert, dass das Feldlager nach dem fatalen Luftschlag auf zwei von den Taliban gekaperten Tanklaster mit bis zu 142 Toten nicht eigenständig die Identitäten von möglichen zivilen Opfern recherchiert hat. So traf die später über die Anwälte vorgebrachte Forderung das Ministerium unvorbereitet. Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) hat angeordnet, den nun beschlossenen Weg für die individuelle Wiedergutmachung möglichst noch in der ersten Jahreshälfte zu begehen.


Trauerfeier für Opfer des Kunduz-Luftschlags

AFP

NAHOST

Berlin wertet Palästinenser auf

Im Nahostkonflikt stärkt die Bundesregierung den Palästinensern den Rücken. In der kommenden Woche wird der palästinensische Premierminister Salam Fajad zusammen mit fünf seiner Minister zu zweitägigen Gesprächen in Berlin erwartet. Das erste Treffen des sogenannten deutsch-palästinensischen Lenkungsausschusses ist als Gegenstück zu den gemeinsamen deutsch-israelischen Kabinettssitzungen gedacht. Fajad und seine Minister wollen am Dienstag zunächst Gespräche mit Außenminister Guido Westerwelle und den deutschen Amtskollegen führen. Am Tag darauf empfängt Bundeskanzlerin Angela Merkel den palästinensischen Regierungschef im Kanzleramt.

Im Auswärtigen Amt hieß es, die Bundesregierung messe dem Treffen große Bedeutung bei. Die Palästinenser sollten beim Aufbau staatlicher Strukturen unterstützt werden. Diese seien ein zentraler Bestandteil einer Friedenslösung im Nahen Osten. Ebenso wie die Gespräche mit Israel soll auch der Lenkungsausschuss jährlich stattfinden. Das nächste Treffen ist im Westjordanland vorgesehen. Merkel war jüngst erstmals auf Distanz zu Israel gegangen. Die Ankündigung der Regierung von Benjamin Netanjahu, neue Wohneinheiten im annektierten Ost-Jerusalem zu bauen, nannte sie einen „schweren Rückschlag“ für den Friedensprozess. Auch persönlich hat Netanjahu die deutsche Kanzlerin verärgert, weil er ein vertrauliches Telefonat öffentlich als positiv darstellte.


Mai-Krawalle in Berlin

OLAF WAGNER / IMAGO

BUNDESPOLIZEI

Mehr Angriffe, mehr Verletzte

Im vergangenen Jahr hat es so viele Angriffe auf Bundespolizisten gegeben wie noch nie, seit solche Attacken im Jahr 2000 erstmals statistisch erfasst wurden. Nach einer Auswertung des Bundespolizeipräsidiums in Potsdam stieg die Zahl der angegriffenen Bundespolizisten im Jahresvergleich zu 2008 um 58 Prozent von 985 auf 1555 Beamte, die der Angreifer sogar um 65 Prozent, auf 1228 Personen. Dagegen hatte die Zahl der Täter in den drei Vorjahren stets konstant zwischen 700 und 800 gelegen. Besonders massiv ist die Zunahme bei den Verletzten: 462 Polizisten trugen Blessuren davon – das sind 130 Prozent mehr als 2008. Die meisten Übergriffe geschahen an Freitagen und Samstagen, häufig hatten die Täter getrunken. Auffällig ist, dass die Bundespolizei im vergangenen Jahr etwa ein Viertel der Angreifer nicht fassen konnte. Dazu passt, dass in der Statistik vor allem die Mai-Krawalle deutliche Spuren hinterlassen haben, bei denen viele Steinewerfer unerkannt entkommen konnten. „Die Polizei wird immer mehr zur Zielscheibe von Leuten, die ihren Frust und Hass abreagieren wollen", kommentiert der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei Konrad Freiberg, die Entwicklung, zwar würden Polizisten angegriffen, gemeint sei aber der Staat. „Dass die Gerechtigkeitslücke in unserer Gesellschaft zunimmt, bekommen die Beamten zu spüren", meint Freiberg, der den Innenpolitikern Ignoranz vorwirft. Die geplante Strafgesetzverschärfung bei Attacken auf Polizisten sei zwar zwingend erforderlich, reiche aber nicht an die Wurzeln des Problems heran.

ANSCHLÄGE

Spur zur FDJ

Nach der lange erfolglosen Fahndung nach linksextremistischen Brandstiftern in Berlin gerät nun eine obskure linke Organisation ins Visier der Ermittler, die „Freie Deutsche Jugend". Am vergangenen Mittwoch wurden zwei FDJ-Aktivisten aus Berlin vorläufig festgenommen, sie werden der Vorbereitung einer Sprengstoffexplosion verdächtigt. Die Männer wurden in einem Auto in der Nähe der früheren Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals bei Berlin aufgegriffen, deren Abriss von linken Aktivisten bekämpft wird. Ihr Autokennzeichen war manipuliert. Unweit ihres Wagens fand die Polizei reichlich Spiritus und Kohlenanzünder. Die Polizei vermutet, die Verdächtigen wollten Baufahrzeuge in Brand setzen. Bei einem der Festgenommenen handelt es sich um den FDJ-Aktivisten Ringo E., 31, der eine Protestkundgebung gegen den Abriss für den vergangenen Mittwoch angemeldet hatte. Der zweite verdächtige FDJ-Anhänger ist Publizist mit Spezialkenntnissen über Lenin. Beide propagieren den Klassenkampf und sind eng verbunden mit linksextremistischen Splittergruppen, Kontakte gibt es auch zu Aktivisten der Kommunistischen Plattform der Linkspartei. E. fühlt sich bis heute als Bürger der DDR. Sein Land sei Opfer einer „Annexion" geworden. Die Bundeswehr bezeichnet er als „Besatzungsarmee". In wenigen Tagen wollen beide mit anderen Linkssektierern eine Konferenz veranstalten. Thema: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land." Schwerpunkt „Innere Mobilmachung". Für eine Stellungnahme war E. nicht zu erreichen, der verdächtige Autor lehnt eine Stellungnahme ab. Beide sind wieder auf freiem Fuß.

AFFÄRE KACHELMANN

Keine Entlastung

Die Staatsanwaltschaft Mannheim rechnet im Fall des inhaftierten Fernsehmoderators Jörg Kachelmann in dieser Woche mit weiteren Ermittlungsergebnissen. Seit dem 30. April liegt beim Amtsgericht in Mannheim zwar ein Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls vor. Bislang habe die Verteidigung aber keine Gründe vorgebracht, die den dringenden Tatverdacht zerstreuen würden, so ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Eine ehemalige Lebensgefährtin hatte Kachelmann wegen Vergewaltigung angezeigt. Versuche, die vorliegenden Haftgründe – im Fall des Schweizers Kachelmann etwa Fluchtgefahr – zu entkräften, hat dessen Verteidigung laut Staatsanwaltschaft bislang nicht unternommen. Diese Woche werden deshalb neue Eingaben des Kachelmann-Anwalts Reinhard Birkenstock, der jede Stellungnahme ablehnt, erwartet. „Alle Verfahrensbeteiligten haben sich darauf verständigt, dass über die Aufhebung des Haftbefehls erst entschieden wird, wenn weitere Ermittlungsergebnisse vorliegen", erklärte ein Gerichtssprecher.


RONALD WITTEK / DPA

Kachelmann

Duell der Titanen

In der Griechenland-Krise kämpfen Staaten gegen die Finanzindustrie. Es geht um den Wohlstand ganzer Länder, um den Euro und den Zusammenhalt Europas. Sollten auch Portugal und Spanien abstürzen, wäre bald Deutschland bedroht.

Die Sonne steht tief, der Tag ist noch jung, als Angela Merkel mit der Politik Konrad Adenauers und Helmut Kohls bricht. Es ist der 2. Oktober 2008, sie sitzt in einem Airbus der Luftwaffe und fliegt Richtung Osten nach St. Petersburg, zu Gesprächen mit dem russischen Präsidenten Dmitrij Medwedew.

Die Zeitungen berichten an diesem Tag, dass die französische Regierung der EU einen Notfonds für die kriselnden Banken vorgeschlagen habe. Die Finanzkrise ist vor wenigen Wochen richtig ausgebrochen, die Welt gerät allmählich aus den Fugen.

Im Flugzeug fragen Journalisten Angela Merkel, was sie von dem französischen Vorschlag halte: ein Fonds für alle, Solidarität, Zusammenhalt. Nichts, sagt Merkel, gar nichts. Sie wolle nicht deutsches Geld für die Probleme der anderen geben, Deutschland zahle für sich. Sie sagt das in einem bestimmten, fast harschen Ton, einem Ton, den man zu europäischen Fragen bei deutschen Bundeskanzlern selten gehört hat.

An diesem Tag verabschiedet sich Angela Merkel vom Erbe ihrer Vorgänger. Auch wenn sie manchmal Zugeständnisse macht an Europa, bleibt es bei diesem Kurs, diesem Ton. Merkel führt Deutschland auf einen Sonderweg, bei den Rettungsfonds, bei der Haushaltspolitik, nun auch in der Griechenland-Krise.

Zwar haben Bundestag und Bundesrat dem Rettungspaket in einem Eilverfahren in der vergangenen Woche zugestimmt. Aber noch immer liegt ein schwerer Vorwurf gegen die Bundeskanzlerin in der Luft. Mit ihrem anfänglichen Zögern gegenüber Hilfen für Griechenland habe sie die Spekulation angeheizt und die Rettung erschwert.

Ob das nun stimmt oder nicht, dieser Verdacht wird an ihr kleben bleiben. Schon jetzt bezieht er sich auf keine kleine Sache, die Griechenland-Krise ist schlimm genug. Aber vielleicht kommt da noch mehr. Die Börsen waren in der vergangenen Woche aufgeregt bis dicht an der Panik.

Niemand weiß, ob 110 Milliarden Euro für die Griechen reichen, zumal sie sich gegen die Sparpläne ihrer Regierung wehren. Am Mittwoch voriger Woche starben bei Protesten drei Bankangestellte.

Niemand weiß, ob nicht auch Portugal und Spanien in den Abgrund rutschen. Und wer hilft dann? Irgendwann leidet auch Deutschlands Kreditwürdigkeit, und dann senken die Rating-Agenturen so gnadenlos die Daumen wie jetzt schon bei Griechenland, Spanien und Portugal.

Niemand weiß also, ob nicht auch Deutschland noch zum Krisenstaat wird, weil es von den taumelnden Staaten ringsum mit in die Tiefe gerissen wird. So langsam wird alles vorstellbar. Deshalb stellt sich immer mehr die Frage: Wie viel Griechenland kann sich Europa – und am Ende Deutschland – leisten?

Wenn es schiefgeht, werden viele in Europa sagen: Merkel ist schuld. Der Kurs, den sie im Oktober 2008 eingeschlagen hat, ist mindestens mitverantwortlich für das allgemeine Desaster.

Für ihr Bild in der Geschichte sind dies entscheidende Wochen. Aber sie ist nur eine von 500 Millionen Europäern, die derzeit bangen müssen. Der riesige Schuldenturm wackelt, und wenn er zusammenkracht, kommen bittere Jahre auf den Kontinent zu.

Der europäische Bund demokratischer Staaten steht derzeit unter scharfer Beobachtung der Finanz-

MICHAEL SOHN / AP (O.); PANAGIOTIS MOSCHANDREOU / DPA (U.)



Sorgenkinder in der Euro-Zone

	Griechenland	Portugal	Irland	Italien	Spanien	zum Vergleich: DEUTSCHLAND
Schuldenstand in Prozent des BIP, 2009	115,1	76,8	64,0	115,8	53,2	73,2
Haushaltsdefizit in Prozent des BIP, 2009	13,6	9,4	14,3	5,3	11,2	3,3
Arbeitslosenquote in Prozent, März 2010	10,2*	10,5	13,2	8,8	19,1	7,3
Fällige Staatsanleihen bis Ende 2010, in Mrd. Euro	16,2	17,5	8,6	228,5	75,2	232,7
Renditen auf Staatsanleihen 5 Jahre Laufzeit, in Prozent	13,0	5,7	4,5	3,2	3,7	1,7
Rating der Agentur Standard & Poor's	BB+	A–	AA	A+	AA	AAA

* Januar 2010

Quelle: Eurostat, Bloomberg

Kanzlerin Merkel, Vizekanzler Westerwelle, Finanzminister Schäuble, Unruhen in Athen

industrie. Sie verzeiht nichts. Jedes Wort, das ein Spitzenpolitiker sagt, wird auf die Goldwaage gelegt und in Geldströme umgesetzt, die der Politik neue Handlungen aufzwingen.

Es ist ein furioses Duell, das sich gerade abspielt, und die Politik zeigt sich nicht gerade gut gerüstet. Während die Finanzindustrie der Logik des höchsten Profits und der größten Sicherheit folgt, müssen die Politiker immer wieder ihre widerstreitenden Meinungen zu einem Kompromiss bündeln. Der reicht meist nicht aus, um die Probleme wirklich zu lösen.

Es steht mehr auf dem Spiel als die Frage, welches Wachstum möglich sein wird. Es geht jetzt auch um das politische Projekt Europa, um den Zusammenhalt eines Kontinents, der noch vor 70 Jahren Schauplatz eines totalen Krieges war. Die Einheit ist bedroht und damit die Bedeutung Europas in einer Welt, in der nur noch die großen Spieler Einfluss haben und die mit den Atomwaffen. Das ist die ganze Bedeutung des titanischen Duells der Staaten gegen die Finanzindustrie.

Wenn sich die Regierungen Europas Ruhe versprochen hatten, nachdem sie sich am vorvergangenen Wochenende endlich über die Details der Griechenland-Rettung geeinigt hatten, sahen sie sich schon am Montag getäuscht. Und von da an verdüsterten sich die Aussichten Tag für Tag: Die Talfahrt des Euro setzte sich fort, die Risikoaufschläge für griechische Staatsanleihen stiegen weiter, die Börsen brachen ein.

Die Finanzmärkte glauben nicht, dass der Rettungsplan der Europäer und des Internationalen Währungsfonds (IWF) aufgeht. Der Plan sieht vor, dass die Griechen ihren Staatshaushalt durch radikales Sparen so weit sanieren, dass sie sich in drei Jahren wieder über den Kapitalmarkt finanzieren können.

Aber wie kann ein Land so viel sparen, ohne dass gleichzeitig die Binnennachfrage kollabiert – und die Staatseinnahmen weiter einbrechen? Und kann eine Regierung ein so drastisches Programm tatsächlich durchziehen, ohne dass die Bevölkerung auf die Barrikaden geht?

Nachdem die drei Bankangestellten ums Leben gekommen waren, versetzte die Angst vor bürgerkriegsähnlichen Zuständen in Europa den Börsen den nächsten Schock. Am Donnerstag stürzte der amerikanische Aktienindex Dow Jones um fast tausend Punkte in die Tiefe, mehr als je zuvor in der Geschichte der Wall Street. Am Ende erholte er sich wieder von minus 9 auf minus 3,2 Prozent – aber auch das ist ein gewaltiger Einbruch.

Noch ist nicht geklärt, ob ein technischer Fehler den Kurzzeit-Crash auslöste. Doch die Nervosität an den Börsen in aller Welt hat einen Grund: Es ist die Angst vor einer neuen Finanzkrise, vergleichbar dem Absturz der Märkte nach der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008. Damals wankten die Banken, jetzt drohen ganze Staaten zu fallen.

Wie ein Flächenbrand könnte sich die Griechenland-Krise auf andere angeschlagene Euro-Staaten ausbreiten, schon jetzt steigen die Risikoaufschläge für Staatsanleihen aus Portugal und Spanien, und wer sich gegen einen Ausfall dieser Anleihen versichern will, muss immer höhere Prämien bezahlen.

Noch sind die Abstände zu den Griechen gewaltig, auch konnten sich die Spanier am vergangenen Donnerstag noch zu einem relativ moderaten Zinssatz eine Milliardensumme leihen. Aber die Parallelen zu Griechenland sind offensichtlich, auch da fing die Entwicklung so an.

Schon die aktuellen Kreditzusagen für Griechenland könnten teurer werden als erwartet: Wenn die Finanzmärkte Griechenland abschreiben, werden sie auch womöglich Deutschland herabstufen. Dann werden aus den deutschen Bürgschaften deutsche Schulden. Und dann dürfte auch die Bundesrepublik höhere Zinsen zahlen müssen, wenn sie sich neues Geld leiht oder alte Kredite umschuldet. Bislang profitiert Deutschland noch von seinem Status als sicherer Hort, die Zinsen sinken derzeit.

John Taylor, Gründer des weltgrößten Devisen-Hedgefonds FX Concepts, erinnert die europäische Gemeinschaftswährung an ein Huhn, dem der Kopf abgeschlagen wurde. Das Tier rennt noch Minuten kopflos umher, bis es einknickt und stirbt. „Der Euro befindet sich in diesem Stadium“, schrieb Taylor vergangenen Donnerstag an seine Kunden.

Der New Yorker Spekulant hält nichts von dem europäischen Rettungspaket für Griechenland. Die Schätzungen der EU und des IWF seien „unglaublich optimistisch“. Taylors Prognose fällt deutlich desaströser aus, schließlich macht sein Fonds mit dem Kurssturz hohe Gewinne.

Griechenland werde in den kommenden drei Jahren einen Einbruch des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von mindestens 20 Prozent erleben, womit der Schuldenstand auf 186 Prozent der Wirtschaftsleistung hochschnellen werde, sagt Taylor. Aber im Gegensatz zu einem ähnlich hochverschuldeten Land wie Japan gehörten die griechischen Schulden den Ausländern. Und die halten nicht still, meint der Fondsmanager. „Auf Wiedersehen Euro, hallo Drachme, Lira, Peseta und die anderen.“



Börsenhändler in New York: *Die Finanzmärkte*

Welchen Anteil die Spekulation an der Euro-Krise hat, ist umstritten, verschärft hat sie das Problem auf jeden Fall. Doch um eine so große Währung wie den Euro in die Knie zu zwingen, reicht selbst die Macht der milliardenschweren Hedgefonds nicht aus, dazu bedarf es der großen Masse der Anleger: Banken, Versicherungen, amerikanische Pensionsfonds, kleine Sparer.

Wenn Versicherungen, die große Mengen Staatsanleihen halten, glauben, dass sich die Euro-Krise ausbreitet und andere Länder infiziert, dann müssen sie ihre Bestände zum Schutz der Versicherten abbauen. Und jeder Kleinanleger handelt ebenso rational, wenn er sein Risiko verkleinert, indem er gefährdete Staatsanleihen abstößt.

Innerhalb kurzer Zeit hat der Euro das Vertrauen der Langzeitinvestoren verspielt. „Die EU hat jede Glaubwürdigkeit verloren“, sagt Hans-Günter Redeker, Chef-Devisenstratege der französischen Großbank BNP Paribas. Vor allem im Fernen Osten kommt das europäische Krisenmanagement nicht gut an. Die Manager der Währungsreserven asiatischer Zentralbanken sind „zutiefst verunsichert

EUROPA IN NOT +++
CHRONIK DER SCHULDENKRISE

20.10.2009 • GRIECHISCHES HAUSHALTSDEFIZIT 2009 WIRD AUF 12,5 % KORRIGIERT • FINANZMINISTER KÜNDIGT SPARMASSNAHMEN AN



JUSTIN LANE / DPA

glauben nicht, dass der Rettungsplan der Europäer aufgeht

und meiden nun den Euro", sagt Redeker. Allein die chinesische Zentralbank schichtete noch 2009 schätzungsweise 375 Milliarden Dollar in Euro um. „Dieser Stützungseffekt fehlt jetzt."

Die Logik der Finanzmärkte ist brutal und simpel: The trend is your friend – egal ob es nach oben oder nach unten geht. Derzeit geht es richtig nach unten. Also fragen sich Banker, Hedgefonds-Manager und Vermögensverwalter, welcher Dominostein nach Griechenland als nächster fallen könnte und wie man damit Geld verdient oder Risiken minimiert. Prompt rennt die Herde immer schneller in eine Richtung.

„Wehe, wenn Spanien und Italien wackeln", analysiert Jörg Krämer, Chefvolkswirt der Commerzbank, die labile Lage. Es steige die Gefahr, dass die Krise endgültig auf andere Länder am Rand des Euro-Raums übergreife.

Dann bekämen die Krise und mögliche Rettungspakete eine ganz neue Dimension. Portugal muss Kredite in Höhe von 126 Milliarden Euro bedienen, Spaniens Staatsverschuldung liegt bei 560 Milliarden Euro und damit beinahe doppelt so hoch wie diejenige von Griechenland. Italien spielt mit 1,8 Billionen in der Liga Deutschlands.

Portugal hat seit Jahren mit einem Reformstau zu kämpfen und steht bei der EU-Kommission unter strenger Beobachtung, weil es seine Finanzen nicht in den Griff bekommt. Die Defizitquote, also die Neuverschuldung im Verhältnis zum BIP stieg als Folge der Wirtschaftskrise auf knapp zehn Prozent im vergangenen Jahr. Allein 2010 muss das Land alte Schulden in Höhe von 17,5 Milliarden Euro ablösen. Hinzu kommen Kredite für laufende Ausgaben.

Die Portugiesen leben wie die Griechen seit Jahren über ihre Verhältnisse. Ihr Konsum wird zum Teil auf Pump finanziert. Dennoch blieb das Wirtschaftswachstum in den vergangenen Jahren anämisch. Die Industrien des Landes sind veraltet, die Unternehmen nicht mehr wettbewerbsfähig.

Allerdings haben die Portugiesen, anders als die Griechen, ihren Leumund nicht selbst ruiniert. Auf ihre Statistiken war Verlass, Fälschungen und Mogeleien haben sie nicht unternommen.

Spanien galt bis vor kurzem als Musterland in der Euro-Zone. Noch vor zwei Jahren waren die Staatsfinanzen gesund. Die Regierung erwirtschaftete Jahr für Jahr Überschüsse in den öffentlichen Kassen, die Wirtschaft boomte.

Die spanische Wunderwirtschaft stand jedoch auf tönernen Füßen. Vor allem die Bauwirtschaft trieb das Wachstum, in vielen anderen Wirtschaftszweigen war das Land nicht konkurrenzfähig. Als die Immobilienblase platzte, versank die Wirtschaft in Agonie, die Arbeitslosenquote stieg auf 20 Prozent.

Dennoch sind die Befürchtungen der Finanzmärkte gegenüber Spanien hysterisch bis irrational. Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero sagt zu Recht, dass die Verschuldung seines Landes noch weit unter dem Durchschnitt der EU liege, bei 53 Prozent. Deutschlands Quote liegt 20 Prozentpunkte höher.

Spanien hat kein Solvenzproblem. Doch dem Land mangelt es an Glaubwürdigkeit: Seine Erfolgsgeschichte ist zerstört, das Wirtschaftsmodell hat sich als untauglich erwiesen. So etwas bringt die Märkte in Aufwallung.

Sollte für Portugal und Spanien ein ähnliches Rettungspaket wie für Griechenland geschnürt werden müssen, wird es richtig teuer. Die Mitgliedsländer des Euro-Raums müssten „zusätzlich etwa 400 Milliarden Euro an Krediten bereitstellen", rechnet Jörg Krämer von der Commerzbank vor, das wäre Wählern der Geberländer schwer zu vermitteln.

Warum also lässt man Griechenland, Spanien und Portugal nicht einfach pleitegehen? Hat eine solche Lösung nicht den Charme, dass sich so eine langfristig stabile Kernwährungsunion bilden würde? Der Weg dorthin sei „sehr gefährlich", warnt Krämer. Ein Zahlungsausfall von einem oder mehreren Euro-Ländern „würde das Finanzsystem dieser Länder aus den Fugen heben und könnte über einen Schneeballeffekt die gesamte Währungsunion destabilisieren". Er glaubt nicht, dass die Regierungen „ein solch hohes Risiko eingehen würden".

Aber was können sie tun? Wie können die Politiker auf das Kalkül der Finanzindustrie antworten? Was sind ihre Waffen in diesem Duell?

Wie schwer sie sich tun, zeigte die vergangene Woche in Berlin. Die Politik führte ein beschämendes Schauspiel auf, als sie das Rettungspaket für Griechenland durch Bundestag und Bundesrat peitschte. SPD und FDP verzankten sich so sehr, dass kein einheitliches Signal der Solidarität für Griechenland herauskam. Die Sozialdemokraten enthielten sich. Auch so etwas geht in die Bewertungen der Spekulanten ein.

Die politische Klasse Europas will sich nicht geschlagen geben. In aller Heimlichkeit bereitet sie Maßnahmen vor, wie die Politik gegenüber den Märkten wieder in die Offensive kommen kann.

Am Dienstag und Mittwoch voriger Woche versammelte sich in Brüssel der Wirtschafts- und Finanzausschuss der EU, ein Gremium, das hohe Beamte aus den Finanzministerien der Mitgliedstaaten sowie Vertreter der EU-Kommission und der EZB vereint. Die Runde

22.10.2009 • RATING-AGENTUR FITCH STUFT GRIECHENLANDS BONITÄT AUF A- HERUNTER

09.12.2009 • ERNEUTE HERABSTUFUNG DER GRIECHISCHEN BONITÄT DURCH FITCH LÄSST DEN EURO-KURS EINBRECHEN

bereitet die Treffen der Finanzminister vor.

Hinter verschlossenen Türen erörterten die Fachleute zwei Tage lang einen Überraschungsangriff auf Anleger und Spekulanten. Portugal und Spanien sollen, zusätzlich zu ihren ohnehin schon angekündigten Maßnahmen, noch dieses Jahr ein weiteres Sparpaket auflegen. Vor allem die Abgesandten von EU-Kommission und EZB drängten beide Länder, sich noch einmal anzustrengen.

Die Märkte brauchten eine „positive Überraschung“, argumentierten sie. Mit einem solchen Coup könnte die Spekulationswelle gebrochen werden. EZB-Chefvolkswirt Jürgen Stark hält Nachbesserungen Spaniens und Portugals bei ihren Sparprogrammen für zwingend. „Es ist klar, dass diese Länder Zusätzliches leisten müssen, um die Unsicherheit und das Misstrauen der Märkte zu beseitigen“, sagt er.

Die Vorschläge stießen nicht nur auf Ablehnung, auch nicht bei den betroffenen Ländern. Wie ernst es EU und Euro-Zone mit ihrer Kampfansage an die Märkte tatsächlich ist, wird sich am Montag nächster Woche zeigen. Dann kommen die Finanzminister zu ihrem monatlichen Treffen zusammen.

Die europäischen Währungshüter, Verbündete der Politik im großen Duell, versuchen die Sorgen der Bürger zu zerstreuen. Eine Staatspleite Griechenlands stehe für ihn „außer Frage“, beschwichtigt EZB-Präsident Jean-Claude Trichet. Portugal und Spanien seien nicht gefährdet, und im Übrigen gelte: „Wir stehen fest an der Seite Griechenlands.“

Doch die Märkte spekulieren darauf, dass Trichet zum wiederholten Mal die Meinung wechseln muss. Noch stemmt er sich dagegen, in großem Stil risikoreiche Staatsanleihen aus Griechenland, Portugal oder Spanien anzukaufen. Doch viele Anleger wetten darauf, dass dem Währungshüter über kurz oder lang gar nichts anderes übrigbleiben wird, als dem Druck der Märkte zu folgen.

Gibt Trichet nach, würde er den bedrängten Regierungen Südeuropas rasch und durchgreifend Entlastung verschaffen. Sie könnten mit dem Geld, das sie für ihre Anleihepapiere erhalten, Schulden zurückzahlen und Löcher in den Staatskassen stopfen. Vor allem aber könnten sie ihre gefährdeten Banken stützen, die einen Großteil der staatlichen Risikokredite in ihren Büchern haben.

Doch mit dem Ankauf ungesicherter Staatspapiere würde Trichet die Menge des umlaufenden Geldes in Europa massiv erhöhen, die Preise könnten steigen,



JESCO DENZEL / VISUM

Deutscher Exportumschlagplatz Bremerhaven: *„Strategisch saturiert“*

und das nicht nur in Schuldenländern wie Portugal und Griechenland, sondern auch in vergleichsweise stabilen Zonen wie Deutschland und Frankreich. Es wäre ein erneuter Bruch der Euro-Regeln, die sicherstellen sollen, dass die Gemeinschaftswährung so stabil ist wie früher die Mark. Stattdessen droht Inflation, der Horror der Deutschen. Doch viele Experten sind überzeugt: Am Ende wird die EZB gar nicht anders können, als die Notenpresse anzuwerfen.

Die Turbulenzen der vergangenen Wochen offenbaren, dass die Euro-Zone einen neuen Stabilitätsrahmen braucht, der künftige Krisen vermeiden hilft. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) legte in der vorigen Woche erste Überlegungen dazu vor.

Neben einem Europäischen Währungsfonds schlägt er eine „Euro-Restrukturierungsfazilität“ vor. Beide Instrumente sollen die Euro-Zone „im Falle einer extremen Finanz- und Wirtschaftskrise eines Mitgliedstaats handlungsfähig halten“, heißt es in einem Konzeptpapier. Das Land soll Geld bekommen, aber nur, wenn es harte finanz- und wirtschaftspolitische Auflagen akzeptiert.

Die Überlegung scheint grundsätzlich sinnvoll. Eine standardisierte Prozedur in der Krise würde den Hilfen den Anschein des Improvisierten nehmen und so dazu beitragen, die Märkte zu stabilisieren.

Aber warum muss es neben dem IWF eine europäische Parallelorganisation geben? Das Krisenmanagement könnte auch die EU-Kommission übernehmen.

Zudem will Schäuble „grundsätzlich die Möglichkeit einer geordneten staatlichen Insolvenz“ schaffen. Würde ein Land zahlungsunfähig, bekäme ein Gläubiger nur einen Teil seiner Kredite zurück.

Eine solche Regelung trüge dazu bei, dass Krisen künftig vermieden werden könnten. Internationale Geldgeber hätten einen Anreiz, ihre Mittel vorsichtig auszuleihen. Weil sie wissen, dass sie bei einer Staatspleite ihr Geld nicht vollständig zurückbekommen, würden sie Staaten mit zweifelhafter Glaubwürdigkeit nur zurückhaltend Kredit gewähren.

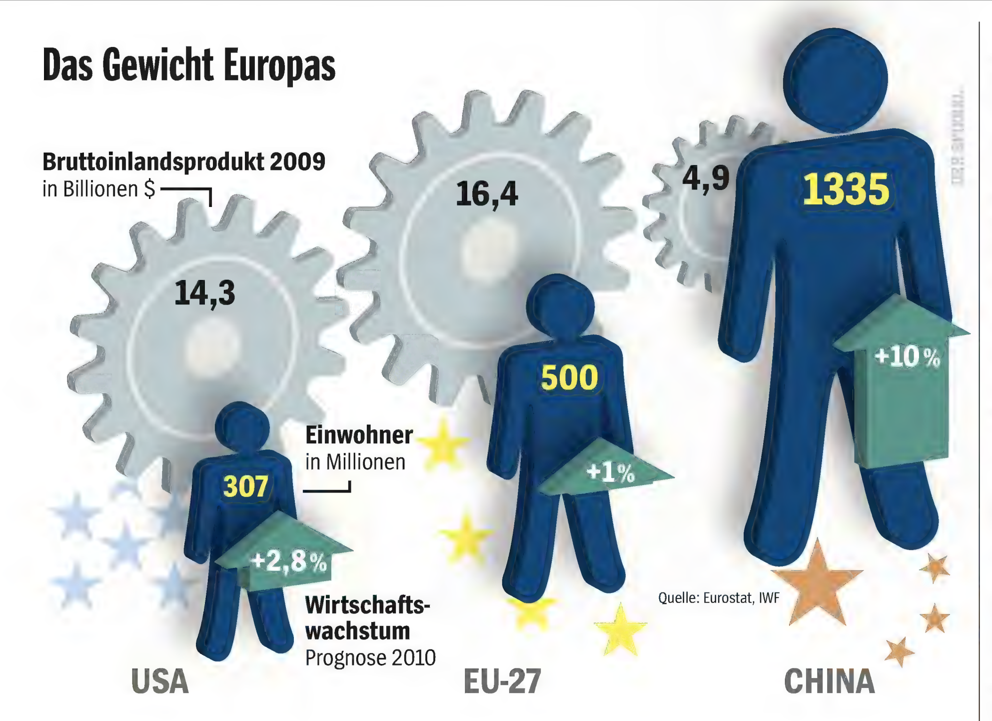
Sinnvoll erscheint zudem Schäubles Vorschlag, künftig die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedsländer strenger zu beaufsichtigen und Regelverstöße zu ahnden. Der Vorschlag läuft darauf hinaus, die Macht der EU über die Einzelstaaten zu stärken, was unausweichlich ist, wenn die gemeinsame Währung erhalten bleiben soll. Eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik hat dem Euro bislang gefehlt.

Die Frage ist nun, ob Europa diese Zurüstungen für das Duell mit den Finanzleuten gelingt. Es brauchte starker Führung, und an der fehlt es.

Sarkozys Popularität in Frankreich ist stark gesunken, seine Partei hat bei den vergangenen Regionalwahlen massiv Stimmen an die Sozialisten verloren. Den Italiener Silvio Berlusconi nimmt keiner seiner Kollegen ernst.

Es bleibt nur eine: Angela Merkel, aber die hat sich nicht als gute Europäerin erwiesen. Als sie in der DDR gelebt hat,

16.12.2009 • AUCH STANDARD & POOR'S STUFT GRIECHENLANDS BONITÄT HERAB | 22.12.2009 • MOODY'S SENKT GRIECHENLAND-RATING VON A1 AUF A2 | 14.01.2010 • KRISE BELASTET EUROKURS: EURO FÄLLT AUF 1,44 DOLLAR



träumte sie vom Westen. Aber sie träumte nicht von der EU, die so nahe lag, sie träumte von Amerika. Da wollte sie hin, den American Way of Life erleben. Europa war etwas für ihren Verstand, Amerika etwas für ihre Seele und ihr Herz.

So hat sie die EU dann auch als Politikerin der Bundesrepublik behandelt: als Vernunftprojekt. Es ging nicht mehr um den Frieden, der war zwischen den Mitgliedstaaten längst gesichert, es ging fast nur noch um ökonomische Fragen. Merkels oberstes Ziel ist nicht die europäische Solidarität, die Bundeskanzlerin ist vor allem die Hüterin der deutschen Euros.

„Europa ist unter Angela Merkel von einer Wertegemeinschaft zu einer Nutzwertegemeinschaft geworden“, kritisiert der SPD-Europaabgeordnete Martin Schulz. Für Europa ist das eine schlechte Nachricht. Kein großes Land hat die europäische Integration so vorangetrieben wie Deutschland. Wenn dieser Motor ausfällt, kommt die EU nicht mehr voran.

„Wir waren in unserem eigenen Interesse immer das Schmiermittel für Europa“, sagt die Berliner Chefin des European Council on Foreign Relations, Ulrike Guérot. „Wenn wir das nicht mehr sein wollen, sollten wir das sagen. Das heißt dann aber auch, dass wir kein europäisches Deutschland mehr anstreben, sondern ein deutsches Europa.“

Für Merkels Vorgänger wäre das unvorstellbar gewesen. Konrad Adenauer, der erste Bundeskanzler, sah Europa als Weg, um die Bundesrepublik fest in den Westen zu integrieren und deutsche Sonderwege ein für alle Mal zu verhindern. Die europäische Integration war für ihn eine Frage von Krieg und Frieden.

Auch Helmut Kohl dachte noch in diesen Kategorien. Die Aufgabe der D-Mark, des Symbols westdeutschen Nachkriegsstolzes, war das Versprechen, dass sich Geschichte nicht wiederholen würde.

Für Merkels Generation stellt sich die Frage von Krieg und Frieden in Europa nicht mehr. Die EU ist eine politische Tatsache, kein Grund für Sentimentalitäten. Sie ist ein Forum, deutsche Interessen zu befördern, notfalls auch mal im Konflikt.

„Früher hat Deutschland seine Interessen nie klar definiert“, sagt der Leiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, Volker Perthes. „Heute ist es anders. Das macht einen großen Unterschied.“

Die Haltung zu Europa hat sich auch deshalb verändert, weil Deutschland seine ursprünglichen Ziele erreicht hat. Das Land ist wieder vereinigt und souverän, es ist von befreundeten Staaten umgeben und weiterhin die stärkste Wirtschaftsmacht in der EU. Es ist „strategisch saturiert“, sagt der FDP-Europaabgeordnete Alexander Graf Lambsdorff.

Zudem ist Merkel eine Politikerin, die gern auf den Wählerwillen schaut. Die Zustimmung zum Euro hat deutlich abgenommen. Im Jahr 1999 sagten 53 Prozent der Bundesbürger laut einer Umfrage, sie seien der neuen Währung gegenüber optimistisch eingestellt. Ende April dieses Jahres erklärte mehr als die Hälfte aller Deutschen, sie sähen durch den Euro eher Nachteile.

Aber Europa ist immer noch existentiell wichtig für Deutschland. Das konnte Merkel jüngst vom amerikanischen Präsidenten Barack Obama erfahren. Der sagte ihr, dass er künftig nicht mehr so viele bilaterale Videogespräche mit den Europäern führen wolle und schlug vor, Vierergespräche zu machen: Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die USA. Merkel willigte ein, was blieb ihr auch anderes übrig?

Für Obama ist Deutschland fast nur noch als europäische Führungsmacht interessant. Der Präsident hat genug mit den alten und neuen Großmächten China, Russland, Indien und Brasilien zu tun. Für europäische Kleinstaaterei hat er keine Zeit und keine Geduld. Schon zu Beginn der Griechenland-Krise hat er Merkel klargemacht, dass ihm vor allem an europäischer Einigkeit gelegen sei.

Deutschland hat in den USA nicht mehr den großen Bruder wie im Kalten Krieg. Allein wäre es unbedeutend, weshalb es nur als wichtiger Teil Europas weltweit eine Rolle spielen kann. Dazu kommt die ökonomische Bedeutung. Rund 70 Prozent aller Exporte gehen in den Euro-Raum, in dem es keine Probleme mit Wechselkursen und eine relativ große Rechtssicherheit gibt. Und mit vielen Währungen in Europa hätten es die Spekulanten noch leichter.

Deshalb bleibt das deutsche Schicksal eng an Europa geknüpft. Die Bundeskanzlerin muss eine europäische Führungsfigur sein, weil Deutschland der größte Staat der EU ist. Aber Deutschland kann Europa nicht von oben führen und nicht arrogant. Dafür sind die Nazi-Jahre nicht weit genug weg.

Zwar ist der Frieden zwischen den Staaten gesichert, aber in den Krisen werden schnell alte nationale Ressentiments wach, auch bei den Deutschen. Deshalb kann Europa nur geschmeidig geführt werden, geschmeidiger als Merkel das jüngst gemacht hat.

BEAT BALZLI, DIRK KURBJUWEIT, ARMIN MAHLER, RALF NEUKIRCH, CHRISTIAN REIERMANN, MICHAEL SAUGA

LESEN SIE WEITER:

Seite 52: Warum Spekulanten so handeln, wie sie handeln

Seite 66: Kann Athen die Hilfszahlungen jemals zurückzahlen?

Seite 70: Wie die deutsche Industrie von der Korruption in Griechenland profitierte

Seite 73: SPIEGEL-Gespräch mit dem Ökonomen Nouriel Roubini über die Krise

28.01.2010 • GRIECHENLANDS FINANZMINISTER GIBT SPEKULANTEN DIE SCHULD AM VERFALL DER ANLEIHEKURSE

03.02.2010 • GRIECHISCHES SPARPROGRAMM WIRD EU-KONTROLLE UNTERSTELLT

REGIERUNG

„Traumberuf Chef“

Elf Jahre lang hat Rainer Brüderle dem Amt des Wirtschaftsministers entgegengefiebert, doch bislang fängt er nicht viel damit an. Droht ihm beim Opel-Streit eine neue Schlappe?

Am Tag bevor die Weltbörsen in den Keller krachen, die Angst um den Euro einen neuen Höhepunkt erreicht und in Athen die Straßenbarrikaden brennen, sitzt Rainer Brüderle in seinem Ministerium in heiterer Stimmung vor einem eierschalenfarbenen Tastentelefon und liest die Nummer vor, die daneben auf einer Papptafel steht. „So“, sagt Brüderle und schmunzelt aufmunternd in die Kameras. Es sieht ein bisschen so aus wie im dritten Fernsehprogramm, wenn der Moderator einer Ratgebersendung dem Zuschauer sagt, dass jetzt die Leitungen freigeschaltet sind.

Es bimmelt. Brüderle hebt den Hörer ab. Er sagt: „Schönen guten Tag“, und steckt sich den Finger in sein freies Ohr. „Wie kann ich Ihnen helfen?“ Es geht um die Adresse einer Auslandshandelskammer – für Brüderle gar kein Problem. „Da gehen Sie ins Internet und gucken unter www.ahk.de“, buchstabiert er. Gern geschehen, keine Ursache. Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie höchstpersönlich hat soeben eine neue Hotline für Kleinunternehmer mit Exportproblemen in Betrieb genommen.

Seit gut einem halben Jahr ist Brüderle im Amt, und das Letzte, was man ihm vorwerfen könnte, ist, dass er sich nur für die großen Themen interessiere. Brüderle hat eine skurrile Plauderrunde namens „Rohstoffdialog“ ins Leben gerufen und das „Internationale Theater- und Tanztreffen Plan C“ auf seine Agenda gesetzt. Er hat eine Berliner Oberschule besucht, um eine Broschüre mit dem Titel „Traumberuf Chef“ zu verteilen. Er publizierte eine Studie zum Thema „Campingmarkt in Deutschland 2009/2010“.

Allein am vergangenen Donnerstag ließ Brüderle wieder ein halbes Dutzend Pressemitteilungen verschicken, um lückenlos zu beweisen, dass sich ein EU-Kommissar und eine Gesandtschaft aus Kasachstan bei ihm die Klinke in die Hand geben. Da konnte selbst die Kanzlerin nicht mithalten, zumindest mengenmäßig.

Brüderles Tatendrang steht freilich in scharfem Kontrast zu seiner öffentlichen Anerkennung. Elf Jahre und drei Legislaturperioden hat er konzentriert darauf hingearbeitet, das Wirtschaftsministerium zu übernehmen; es war die Verwirklichung seines Lebensziels. Doch die naheliegende Frage, was er nun mit seinem Traumjob anfangen will, hat Brüderle bislang nicht schlüssig beantwortet.





GEORG HILGEMANN / ACTION PRESS

FDP-Politiker Brüderle: *Die Wirtschaftskrise deckt schonungslos auf, dass der Minister wenig*

Ein Thema von Bedeutung, mit dem er sich öffentlich profilieren könnte, hat er nicht gefunden, im Gegenteil: Die Wirtschaftskrise deckt schonungslos auf, dass der Wirtschaftsminister etwa im Vergleich zum Chef des Finanzressorts nicht viel zu melden hat.

Der selbsternannte Mister Mittelstand läuft Gefahr, zum Minister Ohneland zu werden, zu einer politischen Randfigur wie seine liberalen Amtsvorgänger Martin Bangemann, Helmut Haussmann oder Günter Rexrodt. In Beliebtheitsumfragen landet Brüderle regelmäßig auf den letzten Plätzen. Bei Managern und Unternehmern ist sein Ansehen gering. Er gilt als sachkundig, aber durchsetzungsschwach. Der Ex-Vorsitzende der Monopolkommission Wernhard Möschel nennt Brüderle einen „Pantoffelhelden“.

Besonders schlecht ist derzeit Bundeskanzlerin Angela Merkel auf ihn zu sprechen. Bei einer Brasilien-Reise vorvergangene Woche hatte Brüderle öffentlich Vermutungen darüber angestellt, dass die Griechenland-Hilfe womöglich noch viel teurer werde als bis dahin bekannt. Das sagte Brüderle just in dem Moment, als Merkel versuchte, Ruhe in die Debatte zu bringen.

Dann legte Brüderle bei seinem Rückflug aus Südamerika auch noch einen verlängerten Tankstopp in Portugal ein. Er wolle sich einen eigenen Eindruck vor Ort verschaffen, teilte der Minister mit, was prompt zu neuen Spekulationen über das wahre Ausmaß der Krise führte. Da waren dann auch eigene Leute wie der FDP-Finanzpolitiker Volker Wissing fassungslos.

In den nächsten Tagen dürfte sich entscheiden, ob es Brüderle doch noch gelingt, seine Hoffnung auf Anerkennung zu erfüllen. Die Gefahr des Scheiterns ist gegenwärtig. Im Foyer des Ministeriums rennt Brüderle ständig am Foto von Michael Glos vorbei, seinem stets traurig dreinblickenden Vorvorgänger im Amt, der im schwarz-roten Merkel-Kabinett als Problembär verhöhnt wurde.

Es geht um die Frage, ob Brüderle dem angeschlagenen Autobauer Opel doch noch zu einer milliardenschweren Bürgschaft verhelfen muss. Wegen der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hatte die schwarz-gelbe Bundesregierung das heikle Thema wochenlang ausgespart. Doch nun wollen sich die von der Bundesregierung eingesetzten Unterhändler treffen, um endlich zu einer Entscheidung zu kommen. Ihnen liegt ein Antrag des Opel-Mutterkonzerns General Motors auf

insgesamt mehr als eine Milliarde Euro Finanzhilfe vor. Das Unternehmen droht mit Werksschließungen, sollte es kein Geld bekommen.

Brüderle ist strikt dagegen, Opel zu helfen, und er hat daraus auch kein Geheimnis gemacht. Er hält es für falsch, einem einzelnen Unternehmen in der krisengeschüttelten Automobilbranche zu helfen. Er misstraut dem von General Motors vorgelegten Sanierungskonzept.

hauses Lehman Brothers zusammenhängen. Die Verkaufszahlen jedoch zeigen, dass der Niedergang von Opel viel früher begann. Die Juristen im Wirtschaftsministerium sitzen an einer Expertise, die im Detail darlegt, warum Opel nach den Regeln des Deutschland-Fonds gar keine Hilfe vom Bund bekommen darf.

Doch Brüderles Leute ahnen, dass ihre Papiere wertlos sind, sollte die Sache am Ende „politisch entschieden“ werden,

ligen und kohlendioxidarmen Strom zu erzeugen, bis alternative Energien an ihre Stelle treten können.

Doch Brüderle hat Mühe, sich mit dem Kabinettskollegen zu einigen. Anstatt sich für die Verlängerung der Laufzeiten starkzumachen, profilierte sich Röttgen als Skeptiker. Der Umweltminister warf öffentlich gar die Frage auf, ob es überhaupt nötig sei, den Betrieb der Reaktoren deutlich zu verlängern. Brüderles



HENNING KAISER / DDP


HANS-CHRISTIAN PLAMBECK

zu melden hat

Ihm steht das Vorbild seines Amtsvorgängers Karl-Theodor zu Guttenberg vor Augen. Als es vor Jahresfrist schon einmal um Staatsgeld für Opel ging, hatte der aus Protest gegen die Hilfszusage mit Rücktritt gedroht und war zum Held geworden, obwohl er sich die Sache mit dem Rücktritt schließlich doch noch anders überlegte.

Für Brüderle freilich ist die Lage komplizierter. Es wird, anders als bei Guttenberg, nicht ausreichen, mannhaft für die Sache zu streiten. Von ihm wird erwartet, dass er sein Nein auch durchsetzt. „Wenn Brüderle in der Opel-Sache einlenken muss, bedeutet das sein politisches Ende“, sagt ein Regierungsmitglied der Union mitleidlos. Brüderles eigene Leute verwenden lieber das Wort „Lackmustest“.

Die Nervosität im Hause ist groß. Ginge es nach rein fachlichen Kriterien, hätte der Antrag von General Motors keine Chance. Um staatliche Hilfe aus dem sogenannten Deutschland-Fonds beantragen zu können, müsste die Krise von Opel zeitlich mit der Pleite des US-Bank-

wie es im Ministerialsprech heißt und konkret bedeutet: Merkel will es anders haben. Die Haltung der Bundeskanzlerin gilt im Brüderle-Ministerium als schwer berechenbar, zumal im Fall Opel auch die Ministerpräsidenten der betroffenen Bundesländer Druck machen. Brüderles Sondierungsgespräche mit Merkels Kanzleramtschef Ronald Pofalla führten, wie so häufig, nicht zur gewünschten Klarheit.

Und so hängt das Wohlergehen des Wirtschaftsministers nun von Merkels Gnaden ab – für den ohnehin argwöhnischen Liberalen keine schöne Vorstellung. Wie viel Rücksicht die Kanzlerin auf seine Interessen nimmt, hat Brüderle bereits in der Debatte um die künftige Energieversorgung erlebt: keine.

Offiziell ist Brüderle aufgefordert, gemeinsam mit Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) ein Konzept zu entwickeln, um die von Stilllegung bedrohten Atomkraftwerke länger als geplant am Netz zu halten, so steht es im Koalitionsvertrag. Das Ziel lautet, in den zumeist abgeschriebenen Reaktoren so lange bil-

wirtschaftliche Argumente konterte Röttgen mit Sicherheitsbedenken.

Nun ist Brüderle in einem weiteren Feld vom Votum der Kanzlerin abhängig. Der Wirtschaftsminister strebt ein Gesetz an, dem der überwiegend atomkritische Bundesrat nicht zustimmen muss. Merkel dagegen muss Rücksicht auf die eigenen Ministerpräsidenten nehmen, die sich in einer so wichtigen Frage nicht übergehen lassen wollen. Setzt sich Röttgen durch, würde Brüderle bei einem weiteren liberalen Vorzeigeprojekt eine Niederlage einfahren.

Die Gefahr ist groß, vergangene Woche konnte Brüderle den Tageszeitungen entnehmen, dass der Umweltminister eine neue Attacke vorbereitet. Danach ist Röttgen zwar bereit, längeren Reaktorlaufzeiten zuzustimmen. Zugleich will er den Atomkonzernen aber so hohe Sicherheitsauflagen verordnen, dass sich ein Weiterbetrieb der Meiler kaum lohnt. Röttgen, so verkündeten die Schlagzeilen, „treibt den Preis“ – und Brüderle sah tatenlos zu. Er hat nicht einmal eine Pressemitteilung verschickt. ALEXANDER NEUBACHER



THOMAS KOEHLER / PHOTOTHEK.NET

Sozialdemokraten Steinmeier, Gabriel
Technokrat und Polterer

SPD

Bessere Figur

Frank-Walter Steinmeier ist in seiner Rolle als Oppositionschef angekommen. Dabei war schon verabredet, wer ihm folgen sollte: Fraktionsvize Olaf Scholz.

Der Parteichef genoss mal wieder seinen Auftritt und sich selbst. „Naaa, tut's weh, ja? Tut's weh?", höhnte Sigmar Gabriel am Rednerpult des Bundestags, während ihm aus den Reihen der Koalitionsfraktionen empörte Zwischenrufe entgegenschallten.

In der ersten Reihe der SPD-Fraktion machte Frank-Walter Steinmeier währenddessen einen entspannten Eindruck. Der SPD-Fraktionschef hörte am Freitagmorgen eine gute Rede Gabriels, der in der Debatte um die Griechenland-Hilfe angriffslustig und schlagfertig seine Stärken ausspielte. Doch solche Auftritte müssen ihm derzeit keine Sorgen mehr machen.

Noch vor kurzem hätten Reden wie diese neues Futter für eine scheinbar ewige Debatte geliefert: ob Steinmeier, dieser Technokrat und Mann der Exekutive, tatsächlich der Richtige auf dem Stuhl des Oppositionsführers sei. Und ob Gabriel in dieser Rolle nicht viel geeigneter sei, weil er doch so gern poltere, so unnachahmlich zuspitzen könne.

Es sah lange so aus.

Der gescheiterte Kanzlerkandidat wirkte lustlos in seiner neuen Rolle, er fremdelte mit dem parlamentarischen Betrieb. Um die Jahreswende waren sich nicht einmal seine engsten Mitarbeiter sicher, wie lange er durchhalten würde. Am Mittwoch vergangener Woche aber lieferte Steinmeier seine bislang wohl beste Rede als Oppositionschef ab, als er in der ersten Griechenland-Debatte auf die Kanzlerin antwortete. „Frechheit" warf er ihr vor: „Sie und die Regierung haben geschwankt wie ein Rohr im Wind und erklären das nachträglich zur Strategie!" Szenenapplaus bei SPD und Grünen.

Nach langen Monaten scheint Steinmeier endlich in seiner Rolle angekommen zu sein. Damit hatte kaum jemand noch gerechnet, am allerwenigsten wohl Gabriel. Der hatte Steinmeiers Nachfolge eigentlich schon geregelt, bevor der überhaupt gewählt war. Der Kandidat hieß Olaf Scholz.

Es war am 28. September, dem Montag nach der Bundestagswahl. Die SPD war auf 23 Prozent abgestürzt, nun plante die nächste Generation den Neuanfang. Im Willy-Brandt-Haus setzten sich Gabriel, Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit, die damalige Parteivizin Andrea Nahles und Noch-Arbeitsminister Olaf Scholz zusammen. Am Abend zuvor hatte Steinmeier seinen Anspruch auf den Fraktionsvorsitz erklärt, einen Posten, den Gabriel gern selbst übernommen hätte – ebenso wie Scholz. Nun ging es um das, was noch zu verteilen war.

Noch war nicht sicher, ob der gescheiterte Kanzlerkandidat nicht auch den Parteivorsitz übernehmen wollte – und ob Parteichef Franz Müntefering den Weg überhaupt freimachen würde. In dieser Lage einigte sich die Runde, dass Gabriel den Parteivorsitz übernehmen sollte. Nahles sollte Generalsekretärin werden – so kam es dann auch.



CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

Politiker Scholz
Neuanfang der nächsten Generation

Was aber bislang geheim geblieben ist: Es gab an diesem Montag noch eine weitere Absprache. Sollte Steinmeier seinen Posten nicht dauerhaft halten wollen, solle Scholz Fraktionschef werden, so Gabriels Vorschlag. Scholz war einverstanden, und damit war auch dieses Szenario abgedeckt. Von der Verabredung aber sollte unter keinen Umständen jemand erfahren. Am allerwenigsten Steinmeier.

Die Situation damals war unsicher, niemand wusste, wie Steinmeier reagieren würde, sollte die Partei etwa die Totalabkehr von den Agenda-Reformen beschließen. In diesem Fall hätte er schon aus Gründen der Selbstachtung hinschmeißen müssen. So weit ist es nicht gekommen, inzwischen zweifeln immer weniger Genossen daran, dass Steinmeier auf seinem Posten durchhalten wird.

Hinzu kommt, dass der Hamburger Landesvorsitzende Scholz aufgrund überraschend guter Umfragewerte kaum darum herumkommen wird, in knapp zwei Jahren als Spitzenkandidat gegen Bürgermeister Ole von Beust in die Bürgerschaftswahl zu ziehen. Spätestens damit wäre die Vereinbarung obsolet.

Gabriel hatte in den vergangenen Wochen ohnehin andere Sorgen. In der öffentlichen Diskussion um die Griechenland-Hilfen zeigte sich wieder einmal, dass sein politischer Instinkt und seine ständige Bereitschaft zur gekonnten Attacke auch ihre Kehrseite haben: die altbekannte Sprunghaftigkeit. Beinahe täglich wartete er mit neuen Positionen auf, von durchdachter Strategie keine Spur.

Auch Steinmeier revidierte sich, indem er das Eilverfahren im Bundestag zunächst strikt ablehnte, um dann doch zuzustimmen; doch insgesamt machte er die bessere Figur. Gerade in Krisenzeiten gereicht ihm jene Seriosität zum Vorteil, die ihm sonst eher als mangelnde politische Rauflust ausgelegt wird.

Er gab besonnene Interviews und streifte bei seiner Erwiderung auf die Kanzlerin dennoch die Hülle des Staatsmanns ab, die ihn zuvor so oft gehemmt hatte. Stattdessen griff er an.

Man verbitte sich, so sprach er gleich zu Beginn seine einstige Chefin Angela Merkel an, „jede selbstgerechte Belehrung in der Form, wie wir sie eben gehört haben". Wieder klatschte seine Fraktion für ihren Chef Steinmeier. Sie dürfte dazu wohl noch öfter Gelegenheit haben als bislang gedacht. CHRISTOPH HICKMANN

BADEN-WÜRTTEMBERG

Schwäbischer Cowboy

Von Amts wegen müsste Justizminister Ulrich Goll über jede Waffe froh sein, die verschrottet wird. Im eigenen Fall hält er Schießeisen aber für unverzichtbar.

Zwei Wochen waren vergangen seit dem tödlichen Amoklauf in Winnenden, da erklärte Ulrich Goll (FDP) den Lesern seiner Waiblinger Heimatzeitung, was er von scharfen Waffen hält. „Großkaliber ist Wildwest“, urteilte der baden-württembergische Justizminister und versicherte den Wählern: Das „braucht’s wirklich nicht“.

Ein gutes Jahr nach der Tragödie mit 16 Toten lesen sich Golls Einlassungen wie bitterer Spott. Denn vorvergangene Woche offenbarte sich der Freidemokrat selbst als überzeugter Waffenbesitzer. Eigentlich war Goll vor die Öffentlichkeit getreten, um für eine Bundesratsinitiative des Landes zu werben, die Besitzern illegaler Waffen noch einmal Straffreiheit gewähren soll, wenn sie ihre Schießeisen freiwillig abgeben. 2009 konnten dank dieser Ausnahme Zehntausende Waffen von der Polizei vernichtet werden.

Doch dann outete sich Goll: Er selbst besitze einen Waffenschein für eine Heckler-&-Koch-Pistole, 9 Millimeter, sowie einen Smith-&-Wesson-Revolver, Kaliber .22, berichtete der Justizminister. Hintergrund sei „sportlich-technisches Interesse“. Als Journalisten tags darauf nachfassten, erklärte Goll trotzig, sich 1996 die Waffen und notwendiges Know-how aus reinem Selbstschutz angeschafft zu haben: „Wenn jemand mit dem Messer auf mich losgeht, könnte ich von der Waffe Gebrauch machen.“

Seitdem geht nicht nur in Baden-Württemberg die Frage um, ob ein stellvertretender Ministerpräsident wie ein schießwütiger Cowboy auftreten sollte? Und welches Vorbild eigentlich ein Justizminister abgibt, der bei einer Bedrohung offenbar nicht davor zurückschrecken würde, den Revolver zu ziehen.

Aus Sicht der Polizei ist Golls Argumentation ein sicherheitspolitischer GAU. „Minister für Selbstjustiz“, taufte ihn prompt die Opposition und forderte den Liberalen zur Abgabe der Waffen auf: Wenn er sich tatsächlich entsprechend bedroht fühle, könne er ja auf Personenschützer zurückgreifen. Doch der eher schmächtige Goll, mit einer kurzen Unterbrechung seit mehr als zwölf Jahren im Amt, will keine Bodyguards: „Ich möchte nicht den ganzen Tag junge Leute um mich haben, die nichts anderes tun, als auf mich aufzupassen.“ Zumal das sein Privatleben erheblich beeinflussen würde.

Der 60-Jährige lebt gern frei und wild. Das belegt schon der Blick auf seinen privaten Fuhrpark: Zwei Motorräder der Marke Harley-Davidson (eine Night Rod und eine Panhead, Baujahr 1950), eine BMW R 1200, dazu ein Mercedes-Geländewagen und ein Ferrari 360. Den 400-PS-Traum in Rot bezeichnet Goll als Spontankauf aus dem Jahr 2008: „Plötzlich hat’s Klick gemacht. Das brauchst du einmal im Leben.“ Davor fuhr der Minister ein Porsche 911 Cabrio.

SASCHA BAUMANN / FOTOREGIONAL



MARIJAN MURAT / DPA

Minister Goll, Waffenvernichtung: *Klischee bedient*

Zurückhaltung zählt nicht zu seinen hervorstechendsten Eigenschaften, dabei stammt Goll aus bescheidenen Verhältnissen. Er wuchs am Bodensee auf, als Sohn eines Kunstmalers, trat zuerst der SPD bei, bevor er 1979 zu den Liberalen ging. In Freiburg schloss sich Goll der schlagenden Studentenverbindung „Corps Hubertia“ an, die Traditionen wie Treibjagd und Tontaubenschießen zelebriert. Ungefragt versicherte der Ministeriumssprecher vorige Woche, sein Chef schieße bei der Burschenschaft nicht: „null Komma null – nie!“

Heute lebt der Politiker mit seiner zweiten Frau und fünf Kindern in einem Elf-Zimmer-Bungalow mit Bibliothek und Waffentresor, der älteste Sohn besucht das Elite-Internat Salem. Seinen Professorentitel, der ihm von der Fachhochschule Ravensburg-Weingarten verliehen wurde, liest er gern großgedruckt. Seit Goll 1997 seine 14 Jahre jüngere persönliche Referentin ehelichte, Juristin, FDP-Kommunalpolitikerin und Erbin einer Hamburger Dental-Firma, spielt Sorge um das Finanzielle in seinem Leben eine untergeordnete Rolle.

Als der FDP-Mann 2003 und 2004 ohne Amt war und sich einer renommierten Kanzlei für Insolvenzrecht anschloss, mochte er weder von seinen Waffen noch vom regelmäßigen Schießtraining lassen. Auch damals habe eben „eine ähnliche Bedrohungslage“ wie zu Ministerzeiten bestanden, lässt er hierzu lapidar erklären.

Seine überbordende Selbstgewissheit stößt inzwischen auch der FDP-Landtagsfraktion auf. „Er bedient jetzt wirklich alle Klischees, die man unserer Partei nachsagt“, gibt ein Abgeordneter die Stimmung wieder. Noch allzu gut in Erinnerung ist Golls vehementer Widerstand gegen den Kauf einer CD mit Hinweisen auf mutmaßliche Steuersünder. Auch gehörte er zu jenen, die nach dem Amoklauf in seinem Wahlkreis eine Verschärfung des Waffenrechts blockierten.

„Feinsinn, Verbundenheit mit den Belangen der Bürger“, attestierte dem Minister vergangene Woche die FDP-Landesvorsitzende Birgit Homburger in ihrem Glückwunschschreiben anlässlich seines runden Geburtstags. Doch die Schützenhilfe aus Berlin führte Goll selbst sofort ad absurdum. Nach weiterem Beschuss im Parlament ließ er eilig einen Brief an entrüstete Angehörige der Winnenden-Opfer versenden. Aber statt auf eine Rückmeldung zu warten, lancierte offenbar Golls Apparat die dreiseitige Erklärung nahezu zeitgleich an die Boulevardpresse.

Von dem naheliegenden Schritt, einfach seine Waffen abzugeben, kann der schwäbische Cowboy offensichtlich nicht überzeugt werden. Zwar erklärte Goll auf Nachfrage, er habe seine Waffen nie „in der Öffentlichkeit getragen“. Er sei dazu „allerdings berechtigt“. Jederzeit.

SIMONE KAISER

ESSAY

Der tückische David

Von der Führung eines asymmetrischen Krieges

Von Herfried Münkler

Goliath hat ein Imageproblem: Er ist zu groß, zu ungelenk und furchtbar hässlich. Er ist der Inbegriff einer hochgerüsteten Kriegsmaschine ohne menschliche Regung. Selbstverständlich sind unsere Sympathien auf der Seite dessen, der dieses hässliche Monstrum zu Fall bringt. Ein kurzer Blick in die Kunstgeschichte genügt: Goliath ist dort oft nur als abgeschlagener Kopf zu sehen, an den Haaren gehalten von seinem Bezwinger David, noch im Tode abstoßend. Kein Mitgefühl kommt mit Goliath auf. Dagegen fliegen seinem Bezwinger die Herzen zu, von den jungen Kriegern, die sich durch Davids Vorbild inspirieren lassen und ihm nachtun wollen, bis zu den verschämt-sehnsüchtigen Frauen, die seine zarten Gesichtszüge und seinen feingliedrigen Körperbau bewundern.

Dabei müsste eigentlich Goliath einem leidtun. Morgen für Morgen trat er aus dem Lager der Philister heraus und stellte sich zum Zweikampf. Aber keiner aus dem Heer König Sauls wagte es, gegen ihn anzutreten. Goliath hatte auf einen fairen Kampf gewartet, wobei er darauf vertraute, dass er infolge seiner Größe und Stärke der Sieger sein werde. Er hatte sich auf eine symmetrische Konfrontation eingestellt, in der Stärke und Waffengeschick, Mut und Entschlossenheit den Ausschlag geben würden. Umso erstaunter, ja geradezu konsterniert war er, als schließlich ein Jugendlicher kam, um mit ihm zu kämpfen.

Eigentlich hatte Goliath schon verloren, bevor der Kampf begann, weil er eben Goliath war.

Immerhin hätte er präventiv handeln können: Argwöhnisch geworden, weil der Knabe zunächst im Bach nach Steinen suchte, hätte er antizipieren können, dass ihn ein Kiesel aus seiner Schleuder treffen und kampfunfähig machen könnte. Er hätte also, um dem zuvorzukommen, seinen Speer auf den Jugendlichen schleudern und ihn töten können. Doch dann hätte es geheißen, der Krieger Goliath habe ein unschuldiges Kind beim Spielen am Bach getötet. Das hätte nicht bloß sein Hässlichkeits-Image verstärkt, sondern ihn auch Ehre und Ansehen gekostet. Womöglich hätten sich sogar seine Kriegskameraden von ihm abgewandt. Nicht als strahlender Sieger, sondern mit dem Odium des Kriegsverbrechens belastet, wäre er nach Hause zurückgekehrt.

In der asymmetrischen Konfrontation mit David war Goliath von Anfang an der Verlierer – selbst wenn er als Sieger den Kampfplatz verlassen hätte.



NORTH WIND PICTURE ARCHIVES / AKG

David-Mythos (Illustration)

Goliath hatte eigentlich schon verloren, bevor der Kampf begann.

Auch wenn sich das aus deutscher Sicht nicht so darstellt: Die Bundeswehr ist in Afghanistan in der Goliath-Rolle, sie ist ein Teil des gewaltigen Goliath, den die westlichen Streitkräfte am Hindukusch aufgerichtet haben. Das mögen wir nicht so sehen, aber in Afghanistan und den umliegenden Ländern stellt es sich so dar. Die Taliban – oder was auch immer unter dieser Sammelbezeichnung zusammengefasst wird – verfügen nicht über schwere Waffen und vor allem haben sie keine Luftwaffe. Sie agieren als leichte Infanterie, sie haben die David-Rolle besetzt, und wer der Devise des britischen Feldmarschalls Templer folgen will, wonach es in solchen Konflikten darauf ankommt, die Köpfe und Herzen der Menschen zu gewinnen, der ist schlecht beraten, wenn er weiter in die Goliath-Rolle investiert.

Das ist immer dann der Fall, wenn hierzulande der Ruf nach schweren Waffen für die Truppen in Afghanistan aufkommt. Als die deutschen Soldaten in Afghanistan nicht mehr nur Selbstmordattentätern und Sprengfallen ausgesetzt waren, sondern in regelrechte Gefechte verwickelt wurden, forderten einige Experten, man müsse Schützenpanzer, Panzerhaubitzen, ja sogar Kampfpanzer nach Afghanistan verlegen, um in den Gefechten mit den Taliban über mehr Schutz und größere Feuerkraft zu verfügen. Die Deutschen wollten noch mehr Goliath sein: ein noch größerer Helm, ein noch längerer Speer, ein noch breiteres Schwert.

Natürlich ist richtig: Hätte Goliath ein herunterklappbares Visier gehabt und hätte er es rechtzeitig geschlossen, hätte ihm Davids Stein wenig anhaben können. Goliath hätte überlebt und David im Kampf gegen ihn keine Chance gehabt. Aber das politische Problem des getöteten Jugendlichen wäre geblieben. Die Untersuchungskommission hätte keine Waffen bei David gefunden, bloß die übliche Ausstattung eines Hirtenjungen. Das war die Situation, nachdem ein deutscher Offizier einen Luftangriff auf zwei am Kunduz-Fluss festgefahrene Tanklastwagen angeordnet hatte. Man zählte danach viel mehr Tote als Handfeuerwaffen und kam zu dem Ergebnis, es seien vor allem Zivilisten gewesen, die hier getötet worden waren.

Ein gegen David erfolgreicher Goliath hat ein Legitimationsproblem: Panzerhaubitzen, die in Dörfer hineinschießen, Schnell-

feuerkanonen, die gegen Menschenansammlungen eingesetzt werden, in denen sich Bewaffnete aufhalten, aber eben auch Zivilisten – das alles hinterlässt einen verheerenden Eindruck, sowohl bei denen, die man eigentlich schützen will, als auch in der Weltöffentlichkeit. Wer in einer asymmetrischen Konfrontation erfolgreich sein will, muss aus der Goliath-Rolle herauskommen. Wer sich das aus Furcht vor Verlusten nicht zutraut, sollte besser abziehen. Er richtet politisch mehr Schaden an, als er militärisch nützen kann.

Partisanen könne man nur nach Partisanenart bekämpfen, soll Napoleon gesagt haben, als seine sieggewohnten Divisionen auf der spanischen Halbinsel in einen Kleinkrieg verwickelt wurden, den sie auch darum verloren, weil sie nicht zwischen Guerilleros und Zivilisten zu unterscheiden vermochten. Schwere Waffen haben keine Unterscheidungsfähigkeit.

Goliaths Hauptproblem ist, dass er über David nichts weiß. Aber David weiß viel über Goliath. Er hat ihn beobachtet, sein Auftreten studiert, seine Rüstung analysiert, er weiß, was Goliath kann und wie er sich verhält. Für Goliath dagegen ist David ein unbeschriebenes Blatt, er kennt seine hochvariable Kampfesweise nicht und ist auch mit seiner Mentalität nicht vertraut.

Wer die Goliath-Rolle verlassen und selber David werden will, muss flexibler werden, um schwerer ausrechenbar zu sein, vor allem aber sollte er über seinen Gegner Bescheid wissen. Er muss seine Motive kennen, um ihm auch politisch entgegentreten zu können. Während die Rüstung bei Goliath die Ohren verschließt und den Gesichtskreis verengt, ist David mit allen Sinnen dabei. Wer in Auseinandersetzungen wie denen in Afghanistan nicht jede Menge Augen und Ohren hat, die warnen und Hinweise geben, steht auf verlorenem Posten.

Zugegeben: Politik und Militär in Deutschland sind zunächst nicht davon ausgegangen, dass sie in Afghanistan in einen asymmetrischen Krieg verwickelt würden. Sie haben darauf vertraut, dass die afghanische Bevölkerung nach mehreren Jahrzehnten Bürgerkrieg der Gewalt überdrüssig und den Friedensbringern dankbar sein werde. Obendrein hatte man in dem Land keine strategischen Interessen; man war in bester Absicht gekommen, man wollte nur helfen. Deswegen rechnete man nicht mit strategischem Gegenhandeln. Deshalb bemühte man sich auch nicht um ein zuverlässiges Informantensystem. Das damals Versäumte lässt sich jetzt nur schwer nachholen, zumal inzwischen über den Zeitpunkt des Abzugs gesprochen wird – und da wird wohl kaum jemand aus den afghanischen Dörfern das Risiko eingehen, für ein paar Dollar als Informant zu dienen.

Die deutsche Strategie hat nicht auf die spezifischen Loyalitäten einzelner Personen und Gruppen gesetzt. Sie hat darauf vertraut, mit Brücken, Brunnen, Krankenhäusern und Schulen Unterstützung in der afghanischen Bevölkerung zu gewinnen. Solche kollektiven Güter aber sind dadurch gekennzeichnet, dass keiner von ihrer Nutzung ausgeschlossen werden kann. Die so gewonnene Unterstützung bleibt diffus. Sie ist auf den Tag beschränkt und zählt nicht bei Nacht, wenn die Bewaffneten der Gegenseite in die Dörfer kommen und ihrerseits Unterstützung einfordern. Das ist die Schwachstelle eines Konzepts, das allein auf Gratifikationen setzt und Sanktionen ausspart.

Die zivile Komponente bei der Stabilisierung Afghanistans folgte und folgt derselben Linie: Der Westen erkauft sich Wohlwollen und Unterstützung durch unspezifische Wohltaten und vermeidet tunlichst, die Menschen vor eine Entscheidung zu stellen – für die Taliban oder für den Westen. Stattdessen überlagern sich Hilfsbemühungen und Loyalitätserwartungen, und dabei behält derjenige die Oberhand, der seine Erwartungen mit größerer Härte und Grausamkeit durchzusetzen vermag.

Einen solchen Wettbewerb können und wollen die Streitkräfte demokratischer Verfassungsstaaten nicht gewinnen. Deswegen sollten sie ihn nicht bloß vermeiden – als es die USA im Irak versuchten, endete das in Abu Ghuraib –, sondern sie müssen auch Bedingungen schaffen, unter denen es nicht zu diesem Wettbewerb der Grausamkeiten kommt.

Materielle Hilfe für die afghanische Bevölkerung muss konditioniert sein, verknüpft mit eindeutigen Loyalitätsbeweisen. Im Idealfall konkurrieren dann in einem Distrikt die Dörfer, die sich dem Westen angeschlossen haben, mit denen, in denen die Gegner des Westens das Sagen haben. Es muss sichtbar werden, dass sich die Entscheidung für den Westen lohnt und die gegen ihn einen hohen Preis hat. Kopf und Seele kann man nur gewinnen, wenn der Leib etwas zu verlieren hat. Sonst warten die Leute ab, wer auf Dauer der Stärkere ist. In Afghanistan heißt das konkret: Sie streichen westliche Hilfe ein und folgen den Anweisungen der Taliban.

WILL BAXTER

US-Soldaten, Gefangener in Afghanistan

Zeit ist eine Waffe, daher sollte der Westen nicht über einen Abzug reden.

Will der Westen aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und nunmehr mit einem revidierten Konzept nachholen, was er verabsäumt hat, sollte er freilich nicht über den Zeitpunkt des Abzugs reden, weder öffentlich noch insgeheim. Er kann keine verlässliche Loyalität erwarten, wenn er die eigene Präsenz terminiert. Ein grundlegendes Merkmal asymmetrischer Kriege ist die unterschiedliche Zeitperspektive der Kontrahenten. Die Zeit ist eine Waffe.

So dürfte den Taliban nicht entgangen sein, dass mit den Verlusten der Bundeswehr in Afghanistan auch die Abzugsdebatte in Deutschland an Intensität gewonnen hat. Die Taliban können die politische Wirkung militärischer oder quasimilitärischer Gewalt beobachten. Dass der Westen umgekehrt wenig über die Taliban weiß, ist ein weiteres Element der Asymmetrie. Beobachtung beschränkt sich auf die Aufklärung mit Satelliten, Flugzeugen und Drohnen. Was sie beobachten können, sind aber bloß militärische Bewegungen; deren politischer Effekt bleibt ihnen verborgen.

Der Westen muss viel lernen, um mehr David und weniger Goliath zu sein.

Münkler, 58, lehrt Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität in Berlin. Sein bekanntestes Buch ist „Die neuen Kriege“, Rowohlt Verlag, Reinbek.



KARRIEREN

Der Patriarch

Am kommenden Wochenende wird die Linke zwei neue Vorsitzende wählen. Der heimliche Chef aber ist ein anderer: Gregor Gysi – der zum Ärger seiner Freunde Oskar Lafontaine immer ähnlicher wird.

CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

Es ist jedes Mal eine kleine Demütigung. Der Moment, in dem das Rednerpult im Bundestag für Gregor Gysi klein gemacht werden muss. Für ihn und seinen großen Auftritt. Es wird runtergefahren, und das nervt ihn. Von Jahr zu Jahr mehr.

Auch bei der Griechenland-Debatte am vergangenen Mittwoch blieb ihm das nicht erspart. Erst das Pult, dann sein Auftritt. Die große Gysi-Show. „Frau Bundeskanzlerin, ich weiß nicht, wohin Sie gegangen sind, ach, in die letzte Reihe; das ist gut." Die erste Pointe, und die Linksfraktion gluckste vor Vergnügen. Es war seine Lieblingsrolle: die Kleinen verführen, die Großen vorführen. Seine Zunge strich über die Lippe, Genießerblick. Zweimal musste am Ende Bundestagspräsident Norbert Lammert den Kollegen bitten, doch endlich zum Ende zu kommen. Aber Gysi war nicht am Ende, er ist nur schwer zu stoppen in diesen Tagen.

Den Finanzmarkt an die Kette legen, den Casino-Kapitalismus geißeln – vor kurzem wäre das im Bundestag noch Oskar Lafontaine vorbehalten gewesen. Inzwischen wird es von Gysi erledigt. Er steht jetzt allein an der Spitze der Fraktion. Endlich.

Am kommenden Wochenende wird in Rostock die neue Spitze der Linkspartei gewählt. Es ist eine Zäsur für das Projekt einer gesamtdeutschen Linken. Lafontaine, der Übervater der Partei, zieht sich ins Saarland zurück. Klaus Ernst aus Bayern und die Ost-Berlinerin Gesine Lötzsch wollen als Doppelspitze nachfolgen, Gysi steht nicht zur Wahl. Aber kaum jemand zweifelt daran, dass am Ende nicht Lötzsch und Ernst die Partei führen werden, sondern er. Als heimlicher Parteichef, so wie jetzt schon.

Bislang hat Lafontaine die Sicht auf Gysi verstellt, aber Lafontaines Zeit ist nun vorbei. Gysi, der Ossi, die rote Ich-AG, der große Verwandlungskünstler, hat überlebt. Wie so oft in den vergangenen drei Jahrzehnten. Er war DDR-Anwalt, Parteichef der SED, der gewendeten SED-PDS, der PDS, er hat Hunderte Seiten Stasi-Akten ausgesessen, sein Herz hat immer wieder schlappgemacht, doch jetzt ist er da, wo er sich immer selbst verortet hat. Oben.

Und er hat einen hohen Preis dafür gezahlt. Als sich Gysi zwischen Lafontaine und seinen langjährigen Weggefährten entscheiden musste, hat er sich auf die Seite des Saarländers geschlagen. Viele seiner alten Parteifreunde haben sich danach von ihm abgewandt.

Für einen Egozentriker hat Gysi erstaunlich viel ertragen in seiner langen Karriere. Erst den einen Saarländer, Erich Honecker, dann den anderen, Lafontaine. Jetzt ist er selbst Patriarch. Und hat zur eigenen Partei mittlerweile ein Verhältnis wie einst Helmut Kohl zur Union oder Joschka Fischer zu den Grünen. Die Linke – ein lästiger, aber nützlicher und unvermeidlicher Apparat voller Winzlinge ohne Weitblick. Es ist die Patriarchenperspektive.

Als seine Ossis ihn unlängst drängten, er solle nun auch den Parteivorsitz übernehmen, um den Laden vor dem Zugriff der Sektierer aus dem Westen zu retten, hat er abgelehnt. Er weiß, dass er nicht als Vorsitzender wertvolle Stunden in zähen Sitzungen verbringen muss, um den Kurs zu bestimmen. Gysi ist ein virtueller Vorsitzender, an dem keiner vorbeikommt. Der Grüne Fischer hat es ihm vorgemacht.

Dabei wollte Gysi nie West-Politiker werden. Er wollte nicht so werden wie Lafontaine. Ein einsamer Mensch, ständig damit beschäftigt, die Feinde in den eigenen Reihen zu bekämpfen. Gysi wollte immer Freunde haben, Anerkennung und ein wenig Spaß nach all dem Sitzungssozialismus. Er wollte gute Resolutionen – und guten Rotwein. Und er fand es furchtbar, wie Lafontaine über seine Ex-Genossen redete. Schlechter als Gysi je über Honecker.

Für den linken Großbürger Gysi war der Rüpel Lafontaine manchmal eine Zu-

mutung. Gleichzeitig bewunderte er sein Talent zum Populismus, „Lafontaines einzigartige Art, die anderen Parteien herauszufordern“. Lafontaine hingegen neidete Gysi immer dessen Talent zum Humor, zur Ironie, zur Leichtigkeit. Beide versuchten, die Stärken des anderen zu kopieren. Aber wenn Lafontaine witzig sein wollte, wirkte er nur oberlehrerhaft. Und wenn Gysi sich vor einem Mikrofon auf die Zehenspitzen stellte, die Fäuste ballte und den Populisten gab, sah er immer nur aus wie ein kleiner Mann in einem zu großen Anzug.

Manchmal hat er sich von Lafontaine abgesetzt. Als es um Israel ging zum Beispiel. Gysi warb so sehr für ein positives Verhältnis der Linken zu Israel, dass er die traditionell israelkritischen Fundis gegen sich aufbrachte. Es war ihm egal, dass Lafontaine ihn dabei nicht unterstützte. Doch das ist schon länger her. Inzwischen wird er Lafontaine immer ähnlicher.

Vor einiger Zeit hielt Gysi einen Vortrag in der Berliner Urania. Thema: Der Weg von der DDR-Staatspartei zur gesamtdeutschen Oppositionspartei. Auf gepolsterten Sesseln saß distinguiertes West-Berliner Publikum, ein paar ergraute Genossen hatten sich daruntergemischt. Der Raum in der Urania glich einem großen Theatersaal, und Gysi gab das Ein-Mann-Stück, das er am besten beherrscht. In seiner Welt ist Politik eine Aneinanderreihung von Anekdoten, und er steht immer im Zentrum.

Nach einer Stunde forderte ein genervter Zwischenrufer, er möge endlich mal zum Thema kommen. Gysi stockte kurz, sollte er empört sein? Dann schluckte er und entschied sich für seine Lieblingswaffe: Ironie. „Wenn Sie mal hier oben stehen sollten, können Sie das ja anders machen. Aber jetzt lassen Sie mich mal so reden, wie ich bin.“ Beifall. Gysi grinste, er war jetzt bestens gelaunt.

Selbst Kohl habe ihn dafür gelobt, dass er die Staatspartei in die Bundesrepublik überführt habe. Was er dafür nicht alles ertragen musste. Erst sei er als der Teufel persönlich betrachtet worden, dann als Politikclown, schließlich habe die Öffentlichkeit ihn akzeptiert, aber mit der Einschränkung, die Leute hinter ihm seien unzumutbar. Und als das Publikum schon willig kicherte, schob Gysi die Schlusspointe nach: „Und da haben die ja auch oft recht.“ Es war ein typischer Gysi-Witz, auf Kosten der anderen.

Wenn Gysi über Gysi redet, dann klingt das etwa so: „Haben Sie die Rede gehört?“ Gemeint ist seine eigene Rede. „Wirklich gut“, sagt er, schiebt anerkennend die Unterlippe nach vorn. Nein? Wehe dem, der nein gesagt hat. Also, sagt er, holt Luft, macht den Knopf am Sakko zu, und hält sie noch einmal. Er spricht sogar Lacher und Zwischenrufe mit und fragt am Ende: „Gut?“

In Gysis Sonnensystem ist er der Stern, der alles erhellt. Seine Partei, seine Frauen, alles kleine Monde auf seiner Umlaufbahn. Gesine Lötzsch? Achselzucken. Klaus Ernst? Hm, der will ja auch mal wichtig sein. Aber muss Gysi nicht irgendwann Platz machen für neue Leute, wenn er will, dass das Projekt einer gesamtdeutschen Linken gelingt? Tja, antwortet Gysi achselzuckend, einmal sei er zu früh gegangen, er hoffe diesmal, nicht zu spät zu gehen.

Er behauptet von sich, er strebe nicht mehr nach Ämtern, aus dem Alter sei er raus. Fraktionsvorsitz, das sei genau richtig für ihn. Aber es gab auch schon den Moment, da fragte er nach einigen Glas Wein am Abend nach einer Fraktionsklausur Journalisten: „Wie hat Joschka Fischer das eigentlich gemacht?“ Außenminister, ohne anfangs richtig Englisch zu sprechen?

Hätte er die Wirklichkeit verändern wollen, wäre er Sozialdemokrat geworden oder 2002 Wirtschaftssenator in Berlin geblieben. Aber Gysis Mission ist Gysi, er will ins Geschichtsbuch. Parteigründer einer gesamtdeutschen Linken, das ist doch was: „Finden Sie nicht?“



GEORG MORITZ

Kandidaten Lötzsch, Ernst: *Apparat voller Winzlinge*

So ist Gysi nun auch im Westen ein gefragter Mann.

Münster ist tiefster Westen, sehr katholisch, sehr wohlhabend. Eine fremde Welt für den Atheisten aus Ost-Berlin. In Münster hatte Gysi mal eine seiner größten Niederlagen erlitten. 2000 wollte er seine PDS auf einem Parteitag in Münster davon überzeugen, dass Militäreinsätze mit Uno-Mandat kein Teufelszeug seien. Er scheiterte und kündigte danach seinen Rückzug von der Bundesspitze an.

Jetzt steht er wieder hier in Münster, vergangenen Montag, auf einem zugigen Platz, aber diesmal kommt er als Eroberer, als stolzer Anführer einer Partei, die im bevölkerungsreichsten westlichen Bundesland ins Parlament einziehen will. Gysi rauscht mit fast einer Stunde Verspätung im grauen Audi heran. Die lokale linke Prominenz lässt er stehen wie Hofschranzen. Sie wollen ihm noch einen roten Schal umlegen. Gysi verzieht das Gesicht, nimmt den Schal wieder ab, meckert kurz, weil er die Bühne nicht über eine Treppe, sondern eine Leiter erklimmen muss. Der Direktkandidat aus Münster, Ali Atalan, reicht ihm während der Rede fast unterwürfig ein Wasser. „Ein Tisch wäre ja auch nicht schlecht“, tadelt Gysi, für alle hörbar. Unter die Zuhörer haben sich ein paar Junge Liberale gemischt. Sie halten Plakate hoch: „Mauermord verjährt nie“. Früher hätte er sie bei der Gelegenheit in Grund und Boden geredet, aufgezählt, welche DDR-Blockpartei samt Vermögen anstandslos von der FDP geschluckt wurde. Heute ignoriert er das. Die Zeit der Rechtfertigung ist vorbei. Gysi steht jetzt über den Dingen, selbst im Westen.

Dabei war es Lafontaine, der ihm diesen Weg in den Westen erst bahnte. Für Gysis alte PDS-Weggefährten war er der Garant gegen eine Übermacht des Westlers. Inzwischen haben sie erkennen müssen: Oskar war stärker als Gregor. Aus dem Bundestagswahlkampf 2005 ist in der Partei noch ein Plakat in Erinnerung. Auf dem Bild lächelte Gysi unterwürfig zu Lafontaine hoch. Damals ärgerte er sich über das Foto. Heute erscheint es vielen wie eine Prophezeiung, die Wirklichkeit wurde.

Lafontaines Arm reichte weit in der Partei, aber nicht weit genug, um die alten PDS-Seilschaften zu sprengen, die dem Saarländer politisch und kulturell immer fremd geblieben waren. Domestizieren konnte er sie erst, als sich Gysi zu seinem verlängerten Arm machte. Gysi intervenierte für ihn bei den rot-roten Koalitionsverhandlungen in Brandenburg, Gysi schaute tatenlos zu, wie vor der Europawahl 2009 reihenweise PDS-Realos gedemütigt wurden, und er deckte Lafontaines Rückzugspläne.

Anfangs wehrte er sich noch dagegen, wie Lafontaine mit den Gysi-Leuten umging, mit Dietmar Bartsch etwa, dem scheidenden Bundesgeschäftsführer, oder dem Intellektuellen André Brie. Doch am Ende trug er alle Entscheidungen mit. Wer heute mit früheren Freunden von Gysi spricht, der trifft auf schmallippige Menschen. Ihre letzte Solidarität ist Schweigen.

Brie, Bartsch, der Potsdamer Heinz Vietze, Lothar Bisky – es waren seine Freunde. Doch seit Gysi im Januar in der Diskussion um Lafontaines Rückzug Bartsch demütigte, ist der Kreis der Gefährten zerbrochen. Bisky sprach von

„Stalinismus“. Er redete tagelang nicht mehr mit Gysi.

Die Parteinahme für Lafontaine und gegen seine alten Freunde verfolgt Gysi nun, er wird überall darauf angesprochen. Gysi hat dadurch neue Claqueure gewonnen, Männer wie Ulrich Maurer, Klaus Ernst oder Diether Dehm, allesamt aus dem Westen. Seine ostdeutschen Weggefährten, mit denen er nach dem Mauerfall ein Hungerstreikkomitee bildete, um die PDS vor dem finanziellen Ruin zu bewahren, haben sich dagegen von ihm abgewandt.

Er habe keine andere Wahl gehabt, sagt er. Und es sei unfair, dass nun alle auf ihn sauer seien. Er habe den Konflikt zwischen Lafontaine und Bartsch ja nicht ausgelöst, aber ihn lösen müssen. Wochenlang sei er mit nichts anderem beschäftigt gewesen. Als jeder Vermittlungsversuch gescheitert sei, habe er handeln müssen. Im Übrigen sei doch er, Gysi, derjenige, der Bartsch dann zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gemacht habe. „Und er wird auch in Zukunft eine wichtige Rolle in der Partei spielen, zumindest wenn es nach mir geht.“ Gysi nimmt, Gysi gibt.

André Brie wurde vor kurzem 60 Jahre alt. Brie ist ein Querkopf, ein Intellektueller, einer, der es immer wieder schaffte, der Partei die richtigen Fragen zu stellen. In Mecklenburg lebt er auf einem Bauernhof, er lud zur großen Geburtstagsparty. Bartsch kam, Gysi nicht. Er mied die Feier, die Lage in der Partei war zu kompliziert.

Die Ossis fühlen sich von ihrem Ober-Ossi verraten. Gysi lamentiert, dass sich inzwischen zu wenige Ostdeutsche für den Vorstand bewerben würden. Das repräsentiere doch nicht die Gewichte in der Partei. Doch er weiß auch, dass er nicht unschuldig daran ist, dass die Wessis an die Macht drängen. Ohne die Westlinken hätte es Gysis Triumph nicht geben können. Nun wird er die Geister, die er rief, nicht wieder los.

Manche seiner alten Freunde haben versucht, ihn zur Rede zu stellen. Sie glauben Gysis Beteuerungen, nicht der IM aus den Stasi-Unterlagen gewesen zu sein. Aber, so spotten sie, dafür sei er inzwischen der IM „Oskar“. Ob er denn merke, was er da tue? Ob er nicht spüre, wie einsam es um ihn geworden sei?

Doch Patriarchen lassen sich nicht gern zur Rede stellen. Auch Gysi nicht. Und so müssen seine alten Genossen die Diagnose ohne die Mithilfe des Patienten stellen. Sie ist eindeutig: „Gregor leidet am Oskar-Fieber.“

Stefan Berg, Markus Deggerich

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Die Kirche muss offener werden“

Der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick über konservative Amtsbrüder, die Lehren aus dem Missbrauchskandal und den Ökumenischen Kirchentag

SPIEGEL: Herr Erzbischof, nur 17 Prozent der Deutschen haben noch Vertrauen in die katholische Kirche. Wie konnte es so weit kommen?

Schick: Das ist natürlich sehr bedauerlich und für uns sehr schmerzlich. Es hat in der Kirche Missbrauch und Lügen gegeben, die uns haben tief fallen lassen.

SPIEGEL: Wie sieht, nach drei Monaten Missbrauchsdebatte, die Bilanz bei Ihnen im Erzbistum aus?

Schick: Wir hatten 2008 einen Missbrauchsfall. Es gibt einige weitere Fälle, die wir direkt an die Staatsanwaltschaft weitergegeben haben. Zur Bilanz gehören auch die Kirchenaustritte. Im März hatten wir 1400, das ist das Dreifache im Vergleich zum Vorjahresmonat. Wir müssen die Probleme aufarbeiten und diskutieren, wie Missbrauch in Zukunft verhindert wird.

SPIEGEL: Wie soll eine solche Aufarbeitung gelingen, wenn Ihre konservativen Bischofskollegen immer noch die Krise kleinreden und reflexhaft über eine „Kampagne gegen die Kirche“ klagen?

Schick: Es gibt bei uns Probleme. Damit müssen wir uns beschäftigen – statt die Kritiker zu kritisieren …

SPIEGEL: … wie einer Ihrer Amtsbrüder, der die Berichterstattung des SPIEGEL und anderer Medien schon mal mit Goebbels Angriffen auf die Kirche verglich?

Schick: Das hilft nicht. Es macht uns höchstens noch verdächtig, dass wir Dinge, die da sind, nicht anschauen wollen.

SPIEGEL: Zu einer immer größeren Belastung wird auch der bisherige Augsburger Bischof Walter Mixa. Erst musste er zurücktreten, weil er von ihm verübte Gewalt an Heimkindern in Schrobenhausen geleugnet hatte. Jetzt kommen auch noch Vorwürfe wegen sexuellen Missbrauchs eines Minderjährigen hinzu.

Schick: Über die Vorgänge in Schrobenhausen hatte er nicht von vornherein die Wahrheit gesagt. Das kann man sich als Bischof nicht leisten. Daher gab es für ihn keine andere Möglichkeit, als den Rücktritt anzubieten. Zu den neuen Vorwürfen kann ich nur sagen: Sie müssen schonungslos aufgeklärt werden.

SPIEGEL: Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, hat Mixa unsanft aus dem Amt gedrängt – ein ziemlich einmaliger Vorgang.

Schick: Die Einzelheiten kenne ich nicht. Die Sache ist gelaufen, wie sie gelaufen ist. Es gab aber keine andere Möglichkeit.



OLAF TIEDJE

Ludwig Schick

ist eine Ausnahmeerscheinung in der Deutschen Bischofskonferenz: Als katholischer 68er gehört er einer Strömung an, die in der Kirchenführung lange vom erzkonservativen Lager um den Kölner Kardinal Joachim Meisner in den Hintergrund gedrängt wurde. Schick, 60, der zunächst Mediziner werden wollte, hat unter anderem an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom studiert, lehrte Kirchenrecht in Fulda und Marburg und war Weihbischof in Fulda, bevor er 2002 Erzbischof in Bamberg wurde. In einem Schuldbekenntnis zum 1000-jährigen Jubiläum seines Bistums geißelte der gebürtige Marburger schon 2007 „Verfehlungen von Geistlichen bis hin zum Kindesmissbrauch“; auch hätten Neid und Missgunst das Wirken der Kirche für die Welt gehemmt.

SPIEGEL: Bischöfe verstehen sich doch von Gottes Gnaden als Nachfolger der Apostel. Können sie neuerdings wie Politiker zur Rechenschaft gezogen werden?

Schick: Das gehört auch zur Kultur des Hinschauens, zur Kultur der Achtsamkeit. Wir sind Menschen, und wir sind fehlbar. Das muss uns und allen klar sein. Wenn wir fehlen, dann müssen wir die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

SPIEGEL: Wieso ist Missbrauch nach den Enthüllungen an einer Berliner Jesuitenschule im Februar so ein großes Thema geworden? War Ihnen das Problem vorher nicht bekannt?

Schick: Druck war vorhanden, aber es kam nicht heraus, weil es noch kein Ventil gab. Ich sage Ihnen ganz offen: Es ist richtig, dass nun alles herauskommt. Das ist meine feste Überzeugung. Überall, wo

etwas unter der Decke gehalten wird, wird alles nur noch schlimmer. Die Missbrauchten leiden doch schon genug unter den Taten. Sie leiden aber noch mehr, wenn diese vertuscht werden. Deswegen muss man sagen: Alles muss heraus.

SPIEGEL: Warum konnten Gewalt und Missbrauch so viel Raum in der Kirche einnehmen?

Schick: Klar ist, dass beides in anderen, ähnlichen Konstellationen genauso vorkommt, sogar noch mehr. Was die Kirche betrifft: Es gibt die Krankheit der Pädophilie. Es gibt Machtmissbrauch. Es gibt sexuelle Unreife. All das kann man im Klerus finden. Damit beginnt die Täteranalyse. Dann zum Tatort: Wo können solche Menschen – Pädophile, sexuell Unreife – ihre Fehlentwicklungen am ehesten ausleben? Wir dürfen geschlossene Institutionen, Internate so nicht mehr zulassen. Das muss offener werden. Man muss sehr aufpassen, wer in die Jugendarbeit und die Jugenderziehung kommt.

SPIEGEL: Reicht das? Muss sich, als Lehre aus der Krise, nicht die ganze Kirche ändern?

Schick: Ja. Die Kirche insgesamt muss offener werden. Sie muss noch mehr mit den Wissenschaften, der Philosophie und der Psychologie kommunizieren. Wir haben das zu wenig getan. Wir sehen jetzt, dass da Nachholbedarf vorhanden ist.

SPIEGEL: Hat die Kirche an moralischer Glaubwürdigkeit verloren?

Schick: Ja. Wir sind eine moralische Autorität, waren es und müssen es auch sein. Das ist unser Auftrag als Kirche. Wir haben da versagt und verloren. Sie haben ja eben gesagt, dass das Vertrauen in die Kirche sehr zurückgegangen ist. Wir müssen sehen, wie wir es wiedergewinnen.

SPIEGEL: Und zwar?

Schick: Wir müssen authentisch werden. Ich habe schon seit Jahren immer wieder gesagt: Kirche muss heilig sein. Das ist nicht irgendetwas über den Wolken, sondern „heilig sein" heißt eigentlich: authentisch Christ sein. Wir müssen uns mehr auf Jesus Christus statt auf die Institution konzentrieren.

SPIEGEL: Heißt das, die Amtskirche muss alte Zöpfe abschneiden – schon mal angefangen bei Titeln wie: Exzellenz, hochwürdigster Herr Erzbischof?

Schick: Ich denke, wir brauchen Personenautorität. Es soll Bischöfe geben. Es soll den Papst geben, und es soll Pfarrer geben. Aber sie sollen sich nicht hinter dem Amt verstecken. Das heißt: Ich muss mich in erster Linie bemühen, dass ich Christus kenne, Christus liebe, seine Botschaft lebe und andere Menschen dafür begeistern kann.

SPIEGEL: Im Alltag vermisst die Mehrheit der Katholiken solche Offenheit bei der Amtskirche. Die Vorstellungen der Gläubigen und ihrer Oberhirten klaffen weit auseinander – etwa beim Zölibat.



Traditionalist Mixa (l.) mit Amtsbrüdern in Köln: *„Es gab für ihn keine andere Möglichkeit, als*

Schick: Die Kirche darf sich nicht einfach auf die Erde beschränken, sondern muss den Menschen den Himmel offenhalten. Dort wird nicht geheiratet und verheiratet. Deshalb gehört das Zölibat zur Kirche dazu. Jetzt kommt die andere Frage: Wer lebt das Zölibat? Ich meine, Bischöfe, Ordensleute und Domkapitulare müssen es leben. Ob jeder Pfarrer das Zölibat leben muss, ist eine andere Frage.

SPIEGEL: Sollen sie doch heiraten!

Schick: Ich wäre dafür, dass man ernsthaft darüber nachdenkt.

SPIEGEL: Mehrheitsfähig sind Sie damit in der Kirchenführung noch nicht.

Schick: Aber es wird darüber gesprochen. Ich bin nicht der Einzige.

SPIEGEL: Dann könnten Sie doch auch gleich Frauen zum Priesteramt zulassen.

Schick: Das ist für mich kein Thema. Das ist in der Ökumene im Augenblick nicht vermittelbar. Es würde große Schwierigkeiten mit der gesamten Ostkirche geben. Ich wünsche mir aber, dass Frauen mehr in der Kirche mitwirken, und zwar in der Pastorale als Gemeindereferentinnen und Pastoralreferentinnen – aber auch in unseren Leitungsgremien.

SPIEGEL: Verheiratete Pfarrer, mehr Macht für Frauen – dann müsste die Kirche ja nur noch ihr homophobes Verhalten aufgeben, um in der Gesellschaft anzukommen.

Schick: Ob sie dieses Verhalten so durchgängig hat, weiß ich nicht, denn innerhalb der Kirche wird verschieden darüber gedacht. Im Katechismus steht eindeutig, dass ein homosexueller Mensch alle Achtung verdient, dass er Teil der Gesellschaft ist und seiner Veranlagung entsprechend Freundschaften haben soll. Nur auf Sexualität, die auf das geschlechtliche Leben von Mann und Frau ausgerichtet ist, soll er verzichten.

SPIEGEL: Also werden Schwule und Lesben weiter ausgegrenzt, so wie Geschiedene und alle, die ohne Trauschein zusammenleben. Sind das nicht ein bisschen viele Bevölkerungsgruppen, die von der Kirche abgelehnt werden?

Schick: Noch mal: Im Katechismus ist nicht von Ausgrenzen und Ablehnen Homosexueller die Rede. Auch bei Wiederverheirateten steht schon im Apostolischen Schreiben „Familiaris consortio" von 1981, dass sie zur Kirche gehören und wir ihnen helfen sollen, damit sie mit ihrem Lebensstand zurechtkommen.

SPIEGEL: Kürzlich haben Sie gepredigt, man müsse die Kirche von unten neu bilden. Was meinen Sie damit?


HARALD OPPITZ / KNA-BILD

den Rücktritt anzubieten“

Schick: Die Kirche muss in den Herzen der Menschen wieder leben und lebendig werden – das ist für mich der Schlüssel. Wir müssen neu missionarisch werden, aber nicht, um Institutionen neu zu formen. Wir sollen Menschen mit der Frohen Botschaft beschenken, damit sie daraus besser leben können – hier und jetzt und über den Tod hinaus. Das ist mein wichtigstes Anliegen, deshalb bin ich überhaupt Priester geworden.

SPIEGEL: Die Kirche erweckt aber den Eindruck, als sei sie nur auf die Einhaltung von Regeln bedacht. Das Zweite Vatikanische Konzil Anfang der sechziger Jahre wollte eine menschenfreundliche, moderne Kirche. Dieser und der letzte Papst haben jedoch vieles davon zurückgedreht. Was ist von dem Aufbruch jener Zeit geblieben?

Schick: Von Professor Joseph Ratzinger, dem jetzigen Papst Benedikt XVI., sind sehr positive, auch zukunftsweisende Impulse ausgegangen, was die Auslegung des Konzils angeht. Auch bei Johannes Paul II. gab es viel Aufbruch in die Welt hinaus. Der Fall des Kommunismus wäre ohne ihn ja nicht denkbar gewesen. Aber es hat in der Kirche auch Rückschritte gegeben. Es gab Verfestigungen und Verkrustungen, Angst vor der bösen Welt.

SPIEGEL: Die Rehabilitierung der konservativen Piusbrüder, lateinische Messen, Fürbitten über die Bekehrung der Juden – all das ist zum Markenzeichen der Restauration in der Kirche geworden.

Schick: Es stimmt, diese Symbolkraft hat die lateinische Messe jetzt auf einmal bekommen. Den Streit darüber hatten wir ja schon 1968. Ich bin danach ins Priesterseminar gegangen.

SPIEGEL: Wollen Sie sich etwa als 68er im Bischofsgewand bezeichnen?

Schick: Ja. Ich bin zum Beispiel Mitglied von Sant’ Egidio, einer missionarisch-caritativen Bewegung. Das ist ein Stück 68 in der Kirche. Da gab es innerkirchlich so viel Aufbruch und Neues – unsere Weltwärtsgewandtheit und die politische Theologie, die mich heute als Weltkirchenbischof immer noch beschäftigen. Wir haben Kontakte mit anderen Ländern und Nationen geknüpft. Das war damals schon toll.

SPIEGEL: Warum ist diese Weltwärtsgewandtheit heute kaum noch zu spüren?

Schick: So ist es nicht in der Gesamtheit. Die Impulse sind schon noch da. Aber wir leben insgesamt in einer Gesellschaft, die enger wird. Wir haben mehr Individualisierung als Öffnung unter der Jugend. Ich frage mich immer, ob uns das Internet gegenüber anderen wirklich offener macht oder ob es uns im Grunde genommen nicht eher in uns selbst verschließt.

SPIEGEL: Innerhalb der Kirche wird es doch vor allem enger, weil Linke und Liberale seit langem vergrault werden.

Schick: Es gibt in der Kirche nach wie vor die sogenannten Liberalen, und es gibt die Konservativen. Das halte ich weder für tragisch noch für schlimm, sondern sogar für normal, für katholisch. Uns ist es jedoch in den letzten Jahren nicht gelungen, gut im Dialog zu sein. Das halte ich für einen Mangel, den Dialog müssen wir wiederaufnehmen.

SPIEGEL: Hat nicht der heutige Papst selbst gesagt, er wolle lieber eine Minderheitenkirche mit wirklich Überzeugten, statt eine Kirche, die mit der Großgesellschaft identisch ist?

Schick: Im Sendungsbefehl Jesu heißt es: Gehet hin zu allen Menschen und verkündet allen die Frohe Botschaft. Wir dürfen nicht auf die kleine Herde setzen und sagen: Wir kuscheln uns zusammen und lassen die Welt zugrunde gehen. Das ist nicht Christus.

SPIEGEL: Beim Ökumenischen Kirchentag, der diese Woche in München beginnt, werden die Laien auch diskutieren, welche Rolle ihre Stimme in der angeschlagenen Kleriker-Kirche überhaupt spielt. Was sagen Sie ihnen?

Schick: Die Laien sollten Selbstbewusstsein haben und sich einbringen. Sie müssen aber von den Amtsträgern auch mehr einbezogen und gehört werden. Und sie müssen mehr in Entscheidungsgremien mitwirken. Da muss in den Bistumsleitungen und sicherlich auch auf Weltkirchenebene mehr geschehen.

SPIEGEL: Wird die Krise der Katholiken das Münchner Treffen überschatten?

Schick: Ich hoffe, dass dies nicht den Kirchentag bedrückt, sondern dass ein Stück davon durch ihn gelöst wird. Dass es wirklich einen offenen Dialog mit den verschiedensten Auffassungen und Richtungen gibt, damit wir uns, aber auch der Welt, Hoffnung geben.

SPIEGEL: Wie soll die Ökumene gelingen, wenn sich Ihr Dialogpartner, die evangelische Kirche, aus katholischer Sicht noch nicht einmal „Kirche“ nennen darf?

Schick: Sie spielen da auf das Vatikandokument „Dominus Jesus“ an. Solche dogmatischen Aussagen spielen im Alltag keine Rolle. Unsere Botschaft ist, dass wir Partner sind und dass wir den Menschen die Botschaft des Evangeliums weitertragen sollen. Da sind wir zusammen.

SPIEGEL: Dürfen die Protestanten Kirche sein, ja oder nein?

Schick: Ja.

SPIEGEL: Die evangelische Kirche hat durch den Rücktritt von Margot Käßmann Glaubwürdigkeit dazugewonnen. Was können Katholiken davon lernen?

Schick: Erst einmal freut es mich, dass Frau Käßmanns Ansehen – wir stammen fast aus dem gleichen Ort – nicht so gelitten hat. Ich freue mich auch, wenn die evangelische Kirche gut dasteht. Sie hat ihre Probleme, aber der Rücktritt hat ihr keinen Schaden zugefügt. Wir sind im Augenblick in einer schlechteren Position. Wir müssen aufräumen und einiges in die Wege leiten, damit wir Vertrauen und Glaubwürdigkeit zurückgewinnen.

SPIEGEL: Herr Erzbischof, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.


OLAF TIEDJE

Schick beim SPIEGEL-Gespräch*: *„Kirche muss heilig sein“*

* Mit den Redakteuren Frank Hornig und Peter Wensierski in Bamberg.

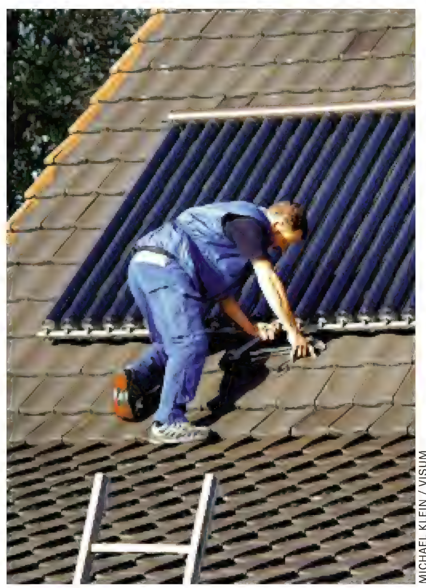
KLIMA

Falsches Signal

Mit dem Förderstopp für umweltfreundliche Heizungen gefährdet die Regierung Arbeitsplätze und Klimaziele. Unionsfraktionschef Kauder kämpft dagegen an.

Am 2. Mai flatterte Wilfried Dahlmanns ein schöner Auftrag auf den Tisch. „Wir sollten für 25 000 Euro eine Ölheizung durch Holzpellets und Solarwärme ersetzen“, sagt der Inhaber einer mittelständischen Installateursfirma in Wegberg bei Mönchengladbach. Doch als er die Unterlagen fertigmachen wollte, stolperte Dahlmanns auf einer Internetseite der Bundesregierung über einen „kleinen Hinweis“: Die Fördermittel, beim Heizen von fossilen auf erneuerbare Wärmequellen umzusteigen, seien ab sofort gestrichen.

Ein guter Teil von Dahlmanns’ Geschäft läuft mit den umweltfreundlichen Heizungen. Am 4. Mai war er den Auftrag wieder los. „Der Kunde hatte knapp kalkuliert, da gaben die 4710 Euro staatliche Förderung den Ausschlag.“


MICHAEL KLEIN / VISUM

Installation einer Solaranlage
„Alle sind entsetzt“

Mehrere zehntausend Förderanträge werden nun hinfällig, neue sind nicht mehr möglich. Der Zentralverband Sanitär Heizung Klima, der 30 000 Unternehmen vertritt, rechnet mit einem bundesweiten Investitionskollaps. „Alle sind entsetzt, denn die Neuinvestitionen werden in freiem Fall sein“, sagt Dahlmanns.

Nicht nur die Unternehmer leiden, auch der Klimaschutz leidet unter den Kürzungen. Mehr als die Hälfte der Endenergie wenden die Deutschen auf, um Wärme zu erzeugen. Wer hier auf alternative Träger wie Biomasse, Sonne und Erdwärme umrüstet, kann noch mehr Treibhausgase vermeiden als allein durch Ökostrom.

Um diesen Umstieg zu fördern, hatte der Bund im Jahr 2007 ein Marktanreizprogramm für den Wärmemarkt (MAP) aufgelegt. Doch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat die 115 Millionen Euro MAP-Mittel, die für 2010 noch zur Verfügung standen, blockiert, weil er sie für die Sanierung seines Haushalts braucht.

Umweltminister Norbert Röttgen (ebenfalls CDU) hält dagegen, dass jeder staatliche Förder-Euro im Durchschnitt acht Euro private Investitionen lockermacht und damit effektiver ist als viele andere staatliche Programme. „Wenn man da Geld streicht, kann man eigentlich gar nicht sparen, denn sobald der Markt kollabiert, gehen die Steuereinnahmen zurück.“

Ausgerechnet bei einer internationalen Klimakonferenz auf dem Petersberg musste er vor ausländischem Publikum erklären, warum die Bundesregierung ein Herzstück ihres Klimaprogramms aufgibt. „Ich bin steuerlich, klimapolitisch und konjunkturell vom MAP überzeugt, aber der Bundesfinanzminister hat sich meiner Haltung nicht angeschlossen“, musste er feststellen. Röttgen war das peinlich. Er bekam als einer der Ersten zu spüren, wie die Finanzkrise der Politik den Gestaltungsspielraum nimmt.

Als die Sache schon gelaufen schien, sprang Unionsfraktionschef Volker Kauder der Röttgen bei. Aus seiner sonnenreichen Heimat Baden-Württemberg war der Zorn der Anlagenbauer, Handwerker und Hausbesitzer nach Berlin geschwappt. Zuerst wies Kauder in einer internen Führungsrunde der Fraktion darauf hin, dass die Verfügung Schäubles aufgehoben gehöre. Das sei ein „völlig falsches Signal“.

Als Kauder den Finanzminister in der Sitzung der Unionsfraktion am vergangenen Dienstag zur Rede stellen wollte, erhielt er eine Abfuhr. Schäuble hob die Arme, grinste und sagte: „Desch isch jetzt weg.“

Damit gefährde die Regierung ihre eigenen Ziele, warnt Stephan Kohler, Geschäftsführer der Deutschen Energie-Agentur: „Wir können die Klimaschutzziele ohne einen massiven Ausbau des Heizens mit erneuerbaren Energien nicht erreichen.“ Derzeit werden acht Prozent der Wärme aus erneuerbaren Energien gewonnen. Bis 2020 sollen es laut Gesetz 14 Prozent sein. Nun kommt es auf die Kanzlerin an. Wenn sie dem Finanzminister keine Vorgaben macht, ist dieses Ziel nicht zu erreichen.

RALF BESTE, CHRISTIAN SCHWÄGERL

MILLIONÄRE

Teure Vorliebe

Ein Frankfurter Bier-Baron hat eine 64 Jahre jüngere Frau geheiratet. Jetzt streiten die Gattin, ein Anwalt und eine Stiftung um Einfluss und Geld.

In Frankfurt am Main gilt Bruno H. Schubert als großzügiger Gastgeber und Mäzen. Zu seinem 90. Geburtstag schenkte er seiner Heimatstadt im vergangenen Oktober mal eben einen Gobelin aus dem 17. Jahrhundert. Der kostbare Wandteppich, begründete der frühere Besitzer der Henninger-Brauerei die noble Geste, habe der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth halt „so gut gefallen".

Auch außerhalb der Stadt schätzte man die Generosität des Multimillionärs. Mit bislang insgesamt 100 000 Euro pro Jahr vergab die von ihm gegründete Bruno H. Schubert-Stiftung die am höchsten dotierten Umwelt- und Naturschutzpreise der Republik. Im Stiftungskuratorium versammelten sich Professoren und politische Prominenz wie Ex-Außenminister Hans-Dietrich Genscher oder der frühere Bundesumweltminister Klaus Töpfer. Beinahe täglich bewirtete Schubert zudem Politiker, Intellektuelle, Bankenchefs und Diplomaten an den üppig gedeckten Tischen seiner Frankfurter Villa oder seiner Sommerresidenz bei Berchtesgaden.

Einem breiteren Publikum wurde Schubert freilich erst im vergangenen Jahr bekannt. Im Juli heiratete er die damals 25-jährige Meharit Kifle, eine Äthiopierin mit belgischer Staatsbürgerschaft: „Das Ja-Wort des Jahres", jauchzte „Bild", und die „Bunte" säuselte über „Das junge Glück des Bierkönigs". „Ich bin ja soo verliebt", ließ sich der damals 89-Jährige vom Boulevard zitieren.

Bei seinen prominenten Freunden und den Mitgliedern des Stiftungskuratoriums keimte schnell der Verdacht, hinter der „Blitz-Hochzeit" („Bild") könne mehr stecken als selbstlose Liebe. Der Eindruck verstärkte sich, als wenige Tage nach der Eheschließung plötzlich der Frankfurter Rechtsanwalt Hubertus Kestler die Bühne betrat.

Der Jurist, nach eigenen Angaben mit einer „Generalvollmacht" Schuberts ausgestattet, hob zunächst in dessen Namen einen alten Erbvertrag des Ex-Unternehmers mit seiner Anfang 2009 verstorbenen Ehefrau Inge auf. Danach sollte das Familienvermögen nach Schuberts Tod an die Stiftung fließen. Stattdessen wurde nun Meharit als Erbin eingesetzt.

Kestler ist kein Anwalt, der für Kleingeld arbeitet. Ende 2001 geriet er in die Kritik, weil er sich als Aufsichtsratsvorsitzender der Firma Biodata im hessischen Lichtenfels noch schnell einen Rechnungsbetrag von 142 000 Euro überweisen ließ – einen Tag, bevor die Überschuldung des Unternehmens bekannt wurde. Anderen Gläubigern wurde damals mitgeteilt, sie müssten auf 85 Prozent ihrer Forderungen verzichten.

In dem knappen Dreivierteljahr, in dem er nun als Schuberts Rechtsvertreter auftritt, soll er nach Auskunft von Insidern schon eine hohe sechsstellige Summe für Honorare abgerechnet haben. Außerdem drängte er nach Einfluss in der Stiftung: Im vergangenen Oktober saß er plötzlich neben dem ehemaligen Bier-Baron in einer Sitzung des Kuratoriums und beanspruchte für sich und Meharit je einen Sitz im Stiftungsvorstand. Schubert selbst, erinnern sich Teilnehmer, habe die ganze Zeit „wie abwesend" gewirkt und wortlos dabeigesessen. „Es war eine gespenstische Veranstaltung", sagt Kuratoriumsmitglied Otto Rudolf Kissel, der frühere Präsident des Bundesarbeitsgerichts.

Als das Gremium dieses Ansinnen ablehnte, reichte der Anwalt Klage gegen die Zusammensetzung und die Beschlüsse des Kuratoriums ein. Die entsetzten Mitglieder, meist jahrzehntelange Freunde Schuberts, hatten anschließend in persönlichen Gesprächen mit dem Ex-Unternehmer den Eindruck, dass dieser das alles gar nicht gewollt habe. Aber dann seien offenkundig von Kestler formulierte und von Schubert unterschriebene Briefe eingetroffen, die „diametral im Gegensatz zu seinen mündlichen Äußerungen standen", sagt Manfred Niekisch, Kuratoriumsvorsitzender und Direktor des Frankfurter Zoos.

Inzwischen, klagt Niekisch, „kommen wir nicht mehr an ihn ran". Schuberts nichtehelicher Sohn Hanns Peter Nerger spricht von einer „eingeschränkten Wahrnehmungsfähigkeit" seines Vaters und will dessen Geschäftsfähigkeit prüfen lassen. Nerger, der nicht erbberechtigt ist, wird nicht einmal mehr zu dem in einem Schweizer Hotel logierenden Schubert durchgestellt. Ebenso erging es dem SPIEGEL.

Kestler sagt, sein Mandant müsse sich von einer Lungenentzündung erholen, dürfe sich nicht aufregen. Er sei angeschlagen, aber keineswegs dement, das bestätige auch sein Arzt. Er selbst, so Kestler, vertrete ausschließlich die Interessen von Schubert, der eine inhaltliche Neuausrichtung der Stiftung wünsche.

Alte Weggefährten des Millionärs erklären das offenkundige Interesse Kestlers und Meharits an der Stiftung dagegen profaner mit dem dort eingelagerten Kapital von rund 2,6 Millionen Euro. Denn vom dreistelligen Millionenbetrag, den Schubert einst durch den Verkauf seiner Henninger-Anteile erlöste, soll nicht mehr allzu viel übrig sein. Schließlich ist stadtbekannt, dass der Frankfurter Ehrenbürger seiner Vorliebe für deutlich jüngere, attraktive Damen schon intensiv nachging, bevor er Meharit, angeblich in einem Restaurant, kennenlernte. Eine Ex-Geliebte, ein ehemaliges Playboy-Modell namens Swetlana, verwöhnte er zum Beispiel mit einem Porsche, einem Einfamilienhaus, teuren Reisen und Luxuseinkäufen mittels seiner Kreditkarte.

Allein diese Beziehung, berichtet ein Eingeweihter aus Schuberts engstem Umfeld, habe den alten Herren rund zehn Millionen Euro gekostet.

MATTHIAS BARTSCH, ANDREAS ULRICH

MARTIN WEIS / FRANKFURTER NEUE PRESSE

Mäzen Schubert, Ehefrau: *Gespenstische Veranstaltung*


TV NEWS KONTOR

Brennendes Auto im Hamburger Stadtteil Harvestehude: *„Das war alles ganz weit weg“*

KRIMINALITÄT

Ole und die Brandstifter

An Randale, Bandenkriminalität und Autobrände hatte man sich beinahe gewöhnt in Hamburgs Szenevierteln. Doch nun trifft es auch Bürger und deren Luxuswagen in den gediegenen Wohnlagen – Alarmstufe Rot für den schwarz-grünen Senat. *Von Bruno Schrep*

Wer im feinen Hamburger Stadtteil Harvestehude wohnt, umgeben von alten Villen und gepflegten Parkanlagen, glaubte sich bis vor kurzem vor den Verwerfungen der Großstadt ziemlich sicher. Drei-Zimmer-Eigentumswohnungen werden hier schon mal für 890 000 Euro angeboten, in manchen Seitenstraßen parken mehr als ein halbes Dutzend Porsche am Straßenrand.

Geraubt, geprügelt, geschossen und gebrandschatzt wurde bislang immer anderswo: im brodelnden Schanzenviertel etwa, wo sich Autonome und jugendliche Gewalttäter regelmäßig Straßenschlachten mit der Polizei liefern wie jüngst um den 1. Mai, oder auf dem Kiez rund um die Reeperbahn, wo rivalisierende Banden um die Vorherrschaft im Drogen- und Sexgeschäft kämpfen und Betrunkene nächtens mit Messern aufeinander losgehen.

„Das war alles ganz weit weg“, versichert Unternehmensberater Hans B., der unweit der Außenalster wohnt, „davon las man höchstens in der Zeitung.“ Doch nun ist das Unheil ganz nahe.

Als der Geschäftsmann kürzlich, alarmiert von einem Anruf, morgens auf die Straße rannte, war das schicke Audi-Cabrio seiner Frau nur noch ein rauchender Schrotthaufen. Auch von den Autos der Nachbarn waren kaum mehr als bizarr verbogene Metallteile, zerschmolzene Armaturen und zerborstene Scheiben übrig. In der abgelegenen Sackgasse sah es aus wie nach einem Bombenangriff.

Anwohner E. stand fassungslos vor den Trümmern seines Mercedes, fühlte sich persönlich angegriffen. Anwohnerin K. betrachtete weinend die verkohlten Reste ihres Beetle-Cabrios, das sie dereinst persönlich in Wolfsburg abgeholt hatte.

Die Brandstiftung von Harvestehude reiht sich ein in eine Serie unheimlicher Anschläge auf Privatautos, die seit Monaten die Hansestadt beunruhigt. Bislang unbekannte Täter zerstören nicht nur teures Eigentum, sie bringen, wie erst letzte Woche, auch Menschen in Lebensgefahr; wiederholt griffen die Flammen auf Carports und Häuser über. In der Stadt herrscht eine Art Ausnahmezustand.

Schwer verunsichert sind sie, die Bewohner gediegener Hamburger Wohnlagen wie Winterhude, Groß-Flottbek und Poppenbüttel, in Gegenden, in denen die Bürger vorwiegend konservativ denken und wählen. Sie fühlen sich im Stich gelassen. „Ich trage nicht unerheblich zum Fortgang unseres Gemeinwesens bei“, sagt Unternehmensberater B., „ich hinterziehe keine Steuern, ich habe keine Konten in der Schweiz, ich mache alles ordentlich.“ Jetzt, wo er mitten in seiner Oase angegriffen wurde, erwartet er Schutz und Aufklärung.

Doch die Polizei tut sich schwer, die Attentäter zu fassen. Dramatische Hubschraubereinsätze blieben ebenso ergebnislos wie das Abriegeln ganzer Stadtteile. Und so gerät der Erste Bürgermeister in die Kritik: Ole von Beust (CDU).

Für viele Christdemokraten war es hart genug, Beusts Bündnis mit den Grünen zu akzeptieren. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Verlängerung der Grundschulzeit auf sechs Jahre stößt in der Union auf breites Unverständnis. Auch Beusts Äußerungen über Wohlhabende, die „erbarmungslos ihren Reichtum zeigen“ und „immer chrombeladenere Autos fahren“, haben dem einst so populären Freiherrn mächtig geschadet.

Wenn die CDU nun in einem ihrer Kompetenzfelder – der inneren Sicherheit – Hilflosigkeit offenbart, ist das ein Debakel: SPD-Oppositionsführer Olaf Scholz hat Beust, vor kurzem noch undenkbar, bei Umfragen überholt.

Ole von Beust hat deshalb eine Fahndungsoffensive starten lassen: 100 Zivilbeamte machen nun Nacht für Nacht Jagd auf die Brandstifter, zu Fuß, in Einsatzwagen, auf Fahrrädern.

Die Ermittler gehen davon aus, dass die neue Brandserie wenig zu tun hat mit den 185 Autobränden, die Hamburg im vergangenen Jahr zählte. Bei ihnen handelte es sich in vielen Fällen um jugendlichen Vandalismus, spontan begangen im Suff, ungezielt und planlos. Feuer legten auch eifersüchtige Liebhaber und Versicherungsbetrüger, und rund zwei Dutzend Brandstiftungen gingen auf das Konto von Autoknackern, die ihre Spuren vernichten wollten. 31 Attacken ließen sich anhand von Selbstbezichtigungen oder Tatmerkmalen eindeutig Linksextremen zuordnen. Als etwa im November 2009 in Harvestehude der Mercedes CLS 600 des prominenten Werbers Jean-Remy von Matt in Flammen aufging, begründeten militante Öko-Aktivisten den Anschlag mit Matts Werbekampagne für den Energiekonzern RWE.

Umso rätselhafter mutet nun die Serie an, die am 15. März im Villenviertel von Winterhude begann. Bis zur vergangenen Woche wurden an zwölf verschiedenen Tatorten 56 Autos zerstört. Bekennerschreiben: Fehlanzeige. Spuren: gleich null. Zeugenaussagen: diffus. Mal sahen Anwohner einen Mann weglaufen, mal soll ein weißer Golf davongebraust sein.

Ob die Brandstifter zu Fuß unterwegs oder motorisiert sind, ist ebenso ungewiss wie ihr Geschlecht, ihr Alter, ihre Nationalität. Sicher sind die Ermittler nur, dass stets mehrere Täter am Werk sind, womöglich in unterschiedlichen Gruppierungen, die immer nach dem gleichen Muster vorgehen.

Sie platzieren gewöhnliche Grillanzünder auf Vorder- und Hinterreifen. Vorteil aus Sicht der Attentäter: Bis es richtig brennt, vergehen 15 bis 20 Minuten, reichlich Zeit zur Flucht.

Angriffsziel sind meist mehrere, meist dicht beieinanderstehende Fahrzeuge in verkehrsberuhigten Zonen. Zugeschlagen wird fast immer zwischen drei und sechs Uhr morgens, wenn alles schläft. „Das Leben hier ist längst nicht so sicher, wie ich immer glaubte“, gesteht Joachim S., Eigenheimbesitzer in einer gepflegten Seitenstraße im Stadtteil Hummelsbüttel, dem Ziel eines lebensgefährlichen Anschlags. Der Familienvater war bis vor kurzem richtig stolz auf seine Adresse mitten im Grünen: „Ich fühlte mich privilegiert, in so einer Gegend zu wohnen.“ Seit sein VW-Bus und sein Saab-Oldtimer verbrannt und die Kinderfahrräder verglüht sind, ist Joachim S. ins Grübeln gekommen: „Ich beruhige mich nur damit, dass wir wohl nicht persönlich gemeint waren.“

Dabei hätte es für die Familie weitaus schlimmer kommen können. Obwohl von der Alarmanlage des VW-Busses geweckt, konnte S. trotz verzweifelter Löschversuche mit einem Gartenschlauch nicht verhindern, dass die Flammen auf den hölzernen Carport übergriffen, schnell zehn Meter hoch schlugen. Als die Feuerwehr anrückte, kokelte bereits das Dach des Einfamilienhauses, mehrere Fensterscheiben waren durch die Hitze geborsten.

Die beiden Töchter, sechs und zehn Jahre alt, die alles miterlebten – die Angst der Eltern, das Feuer, den Rauch –, sind seit der Brandnacht völlig verstört. Auch ihre Mutter fährt immer wieder aus dem Schlaf hoch. Und fragt sich, ob dieses Gefühl totaler Geborgenheit, das bisher so prägend für das Leben in der kleinen Straße war, sich je wieder einzustellen vermag.



DIETER LÜTTGEN

Hamburger CDU-Politiker Ahlhaus, Beust: *Debakel bei innerer Sicherheit*



MALTE CHRISTIANS / DPA

Abgebrannte Wagen in Hummelsbüttel: *„Unsere Idylle hat einen Knick“*

„Unsere Idylle hat einen Knick bekommen“, klagt auch Wolfgang W. vom Grundstück nebenan, dessen BMW-Kombi zerstört wurde. Noch Stunden nach dem Anschlag steht er mit Ehefrau und Sohn vor dem Wrack, kann kaum fassen, dass sein Carport nicht Feuer fing. Mit Nachbarn diskutiert er, wie solcher Terror künftig verhindert werden könne.

Sollen sich alle Anwohner Bewegungsmelder anschaffen, womöglich versteckte Kameras installieren? Die Straße bei Dunkelheit mit Scheinwerfern erhellen? Telefonketten einrichten?

Es ist eine Diskussion, die Ole von Beust und seine Senatskollegen fürchten, denn angesichts der unaufgeklärten Anschläge wächst in Hamburg die Furcht vor weiteren Attentaten. Sonst eher gelassene Bürger wie Unternehmensberater B. aus Harvestehude gucken nachts ständig aus dem Fenster, ob sich jemand an den parkenden Autos zu schaffen macht. In Hummelsbüttel überlegen die Anwohner jetzt, abwechselnd Streife zu laufen.

Wie aufgeheizt die Stimmung inzwischen ist, zeigen gruselige Rachephantasien. Ein Internetblogger verkündet unter vollem Namen sein Konzept für die Bestrafung eines Brandstifters: „Ich würde ihn in eins dieser Autos setzen, die er gerade angezündet hat.“ Ein Porsche-Besitzer, dessen neuer Sportwagen vergangene Woche verbrannte, würde die Täter am liebsten „häuten und durch die Stadt ziehen“.

Um dem Ruf nach Bürgerwehren zuvorzukommen, suchen Bürgermeister Beust und sein Innensenator Christoph Ahlhaus (CDU) ihr Heil in der Vorwärtsverteidi-

gung. Nach einem Anschlag in Hummelsbüttel ging Polizeipräsident Werner Jantosch mit der Botschaft in die Öffentlichkeit: Wir tun was. Wir tun sogar ganz viel.

Die 100 neuen Ermittler sollen so lange jede Nacht ausschwärmen, bis die Feuerteufel gefasst sind. „Notfalls auch unter Vernachlässigung anderer Aufgaben“, kündigte Jantosch an, für ihn zähle nur eines: „Ich will die Täter jetzt haben.“

Ob den Sprüchen auch Ergebnisse folgen, scheint indes fraglich. Hamburgs Straßennetz ist rund 4000 Kilometer lang, zu bewachen sind rund 720 000 zugelassene Autos. Der Polizeiboss appellierte deshalb an Taxifahrer, Schichtarbeiter und selbst nächtliche Spaziergänger, sich doch bitte an der Jagd zu beteiligen.

Die Fahndungspraxis ist mühsam. Aus dem Zivilfahrzeug, mit dem sie in einer Nacht zum Mittwoch kreuz und quer durch den Stadtteil Bahrenfeld fahren, immer und immer wieder, mal schnell, mal ganz langsam, beobachten die beiden Bereitschaftspolizisten seit Stunden menschenleere Straßen; nur eine junge Frau, bepackt mir zwei Rucksäcken, ist noch unterwegs. „Sollen wir die kontrollieren?“, fragt der Fahrer. „Gibt doch keinen Grund“, erwidert der Kollege.

Der Einsatz gleicht der Suche nach einer Stecknadel im Heuhaufen. Zwischendurch steigt einer der Beamten aus, hat hinter Containern eine Bewegung wahrgenommen, nichts. Hinten in einer Sackgasse leuchtet was, nichts. „Dass uns hier Brandstifter über den Weg laufen, wäre schon großer Zufall“, gesteht einer der Fahnder. „Aber vielleicht schrecken wir ja mit unserer Präsenz wenigstens ab.“

Spott kommt, nicht überraschend, von der SPD-Opposition. Die Hamburger Sozis, die einst das Sicherheitsbedürfnis ihrer Wähler derart unterschätzten, dass sie darüber die Macht im Rathaus verloren, werten Beusts Offensive als Augenwischerei ab. „Brachial-Rhetorik und Aktionismus ersetzen keine Fahndungserfolge“, erklärt ihr Innenexperte Andreas Dressel. Die großspurigen Ankündigungen seien nichts weiter als das Eingeständnis von Erfolglosigkeit. Die wiederum hänge direkt mit dem Personalabbau durch die schwarz-grüne Regierung zusammen, die entgegen ihren Wahlversprechen immer weniger Polizisten auf die Straße schicke.

Wie der Feuerterror endlich beendet werden kann, weiß freilich auch der SPD-Mann nicht. Stattdessen wuchern täglich neue Spekulationen. Eine besagt, dass die Attacken aus dem Rotlichtmilieu kommen könnten; dass sich die Szene mit Feuer und Flamme gegen vermeintlich zunehmende Kontrollen von Bordellen und Spielhöllen zur Wehr setzt – was die Polizei dementiert.

Sie hat die Sonderkommission „Florian“ gebildet. 15 Kripobeamte des Ham-

burger Landeskriminalamts (LKA) sollen Vorgehensweisen analysieren, Bewegungsbilder erstellen, Überwachungsvideos auswerten. Sich auf die Lauer legen, Hinweisen aus der Bevölkerung nachgehen. Ehemalige Brandstifter werden überprüft, Internetforen durchforstet.

Erste Festnahmen führten nicht zum Erfolg. Ein 29-Jähriger, der brennende Autos filmte, musste wieder freigelassen werden; der Mann hatte ein Alibi.

„Das sind keine Gelegenheitstäter, die mal aus Jux Autos anzünden und damit prahlen", glaubt der Hamburger LKA-Chef Reinhard Chedor, „da steckt minutiöse Planung dahinter." Die Tatorte seien sorgfältig ausgewählt, vermutlich sogar erst nach tagelanger Beobachtung, die Fluchtwege genau ausbaldowert. „Die überlassen nichts dem Zufall."

Doch zur Schlüsselfrage, was die Brandstifter letztlich antreibt, hat die Kripo statt Antworten nur Hypothesen. Versuchen gestörte Jugendliche durch Begehung heimlicher Verbrechen ihre innere Leere zu überdröhnen, wie manche Polizeipsychologen vermuten? Suchen Pyromanen zwanghaft Nervenkitzel? Wollen militante Autogegner gegen die wachsende Motorisierung protestieren? Geht es fanatischen Rechtsradikalen darum, Angst und Schrecken zu verbreiten? Oder existiert doch eine bisher unbekannte Form linker Opposition?

Zunehmend beobachtet die Polizei jedenfalls auch Personen aus der Subkultur-Szene des Hamburger Schanzenviertels rund um die „Rote Flora". Das heruntergekommene ehemalige Operettentheater gilt bei den Beamten schon lange als Hauptquartier aggressiver Staatsfeinde, die auch mit Gewalt gegen städtische Projekte und Maßnahmen kämpfen: gegen die Umwandlung preisgünstiger Wohngebiete in teure Quartiere, gegen die Kürzung von Sozialleistungen.

Weil sich jedoch Militante aus den bekannten Autonomen-Zirkeln bislang zu ihren Anschlägen bekannten, hätte der Terror eine neue Qualität: Erstmals wären selbsternannte Klassenkämpfer am Werk, die unter dem Schutz der Anonymität gezielt Krieg in die bürgerlichen Stadtteile zu tragen versuchen. Mögliche Botschaft: Ihr könnt nirgends vor uns sicher sein, auch nicht vor eurer eigenen Tür.

Inspiriert und aufgeheizt werden solche Täter, glauben Ermittler, womöglich von Musikvideos aus der HipHop-Szene, auf denen Kampfhunde und brennende Autos zu sehen sind und die Sänger hasserfüllte Texte rappen: „Ich ficke diesen Dreckstaat, jetzt geht's los, jetzt gibt's Krieg."

In Harvestehude ist seit Beginn der Anschlagsserie die Nachfrage nach sicheren Pkw-Unterstellmöglichkeiten sprunghaft angestiegen, die Vermieter von Tiefgaragenplätzen führen lange Wartelisten. ◆

Teil 3: Der Strommarkt steht vor dem Beginn eines neuen Zeitalters – statt aus Kohle- und Atomkraft soll die Industrie immer mehr Strom mit Hilfe von Wind und Sonne erzeugen. Diese regenerativen Quellen fließen allerdings naturgemäß höchst unstet, die Schwankungen stellen die Versorger vor gewaltige Probleme. Sie müssen Milliardensummen in den Ausbau und die Erneuerung ihrer Netze investieren, nur so können sie die Windparks vor den Küsten Nordeuropas und die Solarkraftwerke im Süden des Kontinents in das bestehende System integrieren. Ansonsten gerät die Stabilität des Stromnetzes in Gefahr. Fachleute warnen bereits vor Versorgungsengpässen, selbst Blackouts wären möglich.



Das Internet der Energie

Sonne-, Wind- und Wasserkraft – mit Milliardenaufwand baut die Industrie transnationale Stromautobahnen. Das intelligente Netz soll die Verteilung effizienter und sicherer machen. Aber spielen die Verbraucher mit?

Stromverbrauch in Berlin

Am Stadtrand von Köln, in Brauweiler, sorgen zwei Ingenieure dafür, dass 27 Millionen Bürger in Deutschland jederzeit Kaffee kochen oder den Computer hochfahren können. Ohne jeden Aussetzer. Die beiden Techniker sitzen in der Leitstelle von Amprion, einer Tochter des Energieversorgers RWE. Von hier aus steuern sie ein Stromnetz von 11000 Kilometern Länge.

Es ist mittags, kurz vor eins, Schichtwechsel im Schaltraum. Das neue Duo nimmt Platz vor dem „Weltbild“, so nennen sie den gewaltigen Schirm, der sich vor ihnen auffächert: 16 Meter breit, 4 Meter hoch, ein überdimensionaler Strickmusterbogen aus rot- und blaugezackten Linien, die den Trassenverlauf zwischen Ruhrgebiet und Alpen skizzieren. Von den Daten an der Wand können die Ingenieure ablesen, dass die Kraftwerke, die sie per Mausklick zuschalten, in jeder Sekunde gerade so viel Strom erzeugen, wie die Kunden verbrauchen.

Dies ist so etwas wie die heilige Formel der Stromversorger: Nur wenn Verbrauch und Erzeugung perfekt ausbalanciert sind, bleibt das Netz stabil.

Neuerdings freilich müssen die Schalttechniker die Gleichung um eine Variable ergänzen. Und diese neue Größe wirft ihre ganze Rechnung über den Haufen: „Alles ist planbar, nur der Wind eben nicht“, seufzt der Amprion-Geschäftsführer Klaus Kleinekorte.

Mal säuselt nur eine Brise, dann wieder bläst ein Sturm, aber irgendwie müssen Kleinekorte und sein Team mit der unkalkulierbaren Kraft zurechtkommen. Jede Woche werden in Deutschland neue Windräder errichtet. Und jede Woche glitzern mehr Solarzellen auf den Dächern.

Die Netzbetreiber sind gesetzlich verpflichtet, diese „sauberen“ Energien vorrangig einzuspeisen – nur dumm, dass Sonne und Wind ziemlich unberechenbar sind. Die Schwankungen machen ihnen schwer zu schaffen. „Der Job ist wesentlich stressiger geworden“, sagt Kleinekorte, „die Netze geraten immer häufiger an die Belastungsgrenze.“

Und das ist erst der Anfang. In den kommenden Jahren will die Bundesregierung die erneuerbaren Energien massiv ausbauen, bis 2020 sollen mindestens 30 Prozent der Stromproduktion auf sie entfallen. In Nord- und Ostsee sind gewaltige Windkraftprojekte in Planung. Gleichzeitig wollen die Mittelmeeranrainer mit dem Wüstenstromprojekt Desertec das riesige Sonnenenergiepotential nutzen.

Windkraft aus dem Norden, Solarenergie aus dem Süden: Wird diese phantastische Vision Wirklichkeit, droht das fragile Gleichgewicht vollends aus dem Lot zu geraten. „Das Netz ist auf alles eingestellt, nur nicht auf die Anforderungen, die die erneuerbaren Energien stellen“, moniert der frühere Uno-Umweltschützer Klaus Töpfer, heute Desertec-Repräsentant.

Was fehlt, sind also moderne Netze, die den Ökostrom auch zu den Abnehmern im Zentrum Europas transportieren. Und die überhaupt in der Lage sind, die fluktuierenden Mengen in das bestehende System zu integrieren. Ansonsten, so fürchtet die Deutsche Energie-Agentur, drohe Unheil: In den kommenden Jahren, heißt es in einer Studie, könne „eine erhöhte Anzahl von kritischen Netzsituationen entstehen, die auch innerhalb des deutschen Übertragungsnetzes zu Engpässen führen“.



BLICKWINKEL / IMAGO

Was dann passiert, konnten Millionen Haushalte am 4. November 2006 kurz nach 22 Uhr erleben. Damals hatten Techniker des Netzwerkbetreibers E.on für die Überführung eines Kreuzfahrtschiffs eine wichtige Trasse abgeschaltet und die Folgen falsch eingeschätzt: Der Rest des Netzes war überlastet, automatisch schaltete sich eine Leitung nach der anderen ab. Manche Stromkunden saßen bis zu eineinhalb Stunden im Dunkeln.

Solche Blackouts werden durch die Schwankungen der Windeinspeisung immer schwerer zu verhindern sein. Kommt in den nächsten zehn Jahren der Systemwandel wie geplant voran, werden in Deutschland Windkraftanlagen mit einer Leistung von 42 Gigawatt installiert sein. Photovoltaikanlagen steuern bis dahin noch mal etwa halb so viel Leistung bei. Das ist weit mehr, als an manchen Wochenenden benötigt wird, zuweilen liegt die Nachfrage bei weniger als 30 Gigawatt. Strahlt also die Sonne und bläst zugleich der Wind, gerät das Netz ganz schnell aus der Balance.

Schon heute passiert es, dass bei nächtlichen Stürmen die Versorger sogar Geld dafür zahlen, dass ihnen jemand den überflüssigen Strom abnimmt. Die Betreiber österreichischer Pumpspeicherwerke nutzen dann die Gratisenergie, um Wasser in höhergelegene Seen zu pumpen. Wenn sich die Preise erholt haben, lassen sie das Wasser wieder hinab, treiben damit Generatoren an und verkaufen den Strom. „Da knallen die Champagnerkorken gleich zweimal“, sagt ein deutscher Strommanager pikiert.

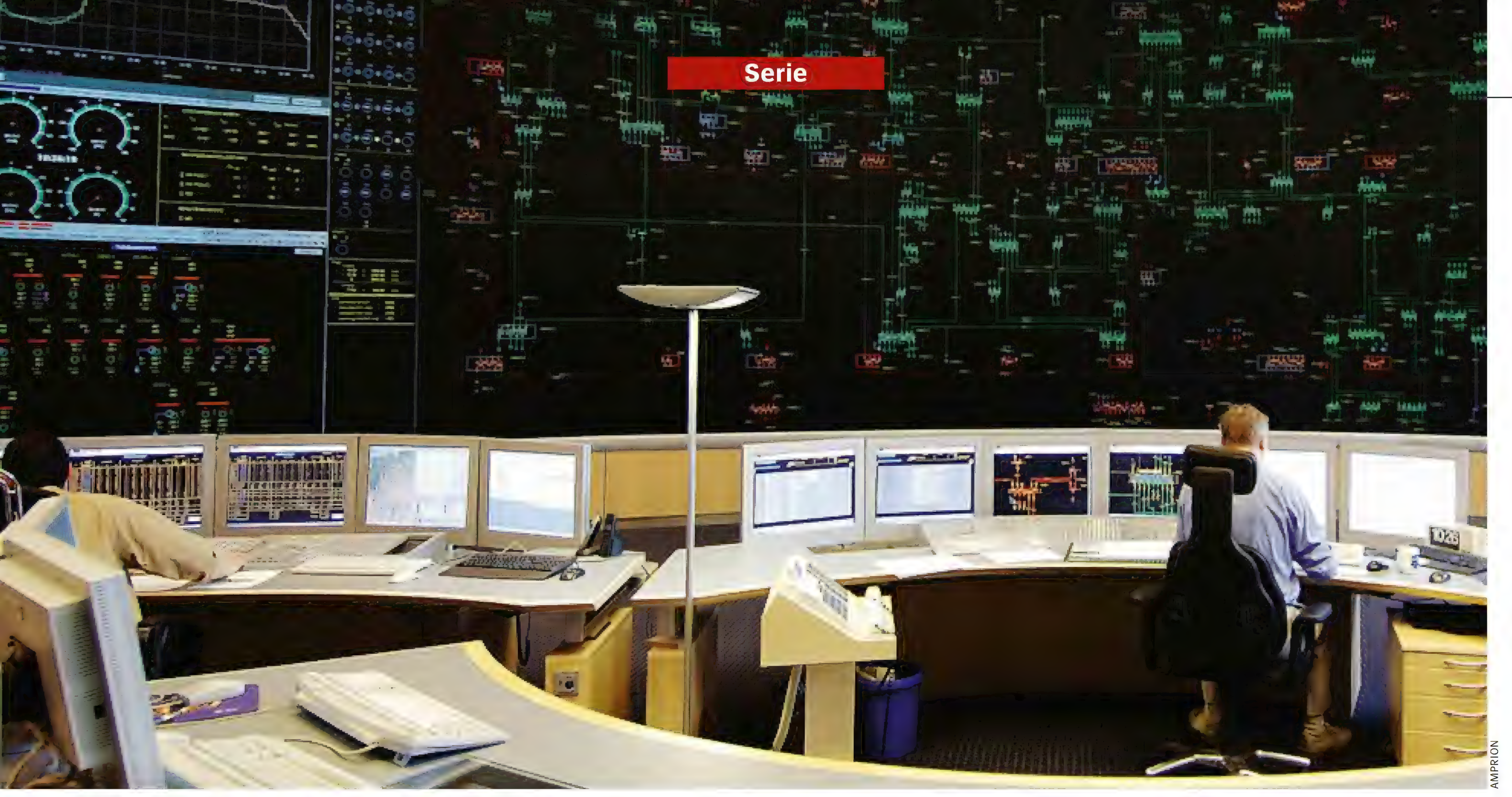
Solche grotesken Phänomene machen deutlich, wie dringend die Versorger Infrastruktur und Netzmanagement erneuern müssen. Die Unternehmen stehen vor dem größten Umbruch ihrer Geschichte: Milliardenteure Stromautobahnen werden nötig sein, um die regenerativen Kräfte in Nord und Süd anzubinden. Gewaltige Leitungen sollen quer durch Europa gezogen werden, teils durch Wüstensand, teils auf dem Meeresgrund.

Gleichzeitig aber sind die Stromkonzerne auch gefordert, eine Vielzahl kleiner und kleinster Energiequellen einzubeziehen. Hausbesitzer bestücken ihre Dächer mit Sonnenkollektoren oder stellen Blockheizkraftwerke in den Keller: Aus Verbrauchern werden Erzeuger.

Das Netz muss also nicht nur größer werden, sondern zugleich flexibler – und vor allem intelligenter.

Am Ende soll ein Stromverbund entstehen, ein feinmaschiges Supernetz, das von den Wasserspeichern Norwegens bis zu den Solarkraftwerken in Nordafrika reicht. Ein sogenanntes Smart Grid, das mit Hilfe moderner Informationstechnologie die Energieverteilung perfekt koordiniert, sie effizienter und sicherer macht: eine Art Internet der Energie. „Der Umbruch im Bereich der Netzstruktur hat zweifellos erst begonnen“, ahnen die Analysten der Deutschen Bank Research.

Noch freilich ist ungewiss, ob der Aufbau tatsächlich so vorangeht, wie es sich die Strategen vorstellen. Viele Hürden sind zu überwinden, technische Fragen etwa, die den Ingenieuren Kopfzerbrechen bereiten. Aber auch die Politik hinkt



Netzwarte in Brauweiler, intelligenter Strommesser, Konverterstation: *„Alles ist planbar, nur der Wind eben nicht“*

hinterher, da es Europas Regierungen versäumt haben, eine gemeinsame Strategie zu formulieren. Lässt sich unter diesen Umständen ein derart ambitioniertes Projekt überhaupt verwirklichen?

Ganz im Kleinen können einige Bürger bereits eine Vorstellung von der neuen Welt der intelligenten Netze gewinnen. Wo sich früher die Metallscheiben der schwarzen Zähler drehten, sind bei ihnen digitale Strommesser installiert. Solche Smart Meter erfassen alle Daten quasi in Echtzeit, mit ihrer Hilfe wird Verbrauchern überhaupt erst bewusst, welche Stromfresser sich unter ihren Haushaltsgeräten verbergen. Familie Frischemeier beispielsweise war darüber einigermaßen überrascht.

Vor zwei Jahren ließ sich das Ehepaar, das in Wuppertal ein Parkettgeschäft betreibt, einen solchen Zähler einbauen, ein Pilotprojekt von Yello Strom. „Man ahnt ja gar nicht, was so ein Kaffeeautomat verschlingt, wenn sich immer wieder die Platte aufheizt“, sagt Silke Frischemeier. Am wöchentlichen Kurvenverlauf kann sie nun am PC sogar verfolgen, an welchen Tagen ihre drei Kinder den Nachmittag zu Hause verbracht haben: mit Fernsehen oder Computerspielen.

Die Frischemeiers gehen jetzt wesentlich bewusster mit Strom um. Sie haben Steckerleisten in der Wohnung installiert, sie löschen konsequent die Lampen, wenn sie ein Zimmer verlassen, sie duschen nicht mehr so lange. Um ein Fünftel sei ihr Verbrauch gesunken, schätzen sie.

Eigentlich kann Yello, eine Tochter des Energiekonzerns EnBW, kein gesteigertes Interesse daran haben, weniger Kilowattstunden zu verkaufen. Das Unternehmen verfolgt ein anderes Ziel.

Mit Hilfe der Smart Meter wollen Stromdienstleister wie Yello besser mit der Fluktuation im Netz fertig werden. Dazu setzen sie auf den klassischen Marktmechanismus: Verfügen sie über zu viel Strom, senken sie die Preise. Dadurch wächst der Anreiz der Kunden, mehr zu verbrauchen. Und dank der Zähler erfahren die erstmals auch von dieser Gelegenheit.

Irgendwann werden die Smart Meter, so die Idee, dann ganz automatisch die Waschmaschine anschalten, wenn gerade der Strom besonders billig ist. Oder sie kühlen den Gefrierschrank ferngesteuert von minus 18 auf minus 24 Grad runter, damit sie ihn später, wenn der Strom wieder teurer ist, eine Zeitlang abschalten können. „Alle Geräte werden miteinander kommunizieren und somit effizient steuerbar sein“, erwartet Martin Vesper, Geschäftsführer von Yello Strom.

Hinter solchen Vorstellungen steht eine vollständige Abkehr von der bisherigen Geschäftsphilosophie: Bis heute richten Versorger die Erzeugung von Energie einzig nach dem Verbrauch aus. Sie bieten immer genau so viel Strom an, wie ihn Bürger und Industrie gerade benötigen. Und sie verlangen dafür einen weitgehend einheitlichen Preis, egal, wie das Netz gerade belastet ist.

Künftig soll sich der Verbrauch dem schwankenden Angebot anpassen, entsprechend bewegen sich die Preise. Mit Hochdruck arbeiten die Versorger derzeit an variablen Tarifmodellen. Die Entwicklung könnte zum Teil ähnlich wie auf dem Telefonmarkt verlaufen: Die Kunden wechseln künftig gleichsam Call-by-Call den Stromanbieter, oder sie kaufen sich gleich ein ganzes Paket Kilowattstunden zum Vorzugspreis, quasi Prepaid-Strom.

Wer hingegen weiterhin zu jeder Zeit so viel Strom beziehen möchte, wie er gerade braucht, wird mehr bezahlen müssen. Solcher Komfort kostet dann extra.

In den kommenden Jahren, keine Frage, gerät das Geschäft mit Elektrizität wie nie zuvor in Bewegung. Mit dem intelligenten Stromnetz entstehen neue Märkte, enorme Summen werden investiert.

Allein in Deutschland muss die Branche bis 2020 schätzungsweise 40 Milliarden Euro für die Erneuerung und Erweiterung der Netze lockermachen. Weit höher noch fallen die Kosten aus, um den Sonnenstrom in der Mittelmeerregion zu produzieren und in den Norden zu befördern; sie werden mit knapp 400 Milliarden Euro veranschlagt.

Es ist wie einst beim amerikanischen Goldrausch: Das große Geschäft machen zunächst die Ausrüster.

Dazu zählen Smart-Meter-Hersteller wie Landis+Gyr. Aber auch bekannte Namen wie Cisco, IBM oder T-Systems mischen mit, schließlich muss der komplexe Leistungsfluss im Netz 2.0 gesteuert werden. Das Smart Grid werde „um ein Vielfaches größer als das Internet“, prophezeit Cisco-Chef John Chambers.

Am meisten indes profitieren die Lieferanten der Hardware, Unternehmen wie Siemens oder ABB, die die nötigen Generatoren, Verteilstationen oder Hochspannungsleitungen fertigen und installieren.

Sie verbinden die Windparks auf See mit dem Netz an Land, eine technisch besonders anspruchsvolle Aufgabe: Die Ingenieure von ABB etwa mussten sie 125



YELLO STROM



TRANSPOWER / ABB

Kilometer von der Nordseeküste entfernt lösen, auf der Plattform Borwin 1.

Bei Wind und Wetter haben sie von dort ein dickes Kabel durchs Wattenmeer verlegt. Mit Hilfe eines Spezialschiffs wurde es in den Meeresboden eingerüttelt, jeder Meter des kupfernen Kabels wiegt 38 Kilogramm. Die Leitung reicht bis zum Umspannwerk im ostfriesischen Diele.

ABB setzt für das 300-Millionen-Euro-Projekt eine spezielle Technologie ein, die sogenannte Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung (HGÜ). Sie gilt als ideal, um Strom über weite Strecken zu transportieren. Auf einer HGÜ-Verbindung gehen pro 1000 Kilometer lediglich rund drei Prozent verloren. Zum Vergleich: Der Schwund auf einer hochbelasteten Wechselstromleitung ist auf nur 100 Kilometern fast doppelt so hoch.

Solche Hightech-Leitungen sind Teil eines Vernetzungsplans, den der Verband der europäischen Netzbetreiber Entsoe kürzlich vorgestellt hat. Demnach sollen bis zum Jahr 2020 auf mehr als 42 000 Kilometern Höchstspannungstrassen quer durch Europa errichtet oder erneuert werden. Je größer das Netz, so das Kalkül, desto mehr Möglichkeiten eröffnen sich, Angebot und Nachfrage auszutarieren.

Denn irgendwo in Europa weht immer ein Lüftchen oder scheint die Sonne – der Ausgleich von Überschuss und Knappheit muss nur koordiniert werden. Computer allein schaffen das nicht. Dazu sind Speicher notwendig, die den Strom auffangen, über Tage und Wochen aufbewahren und bei Bedarf wieder abgeben können.

Druckluftspeicher zum Beispiel lagern zusammengepresste Luft in unterirdischen Kavernen; allerdings sind in Deutschland die meisten schon mit Erdgas befüllt. Wasserstoffspeicher erreichen mit rund 40 Prozent nur einen mäßigen Wirkungsgrad. Lithium-Ionen-Batterien wiederum sind überaus teuer und wenig leistungsfähig. Und die Idee, die Batterien von Elektroautos als Puffer zu nutzen, krankt daran, dass bislang kaum E-Fahrzeuge unterwegs sind.

Deshalb gelten Pumpspeicherkraftwerke nach wie vor als effizienteste Alternative. Im Südschwarzwald, am Schluchsee, ist die Technik seit 80 Jahren im Einsatz.

Klaus Schneider, der Technikchef des Schluchseewerks, lauscht dem Klang der Turbine. Er ist anderthalb Kilometer durch einen Stollen gefahren, jetzt steht er mitten im Berg, in einer künstlichen Höhle. Die Maschine läuft auf Höchstleistung, Schneider kann das hören, denn sie brummt tief vor sich hin. Bis zu 24 500 Liter Wasser schießen pro Sekunde durch einen Druckschacht hinab, es stammt vom Eggbergbecken, das rund 400 Meter höher liegt. Es wird also gerade Strom erzeugt, „turbiniert“, wie Schneider sagt.

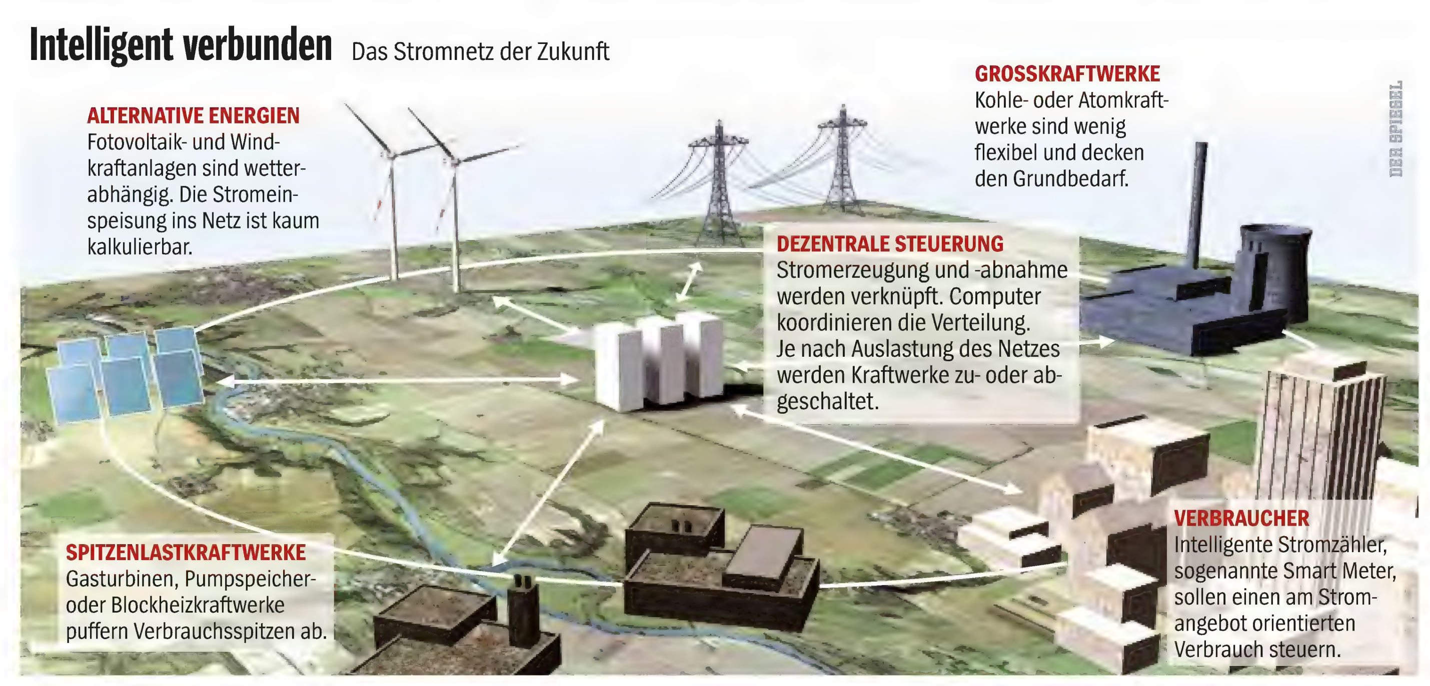
Innerhalb von nur 90 Sekunden lässt sich der Modus wechseln, also das Turbinieren stoppen und Wasser zum Oberbecken pumpen. So schnell stellt sich kein anderes System darauf ein, ob gerade Strom benötigt wird oder gespeichert werden muss. Zum Vergleich: Ein Braunkohlekraftwerk braucht beim Kaltstart zwölf Stunden, um auf Volllast hochzufahren. Diese Flexibilität macht ein Pumpspeicherkraftwerk so wertvoll.

Am Schluchsee spüren die Ingenieure unmittelbar, wie das wachsende Aufkommen an Windenergie sie fordert. Immer häufiger schalten sie die Maschinen zwischen Turbinieren und Pumpen hin und her, 60 000-mal im Jahr wechseln die Maschinen die Betriebsart. „Wir können nicht sagen, in welche Richtung es in zehn Minuten gehen wird“, sagt Schneider, während die Turbine weiter röhrt.

Nun plant sein Unternehmen, ein weiteres Kraftwerk in der Region zu errichten, in Atdorf. Dort, wo jetzt noch ein Höhenweg über einen Bergrücken verläuft, will man ein Becken ausheben und einen Tunnel durch Gneis und Granit treiben, 600 Meter hinab bis zu einem zweiten Becken in der Rheinebene.

Viele Anwohner sind darüber entsetzt. In Atdorf müssen für das Speicherwerk rund 110 Hektar Land geopfert werden. Aber was wäre die Alternative? Die Gegend um den Schluchsee ist wie geschaffen für einen Pumpspeicher.

Es ist paradox: Jeder befürwortet die Abkehr von Öl, Kohle oder Gas und den







FOTOS: SCHLUCHSEEWERK AG

Oberbecken des Pumpspeicherkraftwerks Säckingen, Kaverne mit Turbinen und Pumpen: *Bis zu 24 500 Liter Wasser pro Sekunde*

verstärkten Einsatz von Sonne und Wind. Viele akzeptieren dafür sogar milliardenschwere Subventionen. Doch für die Notwendigkeit, dass dann auch Energie transportiert und gespeichert werden muss, fehlt häufig jedes Verständnis.

Wo neue Freilandschneisen geplant sind, formieren sich Bürgerinitiativen. Wenn schon neue Stromkabel nötig seien, dann bitte nur tief in der Erde verbuddelt, lautet ihre Forderung. Das allerdings kostet oft fünfmal mehr.

Der Netzbetreiber Transpower zieht gerade eine 60 Kilometer lange Höchstspannungsleitung von Ganderkesee in Niedersachsen nach St. Hülfe, ein 160-Millionen-Euro-Projekt. Nur 8 Kilometer davon verlaufen unter der Erde, sie allein aber verschlingen 100 Millionen Euro. „Wenn die Gesellschaft bereit ist, dafür zu zahlen, dann machen wir das“, sagt der Transpower-Manager Lex Hartman nüchtern. Mit anderen Worten: Dann wird der Strom eben teurer.

„Der Mangel an gesellschaftlicher Akzeptanz“, klagt der Netzbetreiberverband Entsoe, könne die Verwirklichung von Ausbauprojekten „ernsthaft verzögern oder gefährden“. Ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die beim Einsatz neuer Technologien auftreten.

So gelten die HGÜ-Systeme als relativ anfällig, insbesondere die riesigen Konverterstationen, die den Gleichstrom in Wechselstrom verwandeln. Die Verbindung zwischen den Niederlanden und Norwegen, die seit anderthalb Jahren besteht, war wegen eines Kabelfehlers für drei Monate außer Betrieb.

Aber auch der Ausbau des Wechselstromnetzes bereitet Mühe. Weil das heutige Höchstspannungsnetz von maximal 380 Kilovolt an seine Grenze stößt, wird der Bau einzelner 750-Kilovolt-Trassen diskutiert. Ihre Masten sind monströs, 70 Meter hoch, die notwendigen Schneisen müssten 100 Meter breit sein: im dichtbesiedelten Deutschland eine eher unwahrscheinliche Alternative.

Zudem birgt die Konzentration auf wenige hochbelastete Transitachsen die Gefahr, dass ein Störfall gleich die gesamte Netzstabilität gefährdet. „Alle Veränderungen sind quasi Operationen am offenen Herzen“, warnt der Amprion-Netzplaner Gerald Kaendler.

Und noch etwas trübt die grandiosen Visionen: Es ist höchst ungewiss, ob der Verbraucher die Möglichkeiten, die sein Smart Meter ihm eröffnet, auch nutzen mag. Wird er, nur um ein paar Cent zu sparen, auf den Komfort verzichten, seine Hemden und Hosen jederzeit waschen zu können statt nur dann, wenn mal der Strom billig ist? „Ein Großteil der Kunden wünscht keine Veränderung“, glaubt Holger Krawinkel von der Verbraucherzentrale Bundesverband.

Ohnehin sind die aktuellen Strommesser noch von eher begrenzter Intelligenz. Der Austausch mit den Elektrogeräten im Haushalt scheitert vielfach an fehlenden Standards. Und Datenschützer warnen, dass die Smart Meter vor Hackerangriffen nicht sicher seien.

Am Ende also dürfte der Beitrag, den die Verbraucher zur Netz-Revolution leisten, überschaubar bleiben. Entscheidend für das kluge Netz von morgen ist vielmehr das Tempo, mit dem Trassen und Speicher in Europa ausgebaut werden. Entscheidend ist auch der politische Wille. Und da geht jede Regierung noch immer ihren eigenen Weg.

Das zeigt sich am eklatantesten an den seltsamen Folgen, die sich aus der unterschiedlichen Förderung erneuerbarer Energien ergeben. Der niederländische Netzbetreiber Tennet erwägt, ein Unterseekabel von seiner Heimat nach Dänemark zu verlegen, doch er wird die deutschen Windparks nicht anschließen, obwohl die sich auf halber Strecke befinden. Der Grund: Die deutschen Verbraucher subventionieren den Windstrom mit einem Festpreis, und der liegt deutlich höher, als Dänen oder Niederländer bereit wären zu zahlen.

Bis das Netz europaweit ausgebaut und so intelligent ist, dass es sich selbst steuern kann, wird also noch Zeit vergehen. So lange müssen Amprion-Geschäftsführer Kleinekorte und sein Team auf ihre Erfahrungswerte bauen, um die Balance im Netz zu halten. Auf ihrem „Weltbild“ in Brauweiler können sie rechts unten beobachten, ob es ihnen gelingt.

Dort pendelt ein Zeiger mal nach links, mal nach rechts und kehrt immer wieder in die Senkrechte zurück, zur Marke von 50 Hertz. Diese Frequenz ist Ausweis dafür, dass die Netzbetreiber exakt so viel Strom einspeisen, wie die Verbraucher entnehmen, das heilige Gleichgewicht, das immer schwerer zu halten ist. Oder wie Kleinekorte es formuliert: „Das Gezappel der Frequenz hat zugenommen.“

Schon wenn sie auf 49,8 Hertz abfiele, wäre die Situation kritisch, sagt er. In diesem Fall müssten alle Kollegen in Europa ihre Reserven aktivieren. Und wenn die Frequenz noch viel tiefer rutschen würde? „Dann ist alles rabenschwarz.“

Alexander Jung

Im nächsten Heft:
Strom aus der Wüste – wie die Sahara zur Steckdose Europas werden soll

Was war da los, Frau Udari?

Die sri-lankische Schülerin Ishanka Udari, 18, über Lernprobleme

„Der Laden meiner Eltern wurde komplett vom Tsunami zerstört. Wir mussten alles neu aufbauen. Jetzt ist er viel kleiner als früher, vollgestopft bis unter die Decke, und wir haben kaum Platz für all die Saris und Schals, die wir verkaufen. Aber zum Glück verdienen meine Eltern damit wieder etwas Geld, gerade genug, um mir Nachhilfeunterricht zu finanzieren. Im August mache ich mein Abitur. Viermal die Woche gehe ich zur Nachhilfe in Biologie, Chemie und Physik. Abends lerne ich zu Hause weiter. Manchmal lerne ich auch unten im Laden, dann lege ich mich auf den Boden, weil woanders kein Platz ist. Meine Mutter wünscht sich, dass ich Ärztin werde. Es ist ihre große Hoffnung für die Zukunft. Sie meint, sie habe im Leben schon genug Pech gehabt.“

Udari



STEFAN NOEBEL-HEISE

KRIMINALITÄT

„Das Töten gehört zum Leben dazu“

Der Bremer Tatortanalytiker Axel Petermann, 58, über ungeklärte Verbrechen und das „Rätsel Mensch“

SPIEGEL: Sie sind seit 35 Jahren Mordermittler, Sie haben in über tausend Todesfällen ermittelt. Gibt es noch Dinge, mit denen ein Täter Sie überraschen kann?

Petermann: Es gibt viele Dinge, die wir uns gar nicht vorstellen können. Wer hätte vor ein paar Jahren gedacht, dass jemand einen anderen verspeist – und dass sich ein Opfer findet, übers Internet, das sagt: Ich möchte das auch?

SPIEGEL: Sie beschäftigen sich vor allem mit ungeklärten Fällen, sogenannten Cold Cases. Wie löst man einen Fall, der unlösbar erscheint?

Petermann: Oft ist der Tatort unser einziger Zeuge. Wir haben Spuren, die Entscheidungen des Täters und Reaktionen des Opfers wiedergeben. Wenn es uns gelingt, diese Spuren zu interpretieren, dann können wir rekonstruieren, was im Einzelnen geschehen ist. Warum wurde gerade dieser Mensch Opfer? Gab es eine Eskalation? Und: Was könnte das Motiv des Täters sein?

SPIEGEL: Was können die Spuren konkret verraten?

Petermann: Häufig spielen Emotionen eine große Rolle: Wut, Hass, Erregung. Täter neigen dann zu überschüssiger Gewalt, zum „Übertöten“. Wenn zudem zwischen Opfer und Täter eine persönliche Beziehung bestand, finden wir im Verhalten nach der Tat häufig den Versuch einer Wiedergutmachung. Wie bei einer Mutter, die von ihrem Kind genervt ist und ihm eine scheuert. Im nächsten Moment schließt sie, über sich selbst entsetzt, ihr Kind in die Arme und tröstet es.

SPIEGEL: Hat sich Ihr Blick auf Verbrechen mit den Jahren verändert?

Petermann: Früher hat mich interessiert: Wer war das? Heute interessiert mich wesentlich stärker die Frage nach dem Warum. Was war der Auslöser? Bei Sexualdelikten will der Täter häufig neben Macht und Dominanz auch Phantasien umsetzen. Die Tat spielt er vorher in Gedanken immer wieder durch. Uns interessiert: Hat er erreicht, was er sich vorgenommen hat? Oder: Warum hat es nicht geklappt?

SPIEGEL: Haben Sie in den 35 Jahren herausgefunden, was das Böse ist?

Petermann: Böse ist, wenn man sich bewusst gegen andere Möglichkeiten, die man hat, entscheidet, wissend, dass das nicht richtig ist. Andererseits gehört das Töten eines anderen Menschen zu unserem Leben dazu. Es ist nicht tolerierbar, nicht zu akzeptieren. Aber letztlich doch menschlich.

SPIEGEL: Ist der Mensch dem Menschen vor allem ein Rätsel?

Petermann: Menschliches Verhalten lässt sich kaum katalogisieren. Es ist zu komplex. Häufig gibt es kein Motiv, nur ein Motivbündel. Wir können nicht wie bei dem DNA-Code entschlüsseln: Was geht in den Menschen vor? Das ist, vielleicht, auch ein Glück.

Axel Petermann: „Auf der Spur des Bösen. Ein Profiler berichtet“. Ullstein Taschenbuch Verlag, Berlin; 300 Seiten; 8,95 Euro.

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE

Heilige Tüte

Wie ein Amerikaner seinen Cannabiskonsum zur Religion erklärte

Die Polizei stoppte Trevor Douglas auf der Interstate 70 in Colorado. Als er das rot-blaue Licht der Highway Patrol im Rückspiegel sah, parkte er auf dem Seitenstreifen. Ein Mann mit Uniform und Glatze stieg aus dem Polizeiwagen, ging zu Douglas' Fahrerfenster und sagte: Guten Abend, ich bin Trooper Graham, die Zulassung für Ihr Fahrzeug ist abgelaufen, darf ich bitte Ihre Papiere sehen? Douglas zog seine Geldbörse aus der Hosentasche. Trooper Graham schnupperte. Ich rieche Marihuana, sagte er, haben Sie irgendwelches Marihuana im Auto?

Ja, sagte Douglas.

Er griff in sein Handschuhfach und reichte dem Polizisten eine kleine Tüte, gefüllt mit trockenen Knospen. Er kramte unter seinem Sitz und gab Trooper Graham eine Pfeife aus Glas. Dann klappte er seine Geldbörse auf und entnahm eine laminierte Karte: Mitglied der Church of Universal Sacraments stand darauf.

Cannabis ist in meiner Religion heilig, sagte Douglas, ich berufe mich auf die Religionsfreiheit und den ersten Zusatzartikel der Verfassung.

Trooper Graham stand da, Tüte in der linken Hand, Pfeife in der rechten. Das geht nicht, sagte er schließlich.

Doch, sagte Douglas.

Trevor Douglas, 25 Jahre alt, lebt in Avon, Colorado, und betreibt einen Lieferservice für biologisches Fleisch, die Firma heißt „Meat in Paradise". Er hat Meeresbiologie studiert, in Hawaii. Dort lernte er einen Studenten kennen, der ihm sagte, er habe seine eigene Kirche gegründet, die Church of Universal Sacraments. Das Sakrament war Cannabis.

Douglas hatte als Jugendlicher gute Erfahrungen gemacht mit Cannabis. Manchmal hatte sein Vater einen Joint gedreht und ihn kreisen lassen am Abendbrottisch, als Dessert sozusagen.

Douglas dachte, wenn Christen glauben dürfen, dass ihr Messias über Wasser schwebt, wenn Hindus glauben dürfen, dass sie als Regenwurm wiedergeboren werden, dann darf auch ich, Trevor Douglas, glauben, dass Cannabis göttlich ist.

Douglas trat der Church of Universal Sacraments bei. Seitdem trägt er Hemden aus Hanffasern, er mischt die Knospen der Pflanze in Kuchenteig. Und er raucht die Blätter.

Mit 22 zog Douglas von Hawaii nach Colorado, weil er Snowboarden lernen wollte. In seinem neuen Wohnzimmer errichtete er einen Raum, den er Kapelle nennt: An die Wand hängte er ein Foto von Bob Marley, auf den Kaminsims stellte er diverse Pfeifen. Oft kommen Freunde, dann zündet Douglas die Pfeifen an und feiert mit ihnen die heilige Messe. Die Pflanze habe in seiner Religion die Bedeutung von Messwein, nur dass man davon keinen Kater bekomme, sagt Douglas. Cannabis sei die direkte Verbindung zu Gott, sagt er, und vielleicht glaubt er das wirklich. Möglich ist aber auch, dass dieser Satz Teil seiner Verteidigungsstrategie ist.

JAMES CHANCE / POLARIS

Douglas

USA

Gericht: Hasch ist kein Messwein

GEORGETOWN – Eine findige Erklärung hat sich ein Amerikaner zur Rechtfertigung seines Drogenkonsums einfallen lassen

Aus dem „Hamburger Abendblatt"

Nachdem die Polizei ihn angehalten hatte, wollte Douglas seinen Freund anrufen, den Kirchengründer aus Hawaii. Er fand die Telefonnummer nicht mehr, dafür aber die einer anderen Kirche: The Hawaii Cannabis Ministry, kurz THC. Douglas kannte auch den Gründer dieser Kirche aus Studientagen. Er trat der THC bei.

Am 9. März dieses Jahres saß Douglas in einem Gerichtssaal in Georgetown, Colorado. Er trug ein Hemd mit hellblauem Blumenmuster, in den Händen hielt er eine Bibel. Als Vorbereitung auf die Verhandlung hatte er den ersten Zusatzartikel der Verfassung gelesen und einen Satz auswendig gelernt: Der Kongress darf kein Gesetz erlassen, das die freie Religionsausübung verbietet.

Das Gericht hatte zu klären, ob ein Joint genauso heilig sein darf wie der Wein beim Abendmahl.

Nachdem der Staatsanwalt die Anklage verlesen hatte, durfte Douglas sprechen. Er schlug die Bibel auf und zitierte aus der Genesis: „Dann sprach Gott: Das Land lasse junges Grün wachsen." Douglas machte eine Pause. Kann dieses junge Grün, das von Gott kommt, schlecht sein?, fragte er. Douglas zitierte weiter, diesmal den ersten amerikanischen Präsidenten George Washington, der an seinen Gärtner schrieb: „Mach, so viel du kannst, aus den indianischen Hanfsamen und pflanze sie überall."

Die Richterin verurteilte Douglas. Sie sagte: „Das Gericht hat nicht den Eindruck, dass der Angeklagte eine Religion ausübt. Er handelt eher nach seinen eigenen Ansichten."

Nach seiner Verurteilung feierte Douglas einen Gottesdienst. Danach ging es ihm besser, sagt er.

Er hat Berufung eingelegt gegen das Verfahren. Er will bis vor den Supreme Court klagen, wenn es sein muss, sagt er. Bis dahin gilt das Urteil, auch wenn es noch nicht rechtskräftig ist. Douglas muss 350 Dollar Strafe zahlen und 15 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten. Er habe sich erkundigt, welche Arbeit in Frage komme, und er sei zufrieden, sagt er. Douglas darf in einem Garten arbeiten.

TAKIS WÜRGER

SPEKULANTEN

Die Logik des Bankrotts

Nach Immobilien, Firmen, Krediten und Rohstoffen werden nun ganze Staaten zum Spielball globaler Investoren. Die Hauptakteure handeln nicht wie Schurken, sondern so, wie sie handeln müssen – Computer werden darüber entscheiden, ob Griechenland pleite ist. *Von Ullrich Fichtner*

Alles fließt, sechs Börsentage lang, von Sonntag, 4 Uhr, wenn Sydney eröffnet, bis Freitag, 22 Uhr, wenn New York schließt, dazwischen 138 vollgepackte Stunden, 8280 Minuten, 496 800 Sekunden, 497 Millionen Millisekunden, in denen Menschen und Maschinen immerfort Entscheidungen fällen, die die Geschäfte und Geschicke der Welt betreffen. Alles fließt, es ist ein Strom großer und kleiner Nachrichten, um 2 Uhr nachts europäischer Zeit werden in Neuseeland Kreditkartenumsätze vermeldet, um 3 Uhr australische Exportzahlen in Sydney. In Tokio gibt es um 4.30 Uhr Neues zur japanischen Industrie, um 7 Uhr wird man in Genf mehr über Verbraucherpreise erfahren, um 7.30 Uhr tritt in Brüssel Europas Zentralbankchef Jean-Claude Trichet vor die Presse. Angela Merkel wird eine Rede halten um 10 Uhr, der Luxemburger Jean-Claude Juncker um 12, der US-Finanzminister Tim Geithner um 14 Uhr, und um 15 Uhr wird man wissen, wie sich die neuen Sechsmonatsanleihen der Griechen verkauft haben.

Die Terminbörse in Chicago hat neue Daten, die kanadische Bauwirtschaft, die Schweizer Bankenaufsicht, die Londoner Ölbörse, die indische Stahlindustrie, die Hongkonger Hafenverwaltung, der australische Bauernverband, dann sind fürs Erste wieder 24 Stunden um, und die Welt ist ein klein bisschen anders geworden. Reicher vielleicht. Oder ärmer. Verwirrend, das steht fest, ist sie geblieben.

Der Anteil der Staatsschulden an Portugals Bruttoinlandsprodukt ist neuerdings von Bedeutung, die Arbeitsmarktdaten aus den USA lassen regelmäßig die Börsen springen, die Inflationsrate in Ungarn kann von Belang sein, die Währungspolitik Chinas ist es ohnehin, und der Kurs des britischen Pfunds spielt eine Rolle. Aber welche? Und welcher Trend entsteht gerade? Was muss man wissen, um zu verstehen, woraus eine Krise wie die griechische gemacht ist?

Auf diese Fragen werden Antworten gesucht, Woche für Woche, Tag für Tag, in den Zentralbanken rund um den Globus, in den Vorstandsetagen der Geldhäuser, den Forschungsabteilungen der Hedgefonds, in den Büros und Großrechnern der Rating-Agenturen, auf den langen Fluren der global agierenden Pensionsfonds und der Versicherungskonzerne – in den Köpfen all jener, die man immer nur: „die Investoren“ nennt.



HARTMUT SCHWARZBACH / ARGUS

Händlersaal der Commerzbank in Frankfurt am Main

Gut möglich, dass die großen Akteure ihren Verstand an Computersysteme abgegeben haben.

Der Versuch, sie auf die Schnelle dingfest zu machen, schlägt regelmäßig fehl. Wer sie einfach zu Ganoven stempelt, verfehlt das Thema weit. Wer sie zu smarten Helden unserer Zeit macht, sie als Meister des Universums feiert, ebenso. Gut möglich, dass die großen Akteure auf den Spielplätzen des Geldes ihren Verstand längst an Computersysteme abgegeben haben, gut möglich auch, dass die erfolgreichsten Investoren nicht Schurken sind, sondern Gelehrte unserer Zeit, die das kapitalistische System, seine Regeln und seine Lücken, nur am besten verstehen und mit Hilfe perfekter Automaten für sich zu nutzen wissen. Sie leben jedenfalls in einer Welt, in der die moralische Güte von Entscheidungen kein Kriterium ist. Sie handeln amoralisch, sie folgen der Logik des Systems, sie bedienen kühl seine Hebel.

Wer sich auf ihre Spur begibt, trifft oft auf brillante, dabei meist erschreckend nüchterne Leute, geschmückt mit Doktor- und anderen Titeln, Leute, die viel mehr wissen über die menschliche Natur, als ihnen zuzutrauen wäre. Wer Investoren trifft, sie spricht, bekommt eine Idee davon, warum Kurse sinken, warum Staaten wanken und wie der Kapitalismus heute in groben Zügen funktioniert. Der versteht auch, warum die Weltwirtschaft in diesen Wochen von der dritten Etappe einer Finanzkrise erschüttert wird, die auf dem amerikanischen Immobilienmarkt begann; die sich dann über den Globus fraß, weil mit den Risiken von Immobilienkrediten und Firmenkrediten weltweit spekuliert worden war; und die nun Staaten wie Griechenland, Portugal, vielleicht Irland an den Rand des Staatsbankrotts treibt.

Jede Recherche auf diesem Feld wird durch den Codex der Finanzwelt erschwert, Interna nicht preiszugeben und Diskretion zu wahren. Kaum ein Akteur ist bereit, öffentlich und mit Namen aufzutreten, man ist, wenn überhaupt, nur zu Hintergrundgesprächen bereit.

Ihre Namen, sie spielen auch keine große Rolle, denn am Ende sind sie austauschbar. Wer heute noch Chefhändler hier ist, kann morgen schon Vorstandsmitglied dort sein, wer gerade in London große Räder dreht, tut es bald vielleicht schon in Hongkong oder New York oder gar nicht mehr, weil er entlassen wird oder sich am goldenen Fallschirm in den vorgezogenen Ruhestand abwerfen lässt. Kein Markt rotiert schneller als der des Geldes, keiner ist größer, mit Tagesumsätzen, die sich nur noch in Billionen rechnen, in Tausenden Milliarden.

Gehandelt wird mit Staatsschulden, Währungen, mit Wechseln auf die Zukunft, gewettet wird auf Konjunkturkurven, Börsenindizes, Zinsentwicklungen, im Einsatz sind Geldsummen, die jede menschliche Vorstellungskraft sprengen, und hantiert wird mit Strategien so komplex, dass sie kaum zu fassen sind. Wer

sind die Menschen auf diesen Märkten? Was haben sie mit Griechenland zu tun? Wer sind, was machen, was denken Investoren?

„Hedgefonds lassen sich vergleichen mit Surfern, die hinter der Brandung herumpaddeln und auf die große Welle warten“, sagt der Chefhändler eines Hedgefonds in London, er sitzt in einer Bar in Kensington, es gibt trockenen Weißwein, der Hyde Park ist nah, vor den Türen in der Nachbarschaft parken Porsche Cayenne. „Gute Surfer haben Geduld“, sagt der Händler, „sie kennen sich aus mit dem Wind, dem Wasser, dem Wetter, sie haben das bessere Timing. Die Unerfahrenen steigen oft auf die erstbeste Welle, die sie schon für groß halten – und so verpassen sie meistens den Moment, wenn sich draußen wirklich etwas Großes tut.“

Der Hedgefonds, für den er arbeitet, gehört zu den führenden der Branche, er hat im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre jedes Jahr fast 20 Prozent Gewinn gemacht, man arbeitet mit weit über 10 Milliarden Dollar Kapital. Wer hier einsteigen will, muss mindestens eine Million investieren, aber die meisten Kunden bringen viel mehr Geld mit, 50 Millionen Dollar, 200, 300.

Es sind kaum reiche Privatleute, die ihr Geld einzahlen, sondern Banken, Investmentgesellschaften, Stiftungen, zu deren Wesen es in der Regel gehört, ihr Geld so weit wie möglich zu streuen, um das Risiko von Verlusten klein zu halten. Niemand setzt einfach alles auf Rot oder Schwarz beim Roulette der globalen Finanzmärkte; man spielt – nach ausgetüftelten Systemen – immer möglichst viele Zahlen, Zahlenpaare, Zahlenfelder und nennt es dann „diversifiziertes Risiko“.

Der Londoner Hedgefonds ist ein großer, aber doch nur einer von vielen, ihn als typisch hinzustellen wäre falsch, denn den typischen gibt es nicht. Zwischen 1999 und 2007, als die Zahl der Hedgefonds weltweit auf über 9000 stieg und sich ihr Kapital auf 1,6 Billionen Dollar verfünffachte, fächerten sich auch ihre Investmentansätze und -stile auf.

Die Fonds, die in der Regel erstaunlich gut durch den Crash von 2008 gekommen sind, konzentrieren ihre Geschäfte oft auf bestimmte Weltregionen oder nur auf Währungen, andere spezialisieren sich auf Aktien, die sie für unterbewertet halten, oder sie spekulieren gegen angeschlagene Großfirmen oder Anleihen von Staaten wie Griechenland. „Es gibt so viele Hedgefonds-Typen, wie es Automarken gibt“, sagt der Londoner Händler, „und da ist dann auch mal ein Toyota dabei, bei dem sich das Gaspedal verhakt.“

Im Fall dieses Londoner Fonds hat sich bislang nicht weiter viel verhakt. Die Firma springt auf Trends auf wie der gute Surfer auf die Welle, es geht ihr nicht darum, mit genialen Ideen ständig neue Verfahren der Geldvermehrung zu erfinden. Von den 200 Angestellten sind 100 Naturwissenschaftler, man stelle sich vor, es sind Mathematiker, Statistiker, Atomphysiker, Biochemiker, deren Aufgabe vorrangig darin besteht, die Märkte berechenbar zu machen und die menschlichen Schwächen kalkulierbar. Das ist das Credo dieser Truppe, in ihr sind die besten Absolventen aus Oxford, Cambridge, Harvard, Stanford versammelt; Wirtschaft haben die wenigsten studiert.

Man analysiert das menschliche Verhalten und nimmt den Menschen, wie er ist oder wie man ihn sich vorstellt: ungeduldig, undiszipliniert, subjektiv, gierig, arrogant und immer wieder ziemlich realitätsblind, genau so steht es in internen Broschüren der Firma. Auf der Kenntnis und dem Verständnis dieser Eigenschaften gründen letztlich Erfolg oder Misserfolg, und den besten Hedgefonds gelingt es, wie diesem in London, sie zu übersetzen in die binäre Sprache der Computer.

Man muss Abschied nehmen von der Vorstellung, geschult an alten Größen wie George Soros oder Warren Buffett, dass Investoren Meisterdenker mit breiten Hosenträgern sind, die die Weltlage mit scharfem Verstand beurteilen und anschließend kaltblütig ihre Entscheidungen treffen. Dass George Soros das britische Pfund im Alleingang aus dem europäischen Währungsverbund gekegelt habe, war immer eine Legende. Auch Soros schwamm schon in einem großen Schwarm von Entscheidern, deren kollektive Handlungen erst zum großen „Marktereignis“ wurden.



KLAUS D. FRANCKE / BILDERBERG

Griechische Dorfbewohner

Es ist auch Wahnsinn, einem Land am Abgrund Geld hinterherzuwerfen.

Heutige Hedgefonds-Manager sitzen nicht zusammen und diskutieren darüber, ob griechische Sparpläne sinnvoll sind, ob Thailands Regierung sich halten kann oder ob Angela Merkel ja oder nein sagt. Sie füttern vielmehr ihre Maschinen mit immer neuen Daten, speisen Material in Computer ein, deren Festplatten ohnehin schon randvoll sind mit Zahlen, und sie – die Maschinen, gestützt auf mathematische Modelle – spucken aus, was in dieser oder jener Situation am besten zu tun sei.

Eingespeist wird alles, was an wirtschaftlichen Statistiken zu haben ist, und zwar am besten zurück bis an den Beginn der Menschheit. Die Computer dieses Londoner Hedgefonds werden, auch wenn das klingt wie ein Scherz, mit Bankdaten aus dem 17. Jahrhundert gefüttert, mit Haushaltszahlen der florentinischen Republik zu Zeiten der Renaissance, mit Marktstatistiken aus Kriegs- und Krisenzeiten. Wie haben sich britische Staatsanleihen während der Französischen Revolution entwickelt? Welchen Einfluss hatte der Krim-Krieg? Welche Phasen hatte die Hausse vor dem Ersten Weltkrieg? Wie verlief der Absturz nach dem zweiten Golfkrieg?

Aus dieser unfassbaren Datenfülle, einem unvorstellbaren Zahlensalat, lassen sich, das ist die Hoffnung, Muster ableiten, wiederkehrende Verläufe, Wahrscheinlichkeiten künftiger Entwicklungen, Strukturen des menschlichen Herdentriebs. Man übersetzt Hoffnung und Angst, Gier und Vorsicht in Zahlen. Dass europäische Staatschefs Beschlüsse fassen, dass sie Rettungspakete für Griechenland schnüren, ist den Maschinen, sozusagen, ziemlich egal.

Der Hedgefonds wickelt seine Geschäfte zu 95 Prozent vollautomatisiert ab, die Computer analysieren Kurvenverläufe und Kurse, weltweite Preise und Zinsen, und bei bestimmten Konstellationen macht es einfach klick – und die Maschine kauft oder verkauft Positionen, ganz egal, was Politiker gerade beschließen oder Leitartikler schreiben. Die Menschen sind in diesem System nur noch dazu da, die Rechner auf dem neuesten Stand zu halten, ihre Software zu pflegen, die Algorithmen zu justieren, Programmfehler zu eliminieren. Man investiert jedes Jahr Millionen in die hauseigene Forschung, die Hälfte des laufenden Budgets, es geht immerfort, wie es im Audi-Slogan heißt, um Vorsprung durch Technik.

Mehr als die Hälfte der Kunden sind Banken, ein Fünftel sind Investmentfonds,

der Rest teilt sich auf in Regierungen, Pensionskassen, große Stiftungen. Mit ihrem Geld ist der Hedgefonds auf den klassischen Geschäftsfeldern unterwegs: Investiert wird in Aktien, Währungsgeschäfte, Staatsanleihen, man kauft und verkauft Edelmetalle, Rohstoffe, Getreide, selbst Vieh, und alle Deals sind in die Zukunft gerichtet, alles dreht sich um „Futures", um Termingeschäfte, und alle Bereiche entwickeln sich von Jahr zu Jahr völlig unterschiedlich.

Es sind wilde Karussellfahrten, immer sucht sich Geld seine besten Anlagemöglichkeiten, schnell wie Quecksilber, und doch gibt es zwei entscheidende Unterschiede zu früheren Zeiten: Der erste ist die Automatisierung und der immense Fortschritt der Finanzmathematik, die heute Geschäfte möglich machen, die früher völlig undurchführbar, undenkbar, überkomplex gewesen wären. Der zweite hat mit einer unguten Abkoppelung zu tun.

Noch bis in die achtziger, neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts hinein bezogen sich Geld- und Geldtermingeschäfte in der Regel auf reale Waren, auf Rohstoffe oder auf die industrielle oder landwirtschaftliche Produktion. Der zugehörige „spot market", auf dem sich zum Beispiel US-Importeure mit Euros versorgen, um in Deutschland Maschinen kaufen zu können, existiert weiterhin, und er ist groß. Aber er hat mittlerweile viele virtuelle Brüder bekommen, denen es nur noch ums blanke Geld zu tun ist.

Man kauft und verkauft Millionen Euros gegen Dollars und umgekehrt, nicht weil man sie braucht, sondern weil man ein paar „pips" mitnehmen will, sekündliche Kursgewinne weit hinter dem Komma. Man kauft Wertpapiere, nicht weil man an eine Firma glaubt und auf Rendite hofft, sondern weil man die Aktien gegen Gebühr ausleihen kann an Kunden, die auf den Niedergang ihres Werts spekulieren wollen, das heißt dann „short selling".

Ununterbrochen finden „carry trades" statt, substantiell sinnlose Geschäfte, die nur der Geldvermehrung dienen, indem man Geld von einem zu einem anderen Ort „trägt". Das klassische Exempel ist das Spiel mit dem Yen in den neunziger Jahren. Damals liehen sich viele Händler, auch Banken, auch Versicherungsgesellschaften Geld bei japanischen Banken, die dafür nur ein Prozent Zinsen und weniger verlangten. Anschließend wechselten sie die Yen in australische Dollar um und legten sie auf Konten in Australien an, wo auf die Einlagen fünf oder gar sechs Prozent Zinsen gezahlt wurden.

Solche Deals laufen gut, solange die Zinsen stabil bleiben und die Währungen keine Sprünge machen; tritt dieser Fall ein, wachsen sie sich schnell zur Katastrophe aus, und weil das so ist und weil alle Investoren unter einer mehr oder weniger ausgeprägten „Risikoaversion" leiden, schließen sie fast immer Parallelgeschäfte ab, um ihre Risiken einzuhegen, zu hedgen, was zu immer komplexeren Geschäftsmodellen führt.

Man lernt jedenfalls beim Studium der Finanzmärkte, beim Reden mit ihren Akteuren, dass Griechenland etwa immer nur ein Mosaikstein ist in einem sehr großen, bunten Bild. Eine Position nur von vielen im Portfolio einer Bank oder eines milliardenschweren Investors, problematisch nur, wenn sie relativ zu den anderen zu groß geworden ist.

Zu lernen ist auch, dass es wenig Anlass dafür gibt, zu glauben, einige wenige ruchlose Spieler seien in der Lage, oder auch nur willens, auf einen griechischen Staatsbankrott oder gar auf den Verfall des Euro zu wetten. Auf dem internationalen Währungsmarkt werden täglich Devisen für mehr als 3500 Milliarden Dollar umgesetzt, 3,5 Billionen, davon die allermeisten Geschäfte im Wechselspiel zwischen Dollar und Euro. Kein einzelner Investor, auch keine Gruppe von Investoren, schon gar kein Hedgefonds hätte genug Kapital zur Verfügung, um diesen Markt nennenswert zu bewegen.

Ähnliches gilt für die Geschäfte mit Staatsanleihen. Sie sind heute das meistgenutzte „Instrument" der Finanzwelt, das Vehikel, mit dem sich Länder auf dem Weltmarkt mit Geld versorgen, kurz- oder langfristig, für drei Monate oder für zehn Jahre. Immer wenn von Staatsverschuldung irgendwo die Rede ist, sind damit vor allem die fälligen Rückzahlungen von Anleihen, die fälligen Zinsen auf Schuldpapiere gemeint. Wer eine Bundesanleihe kauft, leiht der Bundesrepublik Deutschland Geld, und wer sie weiterverkauft, reicht ihre Schulden weiter.

In den USA, dem größten Anleihenmarkt der Welt, werden an einem normalen Handelstag Staatsschulden im Wert von mehr als 400 Milliarden Dollar gekauft oder verkauft, und durch den gesamten Weltmarkt wandern staatliche Verbindlichkeiten von Dubai und Kasachstan, von Frankreich und Kanada, von Australien, Japan oder Polen in Höhe von geschätzt 40 000 Milliarden Dollar, 40 Billionen.

Im griechischen Fall sind die umlaufenden Summen zwar deutlich kleiner, aber wenn Griechenland etwa für vier Milliarden Euro neue Schuldpapiere verkaufen will, wird selbst der größte Einzelinvestor in derlei Geschäfte nicht so viel Geld investieren, dass Preise und Verzinsungen wirklich manipuliert würden. Die Investoren sind, je für sich genommen, Heuschrecken nur in dem Sinne, dass sie im Vergleich zum Großen und Ganzen immer ziemlich kleine Tierchen sind; Mücken auf dem Rücken eines Elefanten, lästig manche, weil sie viel Lärm machen, aber keine einzelne mächtig genug, um das große Tier nachhaltig zu beeindrucken.

„Das Bankensystem", sagt ein schottischer Investmentbanker, ein pockennarbiger Mann, der in der Mittagszeit im Londoner Westend einen Teller Nudeln in sich hineinschaufelt, „gleicht heute einem riesigen Schneeballsystem." Er echauffiert sich beim Essen, beim Reden, er wird lauter und lauter, er sagt: Die Geschäfte würden immer virtueller, die Substanz immer fragwürdiger. „Deshalb stecken wir in einer Sackgasse, wir wollen es nur noch nicht wahrhaben. Aber hier in London fühlt es sich an wie das Ende einer Epoche. Es fühlt sich an wie: Das Spiel ist aus."

Der das sagt, ist seit fast 30 Jahren im Bankgeschäft, er hat die lateinamerikanischen Krisen der achtziger Jahre miterlebt, den asiatischen Sturm in den Neunzigern, die Russland-Krise, die Mexiko-Krise, die Argentinien-Krise, er hat schwedische Banken bankrottgehen sehen und den Untergang Islands aus der Nähe mitverfolgt. Er hat gut verdient, nicht zuletzt weil er beteiligt war an der Konstruktion jener exotischen Finanz- und Kreditprodukte, die 2008 endlich in den Kollaps führten. Heute wirkt er angewidert von seiner eigenen Vergangenheit; aber ein Investmentbanker ist er geblieben.

JÜRGEN FRANK

Milliardär Soros

Die Zeit ist vorbei, in der Investoren Meisterdenker mit breiten Hosenträgern waren.

„Wenn früher ein Rentner 100 Pfund auf seiner Bank eingezahlt hat“, sagt er, „hatte die Bank 100 Pfund mehr, die sie verleihen konnte. Im heutigen System werden aus den 100 Pfund mit ein paar Tricks auf einen Schlag 500 oder mehr – und mindestens 100 davon, darauf können Sie wetten, stehen am nächsten Bilanztag als Reingewinn in den Büchern der Bank.“

Aber wie geht das? „Es ist doch ganz einfach“, ruft der Mann, „dass ihr das alle immer noch nicht kapiert habt!“ Die Bank nimmt die 100 Pfund als Sicherheit dafür, 500 Pfund zu verleihen. Auf die 500 Pfund schließt sie aber gleich einen Kreditausfallvertrag ab, einen CDS. Eigentlich glaubt sie gar nicht, dass der Schuldner das Geld nicht zurückbezahlen kann, aber das ist auch nicht der wahre Grund für die Versicherung. Tatsächlich schließt sie den CDS ab, um die eigene Bilanz zu schönen.

In dem Moment, in dem sie die Ausfallversicherung kauft, verschwindet der 500-Pfund-Kredit aus den Büchern. Das heißt, er verschwindet nicht, aber er ist „gehedgt“, buchhalterisch getilgt – im Ernstfall würde ja der Kreditversicherer bezahlen müssen und nicht die Bank. Deshalb könnte sie, „je nachdem, wie verrückt sie ist“, mit den 100 Pfund des Rentners als Sicherheit gleich wieder einen neuen Kredit vergeben. Und wieder eine Versicherung auf ihn abschließen. „Und so weiter“, sagt der Banker, „es ist ein Schneeballsystem, die Banken haben eine Lizenz zum Gelddrucken.“

Die Banken sitzen heute nicht mehr in der Londoner City, sie haben Quartier genommen auf der Isle of Dogs im Osten der Stadt, in den ehemaligen Docklands an der Themse. Wer die Bahn dorthin nimmt, kann einsteigen direkt an der Bank of England in der Threadneedle Street, einem Palast aus dem 18. Jahrhundert, getragen von korinthischen Säulen, erbaut zu einer Zeit, als England die Meere und Märkte regierte und die Industrialisierung erst richtig begann.

Von hier ist es eine kurze, schnelle Fahrt nach Canary Wharf, einem blinkenden Stadtviertel in Stahl und Glas, durchzogen vom Wasser der Themse. Die Straßen und Plätze hier heißen Bank Street, Cabot und Canada Square, in den Bürotürmen ringsum haben sich die großen Namen des Weltkapitals versammelt: J. P. Morgan und HSBC, Barclays und Credit Suisse, Morgan Stanley und Munich Re, Wells Fargo und Citigroup, Chevron und Bank of America, dazu die Rating-Agentur Fitch, die „Financial Times“, und auf einer Bronzeplatte für die Touristen steht auch noch der Name Lehman Brothers eingraviert, sie residierten Bank Street 25, in einem grünlich verglasten 40-Geschosser.

In einem der Türme hier empfängt der Chefdevisenhändler einer Großbank, die Teppiche auf dem Flur sind dick wie in einem Grandhotel. In Konferenzzimmern stehen Tische mit Intarsien aus Tropenholz, an den Wänden hängt moderne Kunst. Am Empfang sitzen vier perfekt gekleidete Damen, die einen schon mit Namen begrüßen, ehe man sich überhaupt vorgestellt hat.

Der Händler ist ein Mann im offenen weißen Hemd um die 40, ein Engländer mit perfekten Manieren, der einem persönlich den Kaffee serviert. Warum kaufen Investoren griechische Staatsanleihen? „Es gibt drei Typen, würde ich sagen“, sagt der Banker, „es gibt die Pensionsfonds, die Angst haben, auf ihren langfristigen Investments sitzenzubleiben, es gibt die Banken, die collateral brauchen, und es gibt ein paar Spekulanten.“ Dieser Satz ist nicht ganz einfach zu entwirren, er ist auch ein bisschen verlogen, wie sich zeigen wird, aber wer ihn versteht, versteht viel über die Elemente der griechischen Krise – und er bekommt eine Ahnung davon, wer auf dem Finanzmarkt die eigentlichen Spieler sind, die eigentlichen Spekulanten.

SIEWERT FALKO / ZBSP

Das Sparschwein als Geldanlage

„Geld ist nicht moralisch oder unmoralisch. Es ist einfach amoralisch, kalt.“

Die Pensionsfonds, die in der deutschen Debatte eine zu kleine Rolle spielen, weil es sie hierzulande in der international üblichen Form nicht gibt, gleichen riesigen Investitionsgesellschaften mit teils mehr als 100, mehr als 200 Milliarden Dollar Kapital. Sie sind die größten Akteure am Finanzmarkt überhaupt. Oft sind es staatliche oder halbstaatliche Organisationen, die in Japan oder Kalifornien zum Beispiel die Rentenzahlungen der Beamten abwickeln. Viele von ihnen haben sich in den Jahrzehnten bis zur Lehman-Pleite mit europäischen Staatspapieren „wohl gefühlt“, sagt der Banker in Canary Wharf.

Griechenland hatte sich gut entwickelt seit dem EU-Beitritt, es holte auf wie Portugal, wie Irland, dass es die Zahlen fälschen würde, war nicht zu ahnen. Griechische Staatsanleihen ließen sich gut kaufen und weiterverkaufen, sie waren „liquide“, und sie brachten immer ein paar Prozentpunkte mehr Zinsen ein als etwa deutsche Bundesanleihen.

So gut und scheinbar gefahrlos lief das Geschäft mit den Griechen, dass sich manche Pensionsfonds-Manager ihre Portfolien mit den Anleihen regelrecht vollluden, im schlimmsten Fall machen sie heute zehn Prozent ihrer gesamten Anlagen aus – und als die Krise kam, im Oktober, November vergangenen Jahres, brach unter ihnen die Panik aus.

Die griechischen Anleihen sanken im Wert, sie wurden fast unverkäuflich, sie sahen bald aus wie Müll, wie „junk“. Die Rating-Agenturen stuften sie von Dezember an in schnellem Takt immer schlechter ein, und wer auf sie Ausfallversicherungen abschließen wollte, die berühmten CDS, musste immer mehr Geld für sie bezahlen.

Die Pensionsfonds, sagt der Banker, hätten Angst, „auf ihren langfristigen Investments sitzenzubleiben“, auf griechischen Anleihen mit fünf, mit zehn Jahren Laufzeit – wäre es dann nicht fast logisch, dass sie in diesen Wochen neue Anleihen kaufen, möglichst moderat verzinst, um ihren großen Schuldner Griechenland zu stützen? Um die eigenen Positionen abzusichern? Wenn es nur so einfach wäre.

Die Fondsmanager sind hin- und hergerissen zwischen zwei sich widersprechenden Positionen: Sie möchten, sie müssen Griechenland retten, sie können sich einen Ausfall ihrer laufenden Anleihen nicht leisten, das wäre ein schlagendes Argument für den Kauf weiterer Griechen-Schulden. Andererseits ist es aber auch Wahnsinn, einem Land am Abgrund immer noch mehr Geld hinterherzuwerfen. Die griechischen Kennzahlen sind ein Alptraum, die Aussichten finster – was, wenn der Bankrott am Ende trotz aller Rettungsversuche doch eintritt? Wie dumm stünde ein Manager da, der kurz vor dem Ende noch weiter Geld nach Griechenland gepumpt hätte? Solche Überlegungen sprechen gegen einen Kauf – und sie lassen die Verzinsung von Staatsanleihen steigen.

Im Fall Griechenlands stiegen sie am Montag, 19. April, auf den europäischen

Rekordwert von 7,63 Prozent für zehnjährige Anleihen, und am Mittwoch, 5. Mai, gar auf 10,17 Prozent. Diese Ziffern drücken furchtbares Unbehagen aus, und eigentlich sagen sie: Es sieht nicht gut aus für Griechenlands Zukunft. Deshalb beginnen die Investoren nun zu retten, was zu retten ist, man könnte auch sagen: Sie fangen an zu zocken. Jetzt verlangen sie schon für kurzfristige Anlagen, Sechsmonatsanleihen, Dreimonatspapiere, absurd hohe Zinsen. Es ist, als holten sich die Investoren der Vergangenheit ihre Verluste zurück, als donnerten sie Griechenland Strafzahlungen auf, und es stellt sich die Frage: Sind vielleicht die stockseriösen Pensionsfonds die eigentlichen Spekulanten des Augenblicks?

Der Banker aus Canary Wharf sagt, „die Banken brauchen collateral“. Collateral kann wörtlich übersetzt viel heißen, hier meint es: Sicherheit. Die Banken brauchen Sicherheiten, um bei der Europäischen Zentralbank das Geld zu bekommen, mit dem sie arbeiten. Sie bekommen es nur, wenn sie in Frankfurt am Main Wertpapiere bestimmter Güte hinterlegen. Griechische Staatsanleihen sind solche Wertpapiere, und sie sind derzeit gerade noch gut genug als Sicherheiten, und obendrein sind sie günstig zu haben und hoch verzinst. Sie sind also ein gutes Mittel, um an das Geld der Zentralbank zu kommen.

Was der Banker aus Canary Wharf aber vornehm verschweigt, ist, dass viele Banken der Euro-Zone längst gewaltige Posten griechischer Schuldpapiere halten, deutsche und französische Geldhäuser vorneweg, und deshalb sind auch sie dazu verurteilt, sie jetzt zu kaufen, sie können gar nicht anders, sie sind in einer ganz ähnlichen Situation wie die Pensionsfonds: Sie müssen die Werte, die sie schon haben, mit allen Mitteln schützen, sie müssen Griechenland, ihren Schuldner, stützen.

Die Europäische Zentralbank hilft dabei mit. Ende März kündigte sie an, auch weiterhin Wertpapiere als Sicherheiten zu akzeptieren, die von den Rating-Agenturen die ziemlich schlechte Note BBB- erhalten haben. In der vergangenen Woche verwässerte sie ihre Prinzipien der Geldvergabe noch weiter; griechische Anleihen, entschieden die Hüter des Euro, würden auch in Zukunft weiter als Sicherheiten akzeptiert, ganz gleich, wie sie bewertet würden.

Dass dies ein geldpolitischer Wechsel ist, der allen europäischen Stabilitätsplänen hohnspricht, wurde verschwiegen; dass sich Europas Zentralbank damit binnen kurzem diametral selbst widerspricht, ebenso: Nicht lange her, da wollte ihr Vorstand nur noch Papiere der Güteklasse A- akzeptieren. Die Entscheidung von vergangener Woche bedeutet, dass Banken künftig auch Sicherheiten hinterlegen dürfen, die der Markt als „junk“ einstuft, als potentiell wertlos. Täte sie es nicht, das ist der Hintergrund dieser weitreichenden Entscheidung, würde Griechenland seine Anleihen gar nicht mehr los – und wäre vermutlich schon heute bankrott.

Eine Staatspleite Griechenlands hätte, wie der „Economist“ kürzlich vorrechnete, verheerende Folgen für die europäischen Banken. Gut möglich, dass deutsche Geldhäuser griechische Staatsanleihen im Wert von bis zu 30 Milliarden Euro halten, die Hypo Real Estate allein soll mit fast 8 Milliarden wieder ganz vorn dabei sein, in Frankreich sind 50 Milliarden griechischer Schulden verteilt, bei allen Banken der Euro-Zone insgesamt 162 Milliarden.



Londoner Finanzviertel Canary Wharf

GETTY IMAGES

Ein neuer „bail-out“ für die Banken, nur diesmal um die Ecke gespielt.

Rutschte Griechenland wirklich in die Pleite, stünden die Banken, ohnehin angeschlagen durch ihre Engagements, die in die Weltkrise führten, wieder im Regen – und wie nach dem Lehman-Crash müssten sehr wahrscheinlich wieder die Regierungen zu Hilfe eilen, um die Geldhäuser über Wasser und bei Laune zu halten. Deshalb vor allem haben sich Europas Regierungen und der Internationale Währungsfonds darauf geeinigt, den Griechen mit Krediten zu helfen, erst mit 30 Milliarden, weil die Deutschen bremsten, jetzt mit 110 Milliarden, die womöglich schon zu spät kommen. Flössen die Kredite nicht, stünde zu befürchten, dass sie die Banken ihrer Länder bald mit ganz ähnlichen Summen wieder unterstützen müssten; die Griechenland-Rettung ist ein neuer „bail-out“ der Banken, nur um die Ecke gespielt. Und deshalb ist es sehr wahrscheinlich, dass die EU-Staaten, Deutschland inklusive, immer weiter zahlen werden, um diese unschöne Wahrheit zu verschleiern.

Nichts davon wurde öffentlich verhandelt, als sich die EU-Staats- und Regierungschefs am 25. März zu ihrem Frühjahrsgipfel in Brüssel trafen. Durch die Stadt schnürten die Motorradstaffeln, gefolgt von Staatskarossen, zwischen 16.15 Uhr und 17 Uhr fuhren sie bei Nieselregen in schneller Folge am VIP-Eingang I der EU-Kommission vor, abgefilmt vom Pulk europäischer Fernsehteams, bedrängt von Tonleuten mit riesigen Mikrofonen.

In der Lobby des Prachtbaus saßen 500, 600 Journalisten an zweimal acht langen Tafeln wie bei einem Bankett, vor sich nicht Teller, sondern Laptops, und sie schrieben über Dinge, die sie unmöglich wissen konnten, weil die Regierungschefs nicht öffentlich zu tagen pflegen.

Dass Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy unter vier oder vielleicht acht Augen gerade zusammensaßen, sickerte am Nachmittag wohl durch. Auch streuten Mitarbeiter der Regierenden ihre gelenkten Informationen, luden zu kleinen Hintergrundrunden, um die Definitionsmacht zu behalten, und um 17.13 Uhr liefen erste Eilmeldungen durch den Raum, die besagten, dass sich Merkel und Sarkozy auf einen Rettungsplan für Griechenland geeinigt hätten.

Dass das nicht ganz stimmte, dass Sarkozy in dramatischen Szenen den EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy angebrüllt hatte, dass Deutsche und Franzosen eigentlich eher uneins geblieben waren und sich gerade eher entfremdeten als annäherten, wurde erst später bekannt. Aber „die Märkte“ rochen sofort, dass etwas nicht stimmte. Der Euro-Kurs stieg nicht, wie zu erwarten gewesen wäre angesichts der guten Nachricht, die Zinsen griechischer Staatsanleihen sanken nicht, auch die Ausfallversicherungen auf griechische Schulden blieben teuer. Es war, als traute die Masse derer, die Entscheidungen zu fällen haben, den Brüsseler Verkündigungen nicht.

Es stellte sich, in Brüssel, die Frage: Wofür ist die EU gut, wenn eine Krise ansteht? Und wofür ist Politik überhaupt noch gut, wenn es um die Finanzmärkte geht? Seit Jahren wird von Rednerpulten herab geschworen, sie zu bändigen, den Raubtierkapitalismus zu zähmen, Leitplanken einzuziehen, aber wenig bis

nichts ist geschehen. Die immer neuen Regelwerke, über die Baseler Weltzentralbank abgewickelt, greifen nicht. Sie greifen nicht, weil sie letztlich von den Bankern selbst geschrieben werden. Politik müsste, wenn sie denn wirklich verändern wollte, den Banken ans Geld gehen, ans Eigenkapital. Müsste sie zwingen, viel mehr Geld wirklich – und nicht nur auf dem Papier – zu besitzen, müsste ihnen viel drastischere Regeln auferlegen, in welchem Umfang sie Geld verleihen dürfen. Ohne diesen grundlegenden Kurswechsel bleibt alle Politik bloßes Gefuchtel.

„Die politische Aktion der Europäer war nutzlos, wenn nicht sogar schädlich“, sagt ein Hedgefonds-Manager aus Zürich, er ist auf Durchreise in Paris, er sitzt im Café Les Deux Magots vor dem Portal der Kirche von Saint Germain und trinkt Milchkaffee. Er ist ein gebürtiger Grieche, im Land aufgewachsen, zum Studieren ging er in die USA und kam mit einem Doktortitel in Elementarteilchenphysik zurück. Er hat eine stolze Karriere hinter sich, mit hohen Posten in vielen Finanzstädten, er ist ein freundlicher Mann mit gestutztem Bart und einem schnellen Kopf, er sagt bedenkenswerte und amüsante Dinge über die Griechen und wie sie so tief in den Morast geraten konnten. Der Rest Europas habe derlei Schrägheiten aber immer hingenommen, die Augen zugedrückt, weil eine Europäische Union ohne die „Wiege Europas“ politisch undenkbar gewesen wäre.

Die freiwillige Blindheit gehe selbst jetzt weiter, nach dem großen Betrug, inmitten der Bruchlandung, sagt er. Der Reformplan der Athener Regierung sei bei Licht betrachtet völlig illusorisch. Es sei theoretisch unmöglich, in einem Land alle Steuern drastisch zu erhöhen, die Beamtenbezüge radikal zu kürzen, den Binnenkonsum komplett abzuwürgen – und gleichzeitig ein Wachstum der Wirtschaft erzielen zu wollen.

Die griechische Wirtschaft, sagt der griechische Hedgefonds-Manager aus Zürich, werde nicht wachsen um 0,8 Prozent, wie vorgesehen, sondern schrumpfen, im nächsten Jahr um mindestens 3, wahrscheinlich eher 4 Prozent. Politiker mögen versuchen, solche Fakten zu bemänteln, die Lage schönzureden, aber ein Geldmanager, der 300 Milliarden Kapital verwaltet, ein Pensionsfondschef, der zwei Millionen Leuten ihre Renten auszahlen muss, interessiert sich nicht für schöne Reden. Nur für Zahlen.

Eigentlich sei es ganz leicht berechenbar, sagt der Hedgefonds-Manager, dass die Schulden des Landes weiterwachsen, im kommenden Jahr könnten sie schon eineinhalbmal größer sein als die gesamte Wirtschaftsleistung des Landes. Die Neuverschuldung werde auf vielleicht 15 Prozent des Bruttosozialprodukts steigen und damit das in der Euro-Zone erlaubte Maß fünffach überschreiten.

Heißt das also, er würde auf keinen Fall griechische Staatsanleihen kaufen? „Das kommt darauf an“, sagt er. „Papiere mit drei, mit sechs Monaten Laufzeit könnte ich mir schon vorstellen, vielleicht sogar einjährige Anleihen. Aber zehn Jahre? Nur für 30 Prozent!“

Mit Gier, sagt er, habe das nicht weiter viel zu tun. Die Finanzmärkte drehten sich heutzutage vor allem darum, ob vorhandene Risiken korrekt „eingepreist“ seien. Dabei werde natürlich auch spekuliert, vor allem von den Investmentbanken, aber insgesamt werde vor allem gerechnet. „Wie wahrscheinlich ist es zum jetzigen Zeitpunkt, dass mir Griechenland in zehn Jahren seine Schulden zurückzahlt?“ Die Antwort auf diese Frage heißt derzeit: 7,63 Prozent, oder 10,17 Prozent, je nach Tageslage. „Geld“, sagt der Grieche, „ist nicht moralisch oder unmoralisch. Es ist einfach amoralisch, kalt.“

Aber welche Nachrichten sind wirklich von Belang? Welche bestimmen „die Tageslage“? Was ist wesentlich, was unwesentlich, wenn 24 Stunden lang die Ticker rattern, sechs Tage die Woche? „Das muss jeder für sich herausfinden“, sagt er. „Zu viel Information stiftet nur Verwirrung. Verwirrung führt zu falschen Entscheidungen. Aber falsche Entscheidungen schaffen auch neue Optionen für Investoren. Das ist der Lauf der Welt.“

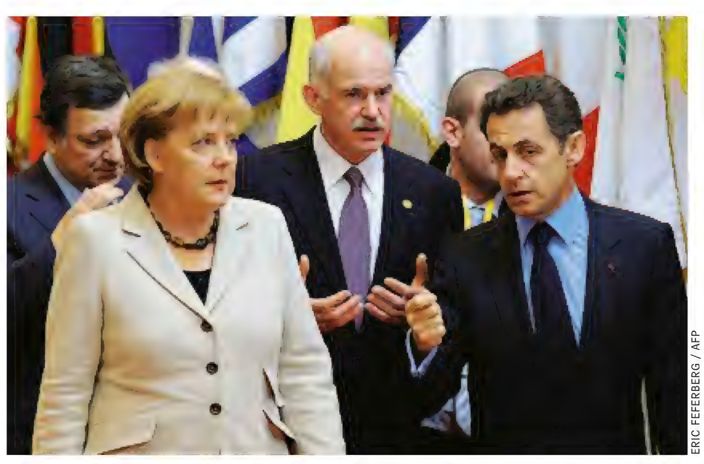
Der Lauf der Welt steht still von Freitag, 22 Uhr, wenn New York schließt, bis Sonntag, 4 Uhr früh, wenn Sydney eröffnet. Die Charts der Währungskurse, die Diagramme der Anleihenverzinsungen, die Kästchen der CDS-Preise, die Ticker der Nachrichten, deren Veränderungen sonst die Bildschirme flimmern lassen wie ein flirrender Wackelkontakt, stehen fest für ein paar Stunden. Die Leute, die man „die Investoren“ nennt, haben frei.

Sie hätten Zeit jetzt, nachzudenken über ihr Tun, darüber, ob das System, in dem sie arbeiten, eigentlich noch intakt ist. Ob sich der Kapitalismus, wahrscheinlich ziemlich genau vom Moment des Mauerfalls und während des anschließenden Siegeszugs der Globalisierung, eigentlich in eine gute Richtung entwickelt hat.

Aber Investoren denken über solche Dinge kaum je nach. Sie glauben, die Welt und den Menschen längst zu kennen, ungeduldig, gierig, undiszipliniert, realitätsblind, wie er ist. Heute beschränken sie sich darauf, seine Schwächen mit naturwissenschaftlichen Methoden, mit Chaostheorie, mit raffinierten Wahrscheinlichkeitsrechnungen auszubeuten. Sie haben ein neues System erschaffen, nach dem Casino- und dem Turbokapitalismus sind die Zeiten des Technokapitalismus angebrochen, in dem es persönliche Verantwortung endgültig nicht mehr geben soll.

Jeder kann für sich behaupten, völlig rational zu handeln, jeder kann sich selbst nur noch als Rädchen in einem Getriebe betrachten, dessen Abläufe von Computern überwacht werden. Die Maschinen haben den Markt übernommen. Es klingt wie Science-Fiction, aber es ist der Alltag der Wall Street, im Frankfurter Westend, in Canary Wharf. Am Ende entscheiden Computer darüber, ob Griechenland weitermachen darf wie bisher. Und Computer werden entscheiden darüber, dass der Bankrott jetzt da ist.

In diesem System ist kein Mensch mehr haftbar, niemand ist mehr schuld daran, dass die Welt seit zwei Jahrzehnten eine Staatskrise nach der anderen erlebt. Niemand kann mehr etwas dafür, wenn asiatische, südamerikanische, osteuropäische Länder krachen. Die Zahlen sagen, es müsse so sein. Die Computer errechnen die Krise. Und die Menschen folgen ihren Analysen. Die Zahlen sagen, jetzt ist Griechenland an der Reihe, so wie gestern Mexiko, Russland, Japan, Argentinien, Thailand, Island an der Reihe waren. Morgen? Spanien wahrscheinlich. Und übermorgen ganz Europa. Wer es heute schon wüsste, wer die Maschinen hätte, die es wissen, könnte sehr, sehr reich werden. ◆


ERIC FEFERBERG / AFP

Politiker Merkel, Georgios Papandreou, Sarkozy

Wofür ist Politik überhaupt noch gut, wenn es um die Finanzmärkte geht?


AIREYE

Tatort „Haus der Demokratie“ in Zossen: *Eintrittskarte in die Bewegung*

RECHTSRADIKALE

Die Eignungsprüfung

Der 16-jährige Daniel wollte endlich akzeptiert werden im Kreis der Neonazis von Zossen. Deshalb ging in dem brandenburgischen Ort im Januar das „Haus der Demokratie“ in Flammen auf. Ein Fall zwischen sozialer Verwahrlosung und politischem Extremismus. *Von Stefan Berg*

Am Vormittag des 22. Januar füllt Daniel S. im Schuppen seines Vaters Benzin aus einem 20-Liter-Kanister in eine leere 1,5-Liter-Cola-Flasche. Er packt ein Stück Anzünder ein und verlässt den Hof. Daniel ist 16 Jahre alt. Er hat sich viel vorgenommen für diesen Tag.

Es ist bitterkalt, in Zossen liegt Schnee. Daniel trägt eine dicke Jacke und Handschuhe, als er gegen 22 Uhr über einen Zaun in der Kirchstraße steigt. Auf dem Grundstück steht eine Baracke, ein schlichter Bau aus DDR-Zeiten.

Daniel drückt ein Fenster auf, ein Sprung und er ist drin. Es ist dunkel in dem Gebäude, er kann Bücher erkennen, Musikinstrumente, Computer. Er legt den Kohlenanzünder in ein Regal, schüttet Benzin aus der Flasche darüber, knipst sein Feuerzeug an – und springt ins Freie.

Minuten später brennt der weiße Flachbau lichterloh. Die Feuerwehr kann die Flammen nicht mehr stoppen, das Haus brennt vollständig aus. Der Sachschaden wird auf 100 000 Euro taxiert.

Aber der politische Flurschaden ist weit größer als der materielle.

Das Gebäude ist das „Haus der Demokratie“, erst im September haben es engagierte Bürger der Stadt eröffnet. Bis zur Brandnacht war in der Baracke eine Ausstellung über das jüdische Leben in der Stadt Zossen zu sehen. In Zossen geht in dieser Nacht auch ein Stück Hoffnung in Flammen auf.

Das Land Brandenburg hat viel unternommen gegen rechtsextreme Umtriebe. Der Verfolgungsdruck auf Skinheads wurde erhöht, rechte Vereine und Konzerte wurden verboten. Viel Geld ist ausgegeben worden, um die Zivilgesellschaft zu stärken. Die Zahl der rechtsextremen Straftaten ging zurück. Und nun ist das Haus der Demokratie eine Ruine.

Das Landeskriminalamt übernimmt rasch die Ermittlungen. Eine Woche später wird Haftbefehl gegen Daniel S. erlassen. Er habe ein Geständnis abgelegt, „vollumfänglich“, wie die Staatsanwaltschaft erklärt. Der Beschuldigte habe den Rechten in Zossen „zum Sieg“ verhelfen wollen.


KARL-BERND KARWASZ

Verdächtiger Daniel, Haftbefehl
„Ich hatte nie Freunde“

Aber die Polizisten geben sich nicht zufrieden. Sie halten Daniel S. zwar für den Haupttäter, aber sie suchen Hintermänner, Anstifter, Drahtzieher. Und sie stoßen auf eine Gruppe junger Neonazis, für die der 16-Jährige offenbar ein willfähriges Werkzeug war. Die Ermittlungen führen mitten hinein in den braunen Sumpf, in ein Milieu, in dem die Grenzen zwischen Verwahrlosung, Verrohung und Rechtsextremismus fließend sind. „Es gibt eine empfängliche Klientel“, meint Brandenburgs Staatsschutzchef Michael Scharf, „leicht zu steuern durch Rechtsextremisten, kaum sozialisiert und mit Hang zur Gewalt.“

So wird der Brand von Zossen mehr erzählen als die Geschichte eines labilen 16-Jährigen. Zu berichten ist von der Anziehungskraft rechter Gruppen, ihrer Verführungskunst und ihrer Skrupellosigkeit, aus Mitläufern Täter zu machen.

„Trautes Heim“ verheißt ein Schriftzug an einem

grauen zweistöckigen Haus in dem Dorf Mellensee, sechs Kilometer von Zossen entfernt. Am Küchentisch sitzt Daniels Vater Uwe. Er trägt einen grauen Trainingsanzug und nimmt einen tiefen Zug aus der Zigarette. Auf dem Tisch liegt die Akte seines Sohns. Ein Foto ist dabei, es zeigt einen freundlichen Jungen, der etwas unbeholfen lächelt. Das Bild steckt in einer Klarsichthülle, der Haftbefehl auf rotem Papier gleich dahinter.

Uwe S., 44, ist Vater von sechs Kindern, er ist Heizer im Erziehungsurlaub, seine Frau ist wieder schwanger. Der Daniel sei doch gestört, sagt der Vater, „Anpassungsstörungen“, der wisse nicht, was er tue. Daniel habe keine Kumpels gehabt, sagt Uwe S., er sei gemobbt worden. Irgendwann habe der Junge angefangen Mist zu bauen, zu klauen. In einen Markt sei Daniel eingebrochen, als der schon längst ausgeräumt gewesen sei. Als Diebesgut habe er eine leere Kasse mitgehen lassen – für den Vater ein Beleg, wie sehr sein Sohn gestört sei. Er spricht, als redete er über ein missratenes Nachbarskind, von Empathie keine Spur.

Erzieherische Probleme gebe es in der Familie, so sieht es das Amtsgericht. Im Sommer 2005 war Daniel in der Landesklinik Lübben zur Therapie. Seit April 2007 ist er in psychiatrischer Behandlung. Die 8. und 9. Klasse absolvierte er in einer Lernwerkstatt. In der 10. Klasse war er nur zwei Wochen in der Schule.

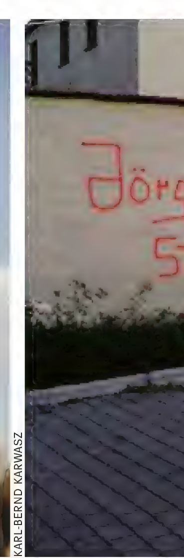
Für die Polizei ist Daniel ein Intensivstraftäter: Diebstahl, Einbruch, Körperverletzung. Die Sache mit der Prügelei könne nicht so schlimm gewesen sein, meint sein Vater. Der andere sei doch schon nach einem Tag aus dem Krankenhaus entlassen worden. Vom Amtsgericht Zossen wurde Daniel im November 2008 wegen Diebstahls und Widerstands gegen die Vollstreckungsbeamten verurteilt. Zurzeit sind zehn Ermittlungsverfahren gegen ihn anhängig.

„Ich hatte nie Freunde“, hat Daniel einmal über sich gesagt. Aber er suchte Anschluss und Anerkennung, und er fand sie in der rechten Szene. Die neuen Bekannten seien schuld, glaubt sein Vater, dass sein Sohn zum Brandstifter geworden sei. Bei denen habe er doch immer rumgehangen. Er meint Daniel Teich, den Neonazi, und dessen Freunde. Uwe S. klappt die Akte zu: „Warum läuft der überhaupt noch frei rum?“

Teich, 24, wohnt einen Fußweg entfernt von der Familienwohnung, auf dem unwirtlichen Gelände an einer ehemaligen Kaserne der Sowjetarmee. Am Briefkasten klebt ein NPD-Aufkleber („Gefangen, ermordet, vergessen, Rudolf Heß“).

Im Februar wurde Teich vom Amtsgericht Zossen wegen „Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole“ verurteilt. Vor Gericht stand er mit fünf weiteren





KARL-BERND KARWASZ

Neonazi Teich, rechtsextreme Schmierereien, Gegner Wanke: *„Es gibt eine empfängliche Klientel,*

Rechtsradikalen, Anhängern der sogenannten Freien Kräfte Teltow-Fläming. Teich hatte zu einer Demonstration unter dem Motto „60 Jahre Lüge sind genug“ aufgerufen und ein Flugblatt verbreitet, das einen Grabstein mit der Aufschrift zeigt: „1949 – 2009 Es ruhet hier in diesem Grab, ein ganz erbärmlich feiger Staat“. Er trägt meist dunkle Kleidung und Sonnenbrille, an seiner schwarzen Kappe prangt ein Sticker mit der Aufschrift „Nationaler Sozialist“, sein Handgelenk ziert ein Stacheldraht-Tattoo.

Daniel Teichs Sprache ist die eines geschulten Rechtsextremen, die Sätze klingen wie aus dem Handbuch für Nachwuchsnazis. Er redet vom „BRD-Regime“ und von der „Systempresse“. Die NPD sei ihm zu bürgerlich, er neige eher zum linken Flügel der SA.

Seit dem Frühjahr 2009 haben die Neonazis einen konkreten Feind: eine Bürgerinitiative.

Seine Stimme ist weich und lässt wenig von der Brutalität erahnen, zu der er in der Lage sein kann. 2005 wurde er wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt. „Wir haben einen Kinderschänder plattgemacht“, sagt er, weil die Justiz nicht gehandelt habe. Damals war er Skinhead, erklärt er. Er bereut bis heute nicht.

Manchmal ziehen Teich und seine Kameraden durch Zossen, mit Latten und Knüppeln bewaffnet. Sie brüllen herum und malen besoffen Hakenkreuze an die Wände. Oder sie stehen an Anitas Imbiss am Bahnhof, wo ein Kamerad von der NPD bedient, gegen den ebenfalls ermittelt wird. Wer genauer hinsieht, erkennt die SS-Runen in dem Schriftzug „IMBISS“.

Für die Staatsschützer ist Teich eine Schlüsselfigur der rechtsextremen Szene. Er meldet Neonazi-Aufmärsche an, führt Schulungen durch und ist mit Horst Mahler bekannt. Beim Holocaust-Leugner Rainer Link, der 2006 nach Zossen zog, ging er ein und aus. Link betrieb ein Internetcafé am Markt, bei ihm trafen sich die Nachwuchskader von NPD und „Freien Kräften“. Als vor seinem Wohnhaus im November 2008 „Stolpersteine“ zur Erinnerung an frühere jüdische Bewohner verlegt wurden, stellte Link Bierkästen drüber, dann wurden Hakenkreuze daraufgesprüht.

Die Kooperation mit dem Altnazi endete allerdings, als die Jungnazis auf Links Computern Hardcore-Pornos entdeckten. Mit einem pädophilen Homosexuellen wollten sie nichts zu tun haben. Am 30. November wurde Link tot in seiner Wohnung gefunden, er hatte Selbstmord begangen. Wenig später wurde in die versiegelte Wohnung eingebrochen. Die Diebe nahmen Computer mit, auch Teich war dabei.

Seit dem Frühjahr 2009 haben die Neonazis endlich einen konkreten Feind, den sie bekämpfen können: eine Bürgerinitiative ist entstanden, „Zossen zeigt Gesicht“, es sind engagierte Leute. Der Kopf der Gruppe ist der Versicherungsmakler Jörg Wanke, er will den Braunen nicht das Feld überlassen. Die Initiative bringt Bewegung in die ruhige märkische Kleinstadt und ihre 17 000 Bürger. Sie ist unbequem, so unbequem, dass die parteilose Bürgermeisterin Michaela Schreiber nichts mit der Bürgergruppe zu tun haben will. Sie ist ihr zu links, sie fürchtet die Gewalt linker und rechter Extremisten.

Seit die Linken Präsenz zeigen, steigen die rechtsextremen Straftaten in Zossen. Teich hat einen Häuserkampf gegen Wanke begonnen. Am 5. Juli 2009 sprühte er „Volksverräter“ und „Linke Sau“ an dessen Bürohaus, im August schmierte er „Wanke stirbt bald“ und „Zossen bleibt braun“ an eine Mauer.

Es ist der Sommer, in dem Daniel S. immer näher an die braune Truppe her-



BIZZG.DE


MICHAEL GOTTSCHALK / DDP

kaum sozialisiert, mit Hang zur Gewalt“

anrückt, häufig deren Treffpunkt aufsucht, den Platz vor dem Rewe-Markt in Zossen. Ihm gefällt, wie die Rechten miteinander umgehen. Teich bleibt zunächst auf Distanz, „der ist bekloppt“, sagt er, der gehe ihm „auf den Sack“. Daniel S. spürt die Ablehnung: „Sie haben mir gesagt, dass ich zu wenig weiß.“

Aber Teich lässt sich erweichen, so stellt der Rädelsführer es jedenfalls dar. „Ich habe ihm einiges erklärt“, ein paar Schulungen, sagt er lässig. Im September darf Daniel, endlich, an einer der Demos der Nazi-Truppe auf dem Zossener Marktplatz teilnehmen.

Im selben Monat eröffnet das Haus der Demokratie, trotz der rechten Attacken. Die Bürger wollen sich von den Neonazis nicht einschüchtern lassen. Tage später wird in die Baracke eingebrochen: Teich macht sich mit einem „Kameraden“ an dem Gebäude zu schaffen, eine Spontanaktion im Suff, wie er später bei einer Vernehmung aussagt. Sie randalieren und versprühen den Inhalt eines Feuerlöschers im Haus.

Teich ist für Daniel S. längst ein Vorbild. Der Neonazi hat keine Arbeit und kein Auto, er ist pleite und kann einen Laufburschen gut gebrauchen. Daniel S. fragt, wie er ihm helfen könne. Er bringt seinem Führer Lebensmittel vorbei, nach einem Streit mit seinem Vater zieht er in die leerstehende Nachbarwohnung von Teich. Als der Rechte von mehreren Einbrüchen hört, die Daniel auf dem Kerbholz hat, herrscht er den Jungen an. Er solle die Scheiße lassen und nicht sein Leben versauen. Teich, erfahren im Umgang mit der Justiz, ruft deswegen sogar die Polizei an, die Daniel S. vernimmt.

Der 16-Jährige gehört nun dazu, fast zumindest.



Er spielt mit den Neonazis Strategiespiele, am Computer nehmen sie den Reichstag ein und das Weiße Haus. Aber in Interna weiht Teich seinen Adepten nicht ein. Ein paar Flugblätter darf er lesen, mehr nicht.

Im Januar sitzt die Truppe wieder einmal vor dem Rewe-Markt zusammen. Für den 27. des Monats, den Holocaust-Gedenktag, haben der Versicherungsmakler Wanke und seine Bürgerinitiative eine Veranstaltung geplant. Die Rechten beraten, wie man die Linken stören könne.

Man müsse das Scheiß-Haus abbrennen, soll Daniel gesagt haben. Das habe er sowieso nicht drauf, soll Teich geantwortet haben. Aber der Junge sieht seine Chance. Er träumt von einer „Eintrittskarte in die Bewegung“, wie es einer der Neonazis später formuliert. Und er weiß, dass sein Freund Teich schon mal drin war in dem Haus der „Zecken“.

Daniel bittet um einen Plan des Gebäudes, aber Teich ist wahrscheinlich zu klug, ihm etwas schriftlich zu geben. Der habe ihn angestiftet, erklärt Daniel später bei der Vernehmung, auch eine Skizze gezeichnet. Teich sagt, er habe lediglich mit dem Finger auf die Tischplatte gemalt, wie die Räume im Haus der Demokratie geschnitten seien. Und welches Fenster leicht zu öffnen sei. Nun könne er ja beweisen, ob er richtige Eier habe, soll Teich gesagt haben. Mehrere Abende hätten sie so diskutiert, behauptet der Neonazi-Anführer. Wege besprochen. Planspiele halt. Aber niemals habe er Daniel zugetraut, den Plan auszuführen.

Doch Daniel will nicht mehr nur der Mitläufer sein. Er will endlich dazugehören, er hat sich eine Skizze gemacht, und am Tag danach zieht er los.

Mit Rucksack und Benzinflasche erscheint er am 22. Januar um 14 Uhr bei Teich. Sie spielen Computer, gegen 20 Uhr verabschiedet sich Daniel. Er fährt mit dem Bus nach Zossen, trifft vier Kumpels am Bahnhof und kann den Mund nicht halten: Er erzählt, was er vorhat.

Eigentlich will er das Feuer erst nachts um 2 Uhr legen, aber es ist so kalt. Also steigt er schon gegen 22 Uhr ein. Als das Haus brennt, macht sich Daniel auf den Rückmarsch. Er schmeißt die Handschuhe weg und läuft zu Fuß bis Mellensee, es sind eineinhalb Stunden, in denen er glauben kann, endlich dazuzugehören.

Am nächsten Morgen studiert er den Videotext. Daniel ist erstaunt, dass das Haus komplett abgebrannt ist. Das hat er nicht für möglich gehalten. Ob er die Nachrichten gehört habe, fragt er seinen Vater.

Teich erfährt noch in der Nacht von dem Feuer. Ein paar Mails werden verschickt, Erfolgsmeldungen. „Das hat mich schon gefreut“, sagt er. Aber Teich geht nicht zum Tatort. Er weiß, dass es nun ernst wird, auch für ihn. Denn Daniel wird nicht die Klappe halten.

Der Junge klopft lange, ehe Teich ihm drei Tage später öffnet. Er steht vor ihm und prahlt mit seiner Tat. Teich sagt, Daniel sei richtig glücklich gewesen.

Wenig später wird der 16-Jährige verhaftet. Einer von seinen neuen falschen Freunden hat ihn verpfiffen. Er wird nach Fürstenwalde gebracht, in einer Einrichtung für Jugendliche soll er die Zeit bis zum Prozess verbringen. Ein Psychologe erstellt ein Gutachten.

Gegen sechs mutmaßliche Täter und Mitwisser wird ermittelt, auch gegen Teich, aber er bleibt auf freiem Fuß. In wenigen Wochen soll Anklage erhoben werden. Die Bürgerinitiative baut derweil ein neues Haus der Demokratie. Es ist ein fester Bau aus Stein. Die Fenster sind vergittert. ◆



Merkels Mädchen

Ortstermin: Die Ludwigshafener Frauen-Union würdigt den Geburtstag von Helmut Kohl.

Sie haben ihn auf der Bühne gesehen, ihn, der früher ein Riese war, als Stadtrat schon, als Ministerpräsident, als Bundeskanzler, und jetzt – diese Hand, die schwer zu kontrollieren war. Die Stimme, die immer wieder brach.

Sie sitzen am Stammtisch der Ludwigshafener CDU-Frauen-Union und reden über Helmut Kohl, und über Loyalität.

Die Scharfschützen auf den Dächern sind abgezogen, die Barrikaden um den Pfalzbau abgeräumt, die Passanten mit ihren Fotoapparaten verschwunden, die hinter den Barrikaden auf Beweise lauerten, dass es die Politiker aus dem Fernsehen wirklich gibt. In ihrem Stammlokal Engel's, gleich gegenüber, blicken ein Dutzend Frauen zurück auf diesen Tag. Helmut Kohls 80. wurde gefeiert. Drei von ihnen waren dabei.

Sie haben Kurt Beck und Horst Köhler und Roman Herzog gesehen, und Minister und ehemalige Minister, und Dieter Thomas Heck und Uschi Glas.

Und Angela Merkel. Soll man sie kritisieren?

„Nicht mal umgezogen hat sie sich, sagt mein Mann.“

„Ist doch egal. Oder glaubst du, die hat so viel Zeit, dass sie noch mal nach Hause rennen und sich umziehen kann?“

Die Kanzlerin hatte dasselbe smaragdgrüne Jackett an wie morgens im Bundestag, als sie für die Griechenland-Kredite warb, Berufskleidung quasi. Sie sprach mit heller Stimme, ohne Vibrato, sachlich auch im Dank an den Jubilar. Sie sprach, als habe sie etwas zu erledigen. Einen Termin.

Und er – er sprach brüchig. Jeder zweite Satz nur war verständlich, das Artikulieren fiel ihm schwer. Es gab Dinge, die er unbedingt sagen oder explizit nicht sagen wollte. Er genoss die Ehrung, genoss aber nicht die Rede eines jeden, der zu seinen Ehren sprach.

Sein Euro, sein Europa, beides wackelt zurzeit. Seine deutsche Vereinigung, die steht. Die Vereinigung, die ihm Angela Merkel eingebracht hat. Merkel, die ihn, nach der CDU-Spendenaffäre, zum Rückzug vom Amt des Ehrenvorsitzenden zwang.

800 Gäste und gut 100 Journalisten und eine merkwürdige Stimmung, als müsste Kohl auf falschem Territorium spielen; der Pfalzbau ist kantige Moderne von 1968 und könnte auch in Halle an der Saale stehen. Dies ist Ludwigshafen-Zentrum, nicht Ludwigshafen-Oggersheim, ist nicht Provinz mit Fachwerk und Bungalow, sondern kriegszerstörte und betonlastig wiederaufgebaute Nachkriegs-City, die besser zu Angela Merkel passt, eigentlich, als zu Helmut Kohl.

BORIS ROESSLER / DPA

Gratulantin Merkel, Jubilar Kohl, Ehefrau: *„Nicht mal umgezogen“*

Und in diesem Ludwigshafen sitzt diese Frauen-Union an ihrem Stammtisch und ist auch nicht mehr, wie eine Frauen-Union einmal war.

Schwierig, eine schlüssige Haltung zu Kohl und Merkel zu entwickeln. Manch eine am Tisch verstrickt sich in doppelter Loyalität, zu Kohl, dem lokalen Patriarchen, und zu Merkel, die ihn stürzen half, weil er das Parteiengesetz gebrochen hatte.

„Er wird schon seine Gründe gehabt haben“, sagt eine, grüblerisch, schwenkt den Riesling im Glas.

„Sie aber auch.“

„Ja, sie auch.“

Die Frauen-Union, für Helmut Kohl war das ein Bund von Frauen, oder Mädchen, die ein bisschen Macht wollten und auch kriegen sollten, aber nicht zu viel. Als Kanzler Kohl der jungen Merkel das Frauenministerium antrug, tief in der Patriarchenzeit, so erzählt es Merkel, war das mit der Frage verbunden: „Verstehen Sie sich mit Frauen?“ Frauen – das waren irrationale Wesen. Schwer einschätzbar. Kompliziert.

Für Angela Merkel sind es diejenigen, mit denen sie die Macht in die Ortsverbände trägt. Jede CDU-Frau ist Mitglied der Frauen-Union, wenn sie sich nicht wehrt. Und sie sind anders, heute. Die Zeit ist vorbei, da CDU-Frauen primär schwiegen und als Gattinnen vorkamen. Jede am Tisch ist berufstätig oder ist es vor der Rente gewesen.

Sie sagen, sie seien stolz auf Merkel. Merkel, sagen sie, habe die Partei wohl verändert, bis tief in die Wurzeln hinein.

An diesem Tag im Pfalzbau war Wachablösung, endgültig. Kohls Tag. Und auch Merkels. Es fühlte sich traurig an.

„Er hat ihr nicht gedankt.“

Er hat seinen Eltern gedankt, seiner ersten Frau Hannelore und Maike, der zweiten. Der Bürgermeisterin von Ludwigshafen hat er gedankt und Roman Herzog, der die Laudatio hielt und dabei „nichts Falsches“ sagte.

Merkel hat er nicht erwähnt. Obwohl sein Gesicht zitterte, die Fernsehkameras haben es eingefangen, als sie vom Dank der Millionen DDR-Bürger sprach.

Er wollte noch mal, musste noch mal auf die Bühne, sprach 17 Minuten lang, obwohl das mit dem Sprechen so schwierig war. Er sah so angestrengt aus, müde.

Man konnte ihm gratulieren, hinterher, beim nichtöffentlichen Empfang, sagt eine, die dabei war. Er saß da in seinem Rollstuhl, und als sie zu ihm trat, flüsterte ihm gerade jemand etwas ins Ohr. Er streckte seine Hand zur neuen Gratulantin und blickte irgendwohin, als seien seine Gedanken weit fort.

BARBARA SUPP

SIEMENS

Weiterer Ex-Manager zahlt

Erneut hat sich der Münchner Siemens-Konzern mit einem prominenten Ex-Manager auf Schadensersatzzahlungen geeinigt, dem ehemaligen Griechenland-Chef Michael Christoforakos. Der Deutsche mit griechischem Pass war im vergangenen Sommer mit internationalem Haftbefehl gesucht und nach seiner Festnahme für mehrere Monate inhaftiert worden (SPIEGEL 27/2009). Nach Einschaltung des Bundesverfassungsgerichts kam er im Herbst vergangenen Jahres schließlich frei und konnte seiner Auslieferung entgehen. Griechische und deutsche Ermittler hatten Christoforakos vorgeworfen, während seiner Amtszeit Schmiergelder an Politiker in Athen gezahlt zu haben, um seinem Konzern Aufträge zu sichern. In München wurden die Verfahren der Staatsanwaltschaft gegen ihn inzwischen beendet. Der Siemens-Konzern hatte Christoforakos schon Ende 2008 auf Schadensersatzzahlungen in Millionenhöhe verklagt. Nun wurde auch dieses Verfahren abgeschlossen. Christoforakos erklärte sich im Rahmen einer umfangreichen außergerichtlichen Einigung bereit, 1,2 Millionen Euro an den Konzern abzuführen. Bei einem weiteren griechischen Ex-Manager, der sich bislang hartleibig zeigte, steht eine Lösung dagegen noch aus. Sein Fall soll am 20. Mai vor dem Münchner Landgericht verhandelt werden.


MATTHIAS BEIN / PICTURE ALLIANCE / DPA

Hühnereier

VERBRAUCHER

Verspätete Dioxin-Warnung

Dioxin-belastete Eier von Bio-Bauern sind durch schlampige Prüfung offenbar länger auf dem Markt geblieben als behauptet. Eine wichtige Rolle hierbei spielt der KAT. Das Kürzel steht für den Verein für kontrollierte und alternative Tierhaltungsformen. Der Verein ist eine Industriegründung. Er wirbt damit, die gesamte Prozesskette effektiv zu kontrollieren. Viele Bio-Betriebe lassen sich durch ihn prüfen und vermarkten. Als vergangene Woche bekannt wurde, dass bei von KAT kontrollierten Bio-Betrieben durch verunreinigtes Futter erhöhte Dioxin-Werte in Eiern aufgetreten waren, gab KAT-Chef Caspar von der Crone schnell Entwarnung: Für die Gesundheit der Verbraucher habe „keine Gefahr“ bestanden. Nach den Giftbefunden sei sofort gehandelt worden – Betriebe seien gesperrt und Behörden umgehend informiert worden. Aus einem Brief, den KAT am 30. April dem Lebensmitteleinzelhandel schrieb, geht jedoch hervor, dass schon Ende Februar bei Eierproduzenten Proben genommen wurden und am 16. März bereits Ergebnisse über Kontaminationen vorlagen – etwa von einem Bio-Hof in Niedersachsen, der amtlich bisher nicht gesperrt war. KAT will von diesen Proben am 23. April erfahren haben, was unter Produzenten als unwahrscheinlich gilt. Hofsperrungen waren nicht möglich, denn die Behörden wurden spät informiert: So erfuhr etwa das Niedersächsische Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit erst Ende April durch einen Bauern von der Giftbelastung.


SVEN DÖRING / VISUM

Altenheimbewohner

MINDESTLÖHNE

Brüderle blockiert

Um die Einführung eines Mindestlohns in der Pflegebranche gibt es Streit in der Koalition. Das CDU-geführte Arbeitsministerium (BMAS) will per Rechtsverordnung ab 1. Juli einen Mindestverdienst für die rund 800 000 Beschäftigten in Altenheimen und ambulanten Pflegediensten einführen. Dagegen hat das Wirtschaftsministerium (BMWi) mit Hinweis auf den Koalitionsvertrag einen sogenannten Leitungsvorbehalt eingelegt. Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) möchte, dass sich das Kabinett mit dem Vorschlag befasst und die Regelung vorerst bis zum 31. Dezember 2011 befristet wird. Das BMAS hält das für unnötig, da es für die Festlegung von Mindestlöhnen in der Pflege ohnehin eine gesonderte gesetzliche Regelung gibt. Die Branche besitzt keine bundesweit einheitlichen Tarifverträge, weil die Kirchen dort besonders stark engagiert sind, für die Ausnahmeregeln gelten. Stattdessen legte Ende März eine spezielle Kommission aus Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertretern einen Mindestlohn fest. Er soll zunächst 8,50 Euro im Westen und 7,50 Euro im Osten betragen, mit festgelegten Steigerungsraten bis 2013. In der Pflegebranche sorgt der Einspruch des BMWi für Unmut. In einem Beschwerdebrief an das Ministerium skizzierte Kommissionschef Rainer Brückers, wie schwierig es war, sich auf den „Gesamtkompromiss“ aus Entgelten und Laufzeiten zu einigen. Eine Verkürzung bis Ende 2011 würde, so Brückers, „im Widerspruch zu den Empfehlungen der Pflegekommission stehen“.

ARBEITSMARKT

Milliardendefizite bis 2014

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) rechnet wegen der Folgen der Finanzkrise bis 2014 mit weiteren Milliardendefiziten in ihrem Haushalt. Das geht aus einer Vorlage für den BA-Verwaltungsrat zur Finanzprojektion 2010 und mittelfristigen Finanzeinschätzung bis 2014 hervor. Im laufenden Jahr rechnet die BA mit einem Minus von 14 Milliarden Euro, rund 1,7 Milliarden weniger als in der letzten Einschätzung. Da die Nürnberger Behörde noch über Rücklagen verfügt, muss der Bund nach derzeitigem Stand am Jahresende ein Defizit von 11,1 Milliarden Euro ausgleichen. Für 2011 rechnet die BA mit einem Defizit von 9,6 Milliarden Euro. Wächst die Wirtschaft wie von der Regierung geschätzt, würde das Defizit in gleichmäßigen Schritten bis 2014 auf 2,8 Milliarden Euro sinken. Bei ihrer Prognose räumt die BA insbesondere „in den Bereichen konjunkturelles Kurzarbeitergeld und Arbeitslosengeld I" erhebliche „Unsicherheiten" ein. Zwar sind die Zahlen besser als bei der Haushaltsaufstellung Ende vergangenen Jahres gedacht, dennoch stiegen die Ausgaben für das Arbeitslosengeld in den ersten drei Monaten 2010 um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Im ersten Quartal gab die BA bereits 40 Prozent des geplanten Jahresetats für das Kurzarbeitergeld aus und rechnet in diesem Bereich mit Mehrausgaben bis zu 1,4 Milliarden Euro. Damit der Bund nicht bereits während des Jahres Liquiditätshilfen für das laufende Geschäft gewähren muss, hat die BA bereits einen Bundeszuschuss für die Arbeitsförderung in Höhe von 3,5 Milliarden Euro abgerufen, den sie üblicherweise erst am Jahresende anfordert. Wegen der Auswirkungen der Wirtschaftskrise und eines aus Sicht der BA „unterfinanzierten Beitragssatzes" benötigt die Behörde auf Jahre einen Bundeszuschuss. „Auf Sicht", so heißt es in der Vorlage, könne „sich die BA nicht mehr allein aus Beitragsmitteln finanzieren".



PAUL LANGROCK / ZENIT

Zentrale der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg

GESUNDHEIT

GKV-Verband sucht nach Luxusimmobilie

Ungeachtet der angespannten Finanzsituation im Gesundheitswesen fahndet der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) derzeit in Berlin nach einer großzügigen Immobilie für neue Büroräume. Mit Blick auf die Neueinstellungen in diesem Jahr wolle man sich auf rund 10 000 Quadratmeter vergrößern, heißt es in einem internen Papier des Verbands. Gefragt seien dabei unter anderem folgende Kriterien: „angemessene Raumhöhe", „logistisch gute Lage in Mitte/Tiergarten", „Politiknähe" und die „Einräumung einer Option für evtl. späteren Kauf". Zur Diskussion stehen drei Objekte, von denen die beiden in Berlin-Mitte 16,90 Euro bzw. 18 Euro pro Quadratmeter Kaltmiete kosten würden. Jährlich summierte sich diese Summe für den Verband auf mehr als zwei Millionen Euro Kaltmiete. Von Objekt Nummer eins, ein Neubau am Max-Reinhardt-Platz mit „gediegenem Image", brauchten die GKV-Mitarbeiter laut einem Gutachten nur zehn Gehminuten bis zum Hauptbahnhof. Von den neugeplanten Büroräumen im Lehrter Stadtquartier, Objekt Nummer zwei, wären es sogar nur zwei Minuten. Bisher residiert der Verband in der Berliner Mittelstraße. Die gesetzlichen Krankenkassen befinden sich derzeit in einer äußerst schwierigen finanziellen Lage. Experten erwarten im kommenden Jahr ein Defizit der GKV von bis zu 15 Milliarden Euro.



„Der Stab ist gebrochen“

Internationaler Währungsfonds und Europäische Union springen Griechenland mit Milliarden bei. Aber ist der Mittelmeerstaat überhaupt zu retten? Kann die griechische Wirtschaft die gewaltigen Schulden jemals in den Griff bekommen?

Einer der Retter Griechenlands ist klein, rundlich und 72 Jahre alt. Er heißt Leandros Rakintzis. Einst war er angesehener Verfassungsrichter beim obersten Gericht des Landes, dem Areopag. Seit 2004 leitet er eine für Griechenland bislang einmalige Behörde: Rakintzis ist Generalinspekteur für die öffentliche Verwaltung.

Sein Körper zuckt und bebt vor Vergnügen, wenn er von seinen Erfolgen und Entdeckungen berichtet. Zum Beispiel hat er entdeckt, dass Krankenhäuser übers Wochenende alte, pflegebedürftige oder verwirrte Eltern aufnehmen, weil deren Kinder sie schlicht einweisen, um ein paar Tage Urlaub machen zu können – was die Gesundheitskosten natürlich in die Höhe treibt. Und er berichtet vom Amt „Kopais“, benannt nach dem gleichnamigen See in der Nähe von Theben, das 1957 eingerichtet wurde. Es sollte die Trockenlegung des Sees vorbereiten, um dann den Bau von Straßen starten zu können.

Noch im selben Jahr, also vor nunmehr 53 Jahren, verschwand das Gewässer für immer. Aber selbst heute arbeiten dort 30 Beschäftigte. Kündigungen und Ruheständler wurden durch neue Kollegen ersetzt – und ordentlich entlohnt, mit bis zu 2500 Euro im Monat. Angeblich kümmern sie sich um Entwässerungsaufgaben, aber welche und wofür, das weiß niemand so genau.

Es sind teils unfassbare Geschichten, die der ehemalige Richter Rakintzis erzählt, und sie spielen in allen Teilen des Landes. So lebt die Behörde, die Thessaloniki, die zweitgrößte Stadt des Landes, im Jahre 1997 als europäische Kulturhauptstadt in Szene setzen sollte, immer noch munter vor sich hin. Angeblich beschäftigen sich die Mitarbeiter mit der Abwicklung und Abrechnung des Großereignisses – 13 Jahre danach.

Wie viele Leute dort arbeiten? „Das weiß ich nicht, das weiß noch nicht mal die Regierung“, sagt Rakintzis, und dann wiederholt er, fast ein bisschen drohend: „noch nicht“. Rund 4000 Ämter und Behörden dieser Art wollen Rakintzis und seine Leute jetzt überprüfen.

Neben ihm gibt es nun auch den IWF und die Beamten der europäischen Statistikbehörde Eurostat und Ökonomen aus aller Herren Länder, die Ordnung bringen sollen in die maroden Finanzen Athens. Akribisch suchen Rakintzis und die anderen nach den Löchern, in denen die griechischen Staatsgelder versickern.

Es ist eine Sisyphusarbeit, denn Rakintzis hat nur 30 Helfer zur Hand. Es gibt wohl kaum eine Behörde im grie-

11.02.2010 • ERSTE HILFSZUSAGEN DER EUROLÄNDER | 03.03.2010 • NEUES GRIECHISCHES SPARPAKET • GEWERKSCHAFTEN DROHEN MIT „SOZIALER EXPLOSION“ | 05.03.2010 • EIN WEITERES SPARPROGRAMM BEINHALTET



NIKOLAS GIAKOUMIDIS / AP

Straßenproteste in Athen am 5. Mai
„Nein zum Holocaust unserer Rechte"

Schulden-Odyssee

DER SPIEGEL

Griechische Staatsschulden 2009	**273,4 Milliarden Euro**
Schulden 2009 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP)	**115,1 %**
Haushaltsdefizit 2009 in Prozent des BIP	**13,6 %**
Fällige Staatsanleihen bis Ende 2010	**16,2 Milliarden Euro**
Rendite auf Staatsanleihen mit 5-jähriger Laufzeit*	**13,01 %**
Rating der Agentur Standard & Poor's*	**BB+**

* Stand: 6. Mai 2010; Quelle: Eurostat, Bloomberg

chischen Staatsapparat, die mit so wenig Bediensteten so gewaltige Aufgaben zu stemmen hat.

Pro Einwohner hat Griechenland fünfmal mehr staatlich Bedienstete als beispielsweise Großbritannien. Der aufgeblähte Apparat verschlingt mehrere Dutzend Milliarden Euro im Jahr – Geld, das der griechische Staat nicht hat. Und eigentlich nie hatte. Das Bruttoinlandsprodukt Griechenlands liegt nur unwesentlich höher als das von Hessen.

Jahr für Jahr hat sich die Regierung deshalb an den internationalen Kapitalmärkten frisches Kapital geliehen – und ebenso munter wie großzügig unter die Landsleute gebracht. Die Einführung des Euro hat das Schuldenmachen sogar noch erleichtert, denn mit dem Beitritt zu der Gemeinschaftswährung sanken die Zinsen, die Griechenland bezahlen musste, auf ein nie für möglich gehaltenes Niveau.

Nun aber ist die Blase geplatzt. Griechenland droht zum zweiten Fall Lehman zu werden – diesmal aber in einer neuen Dimension: Die 300 Milliarden Euro, die das Land an Schulden angehäuft hat, bedrohen die gesamte europäische Gemeinschaft.

Wenn Griechenland fällt, könnte es als Nächstes andere ökonomische Wackelkandidaten erreichen wie Portugal, Spanien oder Italien (siehe Seite 18). Und so bröckelt auch das philosophische Ideal einer politisch-kulturell geeinten EU-Familie allmählich.

Die neue europäische Frage lautet: Wie viele erwischt es noch?

Die Finanzmärkte jedenfalls haben ihr Vertrauen in die einstige Geburtsstätte der Demokratie verloren – und ohne die zugesagten Kredite von 110 Milliarden Euro aus anderen Ländern der Euro-Zone sowie des Internationalen Währungsfonds (IWF) müsste Griechenland spätestens am 19. Mai Insolvenz anmelden. Dann nämlich stehen 8,1 Milliarden aus einer zehnjährigen Anleihe zur Umschuldung an. Und das ist nur die erste von vielen Tranchen, die in den nächsten Monaten und Jahren fällig werden.

Dabei rettet die Staatengemeinschaft nicht mal den Nachbarn Griechenland, sondern vor allem die eigenen Banken: Mit 162 Milliarden Euro stehen die griechische Regierung und die Privatwirtschaft weltweit allein bei ausländischen Geldinstituten in der Kreide. Deutsche Banken sitzen auf 33 Milliarden Euro griechischer Anleihen.

Die Gläubiger müssten erkennen, dass die Ausleihungen nicht mehr einbringbar seien, sagt der Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, Ulrich Blum. „Der Stab über Griechenland ist damit eigentlich gebrochen."

Im Gegenzug für die Kredite soll die Regierung sparen – und, endlich, das gewaltige Haushaltsdefizit verringern, den Etat solide führen und die Schulden abtragen. Doch geht das überhaupt noch? Ist die griechische Wirtschaft zu solchen Rosskuren überhaupt fähig?

Konkret verlangen die Geberländer und der IWF weitere Lohnkürzungen bei den öffentlich Bediensteten, eine weitere Erhöhung des Rentenalters von 63 auf 65 Jahre.

Zudem soll nur noch ein Fünftel der freiwerdenden Beamtenstellen besetzt werden, und die Mehrwertsteuer steigt auf 23 Prozent, das ist der zweite Anstieg in diesem Jahr.

Dazu kommt der Zwang, entschieden gegen den Volkssport Steuerhinterzie-

STEUERERHÖHUNGEN, LOHNKÜRZUNGEN SOWIE DAS EINFRIEREN DER STAATLICHEN RENTEN | 15.03.2010 • DIE EURO-FINANZMINISTER WOLLEN GRIECHENLAND GRUNDSÄTZLICH HELFEN, NENNEN ABER NOCH KEINE DETAILS

hung und die grassierende Korruption anzukämpfen.

Es sind drastische Maßnahmen, die den Griechen ihr letztes Geld nehmen. Geld, das dann wieder im Konsum fehlt, was die Wirtschaft weiter ausbremst.

Tausende demonstrieren mittlerweile jede Woche in Athen gegen die Sparmaßnahmen, vorige Woche schlugen die Kundgebungen in Gewalt um. Am Mittwoch starben drei Menschen bei einem Brandanschlag. Es waren Bankangestellte, darunter eine schwangere Frau. Demonstranten hatten einen Molotowcocktail durch das Fenster in ihre Filiale geworfen.

Die Bilder von Terror, Brand und Hass in den Straßen verunsichern die Welt. Der Glaube schwindet, dass die martialischen Einschnitte in die Besitzstände der Menschen politisch durchsetzbar sind. Und somit sinkt zugleich die Hoffnung, dass Griechenland seine Schulden je wieder wird zurückzahlen können.

FOTOS: GIORGOS MOUTAFIS / ANZENBERGER / DER SPIEGEL


Leandros Rakintzis


Jens Bastian

FOTOS: D. MICHALAKIS / AG.


Yannis Stournaras


Naja Giannakitsa

Beobachter der griechischen Krise: *Von der Agrargesellschaft zur Beamtenrepublik*

Die Zweifel sind berechtigt: Nach Ende des Hilfsprogramms wird das griechische Defizit immer noch bei mindestens 125 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen. Wie der Schuldenberg je abgetragen werden soll – das wissen allenfalls die Götter im Olymp.

Die Wirtschaft des Landes, darin sind sich fast alle Experten einig, kann diese Herkulesaufgabe jedenfalls nicht schultern. Sie wird es nicht schaffen, die geliehenen Milliarden auch nur ansatzweise zurückzuzahlen.

In den Zeitungen wird Griechenland gern als Handels- und Dienstleistungsgesellschaft beschrieben, aber das ist eine gewaltige Beschönigung. In Wahrheit hat das Land den Übergang von einer Agrargesellschaft zu einer Beamtenrepublik vollzogen.

Es gibt keine nennenswerte Industrie, keine Produkte, die weltmarktfähig sind, keine Forschung, die solche Produkte für die Zukunft erwarten lassen. 70 Prozent der griechischen Wirtschaft hängen vom privaten Konsum ab.

Selbst wenn die Milliarden aus Europa also fließen: Die Probleme des Landes sind damit längst nicht gelöst. Die hellenische Wirtschaft wird dadurch keineswegs wettbewerbsfähiger.

Denn mit den EU-Milliarden wird zwar für einige Zeit der Schuldendruck geringer, der auf den Griechen lastet. Doch mehr bringt das Geld nicht. Seit Mitte der neunziger Jahre steigt das Leistungsbilanzdefizit stetig an. Das Land führt also immer mehr ein, als es exportiert.

Ökonomen sehen darin eine grundlegende Wettbewerbsschwäche. „Die Griechen sind noch nicht einmal mehr im Tourismus wettbewerbsfähig“, moniert ein hoher deutscher Regierungsbeamter. „Der Standard liegt längst unter dem der Türkei, aber die Preise sind wie in Italien.“

Wo also soll die Energie herkommen, der Schwung, der es einem am Boden liegenden Land erlaubt, sich wieder aufzurichten? Niemand weiß es, zumal die Talsohle noch gar nicht erreicht ist. Das Sparprogramm, das der IWF der Regierung auferlegt hat, wird die Rezession weiter verschärfen.

Einer, der das deutlich spürt, ist Gerassimos Drimaropoulos. Mit Wehmut erinnert sich der 55-jährige Architekt an die „Jahre der Euphorie“, wie er sie nennt. Das war 2004 und 2005. Die Griechen hatten gerade erfolgreich die Olympischen Spiele gestemmt, was lange in Europa kaum jemand für möglich gehalten hatte. Auf der Woge des Erfolgs und des neuen Nationalstolzes investierte jeder, der es sich auch nur halbwegs leisten konnte, in Immobilien, vor allem in Häuser und Eigentumswohnungen.

Drimaropoulos plante und baute sie. Zusammen mit seiner Frau entwirft er vor allem Apartmenthäuser in attraktiver Küstenlage wie in Glyfada, einem Vorort südöstlich von Athen direkt am Hang über dem Strand mit privaten Yachthäfen und endlosen Badebuchten.

Viele Jahre war das ein einträglicher und krisenfester Job: Mehr als 70 Prozent der Griechen leben in eigenen vier Wänden. In guten Jahren versteuerte er rund 100 000 Euro, für griechische Verhältnisse gehörte sein Büro damit zu den erfolgreichen.

Im vorigen Jahr waren es nur noch knapp 30 000 Euro, Besserung ist nicht in Sicht. „So viele Arbeitsuchende wie in den letzten Monaten“ hätten bei ihm „noch nie“ an die Tür geklopft: Betonarbeiter, Maurer, Elektriker. Doch er kann sie nicht beschäftigen.

Für sein letztes Bauprojekt, ein Mehrfamilienhaus mit sieben Apartments in Voula, einem edlen Küstenvorort von Athen, hat er mittlerweile 150 Kaufgespräche geführt, keines erfolgreich. Drimaropoulos lebt von der Substanz. 2009 wickelte er nur Altaufträge ab, auch in diesem Jahr hat er bis vergangene Woche

18.03.2010 • MINISTERPRÄSIDENT PAPANDREOU WILL SICH AN DEN IWF WENDEN | 24.03.2010 • DER EURO FÄLLT GEGENÜBER DEM DOLLAR AUF DEN TIEFSTEN STAND SEIT MAI 2009 | 25.03.2010 • EU-GIPFEL:

noch keinen neuen Job an Land ziehen können.

Viele Griechen verstehen nicht, was da gerade mit ihrem Land passiert. Zwar signalisierten Umfragen zuletzt bis zu 80 Prozent Unterstützung für die radikale Reform des griechischen Filz- und Fakelaki-Staates. Doch der Protest auf der Straße sprach eine andere Sprache und erreichte mit über 100 000 Demonstranten vorige Woche eine neue Dimension.

Die Todesopfer könnten eine Zäsur im Kampf der Regierung gegen den Widerstand der Klientelgruppen sein.

In einer dramatischen Ansprache vor dem Parlament klagte Premierminister Georgios Papandreou die „Zeit der Verantwortung“ ein, „die haben wir alle zu übernehmen“. Es gebe „kein Recht auf Gewalt“, sagte der Regierungschef, „die Täter werden gefasst werden und zur Rechenschaft gezogen, sie werden keine politische Unterstützung erhalten“. Papandreou appellierte leidenschaftlich an die politischen Parteien und seine Landsleute, künftig enger zusammenzustehen.

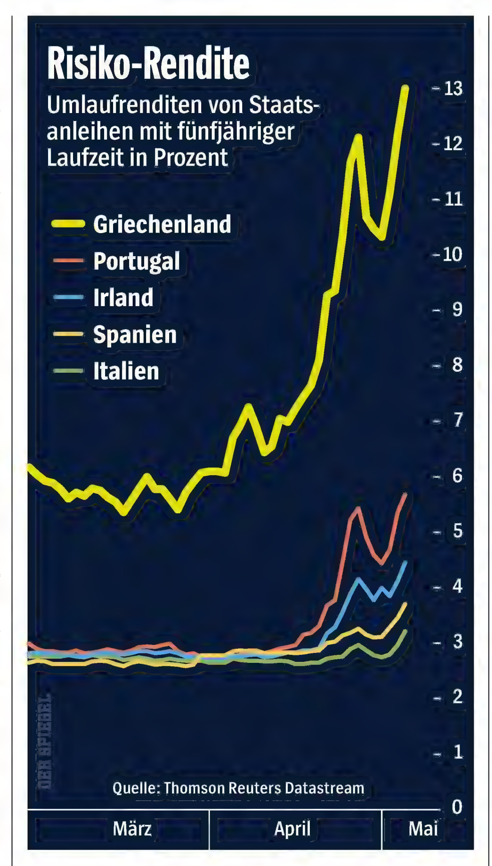
Möglicherweise wirkt der Schock der Todesopfer heilsam auf die Gegner der Regierung. Dann nämlich könnte Papandreou seinen schier aussichtslosen Kampf womöglich doch gewinnen, zumindest politisch.

Der Appell könnte wirken, glaubt auch der Wirtschaftswissenschaftler Jens Bastian. Der Ökonom lebt seit 13 Jahren in Athen und ist bei der Stiftung für Europäische und Außenpolitik Eliamep für Griechenland zuständig. „Durch die tragischen Ereignisse hat sich die Grundlage verändert“, glaubt der Wissenschaftler, jetzt sei „die Stunde der griechischen Demokratie“ gekommen.

Zumindest hat sich die Situation für die Gewerkschaften, die die Proteste anführen, schlagartig verändert. Während des Generalstreiks wurden sie von Passanten lautstark bepöbelt. „Warum streikt ihr?“, schimpfte ein Mann. „Ihr habt doch einen guten Job.“

Nikos Kioutsoukis ist einer der Demonstrierenden, einer der Bewahrer der teils absurden Privilegien der Staatsdiener. Der 46-Jährige vermag nicht einzusehen, dass sich sein Leben ändern muss – und ändern wird. Deshalb geht er auf die Straße, mit Abertausenden, denen es ganz ähnlich geht. Als Präsident der Eisenbahngewerkschaft sieht er aus wie das Ebenbild eines Polit-Intellektuellen.

Mit modisch schmaler Brille, schickem saloppem Anzug und Hemd mit offenem Kragen steht er in der ersten Reihe eines großen Pulks von Demonstranten und klammert sich mit seinen Nebenleuten an



ein riesiges Transparent. „Zig Milliarden für die Diebe“ steht darauf vorwurfsvoll in großen blauen und roten Lettern und „Nein zum Holocaust unserer Rechte“.

Kioutsoukis ist Techniker und hat sich über eine Ausbildungsmaßnahme des Arbeitsamts hochgearbeitet zum Mechaniker bei der griechischen Staatsbahn. Heute ist er einer der mächtigen Anführer im Kampf gegen die Regierung Papandreou und ihr radikales Sparprogramm, das einen Staatsbankrott verhindern soll.

Die Reformen „treffen und belasten ausschließlich Arbeitnehmer, Rentner und Pensionäre“, sagt der Gewerkschafter, „sie werfen uns um Jahre zurück“. Er erzählt von seiner Familie und seinen beiden Kindern, für die er künftig 30 Prozent weniger Geld zur Verfügung habe.

Mit einem Haushaltseinkommen von 2000 Euro netto im Monat könne er seine Familie „nicht ernähren“, klagt er theatralisch: „Die Regierung verlangt, dass ich eines meiner Kinder töte, damit ich überleben kann.“

Tatsächlich protestiert Kioutsoukis auf ausgesprochen hohem Niveau. Seine Eisenbahnergewerkschaft hat rund 6100 Mitglieder, die Bediensteten der Staatsbahnen, vom Schaffner über den Techniker und Verwaltungsbeamten bis zum Lokführer, sind zu 100 Prozent organisiert. Und sie verdienen im Schnitt rund 3300 Euro netto im Monat, also deutlich mehr als der Durchschnittslohn von 789 Euro.

Etliche der Eisenbahner, die 500 Lokführer zum Beispiel, liegen sogar noch deutlich darüber, sie kommen auf bis zu 7000 Euro netto. Berücksichtigt man die Lebenshaltungskosten in Griechenland, die laut Eurostat etwa zehn Prozent niedriger liegen als zum Beispiel in Deutschland, sind das wahrlich atemberaubende Gehälter.

Wie kann es sein, dass die griechischen Staatsbediensteten zu den bestbezahlten Arbeitskräften des Landes zählen, dass sie kündigungssichere Stellen haben – und zudem von wirklicher Arbeit weitgehend freigestellt sind? Wie kann es sein, dass 450 Ärzte lediglich 10 000 Euro als Jahresgehalt beim Finanzamt angegeben haben? Und wie kann es sein, dass so viele Menschen in Griechenland schwarzarbeiten, dass ihr Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt laut Expertenschätzungen 25 Prozent beträgt? Und wie kann es sein, dass 8401 Griechen, wie der IWF nun herausgefunden hat, dem eigenen Land über 20 Milliarden Euro Steuern schulden?

In Wahrheit geht es bei der Frage, ob die Wirtschaft Griechenlands in der Lage ist, ihren Schuldenberg je abzutragen, vor allem auch um Gerechtigkeit. In einer Gesellschaft, in der jeder zusieht, wie sich der Nachbar, der Freund oder die Kollegin schamlos Vorteile auf Kosten der Allgemeinheit verschaffen, kann die Wirtschaft nicht florieren.

„Wir sollten dem IWF dankbar sein, sein Reformprogramm ist das Beste, was uns passieren konnte“, sagt Yannis Stournaras. Das ist eine Meinung, die man in diesen Tagen in Athen eher selten hört, aber den Ökonomieprofessor scheint das nicht zu bekümmern.

Stournaras hat jahrelang in Oxford gelehrt, bevor er 1986 nach Athen zurückkehrte. Neben seiner Lehrtätigkeit an der Uni steht er dem einzigen privaten Wirtschaftsinstitut vor, auf dessen Einschätzung man auch außerhalb Griechenlands etwas gibt.

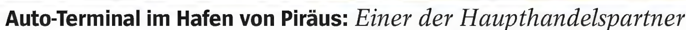
Wenn man Stournaras länger zuhört, kann man fast wieder Hoffnung schöpfen, dass seine Heimat noch eine Chance hat, sich aus dem Schuldensumpf zu befreien. So wie er es sieht, warten seine Landsleute nur darauf, endlich aus dem Klauengriff des Staates befreit zu werden, der jede Eigeninitiative erstickt. „Griechenland ist wahrscheinlich eines der letzten Wirtschaftssysteme nach sowjetischem Vorbild“, sagt der Ökonom.

Tatsächlich gibt es kaum einen Berufszweig, der nicht strengen Regeln, Restrik-

EUROLÄNDER BESCHLIESSEN PAKET AUS BILATERALEN KREDITEN UND IWF-HILFEN IM FALL EINER GRIECHENLAND-PLEITE | 11.04.2010 • EURO-FINANZMINISTER BESCHLIESSEN NOTHILFE VON 30 MRD. EURO FÜR GRIECHENLAND



ORESTIS PANAGIOTOU / DPA



Auto-Terminal im Hafen von Piräus: *Einer der Haupthandelspartner*



Olympiafeier in Athen 2004: *Geschäfte befeuert*

„Ein paar Millionen draufschlagen“

Wie die deutsche Industrie jahrzehntelang vom hellenischen Korruptionssystem profitiert hat

Misa und Fakelaki sind die beiden Schmierstoffe, die Griechenlands Wirtschaft geschmeidig halten. Fakelaki, den „kleinen Umschlag“, braucht man, wenn man vom Ärzten behandelt werden will oder Ärger mit dem Steuerprüfer hat.

Misa dagegen ist das Geld, das nicht mehr in einen kleinen Umschlag passt, eher in einen Koffer, oder das gleich auf ein Konto in irgendeiner Steueroase dieser Welt verschwindet. Ohne Misa – also Schmiergeld – kann bislang kaum ein ausländisches Unternehmen Geschäfte im Staate Hellas tätigen. Besonders Misa-anfällig: staatliche Großaufträge.

Oft fließen bei diesen Deals Millionen über Briefkastenfirmen in aller Welt zurück an Industrielle, Beamte, Militärs und die Politik – in den Büchern der Industrie zumeist deklariert als Provisionen für die Auftragsvermittlung. Und ganz vorn dabei im großen Misa-Monopoly: die deutsche Industrie.

Immerhin gehört die hiesige Wirtschaft zu den Haupthandelspartnern Griechenlands. Im vergangenen Jahr exportierte die Bundesrepublik Waren im Wert von 6,7 Milliarden Euro. Das Importvolumen lag bei nur 1,9 Milliarden. Doch mit welchen Mitteln wurde dieser gewaltige Überschuss erzielt?

Nach Ansicht der US-Börsenaufsicht SEC soll beispielsweise Daimler in den vergangenen Jahren Misa bezahlt haben, um Fahrzeuge an Griechenland zu liefern. Und selbst die Deutsche Bahn kam offenbar nur mit Hilfe von Schmiergeld beim U-Bahn-Bau im Vorfeld der Olympischen Spiele 2004 in Athen zum Zug. Dabei soll ein sechsstelliger Betrag über einen Berater an einen griechischen Entscheidungsträger geflossen sein. Transparency International bezeichnet Griechenland als eines der korruptesten Länder Europas.

Das Geschäft lohnt sich – auch mit Misa. „Wer bei einem staatlichen Auftrag schmiert, kann auf seine Marge noch mal ein paar Millionen oben draufschlagen“, sagt ein Fahnder, „die überhöhten Preise gehen ja zu Lasten der Steuerzahler.“

Der Mann muss es wissen, ermittelte er doch jahrelang in der Siemens-Korruptionsaffäre, bei der ein hoher zweistelliger Millionenbetrag in Griechenland versickert sein soll. Mit solchen Summen soll der Athener Statthalter des Multis bis zum Jahr 2006 die Geschäfte des Konzerns in Griechenland befeuert haben. Unter anderem ging es um Verträge mit der einstmals staatlichen Telefongesellschaft OTE, um Überwachungs- und Sicherheitstechnik im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen 2004 sowie bei U-Bahnen.

Insgesamt, das fanden die Ermittler bei der Aufarbeitung der Siemens-Affäre heraus, soll der Schmiergeldbedarf von Siemens Griechenland jährlich rund 15 Millionen Euro betragen haben. Allein für einen 500-Millionen-Euro-Rahmenvertrag mit OTE Ende der neunziger Jahre sollen 35 Millionen Euro Misa geflossen sein. Am Konzernsitz in München sprach man jahrelang voller Hochachtung von dem Athener Statthalter – kaum eine Landesgesellschaft hatte solch beeindruckende Zahlen geliefert.

Profitiert haben soll angeblich selbst die Athener Politik. Bis zu zwei Prozent des Umsatzes der Telefonsparte von Siemens Hellas sind nach Aussagen von beteiligten Managern an die beiden großen Parteien, die sozialistische Pasok und die konservative Nea Demokratia, gegangen. In Athen weiß man nie, welche Regierung wie lange im Amt ist. Beide Parteien haben jegliche Zahlung dementiert.

Ebenso toll wie Siemens trieb es in Griechenland offenbar die deutsche Rüstungsindustrie. Jährlich gibt Athen schätzungsweise drei bis vier Milliarden Euro für Waffenimporte aus – ein für die Größe des Landes irrwitziger Betrag. Größter Profiteur sind deutsche Waffenschmieden, die allein zwischen 2004 und 2008 rund ein Drittel der griechischen Wehrimporte lieferten. Gerade ermittelt die Münchner Staatsanwaltschaft, ob beim Verkauf von vier U-Booten alles mit rechten Dingen gelaufen ist.

Das Auftragsvolumen betrug fast drei Milliarden Euro, zwei Milliarden sollen – für solche Geschäfte ungewöhnlich – im Voraus gezahlt worden sein.

Den Argwohn der Fahnder beförderte die fragwürdige Zahlung an einen an-

19.04.2010 • RISIKOPRÄMIEN GRIECHISCHER STAATSANLEIHEN 4,82 PROZENTPUNKTE ÜBER VERGLEICHBAREN BUNDESANLEIHEN

22.04.2010 • GRIECHISCHES DEFIZIT ERNEUT KORRIGIERT: 13,6 %


KYODO NEWS INTERNATIONAL / ACTION PRESS

geblichen Berater des Geschäfts. So soll sich vor einigen Jahren ein Grieche beim Essener Mischkonzern Ferrostaal gemeldet und einen zweistelligen Millionenbetrag im Zusammenhang mit dem U-Boot-Deal gefordert haben. Ferrostaal trat damals zusammen mit der Thyssen-Krupp-Tochter HDW in einem Konsortium auf. Als die Essener nicht zahlen wollten, drohte der Mann mit Klage.

Letztlich traf man sich im Jahr 2006 zu einem Schiedsverfahren vor einem Zürcher Anwalt. Ferrostaal überwies kurz darauf elf Millionen Euro. Wofür, das will nun die Münchner Staatsanwaltschaft wissen, die gegen Top-Manager der Firma ermittelt. Auch der jüngst geschasste Ferrostaal-Chef Matthias Mitscherlich, der ebenfalls als Beschuldigter geführt wird, soll von der fragwürdigen Zahlung gewusst haben.

Inzwischen interessieren sich auch griechische Behörden für das U-Boot-Geschäft. Athener Ermittler gehen verdächtigen Zahlungen nach, die über Österreich, die Karibik, Liberia und Zypern abgewickelt worden sein sollen. Empfänger: bislang unbekannt.

Ein Paradebeispiel für solche Geschäfte ist der Verkauf von 170 Panzern, die Krauss-Maffei Wegmann (KMW) bis vor kurzem an die Griechen lieferte. Dafür sollte das Unternehmen 1,7 Milliarden Euro erhalten.

Bei solchen Deals fließen in der Regel Millionen für Beratungsleistungen. Was genau da beraten wird und warum die Firmen meist in Steueroasen sitzen, wird selten bekannt. Die geheimen Firmen gehören in der Regel griechischen „Vermittlern“ – oft honorige Industrielle. Die, so besteht häufig der Verdacht, verteilen dann die Gelder an Entscheidungsträger.

Im Fall KMW gründete im Umfeld der Ausschreibung im Herbst 1999 ein griechischer Tycoon eine Briefkastenfirma auf der Karibikinsel Nevis. Die schloss zwei Verträge: einen Vermittlervertrag mit KMW und einen mit einer Evanston Group Ltd. auf den British Virgin Islands. Die sollte 60 Millionen Dollar erhalten – angeblich für die „Akquirierung von Offset-Möglichkeiten“.

Wie sollte eine Briefkastenfirma in der Karibik diese Nebenleistungen in Athen vollbringen? Als die wegen ihrer „politischen Natur“ streng geheim gehaltenen Vereinbarungen öffentlich wurden, begannen Fahnder in München zu ermitteln – vergebens, auf den Virgin Islands gewährte man ihnen keine Rechtshilfe.

In Griechenland befassten sich zwar die Staatsanwaltschaft Athen und ein Untersuchungsausschuss mit der Rolle von Politikern in dem Geschäft. Doch auch diese Ermittlungen verliefen im Sand. Kein Wunder in einem Land, in dem von den 450 wichtigsten Korruptionsfällen der jüngeren Vergangenheit keiner vor Gericht abgeschlossen wurde.

Sowohl KMW als auch Ferrostaal bestreiten ausdrücklich, jemals Schmiergelder für die jeweiligen Geschäfte gezahlt zu haben.

Deutsche Exporte nach Griechenland 2009

6,7 Mrd. €

Das sind **0,8** % des gesamten deutschen Exports.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Inzwischen hat der Rüstungskonzern alle 170 „Leopard 2“-Panzer an Griechenland ausgeliefert – doch von den Zahlungen sind noch 180 Millionen Euro offen.

Beim deutschen U-Boot-Konsortium kam seit dem Jahr 2005 das Geld nur noch tröpfchenweise an – hier bleibt der griechische Staat bis heute sogar 321 Millionen schuldig. Und auch Siemens wartet weiter auf 20 Millionen Euro aus dem Sicherheitstechnikauftrag zu den Olympischen Spielen.

Einige Rüstungsmanager haben sich daher an die Bundesregierung gewandt. Ihre Forderung: Wenn Deutschland den Griechen schon hilft, sollen die wenigstens mal ihre Schulden begleichen.

Jörg Schmitt

tionen und Zugangsbeschränkungen unterliegt. Die Lastwagenfahrer zum Beispiel. Irgendwann kam die Regierung auf die Idee, die Zahl der Lizenzen zu begrenzen und die Transporttarife im Land festzulegen. Heute ist es fast billiger, einen Lkw von Düsseldorf nach Athen zu schicken als von dort nach Thessaloniki.

Stournaras hat komplizierte Computermodelle durchlaufen lassen, um den ökonomischen Effekt einer Liberalisierung zu berechnen, wie sie der IWF nun von der Regierung verlangt. Bis zu 16 Prozent Wachstum hält er über die kommenden fünf Jahre in jenen Branchen für möglich, auf die bislang der Staat die Hand hält, vorausgesetzt, die Reformforderungen werden schnell und entschieden umgesetzt. Und wenn das nicht gelingt? „Dann wird Griechenland in die Steinzeit zurückkehren und dort bleiben.“

Alles hängt jetzt davon ab, ob die Griechen das Reformprogramm annehmen. Und Männer wie Kostas Papantoniou haben es in der Hand, ob das Land im Chaos versinkt oder den Weg aus der Krise findet. Der 59-Jährige ist Vizepräsident der Beamtengewerkschaft Adedy und damit einer der mächtigen Schattenmänner, gegen die bis vor kurzem kein griechischer Politiker aufzustehen wagte. Er residiert in einem prächtigen Stadtpalais im Zentrum von Athen: Im aufwendig restaurierten Vestibül hängt ein großes Foto einer Mai-Demonstration, Papantoniou selbst residiert unter einem Foto des kubanischen Revolutionsführers Che Guevara.

Papantoniou will die Regierung zwingen, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, um das Reformpaket noch einmal aufzuschnüren. Dafür kämpft er, dafür mobilisiert er seine Leute. Doch das fällt ihm immer schwerer.

Denn auf die alte Solidarität kann er sich nicht mehr verlassen. Zwar beschwört er in seinem Büro noch einmal die „breite Allianz der 90 Prozent hart arbeitenden Griechen“ gegen die 10 Prozent an der Spitze, „die das Land kontrollieren“, aber das sind die Töne der alten Zeit. Die Leute wissen genau, wie gut es den Staatsbediensteten im Vergleich zu ihnen geht, warum sollen sie also für deren Privilegien auf die Straße gehen?

So waren es am Mittwoch fast ausschließlich Gewerkschafter und Mitglieder der kommunistischen Partei, die sich in zwei großen Protestzügen auf dem Syntagma-Platz vereinten. Weiter unten, an der Basis, macht sich deshalb auch schon Resignation breit.

„Niemand weiß doch, wie es weitergehen soll“, seufzt Naja Giannakitsa, seit

• WEITERE HERABSTUFUNG DURCH MOODY'S | 23.04.2010 • PAPANDREOU BITTET UM „AKTIVIERUNG DES HILFSMECHANISMUS“ | 26.04.2010 • ERWARTETE HÖHE DEUTSCHER HILFSKREDITE: BIS ZU 8,4 MRD. EURO IN 2010



TATIANA BOLARI / AP

Regierungschef Papandreou*
„Zeit der Verantwortung“

25 Jahren Gymnasiallehrerin für Neugriechisch und seit ebenso langer Zeit treues Gewerkschaftsmitglied. „Alle fragen sich, wo ist bloß das ganze Geld geblieben? Niemand scheint eine Antwort zu haben.“

Insgeheim hat sich Giannakitsa längst damit abgefunden, dass ihr künftig die Zulagen gestrichen werden. Sie wird dann eben noch weniger in der Schule arbeiten und noch mehr Nachhilfestunden geben, irgendwie wird sie schon über die Runden kommen.

Der Sozialist Papandreou hat die Stimmung gegen die Staatsbediensteten und deren Vertreter erkannt – und spielt geschickt mit ihr. Schon um sein eigenes politisches Überleben zu sichern, will er das Schlaraffenland seiner Bediensteten zerstören und sich auch vom lautstarken Protest der Beamten, die an der Spitze der Widerstandsbewegung stehen, nicht von seinem Kurs abbringen lassen.

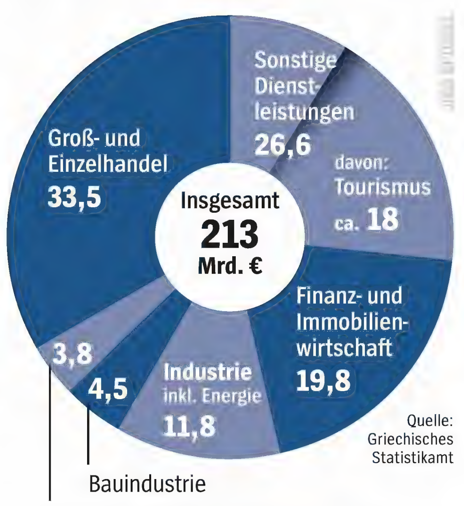
Der ehemalige Verfassungsrichter Rakintzis soll ihm den Weg dazu ebnen. Er versteht seine Aufgabe als „Krieg gegen die Korruption“. Um nichts anderes geht es in Griechenlands Öffentlichem Dienst, und Premier Papandreou spricht fast täglich davon.

Politiker versorgen ihre Helfer und Unterstützer, Väter ihre Familienmitglieder, Behördenchefs ihre Günstlinge. Nach Regierungswechseln wurden jedes Mal Tausende Beamte und Angestellte neu eingestellt, ohne alte zu kündigen. So geht das seit Jahrzehnten, und niemand nahm bislang richtig Anstoß daran, solange nur die eigenen Aussichten auf einen Job groß genug blieben.

Einmal drin hieß: immer drin. Man hatte ausgesorgt.

Rakintzis meint nicht nur Schmiergeld. Er meint auch Amtsmissbrauch, Verschwendung und Bereicherung, Filz und kleine finanzielle Gefälligkeiten, die sogenannten Fakelaki oder „Beschleunigungsgelder“. Und er beklagt die mangelhafte Effizienz vieler Behörden, deren tieferer Sinn häufig selbst den Oberen in der Führung verborgen bleibt.

Griechische Bruttowertschöpfung
2009 nach Branchen, in Prozent



Quelle: Griechisches Statistikamt

„Die Kommunen stellen Personal ein, das sie nicht brauchen“, sagt Rakintzis, sie unterlaufen Ausschreibungen zu Projekten, deren Sinn oft schwer nachvollziehbar ist. „Alle Kommunen sind defizitär“, sagt der Ex-Verfassungsrichter.

Deshalb will Papandreou noch im Sommer seine große Kommunalreform „Kallikratis“ verabschieden, für die Rakintzis die Vorarbeiten geleistet hat. Die Zahl der Kommunen soll von 1034 auf nur noch 370 gesenkt werden, die Zahl der kommunalen Unternehmen auf zwei pro Kommune beschränkt werden. Derzeit gibt es noch etwa 6000 solcher Institutionen. Doch das soll sich ändern. Rakintzis: „Das ist ein gigantischer Fortschritt und ein guter Neuanfang.“

Zudem will der Regierungschef mit Rakintzis' Hilfe gnadenlos Behörden und Ämter schließen, die keine Aufgaben und keinen Sinn haben, mit Mitarbeitern, die nichts tun, dafür aber seit Jahren gut bezahlt werden. Die Regierung will hart bleiben und gnadenlos Schluss machen mit solchen Luftnummern.

Es ist also viel angeschoben in Athen. Doch ob das reicht, ist fraglich. Es gebe „ein Gefühl der Erschöpfung in vielen Teilen der Gesellschaft“, sagt der Ökonom Bastian, die Menschen seien „müde“. Das wird in seinen Augen zwar dazu führen, dass die Proteste abebben, aber wie soll eine müde Mannschaft so einen schweren Karren aus dem Dreck ziehen?

Thorsten Polleit, der Chefvolkswirt von Barclays Capital Deutschland, hat sich die Frage nach der ökonomischen Leistungsfähigkeit Griechenlands gar nicht gestellt. Er zweifelt an dem Willen der Griechen, ihre Schulden abzuzahlen. „Warum sind Menschen bereit, Steuern zu bezahlen, obwohl der Finanzminister die zu einem großen Teil für Zinsen von Schulden verwendet, die die Bezahlenden gar nicht verursacht haben?“, fragt er.

Die Antwort liefert der Ökonom gleich nach. „Wir tun es, weil wir davon profitieren“, sagt Polleit. Denn nur wenn die Zinsen bezahlt werden, kann der Staat neue Kredite aufnehmen. Nur dann dreht sich das Schuldenkarussell weiter, von dem wir alle profitieren.

In Griechenland aber sind die Zinsen und der Schuldenstand mittlerweile so weit gestiegen, dass die Kosten für den laufenden Betrieb des Lebens auf Pump schlichtweg zu teuer werden.

Die Menschen haben das Gefühl, nicht mehr von immer neuen Schulden profitieren zu können – ganz egal, ob sie die Zinsen bedienen oder nicht. „Damit aber ist der politische Anreiz weg, die Sparbemühungen auch umzusetzen“, sagt Polleit.

Und was für ihn noch schwerer wiegt: Ein Großteil der griechischen Staatsschulden liegt außerhalb der Landesgrenzen – „und damit bei Nichtwählern“.

FERRY BATZOGLOU, MANFRED ERTEL, JAN FLEISCHHAUER, WOLFGANG REUTER

* Bei der Bekanntgabe seines Hilfeersuchens an die EU am 23. April auf der Insel Kastellorizo.

27.04.2010 • HERABSTUFUNG DER BONITÄT DURCH STANDARD & POOR'S AUF BB+

02.05.2010 • NOTHILFEPLAN STEHT: GRIECHENLAND ERHÄLT BIS 2012 110 MRD. EURO VON EUROLÄNDERN UND IWF

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Wir müssen das Biest aushungern“

Der New Yorker Ökonom Nouriel Roubini über die sich global ausbreitende Staatsschuldenkrise und die Folgen der Griechenland-Hilfe, die Zukunft des Bankensystems und seinen Auftritt im zweiten Teil des Kinofilms „Wall Street“

SPIEGEL: Professor Roubini, Sie werden im Herbst in der Fortsetzung von „Wall Street“ im Kino zu sehen sein. In welcher Rolle denn?

Roubini: Ich spiele mich selbst. Es gibt eine Szene, unmittelbar nach der Lehman-Pleite, da werde ich von einem Fernsehsender als „Dr. Doom“, also „Dr. Untergang“, interviewt und äußere meine Sorgen über die Zukunft des globalen Finanzsystems.

SPIEGEL: Wie kam es zu der Zusammenarbeit mit dem Regisseur Oliver Stone?

Roubini: Wir haben uns ein paarmal getroffen und über die Finanzkrise geredet. Er hat auch einmal eine Veranstaltung meiner Firma besucht, er wollte Hedgefonds-Manager kennenlernen. Ich war aber nicht formell sein Berater und habe ihm bloß einige Ratschläge gegeben. So kam ich eher zufällig zur Rolle des „Dr. Doom“.

SPIEGEL: Diesen Spitznamen haben Sie verpasst bekommen, weil Sie bereits früh vor einer Finanzkrise gewarnt haben, als viele andere Ökonomen noch Optimismus versprühten. Sehen Sie denn heute die Zukunft der Weltwirtschaft immer noch so schwarz?

Roubini: Um das mal klarzustellen: Ich bin nicht notorisch negativ. Ich bemühe mich lediglich, die Dinge zutreffend einzuschätzen. Wenn ich mir aber die ökonomische Situation in der Welt anschaue, sehe ich auch gegenwärtig wieder viele dunkle Wolken am Himmel.



MARTIN ADOLFSSON

Nouriel Roubini

gilt als der Prophet der Finanzkrise: Schon vor vier Jahren warnte er vor den Gefahren für Banken und Volkswirtschaften. Roubini, 52, wurde in Istanbul als Sohn iranischer Juden geboren und wuchs in Iran, Israel und Italien auf. Seit 1995 arbeitet er als Ökonomieprofessor an der New York University. Daneben betreibt er eine Beratungsfirma mit 80 Mitarbeitern, die Kunden aus der Finanzindustrie ökonomische Analysen anbietet.

SPIEGEL: Der Internationale Währungsfonds (IWF) kommt aber zu dem Schluss, dass die Konjunktur weltweit wieder an Fahrt gewinnt und dieses Jahr um mehr als vier Prozent wächst. Muss Dr. Doom nicht einpacken und Dr. Boom Platz machen?

Roubini: Ich bin Realist. Ich kann nur in wenigen Staaten Aufhellungen erkennen, etwa in China, Indien oder Brasilien. Aber sonst? Die USA erleben einen blutleeren Aufschwung. Japans Wirtschaft liegt gleichsam im Koma. Und Europa droht der sogenannte Double-Dip: Der Kontinent ist in Gefahr, erneut in die Rezession zurückzufallen. Schon vor dem Griechenland-Schock waren die Wachstumsaussichten in der Euro-Zone bescheiden, jetzt aber liegen sie bei null.

SPIEGEL: Wie groß schätzen Sie denn die Gefahren ein, die von Griechenland ausgehen?

Roubini: Heute sorgen wir uns um Griechenland, aber Griechenland ist nur die Spitze des Eisbergs. Allmählich geraten auch Staaten wie Großbritannien und Irland ins Visier der Spekulanten. Selbst Japan und den Vereinigten Staaten wird die horrende Staatsverschuldung noch ernste Probleme bereiten, vielleicht noch nicht in diesem Jahr, aber bestimmt später, wenn nichts dagegen unternommen wird. In den USA stehen Bundesstaaten wie Kalifornien, Nevada, Arizona, New York oder Florida vor gewaltigen fiskalischen Herausforderungen. Mir bereiten diese enorm wachsenden Haushaltsdefizite und Staatsschulden die größten Sorgen.

SPIEGEL: Ist es denn richtig, dass der IWF und die Euro-Staaten Griechenland 110 Milliarden Euro an Krediten und Garantien zur Verfügung stellen?

Roubini: Damit verschiebt man das Problem nur ins kommende Jahr. Ich fürchte, Griechenland hat nicht nur Liquiditätsprobleme, sondern ist bankrott. Es hilft nicht, viel Geld in ein insolventes Land zu pumpen und ihm gleichzeitig harte Schnitte aufzuerlegen. Wenn Griechenland die Steuern erhöht und die Ausgaben senkt, dann wird es dadurch nicht automatisch wettbewerbsfähiger. Im Gegenteil, das Land verliert Marktanteile, die Arbeitslosenquote steigt, es kommt zu sozialen Unruhen. Das löst aber nicht das Schuldenproblem, sondern macht alles nur schlimmer. Wir brauchen einen Plan B.

SPIEGEL: Und wie soll der aussehen?

Roubini: Es ist notwendig, eine Umschuldung in Angriff zu nehmen, bevor der Staatsbankrott eintritt. Wir müssen in einem geordneten Verfahren zu einer Lösung zwischen Gläubigern und Schuldner kommen. Gleichzeitig sollten auch für andere fragliche Euro-Länder wie Portugal und Spanien Pläne ausgearbeitet werden, wie sie ihre Haushalte konsolidieren können.



CINETEXT

Filmausschnitt aus „Wall Street" mit Michael Douglas 1987: *„Krisen sind keineswegs die Ausnahme, sondern die Regel"*

SPIEGEL: Glauben Sie, dass die Bundesregierung zu einem solchen Schuldenschnitt bereit wäre? Das würde die deutschen Finanzinstitute erneut Milliarden kosten.

Roubini: In der Tat wird ein Großteil der griechischen Schulden von ausländischen Finanzinstituten gehalten, die vor allem in Frankreich, der Schweiz und in Deutschland ihren Sitz haben. Sie werden auf einen Teil verzichten müssen. Aber es ist schon zu viel Zeit damit verlorengegangen, dass man die Krise in Griechenland einfach geleugnet hat. Wenn ein solcher Plan B nicht bald erarbeitet wird, besteht die Gefahr eines Dominoeffekts. Dann könnte sich die Krise sehr schnell auf Länder wie Portugal oder Spanien ausbreiten. Das würde am Ende den Euro sprengen.

SPIEGEL: Hat die deutsche Kanzlerin Angela Merkel die Entwicklung verschlimmert, weil sie nicht schnell genug auf die Krise reagiert hat?

Roubini: Ja, die Europäische Union hat teilweise auch wegen des politischen Widerstands aus Deutschland einige wertvolle Monate verschwendet. Die deutsche Innenpolitik und die wachsende Skepsis über die Währungsunion haben die Reaktion verzögert, das hat den Bemühungen geschadet, die Griechenland-Krise einzudämmen.

SPIEGEL: Sehen Sie es denn als Fehler, überhaupt eine Europäische Währungsunion geschaffen zu haben?

Roubini: So weit würde ich nicht gehen, Es war wohl fahrlässig, so viele Länder schon so früh als Mitglieder zuzulassen. Gäbe es nur einen kleinen Kern von Euro-Ländern, wäre das Gebilde sicher homogener und stabiler. Das Problem ist nur: Wenn ein Mitglied erst einmal dabei ist, gibt es keinen Weg mehr zurück.

SPIEGEL: In diesen Wochen kämpft die Welt mit einer Schuldenkrise, zuvor beschäftigte sie die Bankenkrise, davor die Immobilienkrise. Müssen wir uns an Krisen gewöhnen?

Roubini: Ich fürchte, ja. In meinem neuen Buch zeige ich, dass Krisen ein fester Bestandteil des kapitalistischen Genoms sind*. Sie sind keineswegs die Ausnahme, sondern die Regel. Genau die Faktoren, die dem Kapitalismus seine Vitalität verleihen, nämlich seine Innovationskraft und seine Risikotoleranz, können auch katastrophale Zusammenbrüche auslösen. Was wir jetzt erleben, bietet nur einen Vorgeschmack dessen, was uns noch bevorsteht.

SPIEGEL: Das klingt ja, als wären Krisen unabwendbar, beinahe schicksalhaft.

Roubini: So ist es nicht. Aber immer wenn Geld billig ist, Kredite einfach zu haben sind und die Aufsicht lax ist, dann sind die typischen Bedingungen für das Entstehen einer Krise vorhanden. Das kommt in der Geschichte ständig vor, und es wird wieder geschehen. Krisen werden vermutlich noch häufiger auftreten als bisher.

SPIEGEL: Sehen Sie ein Muster, wie die dann ablaufen?

Roubini: Es beginnt immer mit übertriebenen Hoffnungen, wie sich Vermögenswerte entwickeln, seien es Aktien oder Immobilien. Wenn sich diese Hoffnung als trügerisch erweist, dann platzt die Blase, die Vermögenswerte schrumpfen, und zurück bleiben die Schulden.

SPIEGEL: Aber wie kann man eine Blase überhaupt als solche erkennen?

Roubini: Das ist in der Tat schwer. Ich werde jedenfalls immer hellhörig, wenn die Leute allzu begeistert sind und behaupten, diesmal sei alles anders, so wie Ende der neunziger Jahre, als Bücher mit dem Titel „Dow 36 000" schier unbegrenzte Aktienzuwächse versprachen.

SPIEGEL: Derzeit fließt sehr viel Geld in Rohstoffe wie Öl oder Kupfer. Wächst hier eine neue Blase?

Roubini: Das könnte durchaus sein. Denn eigentlich ist die Nachfrage hier eher schwach, die Lager sind voll. Es ist eben viel Geld da, das nach Anlagemöglichkeiten sucht. Das ist ja das generelle Problem: Wir haben uns entschieden, die Welt mit Geld zu überschwemmen, um die Volkswirtschaften zu stabilisieren. Nun laufen wir Gefahr, dass wir damit neue Übertreibungen zulassen und dieselben Fehler machen wie zuvor.

SPIEGEL: Aber was wäre die Alternative zu den Konjunkturprogrammen und den Liquiditätsspritzen der Zentralbanken gewesen? Mit der harten Marktlösung wäre die Weltwirtschaft womöglich in der Depression versunken.

Roubini: Das ist richtig. Nur müssen wir aufpassen, dass wir nicht zu lange in diesem Modus fahren. Wir riskieren sonst, dass wir all diese Zombie-Banken, Zombie-Unternehmen und Zombie-Staaten am Leben erhalten, die besser pleitegehen sollten. Schauen Sie sich die Finanzbranche an: Die Bankenindustrie ist noch größer und noch wichtiger geworden, und

* Nouriel Roubini, Stephen Mihm: „Das Ende der Weltwirtschaft und ihre Zukunft. Crisis Economics". Campus Verlag, Frankfurt am Main; 472 Seiten; 24,90 Euro.

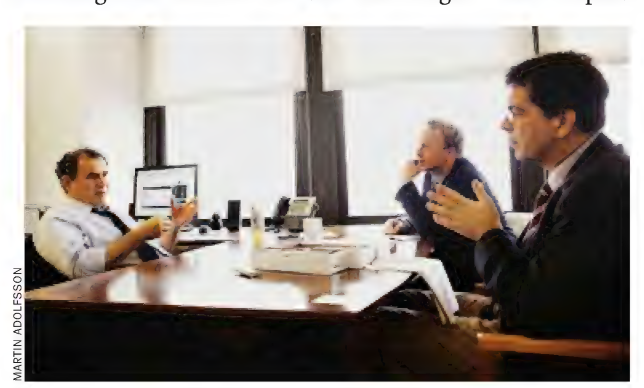
die Politik hat sie sogar dazu noch gedrängt: Die Bank of America hat Merrill Lynch geschluckt und JPMorgan Chase vorher schon Bear Stearns. Nun haben wir riesige Institute, die sich jetzt erst recht denken müssen: Lasst uns ruhig etwas Waghalsiges tun, im Zweifel wird uns die Politik wieder retten. Alles hat am Ende mit dem Problem des „too big to fail“ zu tun …

SPIEGEL: … Banken, die so komplex und wichtig für das Finanzsystem sind, dass man sie nicht untergehen lassen kann. Was soll mit ihnen geschehen? Wollen Sie die zerschlagen?

Roubini: Warum nicht? Wir müssen das Biest namens Wall Street aushungern. Die Politiker glauben, man könnte, wenn es wieder hart auf hart kommt, so einen Bankenriesen kontrolliert runterfahren. Aber wie will man in der Hitze einer Krise einen global operierenden Finanzriesen wie Goldman Sachs oder Morgan Stanley einfach dichtmachen? Das wäre zu riskant, und am Ende würde es doch wieder eine Rettung durch den Steuerzahler geben.

SPIEGEL: Wie findet man denn heraus, ob eine Bank bereits eine gefährliche Größe erreicht hat?

Roubini: Da gibt es eine Reihe von Maßstäben: der Umfang der Vermögenswerte und der Verbindlichkeiten im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt zum Beispiel oder wie viel Verbindlichkeiten außerhalb der Bilanz versteckt sind oder wie wichtig das Institut für den Zahlungsverkehr ist. Letztlich ist es gar nicht so schwer, die Kandidaten zu ermitteln.



MARTIN ADOLFSSON

Roubini beim SPIEGEL-Gespräch*
„Was wir jetzt erleben, bietet nur einen Vorgeschmack“

SPIEGEL: Die Vorschläge für eine Finanzmarktreform von US-Präsident Barack Obama sehen unter anderem vor, dass bestimmte Banken keinen Eigenhandel und keine Hedgefonds mehr betreiben dürfen. Reicht Ihnen die geplante sogenannte Volcker-Regel, benannt nach dem Ex-Zentralbankchef Paul Volcker, nicht aus?

Roubini: Das ist ein guter Anfang, ich denke da aber radikaler. Das Modell eines Finanzsupermarkts hat sich doch als Flop erwiesen. Ein Institut, das unter demselben Dach Investmentbanking, Hedgefonds, Versicherungen und noch vieles mehr anbietet, ist doch nicht mehr zu managen. Kein Vorstandschef hat da noch den Überblick. Das muss künftig alles getrennt werden: Wenn es viele Finanzinstitute gibt, die unterschiedliche Dienste anbieten, ist keines groß genug, um für das System gefährlich zu werden.

SPIEGEL: Vor fast hundert Jahren hat die US-Regierung Standard Oil zerschlagen – mit dem Ergebnis, dass aus den Einzelteilen noch größere Konzerne entstanden sind.

Roubini: Was ich fordere, gab es ja schon einmal: Bis vor zehn Jahren existierte mit dem Glass-Steagall-Gesetz eine Art Brandmauer zwischen Geschäfts- und Investmentbanken. Das hatte sich bewährt.

SPIEGEL: Was ist für die Reform der Finanzmärkte noch nötig?

Roubini: Wir müssen beispielsweise den Prozess der Verbriefung von Krediten strenger regulieren und den Derivatemarkt transparent machen. Wir müssen das Vergütungssystem von Bankern so verändern, dass sie langfristige Interessen der Unternehmen im Auge behalten. Und wir müssen die Rating-Agenturen zwingen, ihr Geschäftsmodell zu verändern: Es kann nicht sein, dass sie von den Unternehmen bezahlt werden, deren Bonität sie prüfen.

SPIEGEL: So weitreichende Reformen wirken utopisch.

Roubini: Ich erwarte auch nicht, dass sich meine Vorschläge alle sofort durchsetzen können. Wir werden wohl bis zur nächsten großen Krise warten müssen, bis endlich über drastischere Maßnahmen nachgedacht wird. Ich fürchte nur, dass die nächste Krise noch schlimmer wird. Dann werden womöglich Globalisierung, Freihandel oder die Marktwirtschaft insgesamt in Frage gestellt. Dann wird es noch mehr Schäden geben, was Vermögenswerte oder Arbeitsplätze angeht. Und die vergangene Krise war schon ziemlich teuer. Wir können uns solche Krisen immer weniger leisten.

SPIEGEL: Ihre Vorschläge zielen auf den Umgang mit der vergangenen Krise. Sind sie auch geeignet, künftige Brandherde zu vermeiden?

Roubini: Ganz ist das wohl kaum möglich. Aber wenn Krisen zumindest seltener aufträten und nicht ganz so gefährliche Dimensionen erlangten, dann wäre dies schon ein toller Erfolg.

SPIEGEL: Professor Roubini, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Mit den Redakteuren Thomas Schulz und Alexander Jung in seinem Büro in New York.


HENDRIK SCHMIDT / PICTURE ALLIANCE / DPA

Betonkrebs-Sanierung in Sachsen
Von innen gesprengt

VERKEHR

Blühende Autobahnen

Eine falsche Betonmischung lässt viele in Ostdeutschland neu gebaute Fernstraßen zerbröseln. Die Kosten trägt der Steuerzahler.

Die Straße hat, für Freunde der Automobilgeschichte, herausragende Bedeutung. Am 9. Februar 1939 bretterte Rudolf Caracciola im silbernen Mercedes-Benz-Zwölfzylinder bei Dessau über die glattbetonierte Reichsautobahn. Bei fliegendem Start über die Distanz von einer Meile kam der berühmte Rennfahrer auf sagenhafte 399 Stundenkilometer – internationaler Rekord.

Die Strecke gibt es noch. Sie ist heute Teil der Bundesautobahn 9. Wer 71 Jahre später Caracciolas Rekord bei Dessau nachstellen wollte, müsste sich jedoch auf eine Flugstunde einrichten: Die Piste ist großflächig von Buckeln übersät. Blasen mit einem Durchmesser von bis zu 30 Zentimetern wachsen über dem Beton, sie ragen teils vier Zentimeter heraus. Auf dem Autobahnabschnitt herrscht inzwischen ein Tempolimit: Erlaubt sind nur noch 100 km/h.

Nicht Hilters Reichsbetondecke bremst die Caracciolas von heute aus, sondern bundesdeutsche Ingenieursschluderei. Bis 2006 wurde die Strecke zwischen Berlin und München als „Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nummer 12“ generalsaniert, für stolze 2,9 Milliarden Euro. Jetzt ist sie schon wieder ein Pflegefall: Eine chemische Reaktion, im Volksmund Betonkrebs genannt, lässt die Fahrbahn zerbröseln wie Kekse. Heilung ungewiss.

Das merkwürdige Phänomen hat sich zu einer Seuche auf deutschen Neubaustrecken entwickelt. Im Bundesverkehrsministerium liegen Verdachtsfälle für zehn Autobahnen in Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen mit einer Streckenlänge von 350 Kilometern vor.

Was Verdacht ist und was bewiesen, können die Berliner nicht sagen. Klar ist nur, dass immer mehr Schadensmeldungen bei ihnen eingehen. Vor allem im Osten blühen inzwischen die Fahrbahnen heftiger als die Landschaften.

Dabei sollte der Beton der Einheit eingentlich für die Ewigkeit gegossen werden. Bis zu 30 Jahre, so die Prognosen, sollten die Pisten halten, doppelt so lange wie normale Asphaltstrecken.

Doch das Problem ist die richtige Betonmischung. Wenn die nicht stimmt, reagieren Zement und beigemischtes Gestein auf die eindringende Feuchtigkeit. Es kommt zu einer Alkali-Kieselsäure-Reaktion, bei der sich gelöste Kieselsäure im Beton ausbreitet und ihn von innen sprengt.

Experten kennen die Reaktion schon lange. Ende der sechziger Jahre, sagt Christoph Müller vom Forschungsinstitut der Zementindustrie in Düsseldorf, seien erste Schäden dieser Art in Schleswig-Holstein beobachtet geworden. Seither habe man es vermieden, Steinsorten mit einem hohen Anteil an löslichen Kieselsäuren in den Beton zu mischen, wie etwa Opalsandstein oder porösen Flint.

In den siebziger Jahren quälte sich auch die DDR mit dem Betonfraß. Vor allem Bahnschwellen bröselten den Reichsbahnern im Osten auseinander. Forscher fanden heraus, dass auch die Beimengung von Kieselschiefer, Grauwacke oder Quarzporphyr dem Baustoff zusetzte. Bis weit nach dem Mauerfall 1989 mussten Zehntausende Schwellen ersetzt werden.

Dumm nur, dass die Fehler in den wilden Zeiten des Aufbaus-Ost offenbar fortgesetzt wurden. Als sei in den Wendewirren das Wissen um die tückische Reaktion verlorengegangen, wurde Quarzporphyr wieder fleißig verbaut. Erst seit 2005 gibt es tatsächlich verbindliche Regelwerke, die neue Krebsfälle ausschließen sollen. „Dank umfangreicher Untersuchungen“, verkündet das Bundesverkehrsministerium stolz, sei heute davon auszugehen, „dass bei neu gebauten Betonfahrbahnen keine entsprechenden Schäden mehr auftreten.“

Die Betonung liegt auf neu. Da der Krebs mitunter bis zu zehn Jahre braucht, bis er die Oberfläche erreicht, muss in den nächsten Jahren mit immer mehr Fällen gerechnet werden. Die Sanierung ist schwierig und teuer, mehr als 100 000 Euro pro Kilometer sind schnell verbaut. Und da die Gewährleistung der Baufirmen in der Regel nach fünf Jahren – oft also vor Aufbrechen der Fahrbahn – endet, trägt der Steuerzahler die Kosten. Politiker fordern bereits eine Bundesratsinitiative, um die Betonmischer künftig länger in die Haftung zu nehmen.

Zugleich suchen Ingenieure nach Alternativen bei der Betonkrebs-Therapie. Ihr Ziel: den kosten- und stauintensiven Neubau der befallenen Abschnitte zu vermeiden. Auf der A 14 in Sachsen-Anhalt gibt es bei Könnern deshalb eine zwölf Kilometer lange Versuchsstrecke. Vor zwei Jahren wurden dort dünne Schichten aus Bitumen und Splitt eingewalzt, Anti-Graffiti-Mittel aufgetragen, mit Epoxidharz beschichtet, mit Lithium getränkt, mit Leinölfirnis versiegelt. Aber noch sind die Experten unschlüssig, ob das der Durchbruch beim Kampf gegen den Betonbruch ist.

Denn auch bei Dessau, auf Caracciolas Rekordstrecke, hatten Straßenbauexperten im vorigen Jahr ein neues Sanierungskonzept mit einer speziellen Bitumendecke ausprobiert. Wissenschaftler hatten den Belag eigens entwickelt, er wurde mit Gummianteilen versehen und kam auf eine besondere, druckausgleichende Schicht.

Es ist jene Bitumendecke, die jetzt die gigantischen Blasen wirft. STEFFEN WINTER

BANKEN

Millionen im Pool

Über hundert Investmentbanker der Dresdner Bank klagen in London und New York ihre entgangenen Boni ein – mit guten Aussichten auf Erfolg.

Jonathan Sumptions schlohweiße Haare stehen ab, seine rechte Schulter zuckt vor Erregung. Mit hochrotem Kopf pendelt er vor seinem Stehpult hin und her: „My Lord, es ist absurd und pervers, wenn das Schicksal einer Bank bei der Bestimmung der Boni für ihre Mitarbeiter keine Rolle spielt." Sumption ist Londoner Anwalt der Commerzbank, die schon bessere Zeiten erlebt hat.

Über hundert ehemaligen Investmentbankern der Dresdner Kleinwort, der Investmentsparte der Dresdner Bank, ist das allerdings ziemlich egal. Sie haben beim Londoner High Court zwei spektakuläre Sammelklagen eingereicht und fordern insgesamt 50 Millionen Euro von der Commerzbank.

Und das, obwohl die Manager bei der Dresdner Bank einst für jene gefloppten Milliardendeals zuständig waren, die dem Institut zum Verhängnis wurden. Und obwohl die Commerzbank, nachdem sie die Dresdner übernahm, selbst an den Rand des Abgrunds rutschte und nur durch einen Einstieg des Staates gerettet werden konnte.

Vor dem Londoner Gericht geht es nicht um Moral, um Mitverantwortung oder Gerechtigkeit. Es geht um Paragrafen und Recht. Schon mehrmals musste die Commerzbank auf Geheiß des Londoner High Court Millionenboni an die Banker zahlen. Stefan Gütter, der ehemalige Vertriebschef des Investmentzweigs Dresdner Kleinwort, bekam etwa 3,25 Millionen Euro zugesprochen. Ein Handelschef kassierte mehr als 6 Millionen Euro.

Die Weltfinanzkrise ist in den Gerichtssälen angekommen – aber anders, als von vielen erhofft: Die Deal-Macher von einst sitzen nicht auf der Anklagebank, sie klagen selbst. Die Bankmanager, die nach dem Zusammenbruch ihrer Institute gegangen sind, fordern, wovon sie eh am meisten verstehen: Geld.

Über 150 Millionen Euro hat die Commerzbank mittlerweile gezwungenermaßen an ehemalige Führungskräfte gezahlt, die eine individuelle Bonuszusage für das Krisenjahr 2008 vorweisen konnten. Der Versicherungsriese Allianz, Alteigentümer der Dresdner Bank, hatte damals Angst, dass die Investmentbanker in Scharen die zum Verkauf stehende Bank verlassen würden. Insgesamt 400 Millionen Euro wurden im August 2008 für die Bonusgarantien an diejenigen zurückgestellt, die der Bank die Treue halten.

Im Londoner Prozess, der am Dienstag vergangener Woche begann, geht es nun um eine Vorentscheidung, ob die restlichen 250 Millionen Euro gezahlt werden müssen. In Frankfurt am Main lehnte eine Richterin solche Begehren in der ersten Instanz ab. Doch in angelsächsischen Ländern sieht es besser für die Banker aus. In New York etwa gab es am Mittwoch vergangener Woche eine erste Anhörung. Dort klagen 13 Investmentbanker nach Auskunft ihres Anwalts sogar das Dreifache ihrer vorenthaltenen Boni ein.

Für ihren Prozess in London hat die Commerzbank mit Sumption einen der besten und teuersten Anwälte engagiert. Doch nur einmal gelang es dem virtuosen Rhetoriker in seinem dreistündigen Plädoyer, den Richter aus der Fassung zu bringen.

„18,2 Milliarden Euro. Wirklich?", fragte der nach, als ihm der Anwalt erläuterte, dass der deutsche Staat der Commerzbank und ihrem Chef Martin Blessing nach der Übernahme der Dresdner mit eben dieser gewaltigen Summe beispringen musste.

Die Bonuszahlungen sind ein Politikum. „Es ist unverständlich, dass Banken, denen der Staat unter die Arme greift, in vielen Fällen gleichzeitig riesige Bonussummen auszahlen", sagt die Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Doch den gescholtenen Finanzjongleuren ist es ziemlich egal, ob ihr Geld indirekt aus staatlichen Kassen kommt. Sie pochen auf Zusagen. Und ihr Kronzeuge ist Stefan Jentzsch. Der ehemalige Chef der Investmentsparte der Dresdner Bank sprang seinen Kollegen in einer umfangreichen Zeugenaussage bei. Jentzschs Darstellung ist insbesondere für die Allianz äußerst peinlich. Danach musste deren Vorstandschef Michael Diekmann und Finanzvorstand Paul Achleitner jede Bonusentscheidung ihrer damaligen Tochterfirma Dresdner Bank oberhalb von 500 000 Euro und auch den Bonuspool über 400 Millionen Euro abnicken.

„Es war die Absicht der Führungskräfte in der Bank, dass der Bonuspool eine bindende vertragliche Verpflichtung war und die Boni an alle Arbeitnehmer ausgezahlt werden, die bis zum Ende des Jahres bei der Bank bleiben", legte Jentzsch dar. Die Bank habe wegen ihrer unsicheren Zukunft immer mehr gute Leute verloren und deshalb reagieren müssen.

„Allianz-Chef Diekmann hat sich immer als Mann präsentiert, der sein Wort hält", geht Jentzsch den Chef der Allianz frontal an. Die Investmentbanking-Industrie würde kollabieren, wenn man sich auf das Wort eines Mannes nicht mehr verlassen könne.

Offenbar fühlt sich Jentzsch, der mittlerweile einer der Partner der Investmentbank Perella Weinberg ist, von dem einstigen Großaktionär Allianz und auch von Diekmann persönlich getäuscht. Denn die setzten durch, dass am 19. Dezember 2008 die Gehaltsbriefe an die Investmentbanker mit dem Vorbehalt versehen wurden, dass sich keine negativen Überra-


REA FINANCIAL TIMES / LAIF



ALEX SEGRE / ALAMY



IMAGO

Bankmanager Jentzsch, Gerichtsgebäude in London, Commerzbank-Chef Blessing: *Es geht nicht um Gerechtigkeit, sondern um Geld*

schungen in den letzten zwei Monaten des Geschäftsjahrs ergeben würden.

Im Januar 2009 übernahm die Commerzbank dann die Kontrolle über die Dresdner. Eine Sonderprüfung ergab bei der Investmentbank Dresdner Kleinwort horrende Verluste in Höhe von 6,3 Milliarden Euro. Das lieferte Blessing die Rechtfertigung, dass die zugesagten Boni um mindestens 90 Prozent gekappt wurden. Nur die Banker in den Verwaltungsbereichen, die beispielsweise die Risikokontrolle ausübten, bekamen ihre Prämien in voller Höhe ausbezahlt.

„Ich hätte unter diesen Voraussetzungen dem Vorbehalt nie zugestimmt“, sagt Jentzsch heute. Er sei davon ausgegangen, dass nur dann die Boni einzelner Investmentbanker gekürzt werden könnten, wenn denen individuell klares Fehlverhalten nachgewiesen werden kann. Das Rechtsprinzip „pacta sunt servanda“ gelte, Verträge müssten eingehalten werden. Wenn das unzumutbar sei, müssten alle Boni gestrichen werden.

Die Anwälte der Finanzmanager argumentieren, dass viele ihrer Mandanten in Bereichen arbeiteten, die durchaus profitabel waren. Es entspricht ihrer Mentalität, dass sie ausschließlich ihre eigenen Geschäfte optimieren. Was mit dem Rest der Bank passiert, ist ihnen letztlich egal.

Nur wenige Investmentbanker drückten sich vergangene Woche auf die hintere Bank des High Court, als ihre Millionenforderungen verhandelt wurden. Die meisten sind schon wieder zu gut im Geschäft, um vor Gericht ihre Zeit zu vertrödeln. Sie zogen wie Söldner einfach zur nächsten Bank.

Auch Domenico Crapanzano, Emanuele Caloia und Claudio Pinto gehören zu den Klägern. Sie verlangen von ihrem alten Arbeitgeber beziehungsweise der Commerzbank jeweils mindestens zwei Millionen Euro für ihre Dienste im Jahr 2008.

Alle drei sind übrigens Spezialisten, die sich beispielsweise mit Zinsspekulationen für Anleihen europäischer Staaten wie Griechenland auskennen.

Die Banker wechselten zur US-Investmentbank Jefferies. Crapanzano und Pinto dirigieren dort ein Team von ehemaligen Dresdner-Kleinwort-Leuten. Das Geschäft brummt, gerade hat Jefferies für das neue Team seinen Handelssaal erweitert. Das lässt auch die Commerzbank nicht ruhen, die seit dem Einstieg des Staates eigentlich allzu spekulativen Geschäften abschwor. Die dort lockenden Gewinne sind offenbar zu verheißungsvoll. Sie stellt Händler ein, die wieder ähnliche Geschäfte wie Crapanzano und Co. tätigen sollen.

Die Commerzbank versichert aber, dass sie „variable, individuelle und leistungsabhängige Vergütung“ zahle. Man habe aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. CHRISTOPH PAULY

MANAGER

„Das war nicht dreist“

Multi-Aufsichtsrat Gerhard Cromme, 67, über die umstrittene Entscheidung, einen Siemens-Vorstand zum Chef des Düsseldorfer Stahlkochers ThyssenKrupp zu machen

SPIEGEL: Herr Cromme, mit ein bisschen Personalpolitik haben Sie eine Krise bei ThyssenKrupp gelöst und sich gleichzeitig ein schwerwiegendes Image-Problem eingehandelt. War es das wert?


OLIVER TJADEN

Cromme

Cromme: Weder das eine noch das andere existiert. Es ist uns gelungen, mehrere Personalfragen bei Siemens und bei ThyssenKrupp professionell zu lösen.

SPIEGEL: Professionell? Sie sind in beiden Konzernen Chef des Aufsichtsrats. Bei Siemens haben Sie das Vorstandsmitglied Heinrich Hiesinger abgeworben, um ihn bei ThyssenKrupp zum Chef zu machen. So etwas tut man eigentlich nicht. Und das ist mit der Verantwortung, die Sie für beide Unternehmen haben, kaum vereinbar.



Cromme: Es liegt keine Abwerbung vor, denn es handelt sich nicht um einen einseitigen, unabgestimmten Personalwechsel. In dem Fall gibt es ein in voller Transparenz und einvernehmlich geführtes Verfahren. Die Nachfolgeregelung bei Siemens mit Personalvorstand Siegfried Russwurm und der in Österreich tätigen Brigitte Ederer ist intern und extern auf große Zustimmung gestoßen.

SPIEGEL: Zunächst gab es einen gehörigen Aufschrei über Ihr dreistes Vorgehen.

Cromme: Das war nicht dreist. Seit Jahren gilt in der deutschen Wirtschaft die Regel, dass man guten Managern externe Aufstiegschancen nicht verbaut, wenn sie intern nicht möglich sind. Vor dem Hintergrund der Alterspyramide bei Siemens schied für Herrn Hiesinger ein weiterer Aufstieg dort aus. Sollte er darunter leiden, dass ich Aufsichtsratschef beider Konzerne bin? Das wäre doch absurd.

SPIEGEL: Sie werden sogar vom Ethikverband der Deutschen Wirtschaft kritisiert.

Cromme: Die Stellungnahme geht völlig am Problem vorbei. Die Ernennung von Herrn Hiesinger ist in voller Übereinstimmung mit dem Corporate-Governance-Kodex erfolgt …

SPIEGEL: … den Sie selbst mitverfassten.

Cromme: Und natürlich entspricht die Aktion auch der deutschen Gesetzgebung.

SPIEGEL: Sie setzen sich nicht zum ersten Mal über Umgangsregeln für Manager und Aufsichtsräte hinweg. 2001 sind Sie vom Vorstandsvorsitz bei ThyssenKrupp direkt an die Spitze des Aufsichtsrats gewechselt. Der von der Bundesregierung und Ihnen selbst erarbeitete Kodex kritisiert so ein Verhalten ausdrücklich, weil da zu viel Nähe entsteht. Haben Sie die Regeln für alle gemacht, nur nicht für sich?

Cromme: Die Regelung im Kodex, dass ein Vorstandsvorsitzender nicht unmittelbar in den Aufsichtsrat der gleichen Gesellschaft wechseln soll, stammt aus einer späteren Zeit. Ich konnte doch keine Regel brechen, die es bei meinem Wechsel noch gar nicht gab.

SPIEGEL: Die Personalie Hiesinger ist für beide Konzerne aber auch inhaltlich heikel.

Cromme: Wieso?

SPIEGEL: Bei Siemens fehlt mit Hiesinger eine der wichtigsten Führungspersonen, und bei ThyssenKrupp haben sich mehrere Manager jahrelang Hoffnungen auf die Nachfolge von ThyssenKrupp-Chef Ekkehard Schulz gemacht. Müssen Sie nicht fürchten, dass die jetzt abwandern?

Cromme: Noch mal: Wir haben die Nachfolge bei Siemens einvernehmlich und im Interesse von Siemens gut geregelt. Außerdem ist es nun mal so, dass es in jedem Vorstand nur einen Vorsitzenden gibt. Deshalb müssen nicht alle anderen frustriert sein. Im Vorstand von ThyssenKrupp gibt es tüchtige Manager, die in einer anspruchsvollen Aufgabe sehr erfolgreich arbeiten. Ich hoffe, dass sie ihre Arbeit fortführen, mein Vertrauen und meine Unterstützung haben sie.

SPIEGEL: Der Eindruck drängt sich auf, dass Sie mit der Personalie auch an Ihrer eigenen Karriere gebastelt haben.

Cromme: Mit Verlaub, ich bin 67 Jahre und habe mit den Aufsichtsratsmandaten gut zu tun. Von welcher Karriere reden Sie?

SPIEGEL: Es ist ein offenes Geheimnis, dass Sie die Nachfolge von Berthold Beitz als Vorsitzender der legendären Krupp-Stiftung übernehmen möchten, die mit 25 Prozent ja auch der größte Einzelaktionär bei ThyssenKrupp ist. Kritiker sagen, einige Ihrer Entscheidungen, wie etwa auch die Rückverlegung des Konzerns nach Essen, seien diesem Ziel letztlich untergeordnet.

Cromme: Ich bin stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung. Über die Nachfolge entscheiden Herr Beitz und das Kuratorium.

SPIEGEL: ThyssenKrupp hat 2009 milliardenschwere Verluste geschrieben und ist wegen der Abhängigkeit vom Stahl in die Kritik geraten. Was sind die wichtigsten Aufgaben für den neuen Chef Hiesinger?

Cromme: In den Jahren davor hat das Unternehmen milliardenschwere Gewinne erwirtschaftet. ThyssenKrupp ist und bleibt ein Werkstoff- und Technologiekonzern, dessen Produktpalette jedoch noch verbessert werden muss. Konkret wollen wir den Technologiebereich weiter ausbauen. Dazu haben wir nun auch die richtige Mannschaft. INTERVIEW: FRANK DOHMEN


RUPERT OBERHAEUSER / CARO

ThyssenKrupp-Hüttenwerk in Duisburg: *„Technologiebereich weiter ausbauen“*

Gewaltopfer in Kenia 2008

JOSEPH OKANGA / REUTERS

MENSCHENRECHTE

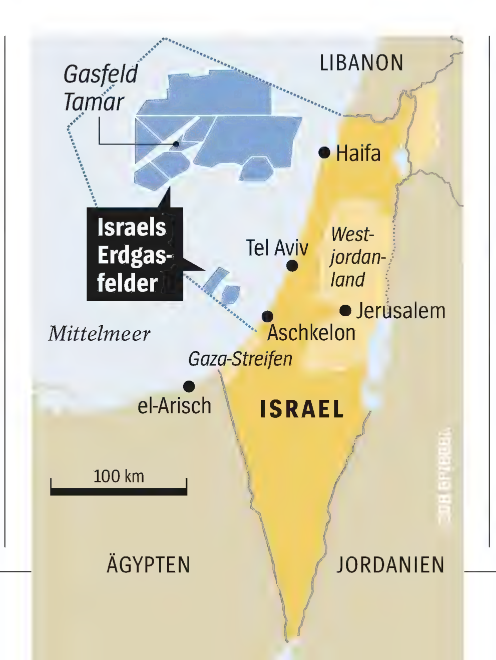
Nairobi auf der Anklagebank

Erstmals in der Geschichte des Internationalen Strafgerichtshofs ergreift der Chefankläger selbst die Initiative und macht ranghohen Politikern den Prozess. Bisher hatten immer Regierungen oder der Uno-Sicherheitsrat die Staatsanwälte und Richter in Den Haag angerufen. Am Wochenende aber wurde Oberfahnder Luis Moreno-Ocampo in Nairobi erwartet, um mit den konkreten Ermittlungen gegen die Drahtzieher der blutigen Auseinandersetzungen von Anfang 2008 zu beginnen. Bei den Unruhen, die dem manipulierten Wahlsieg von Präsident Mwai Kibaki gefolgt waren, hatten über 1300 Menschen ihr Leben verloren. Weil Kenias politische Elite und Justiz sich unfähig zeigten, die Hintermänner vor Gericht zu stellen, übernahm Moreno-Ocampo den Fall, um „beispielhaft zu zeigen, wie man mit solchen Gewalttaten umgeht". Vorermittlungen haben erhebliche Verdachtsmomente gegen 20 Politiker und Geschäftsleute ergeben. Moreno-Ocampo will sich auf drei bis sechs der mutmaßlich schlimmsten Täter konzentrieren, darunter wohl auch Minister der amtierenden Regierung. Eine Aussage gegenüber den Ermittlern ist nicht ohne Risiko: Viele Zeugen haben bereits Todesdrohungen erhalten.

NAHOST

Israel startet Energie-Offensive

Militärisch ist der jüdische Staat seinen arabischen Nachbarn überlegen, jetzt zeigt Israel auch bei der Energieversorgung Stärke. Die Erschließung mehrerer Gasfelder vor der israelischen Mittelmeerküste macht das rohstoffarme Land unabhängiger vom Import fossiler Brennstoffe aus dem Ausland – auch aus Arabien. Das Nachbarland Ägypten deckt bisher einen Großteil des israelischen Bedarfs an Erdgas ab, das durch eine Unterwasser-Pipeline von el-Arisch ins israelische Aschkelon gelangt. Mit der Erschließung des Gasfeldes Tamar etwa 80 Kilometer vor der Küste Haifas wäre Israel für die nächsten 20 Jahre nicht mehr auf Kairo angewiesen. Womöglich hält der Gasvorrat auch länger: Mehrfach korrigierten Experten die geschätzten Reserven bereits nach oben. „Israel ist damit total unabhängig", sagt Investor Jitzchak Tschuva, Eigentümer des Energiekonzerns Delek. Zu der Energieoffensive der Regierung Benjamin Netanjahus zählt auch der mögliche Bau eines Kernkraftwerks, das 2025 ans Netz gehen könnte. Um den Import von Rohöl zu senken, das mit Tankern nach Israel geschifft wird, fördert Jerusalem zudem die Einführung von Elektroautos.



RUSSLAND

Kampf um Moskau

Für einen der mächtigsten Männer Russlands rückt das Ende seiner Herrschaft deutlich näher. Jurij Luschkow, 73, seit 18 Jahren Oberbürgermeister der Elf-Millionen-Metropole Moskau, scheint endgültig jeglichen Rückhalt im Kreml verloren zu haben. Nur so ist die harsche Kritik zu deuten, die Luschkow derzeit einstecken muss. Der Oberbürgermeister plündere Moskau aus wie „ein Gemüsebeet, von dem er erntet“, empörte sich etwa jüngst Marat Gelman, Russlands berühmtester Galerist und Protegé von Präsident Dmitrij Medwedew. Zwar schätzte der Kreml den Stadtvater als Garanten stabiler Mehrheiten für die Partei „Einiges Russland“ des heutigen Premiers Wladimir Putin. Doch seit sich der Ex-Staatschef und sein Nachfolger Medwedew als Korruptionsbekämpfer profilieren wollen, steht Luschkow als geldgieriges Fossil der alten Sowjetunion am Pranger. Erst zwang eine neue Präsidialverordnung auch Luschkow, sämtliche Einkünfte offenzulegen. Heraus kam, dass der Oberbürgermeister und seine besonders geschäftstüchtige Ehefrau im vergangenen Jahr Einnahmen in Höhe von umgerechnet 700,2 Millionen Euro hatten. Dann ordnete Premierminister Putin eine Überprüfung der städtischen Baupolitik durch die Generalstaatsanwaltschaft an. Und nun häufen sich Anschuldigungen, Luschkow missbrauche seine Position, um die Geschäfte seiner Gattin zu befördern. Jelena Baturina, vom US-Magazin „Forbes“ auf 2,2 Milliarden Euro geschätzt, stieg während der fünf Amtszeiten Luschkows zur reichsten Frau des Landes auf. Luschkow bestreitet, seiner besser verdienenden Hälfte Vorteile verschafft zu haben. Eine Umfrage in Moskau aber zeigt: 65 Prozent der Befragten glauben ihm nicht.


ZHDANOV / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Medwedew, Luschkow

IRAN

„Hungerstreik für Besuchserlaubnis“

Der Teheraner Anwalt Massud Schafii, 55, über die drei US-Bürger Sarah Shourd, 31, Shane Bauer, 27, und Josh Fattal, 27, die seit neun Monaten im berüchtigten Evin-Gefängnis auf ihren Prozess warten

SPIEGEL: Ihre Mandanten waren im Irak zu einer Wandertour aufgebrochen. Wie kam es zur Festnahme?

Schafii: Das ist noch ungeklärt. Die Grenze zwischen Irak und Iran ist nicht markiert, Fremde können sich dort leicht verlaufen. Meine Mandanten sagen, dass sie sich auf irakischem Gebiet befanden, als sie von iranischen Grenzpolizisten gerufen wurden. Daraufhin bewegten sie sich auf die Patrouille zu und wurden mit der Begründung festgenommen, sie seien jetzt auf iranischem Gebiet. Angeblich geschah die Festnahme in der Nähe der iranischen Stadt Mariwan, zu Gewaltanwendungen soll es nicht gekommen sein.

SPIEGEL: Was wirft die Staatsanwaltschaft in Teheran den amerikanischen Bürgern vor?

Schafii: Die Anklage lautet auf unerlaubten Grenzübertritt. Der Fall wird vor einem Revolutionsgericht verhandelt. Iranische Politiker, darunter auch der Präsident, gehen in verschiedenen Aussagen weiter und bezichtigen meine Mandanten der Spionage. Da ich schon einige andere sicherheitsrelevante Mandate betreut habe, glaube ich, dass der Ausgang des Falls von dem politischen Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Iran abhängt.



Schafii

SPIEGEL: Ihre Mandanten drohen mit Hungerstreik. Wie verzweifelt sind sie?

Schafii: Ich weiß es nicht. Obwohl die Staatsanwaltschaft einen Angeklagten höchstens vier Monate in Untersuchungshaft behalten darf, sitzen sie noch immer ein, ohne dass ihr Verfahren eröffnet wird. Dabei haben seit sechs Monaten keine Vernehmungen mehr stattgefunden.

SPIEGEL: Haben Sie persönlichen Kontakt zu Ihren Mandanten?

Schafii: Nein, ich bekomme keine Genehmigung. Mit ihrem Hungerstreik wollen meine Mandanten erzwingen, dass ich eine Besuchserlaubnis erhalte.

SPIEGEL: Die US-Interessen werden in Iran von der Schweiz vertreten. Haben deren Diplomaten Zugang?

Schafii: In der ganzen Zeit durfte ein Vertreter der Schweiz die Inhaftierten nur dreimal besuchen. Erst nach größten Mühen meinerseits wurde ihnen gestattet, ein einziges Mal mit Angehörigen zu telefonieren. Die haben inzwischen einen offenen Brief an den iranischen Präsidenten geschrieben.

SPIEGEL: Wie werden die Amerikaner behandelt?

Schafii: Die beiden Männer teilen sich im Gefängnis eine Zelle, Sarah sitzt allein ein. Ihr geht es gar nicht gut: Sie ist bedrückt, sorgt sich sehr um ihre Gesundheit. Ich bemühe mich um die Genehmigung für eine medizinische Untersuchung. Immerhin haben die drei untereinander Kontakt. Sie dürfen täglich zwei Stunden gemeinsam im Gefängnishof frische Luft schnappen.



BEN STANSALL / AFP

Liberaler Clegg: *Prügel für den Star*

Labour-Führer Brown: *Nach dem Mehrheitsverlust*

GROSSBRITANNIEN

Perfektes Patt

Die Unterhauswahl bescherte allen großen Parteien Niederlagen: Labour verlor 91 Sitze, die Tories verpassten die Regierungsmehrheit, und die Liberaldemokraten sahen sich durch das Wahlrecht betrogen. Unter dem Druck der britischen Finanzkrise begann das Poker um die Macht.

Wenn Briten wählen gehen, passieren zuweilen seltsame Dinge. In Liverpool zum Beispiel gingen am Donnerstag die Wahlzettel aus. In Teilen von London, Sheffield, Manchester und Birmingham mussten Tausende Wahlwillige stundenlang anstehen – um dann zuzusehen, wie unerbittliche Helfer die Türen der Wahllokale zusperrten, ohne dass sie ihre Stimmen hatten abgeben können.

Manche wütenden Wähler wurden wenig später sogar von der Polizei vertrieben; es war kein schöner Moment für die, wie die Briten glauben, älteste Demokratie der Welt.

Das britische Wahlsystem von heute stammt überwiegend aus dem viktorianischen Zeitalter, und ähnlich wie die Kanalisation, die U-Bahn oder die technische Ausstattung der großen Londoner Wohnblocks zeigt es Defekte, die eine sehr umfassende Renovierung ratsam erscheinen lassen.

Es wird sogar höchste Zeit: Nach einer Kette von Spesenskandalen in den vergangenen Monaten hatten viele Briten ohnehin das Vertrauen in ihre Parlamentarier verloren. Die Pannenwahl vom vergangenen Donnerstag hat ihren Zynismus nur bestärkt.

Entsprechend fiel das Wahlergebnis aus. Eindeutig gewonnen hat eine einzige, kleine Partei. Im Seebad Brighton haben die Grünen mehr Stimmen bekommen als alle anderen Rivalen und damit ihr erstes und einziges Parlamentsmandat erobert, Jahrzehnte nach ihren Mitstreitern auf dem europäischen Festland. „Wir haben Geschichte geschrieben“, freute sich die neue Abgeordnete Caroline Lucas.

Die etablierten Westminster-Parteien haben auch Geschichte gemacht: als Verlierer. Premier Gordon Brown sind 91 Parlamentssitze abhandengekommen. Ihn wollen die Briten eindeutig nicht mehr sehen.

Doch nach dem voreilig siegessicheren Tory David Cameron verlangt es sie offenbar auch nicht sehr. Landesweit hat Cameron 36 Prozent der Stimmen bekommen, immerhin mehr als Tony Blair bei der Wahl von 2005. Dennoch hat ihm das unberechenbare britische Wahlsystem die Mehrheit der Parlamentssitze klar vorenthalten.

Prügel hat sogar der Star des Wahlkampfes bezogen, der Liberale Nick Clegg, dem Medien und Demoskopen eigentlich einen gewaltigen Stimmenzuwachs prophezeit hatten. Fast jeder Vierte hat immerhin für ihn gestimmt, aber im Parlament verfügt er dank des bizarren Wahlrechts über nicht einmal neun Prozent der Sitze, fünf weniger als bisher.

Wie von den Wahlforschern befürchtet, haben die Briten am Donnerstag damit die perfekte Version eines „hung parliament“ produziert, eines Patt-Parlaments. Kein Parteichef ist in der Lage, im Unterhaus die notwendigen 326 Stimmen zu mobilisieren.

Dies ist ein so rares wie gefürchtetes Ereignis. Zum ersten Mal seit 1974 herrscht komplette Ratlosigkeit angesichts der Frage: Wer darf, wer muss jetzt das Land regieren, sich mit einem voll-




eine Koalition der Geschlagenen?



ALL ACTION / ACTION PRESS (L.); LEFTERIS PITARAKIS / AP (R.)

Konservativer Cameron: *Voreilig siegessicher*

ständig neuen Parteiengefüge herumschlagen, dabei auch noch die Vertrauenskrise des Parlamentarismus überwinden und das riesige Haushaltsdefizit verringern, das die Labour-Regierung in der Folge der Finanzkrise aufgehäuft hat?

Die Wähler haben sich zwar geäußert, aber was sie sagten, war kaum zu verstehen. Brown, Cameron und Clegg erlebten am Freitag zwischen dem beginnenden Polit-Poker und nackter Angst vor einer sich beinahe stündlich verschärfenden Krise am Finanzmarkt die wohl schwierigsten Stunden ihrer Karrieren. Am Nachmittag wurde es still in London, die Akteure verschwanden in die Hinterzimmer. Am Abend trafen die Sekundanten von Clegg mit denen von Cameron zu ersten Geheimverhandlungen zusammen.

Die Queen war vorbereitet auf die Krise. Normalerweise empfängt sie ihren neuen Premierminister in den Morgenstunden. So hält sie es seit ihrem ersten, Winston Churchill. Üblicherweise verrichtet der Wahlsieger dann im Buckingham Palace zumindest im Ansatz ein altes Ritual: Mit gebeugtem Knie schwört er der Monarchin Treue. Daraufhin beauftragt sie ihn mit der Bildung einer Regierung. Um die Mittagszeit parkt der Möbelwagen des neuen Premiers in der Downing Street, noch vor dem Abend steht das Kabinett.

Dass es diesmal so nicht laufen würde, ahnten die Queen und ihre Berater seit Wochen. Die Königin ließ schon tags zuvor mitteilen, dass sie vor 13 Uhr auf gar keinen Fall Politikerbesuch empfangen würde. Sie hoffte vergebens, dass sich die Parteien bis dahin geeinigt hätten. Verfassungsexperten hatten die Briten vorsorglich darauf vorbereitet, was als Erstes passiert: Der unbeliebte Brown bleibt im Amt – solange kein anderer eine Mehrheit hinter sich gebracht hat.

Jetzt fiel dem Liberaldemokraten Clegg die Rolle des Königsmachers zu. Eine konservative Minderheitenregierung, geduldet von den Liberalen? Oder gar beide Parteien zusammengeschlossen in einer Koalitionsregierung, obwohl solche Parteibündnisse in Großbritannien von vornherein nur als moribunde Hilfskonstruktionen gelten? Oder womöglich doch eine Koalition der Geschlagenen, ein Bündnis der Liberaldemokraten mit Labour, dazu noch einigen schottischen Nationalisten und, vielleicht schon in Kürze, mit dem bisherigen Außenminister David Miliband als neuem Premier?

Über das Wochenende wollte Clegg sich beraten mit den Granden seiner Partei. Freitagabend sah es so aus, als könne sich die Entscheidung noch über Tage hinziehen.

Wenn er es wirklich will, könnte Clegg allerdings die uneindeutigen Unterhauswahlen noch im Nachhinein zu einem wahrhaft historischen Ereignis machen. Als Preis für seine Unterstützung des nächsten Premiers müsste er nur eine Wahlrechtsreform fordern. Wenn er sich durchsetzen kann, dürfte das britische Zweiparteiensystem dann vor dem Aus stehen. Für die Politik auf der Insel begänne eine neue Ära – eine, die das Land politisch mehr dem europäischen Normalzustand von Koalitionsregierungen annähern würde.

Bisher schickt jeder der 650 Wahlkreise einen Abgeordneten nach Westminster. Gewählt ist, wer im Wahlkreis die meisten Stimmen hat, auch wenn er beispielsweise nur 30 Prozent aller Wahlzettel erhält. Die Stimmen für die übrigen Kandidaten verfallen. Die Partei mit den meisten Wahlkreisen stellt den Premier.

Dieses System sorgt meistens für klare Mehrheiten im Parlament. Der Preis dafür ist die systematische Benachteiligung kleiner Parteien, die zu einem für viele Briten unerträglichen Demokratiedefizit führt: Regelmäßig ignoriert das System den Willen von bis zu zwei Dritteln der Wähler.

Denn gleichzeitig legt es die Entscheidung über das Endergebnis in die Hände nur weniger Wähler außerhalb der als sicher geltenden Parteihochburgen. Einige 100 000 Wechselwähler in den etwa 100 meistumkämpften Wahlkreisen bestimmen in Großbritannien, wer Premierminister wird.

Ist das demokratisch? Kaum. Der BBC-Kommentator Mark Easton drückt es so aus: „Die Demokratie tut sich manchmal schwer, die widersprüchlichen Aussagen des britischen Volkes angemessen zu reflektieren.“ Und Clegg, der große Profiteur einer möglichen Wahlrechtsreform, sagt schlicht: „Unser Wahlsystem ist kaputt.“

Seit Jahrzehnten drängt seine Partei auf eine Reform, bislang erfolglos. Jetzt hätte sie die Chance, ihre Kernforderung verwirklicht zu sehen. Browns Labour-Partei wäre durchaus willig. Die Konservativen zögern mit Zugeständnissen in Richtung auf ein Verhältniswahlrecht. Sie

fürchten, dass dies sie dauerhaft von der Macht ausschließen könnte.

Viel Zeit haben die Parteien nicht. Die Finanzmärkte drängen auf Klarheit und auf eine Perspektive dafür, wie das monströse Haushaltsdefizit bezwungen werden kann. Am Freitag haben die Aktienkurse deutlich nachgegeben. Sollte die politische Krise zu Wochenanfang anhalten, erwarten Experten einen möglichen Währungsverfall. „Dies sind“, glaubt der Kolumnist Will Hutton, „die wichtigsten Stunden unseres Lebens.“

So schien am Freitagabend Resignation die britische Hauptstadt zu beherrschen. Vor seinem Amtssitz gestand Brown seinem erfolgreichen Gegner Cameron das Recht zu, sich als Erster um die Bildung einer neuen Regierung zu bemühen.

Das hätte er nach der ungeschriebenen britischen Verfassung zwar nicht zu tun brauchen, aber die Vorstellung, nach einer solch verheerenden Niederlage gleich in Koalitionsverhandlungen einzutreten, mochte er den ohnehin unzufriedenen Wählern denn doch nicht zumuten. Es war, als vollzöge sich bereits ein kleines Stück Machtwechsel.

Der wäre bei Londons europäischen Partnern in Berlin, Brüssel und Paris alles andere als willkommen. Der „Economist“ hat erkannt: „Es ist beängstigend, wie sehr sich die britischen Tories und die europäischen Regierungschefs nicht verstehen.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel hegt einen regelrechten Widerwillen gegen den glatten Tory-Chef. „Das persönliche Verhältnis zwischen den beiden“, sagt ein deutsches Regierungsmitglied, „wird mindestens so schwierig wie das mit Nicholas Sarkozy“, dem französischen Präsidenten. Beim jüngsten Besuch in London hat Merkel den Kollegen Cameron demonstrativ geschnitten.

An europäischer Integration sind die Tories nicht im mindesten interessiert. Cameron hat seinen Wählern versprochen, eine Reihe bereits aufgegebener nationaler Befugnisse wieder von der EU zurückzuholen nach London. Zwar will der Parteichef einen offenen Krach mit den Partnern vom Kontinent tunlichst vermeiden, aber viele der neuen konservativen Westminster-Parlamentarier sind gestandene EU-Verächter, denen er nun etwas bieten muss. Eine beachtliche Minderheit der Tories würde am liebsten ganz aus der EU aussteigen.

Londoner Wettbüros allerdings geben einer Regierung Cameron, sollte es dem Tory-Chef doch noch gelingen, bald in die Downing Street einzuziehen, nur wenig Hoffnung auf Dauer: Auch 1974, nach dem letzten Parlamentspatt, hielt die neue Minderheitenregierung nur wenige Monate – dann mussten die Briten wieder an die Urnen.

MARCO EVERS



STEVE PETTEWAY / AP

Präsident Obama, Supreme-Court-Richter*
Club der Unantastbaren

USA

Obamas härtester Kampf

Bei der Neubesetzung am Obersten Gerichtshof geht es um mehr als eine Richterstelle. Auf dem Spiel steht das Programm des Präsidenten – und womöglich sein Vermächtnis.

Er schlingt das Mittagessen am Schreibtisch herunter, Salat mit Croûtons. Tom Goldstein ist ein beschäftigter Mann, Anwalt bei Akin Gump Strauss Hauer & Feld. Es ist eine der wichtigsten Kanzleien Washingtons, viele hundert Dollar kostet eine Stunde bei Goldstein, jede Minute ist wertvoll.

Doch ihm sitzen im Moment keine Klienten im Nacken. Ihn treibt eine Geschichte, die ganz oben auf dem Kapitol spielt: die Richtersuche am Obersten Gerichtshof. Weil der Veteran John Paul Stevens, 90, nach 35 Jahren im Amt seinen Rücktritt erklärt hat, muss Präsident Barack Obama einen neuen Richter auf Lebenszeit ernennen. Mit wenigen Themen befasst sich die politische Klasse der US-Hauptstadt derzeit lieber.

Das gilt vor allem für Tom Goldstein. Der Experte für Verfassungsrecht schreibt den einflussreichsten Blog über den Obersten Gerichtshof, Scotus heißt der, Supreme Court of the United States.

Normalerweise wird er eher von Rechtsexperten gelesen, von Eingeweihten. Doch in diesen Wochen bricht der Server fast unter dem Andrang zusammen. Alle wollen wissen, wer im Kandidatenkarussell derzeit vorn liegt: Merrick Garland, den Bill Clinton 1997 zum Bundesberufungsrichter ernannte? Oder Sidney Thomas, den Obama, wie auch Garland, bereits als möglichen Stevens-Nachfolger interviewt hat?

Wer immer Kandidat sein wird, muss sich auf einiges gefasst machen. Washington rüstet sich für eine ideologische Schlacht, die von den Insidern in den Kanzleien und Redaktionen der Hauptstadt bestimmt wird. Ihr Ausgang könnte das Land nachhaltiger verändern als manches umstrittene Gesetz.

Das muss Richard Viguerie niemand erklären. Er ist ein konservativer Aktivist und organisiert die PR-Offensive von rechts. Schon diese Woche könnte sich der Präsident für einen Kandidaten entscheiden. Millionen Broschüren will Viguerie dann binnen Minuten versenden, um das Anhörungsverfahren zu beeinflussen. Sie sollen erklären, warum die Wahl des Präsidenten schlecht für das Land ist.

Die Argumente liegen schon parat. „Wen auch immer er nominiert, wir sind vorbereitet“, sagt Viguerie. „Das amerikanische Volk soll sehen, wie radikal Obama wirklich ist.“

Elena Kagan, die amtierende Generalbundesanwältin und ehemalige Dekanin der Rechtsfakultät in Harvard – künftig am Obersten Gericht? Eine militärfeindliche Schwulenfreundin sei die Juristin, so würde es wohl in Vigueries Broschüre über sie stehen.

Diane Wood, derzeit Richterin am Berufungsgericht in Chicago, demnächst auf dem Capitol Hill? In ihren Urteilen kämpfe sie doch für Abtreibung und gegen Katholiken, so das längst vorbereitete Wood-Dossier der Opposition.

„Diese Richterdiskussion wird ein Spaß“, jubelt Aktivist Viguerie.

Die Grabenkämpfe noch vor der Festlegung des Präsidenten zeigen: Selbst die respektierteste Institution Washingtons ist von der Spaltung erfasst.

Denn eigentlich sind die Richter des Supreme Court Amerikas Unantastbare. Das Tribunal, das in einem klassizistischen Prunkbau residiert, ist die oberste Berufungsinstanz für alle US-Rechtsgebiete. Seine Urteile haben das Ende der Rassentrennung besiegelt, die Abtreibung legalisiert und eine Präsidentschaftswahl entschieden. George W. Bush siegte 2000 erst durch das Votum der Richter gegen Al Gore. Die neun Richter sind die wirklich Mächtigen der Hauptstadt – und dabei sind sie nicht einmal gewählt.

Der Präsident ernennt sie, mit Zustimmung des Senats, auf Lebenszeit. Obama darf nun schon den zweiten Richter auswählen. Der greise Stevens hat mit seinem Rücktritt eigens auf ihn gewartet. Bush hätte einen Konservativen benannt, das wollte der liberale Stevens verhindern.

Voriges Jahr benannte Obama Sonia Sotomayor, die erste Latina am Gerichtshof. Und es ist nicht auszuschließen, dass der Präsident sogar noch eine dritte Stelle neu besetzen kann. Vier Richter sind über 70 Jahre alt, einige haben Gesundheitsprobleme.

Zwar kann der Präsident den Richtern nichts vorschreiben. Manche, die als vermeintliche Parteigänger nominiert wurden, entschieden später dann ganz anders – so auch der scheidende Stevens, der sich, nachdem ihn der Republikaner Gerald Ford ernannt hatte, rasch zum Wortführer der juristischen Linken entwickelte.

Für Obama geht es deshalb jetzt um eine Richtungsentscheidung – in seiner jetzigen Besetzung wird das Gericht vom Weißen Haus oft als Hindernis für Obamas Agenda angesehen.

Vier stramm konservative Richter, darunter zwei jüngere, von Bush ernannte, stehen vier liberalen gegenüber, unter ihnen der scheidende Stevens.

Die entscheidende Stimme gehört Richter Anthony Kennedy. Der stimmt mal

* Anthony Kennedy (r.) und der rücktrittswillige John Paul Stevens (2. v. r.) in Washington 2009.

mit der einen Seite, mal mit der anderen. Um seine Stimme buhlen alle, er entscheidet häufig, welche Fraktion sich mit fünf zu vier Stimmen durchsetzt.

Diese Richter können über Obamas politisches Schicksal entscheiden. Bei ihnen werden die Klagen der US-Bundesstaaten gegen seine Gesundheitsreform landen und die bereits absehbaren Verfassungsbeschwerden gegen eine schärfere Regulierung für die Wall-Street-Zocker. Auch Obamas Klimaschutzgesetz und die geplante Einwanderungsreform werden wohl von den neuen Richtern überprüft.

Der oder die Neue soll nun Obamas Agenda sichern. „Er wünscht sich jemanden, der den liberalen Flügel des Gerichts zusammenhält und Richter Kennedy auf die Seite der Demokraten ziehen kann", sagt Anwalt und Blogger Tom Goldstein.

Und er soll gegen jemanden kämpfen: gegen John Roberts, den von Bush ernannten Vorsitzenden des Gerichts. Er ist der Anführer des rechten Flügels am Supreme Court.

Roberts, 55, sieht freundlich jungenhaft aus, seine Stimme wird niemals laut. Als er ins Amt kam, galt er vielen als ein Versöhner, wie Obama. Er absolvierte, wie der Präsident, die Harvard Law School. Trifft Obama auf seinen juristischen Gegner, plaudern sie meist höflich über ihre jungen Kinder.

„Sie sind zwei der klügsten Männer ihrer Generation – und intellektuelle Gladiatoren im Kampf um die Rolle des Staates in der amerikanischen Gesellschaft", schreibt die „New York Times".

Denn Roberts, der Verfassungsrichter, und Obama, der ehemalige Dozent für Verfassungsrecht, stehen für zwei diametral verschiedene Ansichten, welche Rolle das Oberste Gericht spielen soll – und für wen es Partei ergreifen müsste.

Als junger Senator widersetzte sich Obama 2005 Roberts' Nominierung durch Bush. Ihm fehlte beim Bewerber das Mitgefühl, das sich Obama vom Gericht wünscht. „Der Kandidat muss verstehen, dass in einer Demokratie die mächtigen Interessen nicht immer die Stimmen der einfachen Bürger übertönen dürfen", sagt Obama jetzt über seine Erwartungen an einen neuen Richter.

Die Republikaner spotten darüber: „Mitgefühl ist ein schöner Zug bei einem Trinkkumpan, aber nicht so sehr bei einem Obersten Richter", sagt Ed Gillespie, enger Rechtsberater von Bush.

Doch Obama will einen Verbündeten gegen Roberts. Der Präsident glaubt, dass der Supreme Court unter dessen Führung zur Interessenvertretung der Geschäftswelt geworden ist. Zu einem Gericht ohne Mitgefühl.

Besonders empört waren Obama und seine Demokraten, als der Oberste Gerichtshof im März alle Schranken für Firmenspenden an Parteien aufhob, was die Republikaner massiv begünstigen dürfte.

Dieses Urteil, schimpfte Obama bei seiner Rede zur Lage der Nation im Kongress, gefährde die Demokratie.

Die Obersten Richter saßen ihm in ihren schwarzen Roben direkt gegenüber. Sie schwiegen, wie es die Etikette gebietet. Doch Samuel Alito, ein enger Vertrauter von Roberts, wurde von den Fernsehkameras ertappt, als er kopfschüttelnd etwas murmelte, das manche als „Das ist nicht wahr" verstanden.



KEVIN LAMARQUE / REUTERS

Richter Roberts, Präsident Bush 2005: *„Schöner Zug"*

Auch gemäßigte Parteifreunde Obamas fürchten nach dem Streit um die Gesundheitsreform eine neue Welle von Auseinandersetzungen, welche das Weiße Haus weiter von seinen Vorhaben ablenken würde. „Der Präsident sollte jemanden suchen, der von beiden Seiten akzeptiert wird", meint Senatorin Dianne Feinstein, Mitglied des Justizausschusses.

Auch solle es Obama mit seiner Kritik am Hohen Gericht nicht übertreiben. Das lehre schon die Geschichte. 1937 wollte Franklin D. Roosevelt den Gerichtshof aushebeln – weil der sich gegen die umwälzenden Sozialreformen des „New Deal" sträubte.

Damals kündigte der Präsident an, das Gericht vergrößern und ihm genehme Richter berufen zu wollen. Das Vorhaben scheiterte kläglich, weil sich die Öffentlichkeit empörte und der Kongress meuterte.

Doch Roosevelt war ein geduldiger Politiker. Er wartete einfach, bis die alten starben und er neue Richter ernennen konnte, die seine Ansichten teilten. Ein paar Jahre später hatte er seine Mehrheit zusammen.

Allerdings: Roosevelt konnte insgesamt zwölf Jahre regieren. So viel Zeit hat Obama nicht. GREGOR PETER SCHMITZ



NEWSHA TAVAKOLIAN / POLARIS / STUDIO X

Regimegegner in Teheran im September 2009: *Aus Helden der Bewegung sind Hilflose geworden*

FLÜCHTLINGE

„Sie schlugen mich halbtot"

Knapp 2000 Oppositionelle der „grünen Revolte" sitzen nach ihrer Flucht aus Iran in der Türkei fest. Deutschland will etwa 20 aufnehmen, aber nur nach einem langwierigen Verfahren.

Ali Kantoori hat in seiner Erinnerung kein Bild von seinen Peinigern. Es sind die Stimmen, die sich in sein Gedächtnis eingebrannt haben. Man hatte ihm die Augen zugebunden und die Kleidung vom Leib gerissen. „Wenn wir mit dir fertig sind", sagte eine der Stimmen, „werden deine Haare so weiß sein wie deine Zähne."

Fünf Monate saß der Sportstudent im berüchtigten Evin-Gefängnis in Teheran, 25 Tage davon in einer Dunkelzelle. Während der Verhöre brachen ihm die Folterer mehrere Rippen, peitschten mit Elektrokabeln auf seine Fußsohlen. Manchmal, so erinnert sich der 29-jährige Iraner, zwangen sie ihn und andere Gefangene, auf dem Boden zu kriechen, den Schmutz aufzulecken, Tiergeräusche nachzumachen. Für eine Kaution von 120 000 Euro holte ihn die Familie schließlich aus der Hölle. Zumindest aus dieser.

Heute lebt Kantoori in Nigde, einer Stadt im Herzen der Türkei. Mit seiner Flucht Anfang März entging er einem erneuten Haftbefehl wegen „Propaganda gegen die Islamische Republik". Seine Haare sind nicht weiß geworden, aber Kantoori leidet unter schweren Depressionen und Asthmaanfällen.

Auch Tania Ahmadi hat sich in die Türkei abgesetzt. Die junge Ärztin hatte in einem Weblog die Steinigung von Frauen angeprangert. Und sie hatte mit der „grünen Bewegung" seit Sommer 2009 gegen das Regime von Mahmud Ahmadinedschad protestiert. So geriet sie in das Visier der Sicherheitsdienste. Im Januar verhafteten sie die 28-Jährige, die einst selbst im Evin-Knast zur Welt kam und deren Mutter, eine Kommunistin, dort kurz nach Tanias Geburt hingerichtet wurde.

„Sie sagten mir, ich würde dasselbe Schicksal erfahren wie meine Mutter", erzählt Ahmadi. „Dann schlugen sie mich halbtot." Mit inneren Blutungen, zeitweise halbtaub auf beiden Ohren, schickten die Folterer sie nach Hause. Kurz darauf sollte ihr Prozess beginnen. „Ich verließ das Land, so schnell ich konnte." Fluchtpunkt Zentralanatolien. Endstation Zentralanatolien?

Nach Schätzungen von Unterstützern sitzen knapp 2000 Dissidenten wie Kantoori und Ahmadi in der Türkei fest. Aus den Helden der Revolte sind Hilflose geworden, Flüchtlinge, die nur ihr Leben gerettet haben. Wochenlang hatten sie gegen die Wahlfälschung bei den Präsidentschaftswahlen demonstriert, hatten mit grünen Bändern und Fahnen dem Protest eine Farbe gegeben – bis das Regime ihren Widerstand brutal gebrochen hatte.

Die es überlebten und über die Grenze nach Norden schafften, hoffen nun auf die Aufnahme in einem westlichen Land. Doch gerade Deutschland scheint sich schwer damit zu tun. Zwar hat das Innenministerium Anfang März angekündigt, einige Oppositionelle aufzunehmen. Vergangene Woche wurden die Ministerialen in einem Bericht für den Bundestags-Innenausschuss etwas konkreter: Gemeint seien „Journalisten, Fotoreporter und andere Einzelpersönlichkeiten, die sich besonders für Menschenrechte und Demokratie in Iran eingesetzt haben". Außerdem Häftlinge, die in den Folterknästen Schlimmes durchgemacht hatten. Doch bis heute hat die Bundesrepublik noch keinen von ihnen ins Land geholt. Erst im Juni, so die Ansage aus dem Ministerium von Thomas de Maizière (CDU), werde es so weit sein – fast ein Jahr nach der Niederschlagung des Aufstands.

Das aber provoziert kritische Fragen: Wollte sich Berlin lange Zeit vor seiner Verantwortung drücken? Große Worte, keine Taten? Und tut Berlin auch jetzt nur das Nötigste und Billigste?

Am 3. März hatte Außenminister Guido Westerwelle (FDP) vor dem Uno-Menschenrechtsrat in Genf die Deutschen zur Schutzmacht der grünen Bewegung ausgerufen; die Journalisten, die Gewerkschaftler, all die Bürger, die nur eingefordert hätten, was ihnen die Verfassung garantiere – „Sie alle sollen wissen: Wir sind fest an ihrer Seite". Fünf Tage später kündigte das Innenministerium an: Deutschland nehme Iraner auf, in begründeten Einzelfällen, als Zeichen der Solidarität. Es handele sich um Iraner im Ausland, und jeder wusste: Es ging um die geflüchteten Dissidenten in der Türkei.

Doch neun Wochen nach den starken Auftritten sehen die deutschen Unterstützer der Flüchtlinge nur schwache Fortschritte. „Ich habe den Verdacht, Deutschland wartet ab, bis andere Länder die Flüchtlinge aufgenommen haben, um

Geld zu sparen, um keine Scherereien mit Iran zu bekommen“, mutmaßt Mehran Barati, iranischer Exilpolitiker mit Wohnsitz Berlin. „Es kann doch nicht sein, dass eine Bundesregierung, die Flüchtlinge aufnehmen will, dafür vier Monate braucht.“

Barati zählt nicht erst seit März, sondern seit Januar. Damals hatte er dem Auswärtigen Amt eine Liste mit 70 Namen und Biografien übermittelt. Es war ein Dossier über Gefolterte, Geflohene und Gestrandete, die seit Monaten in der Türkei festsaßen, in ständiger Angst vor iranischen Geheimagenten.

Zwar haben sich die meisten beim Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR gemeldet und müssen seitdem keine Abschiebung befürchten. Aber erwünscht sind sie nicht. Zu gut sind die Beziehungen der Türkei zum Mullah-Regime, zu sehr sind die Türken an mehr Gas aus Iran interessiert.



JOSE GIRIBAS / ROPI

Innenminister de Maizière, Außenminister Westerwelle: *„Wir sind fest an ihrer Seite“*

Flucht nach Deutschland

Asylanträge von Iranern

	2006	2007	2008	2009	Erstes Quartal 2010
Beantragt*	611	631	815	1170	
Anerkannt**	10,5 %	21,7 %	34,7 %	48,0 %	55,7 %

* Erstantrag
** Asylberechtigte und Personen mit Flüchtlingsschutz

DER SPIEGEL

Deshalb hoffen nun viele Oppositionelle auf eine Zukunft im Westen. Doch zumindest die Chance auf eine Reise nach Deutschland ist klein.

In einer Runde mit Innenministerialen von Bund und Ländern war von 20 Flüchtlingen die Rede, die man aufnehmen könne. Zu wenig, wie Barati kritisiert – Frankreich nehme 40, das kleine Norwegen sogar 140. Ein Vorwurf, für den das Bundesinnenministerium kein Verständnis hat: „Wenn man sich das gesamte Leid ansieht, erscheint jede Zahl zu niedrig. Aber dass gerade diejenigen kritisiert werden, die helfen, ist nicht nachvollziehbar“, erklärt der Parlamentarische Staatssekretär Ole Schröder (CDU). Und das Verfahren? Nein, das sei „das übliche Aufnahmeprocedere“, es werde nicht gebummelt, schon gar nicht aus politischen Gründen.

Dafür spricht immerhin, dass Deutschland bei iranischen Flüchtlingen in jüngster Zeit immer großzügiger geworden ist. So erkannte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Jahr 2008 nur 35 Prozent der Asylanträge von Persern an, 2009 dagegen schon 48 Prozent und im ersten Quartal 2010 sogar 56 Prozent – bei stark steigenden Zahlen. Dass Berlin nun ausgerechnet bei den Dissidenten mauern sollte, erscheint wenig plausibel.

Tatsächlich kann die Regierung mit einer Chronologie belegen, dass sie nicht mutwillig getrödelt hat. Schon drei Tage nach der Entscheidung von de Maizière am 2. März hatten seine Ministerialen alle Länder angeschrieben: Sie sollten sich bitte auf die Aufnahmeaktion vorbereiten.

Am 11. März ging es mit den Kollegen vom Auswärtigen Amt und dem UNHCR um Zuständigkeiten, am 19. März schickte das Außenministerium eine Liste mit möglichen Kandidaten ans Innenressort, am 22. März stimmten sich beide Häuser über die Namen ab, und dann so weiter – Listen aktualisieren, bei den Ländern abfragen, wer wie viele Flüchtlinge nehmen könnte, am 22. April ein Erlass des Innenministers: Das BAMF solle Vertreter in die Türkei schicken, um die Bewerber zu interviewen. Stimmen deren Angaben? Wie lassen sie sich in Deutschland eingliedern und wo am besten? Nächste Woche sollen die ersten dieser Gespräche laufen. Dann brauchen die Beamten aber immer noch Zeit: für das Visum, um den Zeitpunkt für die Ausreise festzulegen, ein Flugticket zu besorgen.

Es ist das übliche Verfahren, sehr deutsch eben. Sicher, es gab auch mal zwei Wochen Pause um Ostern herum, aber nichts, was auf ein Aussitzen, Aushungern hindeuten würde. „So ein Vorwurf ist grober Unfug“, sagt denn auch Wolfgang Bosbach (CDU), der Innenausschuss-Vorsitzende im Bundestag. Man ist nur gründlich, und man ist sehr vorsichtig, um keine diplomatischen Zwischenfälle zu provozieren. Der Umgang mit den Türken gilt als heikel.

Während nämlich Malta kürzlich noch sehr dankbar für die Zusage war, dass Deutschland dem Inselstaat 100 Bootsflüchtlinge abnimmt, wollen die Türken auf keinen Fall den Eindruck entstehen lassen, sie könnten mit dem Flüchtlingsproblem überfordert sein. „Eine Pressekonferenz bei der Ankunft der ersten Iraner wird es mit Sicherheit nicht geben“, sagt ein deutscher Regierungsbeamter.

Deshalb kann man die Bemühungen nun so oder so sehen: Aus Sicht der Behörden, die tun, was sie immer tun, ganz nach Vorschrift. Und aus Sicht der Flüchtlinge, die, so Barati, jeden Tag fragen: „Wann kommen wir hier endlich raus?“

Mohammad A. und Zahra Z. wollten jedenfalls nicht länger warten, bis die Beamten so weit sind. Sie schlugen sich selbst nach Deutschland durch, leben nun in einer Flüchtlingsunterkunft in Hessen. Mohammad trägt stolz ein T-Shirt, grün wie die Bewegung, für die er sein Leben riskierte. 22 000 Euro waren der Preis für ein Ticket in die Freiheit.

Schlepper hatten sie nachts an die türkische Grenze gebracht. Über Izmir ging es nach Athen, Mailand, bis zu einer Bushaltestelle in der Frankfurter Innenstadt. Am Ende waren sie fünf Monate unterwegs. Mohammad musste miterleben, wie neben ihm, versteckt in einem Kühllaster, ein 16-jähriger Flüchtling erfror. Doch schlimmer als all die Strapazen der Reise wog die Angst, verhaftet und zurück nach Iran geschickt zu werden.

In Hessen hat das Paar nun Asyl beantragt. „Wir sind geflohen, weil wir keine andere Möglichkeit sahen, unser Leben zu retten“, sagt Mohammad. „Und auch die Iraner, die noch in der Türkei warten“, fügt Zahra hinzu, „sind wie wir nicht freiwillig zu Flüchtlingen geworden.“

Jürgen Dahlkamp, Simone Kaiser, Daniel Steinvorth



LORENVU / SIPA

Polizei-Ermittler in New York beim Abtransport des für den Anschlag präparierten Wagens: *„Tod und Zerstörung ins Herz von Manhattan“*

TERRORISMUS

Feinde von nebenan

Nach dem missglückten Angriff auf dem New Yorker Times Square wächst in Amerika die Angst vor Extremisten aus dem eigenen Land – ausgebildet und gelenkt durch pakistanische Taliban.

Die Frau des Attentäters sagt, sie liebe „Mode, Schuhe, Handtaschen, Shopping und natürlich Faisal“. So steht es auf ihrer Seite im sozialen Netzwerk orkut.com. Im Fernsehen sieht sie am liebsten Serien wie „Everybody loves Raymond“ und „Friends“, unter ihren „derzeitigen Aktivitäten“ listet sie auf: „Windeln wechseln, Babys füttern, nicht genügend schlafen“.

Ihr Mann Faisal Shahzad, der mutmaßliche Attentäter, mag Ray-Ban-Brillen, George Clooney und malt gern. Er hat einen Abschluss an der Bridgeport-Universität in Connecticut gemacht und ein 273 000-Dollar-Haus mit Garten für sich und seine Familie gekauft, Englisch spricht er ohne Akzent.

Die FBI-Ermittler, die nach dem Anschlag am Times Square seine letzte Wohnung in Bridgeport durchsuchten, entdeckten in dem Apartment eine Hantelbank, eine DVD des Clooney-Films „Up in the Air“ sowie Aquarellfarben und Pinsel.

Es sah nicht aus wie die Wohnung eines Terroristen, eines Mannes, der in Pakistan den Umgang mit Sprengstoff geübt haben soll und der wohl mit Talibankämpfern in Nord-Waziristan in Kontakt stand. Eines Einwanderers, der sich regelmäßig die Videos des in Amerika geborenen Hasspredigers Anwar al-Awlaki anschaute. Und der am vorvergangenen Wochenende einen mit Benzin, Propangas und Kunstdünger beladenen Geländewagen am New Yorker Times Square parkte, um ihn dort inmitten der dichten Menschenmassen in die Luft zu jagen – was ihm allerdings nicht gelang.

Faisal Shahzad ist 30 Jahre alt, 11 Jahre hat er in den USA gelebt, bevor er sich zum Krieg gegen das Land entschloss. Seither gehört er zu den Leuten, vor denen Amerika sich nun zunehmend fürchtet: zu den „home grown terrorists“, den Terroristen von nebenan.

Seit einem Jahr hatte der in Pakistan geborene Shahzad die amerikanische Staatsbürgerschaft. Seine Frau, Tochter einer pakistanischen Akademikerfamilie, wurde hier geboren, seine beiden Kinder ebenso. Shahzads Anschlag misslang, weil die Zünder seiner selbstgebastelten Bombe versagten. „Er wollte Tod und Zerstörung ins Herz von Manhattan bringen“, so Justizminister Eric Holder.

Lange Zeit haben die Amerikaner geglaubt, die Radikalisierung der im eigenen Land lebenden Muslime sei vor allem ein britisches, französisches oder deutsches Phänomen. In den USA, so beruhigten sie sich, seien die Muslime besser integriert, weniger an den Rand der Gesellschaft gedrängt und im Übrigen oft wohlhabender als in Europa. Hier gibt es Akademiker unter ihnen, leitende Angestellte, Erfolgsgeschichten.

Mittlerweile aber befürchten die Sicherheitsbehörden, dass die „neue Bedrohung vielleicht gar nicht mehr von einer zentralen Qaida ausgeht, sondern von hier lebenden Einwanderern und amerikanischen Staatsbürgern, die ein scheinbar normales Leben in unseren Städten führen“, sagt Michael Sheehan, ehemaliger Anti-Terror-Experte unter George W. Bush und Bill Clinton.

Allein fünf Fälle von Terrorismus aus dem eigenen Land registrierte das Institut für strategische und internationale Studien im vergangenen Herbst. Dazu gehörte der tödlichste Angriff auf amerikanischem Boden seit dem 11. September 2001: der Amoklauf des US-Militärpsychiaters Nidal Hasan, der am 5. November 2009 auf der Militärbasis Fort Hood in Texas 13 Menschen erschoss. Auch Hasan, ein in den USA geborener Sohn palästinensischer Einwanderer, hatte zuvor E-Mails mit dem radikalen Prediger Anwar al-Awlaki im Jemen ausgetauscht.

Einen Monat später verhaftete die pakistanische Polizei im Punjab fünf junge US-Staatsbürger, Studenten und Söhne von Geschäftsleuten, die überraschend aus Washington, D.C., verschwunden waren. In Pakistan hatten sie versucht, mit militanten Gruppen und Qaida-Vertretern Kontakt aufzunehmen.

Ebenfalls im Herbst erhob ein amerikanisches Gericht Anklage im Fall von acht US-Studenten somalischer Herkunft, die sich bis nach Somalia durchgeschlagen hatten, um dort in den Reihen der radikalislamischen Schabab-Milizen zu kämpfen.

Anfang des Jahres sorgte schließlich „Jihad Jane“ in den USA für Aufsehen, eine 46-jährige blonde Amerikanerin, die eigentlich Colleen LaRose heißt und den schwedischen Karikaturisten Lars Vilks ermorden wollte. Vilks hatte den Propheten Mohammed als Hund gezeichnet.

Nun also Faisal Shahzad, Sohn aus gutem Hause, Sprössling eines pakistanischen Militärs. Shahzads Vater war ein angesehener Zwei-Sterne-Luftwaffengeneral, mittlerweile im Ruhestand. Die Familie besitzt neben anderen Wohnsitzen in Pakistan eine Villa in Hayatabad, dem Reichenviertel von Peschawar. Wie viele Kinder der pakistanischen Militärführung erhielt Shahzad ein Stipendium für sein Studium in den USA. Ein Bruder und eine seiner Schwestern leben noch heute in Kanada.

Shahzad wächst in einem modernen Haushalt auf, er geht nicht zur Koranschule, er ist nicht besonders religiös. Bei seiner Hochzeit in Peschawar vor sechs Jahren tanzen Männer und Frauen sogar zusammen – „eine absolute Ausnahme“, erinnert sich ein Gast. „Er war immer aufgeschlossen, trug T-Shirts, liebte Musik und Computerspiele, ging ins Fitnessstudio, er war kein Fanatiker“, sagt Kifayat Ali, ein Verwandter.

Zunächst arbeitet Shahzad bei der Kosmetikfirma Elizabeth Arden, später geht er als Analyst zu einer Marketingesellschaft nach Connecticut. Das Leben von Faisal Shahzad ist scheinbar das eines strebsamen Immigranten: Im Sommer gibt es Barbecue im Garten, seine hübsche Frau trägt die dunklen Haare gern offen, die Kinder lernen Englisch.

Das geht so bis zum Mai 2009, da kündigt er auf einmal seinen Job, bietet sein Haus zum Verkauf an und fährt mit Frau und Kindern zurück nach Pakistan.

Als er ihn dort bei einer Feier sah, berichtet ein Freund der Familie, habe Shahzad völlig verändert gewirkt: „Er saß die ganze Zeit still auf dem Sofa, so als ob er Sorgen hätte.“ Zu dieser Zeit hatte er wohl schon den Plan für ein Attentat gefasst, das zumindest gab er nun seinen Vernehmern zu Protokoll.

53 Stunden nach dem gescheiterten Anschlag wird Shahzad festgenommen, auf dem John-F.-Kennedy-Flughafen in einer Maschine der Fluggesellschaft Emirates auf dem Weg nach Dubai. Warum sie so lange gebraucht hätten, soll er die Beamten gefragt haben.

Seitdem redet er und kooperiert mit dem FBI: Die Drohnen-Anschläge, mit denen die Amerikaner im pakistanischen Grenzgebiet zu Afghanistan Taliban jagen, hätten ihn wütend gemacht, sagte Shahzad den Ermittlern, Freunde von ihm seien dabei getötet worden. Der Kleriker Anwar al-Awlaki, der weltweit einen Ruf als erfolgreicher Werber für die Qaida genießt, habe ihn inspiriert.

Im Dezember und Januar habe er sich dann mit Taliban-Kämpfern im Norden Waziristans getroffen, von ihnen sei er später auch im Umgang mit Sprengstoff geschult worden. Zum Schluss habe er sich dann unter Druck gesetzt gefühlt, er habe Angst gehabt, seiner Familie stoße etwas zu, falls er die Mission nicht ausführe. Im Februar sei er in die USA zurückgekehrt, seine Familie hatte er auf dem Heimweg in Saudi-Arabien abgesetzt.

Wenn stimmt, was Shahzad erzählt – und bisher sehen die Ermittler keinen Grund, an seinen Aussagen zu zweifeln –, dann haben die bisher nur lokal operierenden pakistanischen Taliban-Verbände ihr Aktionsgebiet dramatisch ausgeweitet, dann stehen Gruppen wie die Jaish-i-Mohammed, die sich bisher vor allem im Konflikt um Kaschmir hervorgetan hatten, hinter dem Anschlag am Times Square. Dann greifen die Taliban nun Amerika zu Hause an.

„Angesichts der Größe der pakistanischen Taliban-Gruppen würde dies eine vollkommen neue Bedrohungslage jenseits von al-Qaida ergeben“, sagt der ehemalige CIA-Terrorbekämpfer Charles Faddis, „Gruppen, die auf Südasien begrenzt waren, haben ihre Fähigkeit demonstriert, uns zu erreichen. Und wir werden wahrscheinlich noch sehr viel mehr davon sehen.“

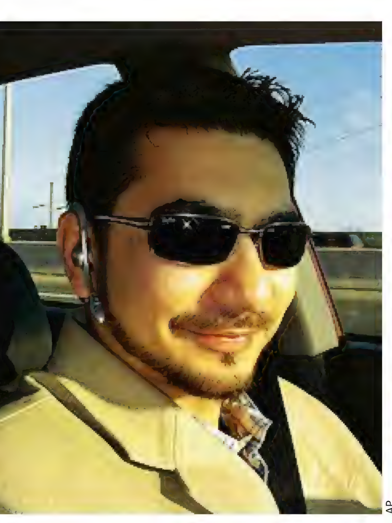
Es gibt ein Vorläufermodell für den Anschlag vom Times Square: Im vergangenen September wurde der US-Bürger Najibullah Zazi, ein gebürtiger Afghane, festgenommen, weil er Sprengstoffanschläge auf die New Yorker U-Bahn geplant hatte. Auch Zazi war in pakistanische Trainingslager gereist, auch er kam mit einem Auftrag zurück. Er sollte den Feind zu Hause angreifen. Zurzeit steht er in New York vor Gericht, er hat sich in allen Punkten schuldig bekannt.

Nur wenige in der US-Regierung hätten eine Bedrohung auf heimischem Boden für möglich gehalten, sagt Roger Cressey, der als Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates die Drohnen als Mittel im Anti-Terror-Krieg etablierte: „Auch wenn es entsprechende Warnungen von Taliban-Führern gab, wir haben immer gedacht, sie seien dazu gar nicht fähig.“

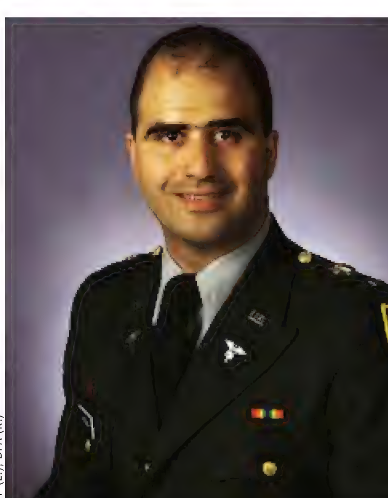
Die Drohneneinsätze im Grenzgebiet zu Afghanistan, deren Zahl der Demokrat Barack Obama seit seinem Amtsantritt deutlich erhöht hat, hält Cressey trotzdem nach wie vor für das „effektivste Werkzeug, das wir im Kampf gegen al-Qaida und die Taliban haben“.

Sogar dann, wenn sich herausstellen sollte, dass der gescheiterte Anschlag vom Times Square die erste Antwort der Islamisten auf die gezielten Tötungen im Auftrag des Präsidenten war.

John Goetz, Susanne Koelbl, Sohail Nasir, Britta Sandberg


AP


AP

AFP (L.); DPA (R.)


Terrorverdächtige Shahzad, Zazi, LaRose, Hasan: *„Staatsbürger, die ein scheinbar normales Leben in unseren Städten führen“*

AFGHANISTAN

Der schöne Traum

Mit viel Geld fördert der Westen den Aufbau einer neuen Zivilgesellschaft am Hindukusch. Doch die Lage hat sich kaum verbessert, viele Afghanen wünschen sich die Taliban zurück. Eine Erkundung vor Ort. *Von Christian Neef*

Am 1. Mai kam es im Beausejour-Stadion von Castries auf Saint Lucia zu einem Ereignis, das vor kurzem niemand für möglich gehalten hätte.

Auf der Karibikinsel St. Lucia und in anderen Staaten der Region veranstaltet der Internationale Cricket-Verband ICC derzeit sein Turnier WorldTwenty20, das die weltbesten Cricket-Teams vereint.

Zum Top-Spiel am 1. Mai trat Indien gegen Afghanistan an.

Indien gegen wen? Die Millionen-Profis aus Delhi gegen eine Truppe ehemaliger Flüchtlinge aus Kabul, wo es nur einen einzigen Cricket-Platz gibt?

Die Meldung stimmt. Der märchenhafte Aufstieg des Nationalteams um Star-Bowler Hamid Hassan ist eine der wenigen Nachrichten, mit denen Afghanistan, das sonst nur Hiobsbotschaften produziert, die Welt noch zu überraschen vermag.

Cricket ist die neue Nationalsportart am Hindukusch. Eine Truppe ohne Sponsoren, ohne Trikots, ohne Rasenplatz – und mit Spielern, die lange in einem heruntergekommenen Kabuler Hotel nächtigten, zu dritt in einem Bett – hat es in zwei Jahren von der letzten in die erste Division des Internationalen Cricket-Verbands ICC geschafft. Afghanistan, von Platz 130 der Weltrangliste auf Platz 14 vorgeschnellt, mischt nun ganz oben mit. Gemeinsam mit alten Cricket-Hasen wie Australien, Südafrika oder Indien.

Das ist so, als spielten die Reinickendorfer Füchse plötzlich in der Champions League des europäischen Fußballverbands.

Egal, dass Cricket vom früheren Erzfeind, den Briten, erfunden worden ist, egal, dass es fast nur in den Commonwealth-Staaten gespielt wird und seine Regeln dem Rest der Welt unverständlich sind – der Erfolg hat in den Afghanen ein Gefühl geweckt, das sie bisher kaum kannten: den Stolz auf ihr Land.

Beweist dieser Triumph, dass es aufwärts geht am Hindukusch?

Bislang ist in den Meldungen aus Afghanistan von Selbstmordattentätern die Rede oder von amerikanischen Bombardements, vom erneuten Boom beim Mohnanbau in diesem Jahr oder vom Vormarsch der Taliban. Erfreuliches findet sich kaum, und nur selten etwas über den Wiederaufbau, den der Westen auf seine Fahnen geschrieben hat.

Wie normal ist inzwischen der Alltag in Afghanistan?

Laut einer Umfrage vom Januar sehen angeblich 70 Prozent der Afghanen ihre Heimat auf dem richtigen Weg – 30 Prozent mehr als im vorigen Jahr. Ist dieser Stimmungswandel repräsentativ?

Zweifel sind erlaubt. Wer weiß, wie im Land der selbstherrlichen Warlords Wahlergebnisse zustande kommen, wird erst recht nicht irgendwelchen Umfragen glauben. Mehr als 35 Milliarden Dollar Entwicklungshilfe hat die Welt seit 2002 nach Afghanistan gepumpt. Kaum ein Cent davon sei bei der Bevölkerung angekommen, behauptete der namhafte amerikanische Strategieexperte Anthony Cordesman vorige Woche in Washington.

Ein Drittel der Bevölkerung lebe weiter in absoluter Armut, untermauert ein Report der Uno-Kommissarin für Menschenrechte diesen Befund: Afghanistan bleibe das Land mit der zweithöchsten Müttersterblichkeit in der Welt, nur etwa jeder Fünfte habe Zugang zu sauberem Trinkwasser, und drei von vier Afghanen über 15 Jahre könnten noch immer nicht lesen und schreiben.

Ist also der „Wiederaufbau“ Afghanistans ebenfalls nur eine Farce oder eine Schutzbehauptung jener Regierungen, die zu Hause den Einsatz ihrer Soldaten rechtfertigen müssen? Woran lassen sich Fortschritte am Hindukusch messen: an der Zahl der Burkas, der Länge neuer Verkehrswege oder dem Bestand an Mädchenschulen, wie es der Westen gern tut?

Antworten finden sich bei Lehrern in Kandahar, bei Dorfältesten in Jalalabad, bei den Eisenbahnbauern von Herat oder in den Maklerbüros, den Hochzeitspalästen und den Cricket-Clubs von Kabul.

Lailoma Popal ist heute wie jeden Tag in ihre Schule gegangen, ins „Zarghona Ana“, eines der Mädchengymnasien von Kandahar. Es trägt den Namen der Mutter von Ahmed Schah Durrani, jenem Herrscher, der 1747 das Durrani-Reich gründete und den Grundstein für das moderne Afghanistan legte. Sein prächtiges Mausoleum steht wenige Kilometer vom Gymnasium entfernt.


PHILIP POUPIN

Basar in Kandahar: *„Das hier ist eine völlig*


PHILIP POUPIN

Wohnviertel in Kandahar: *„Bei den Taliban hatten*

In der Nacht hat es ganz in der Nähe einen Bombenanschlag gegeben, mit Hilfe eines Eselskarrens – ein Novum selbst im notorisch unruhigen Kandahar, in dem sich fast jeden Tag ein Selbstmordattentäter in die Luft sprengt. Die Mädchen sind trotzdem zur Schule gekommen. „Obwohl die Eltern kein gutes Gefühl dabei haben“, wie Popal sagt. Sie ist die Direktorin vom „Zarghona Ana“.

Popal schaut kurz in die 12 A, auch die ist vollständig da, eine Mathematikstunde läuft, der weißbärtige Ingenieur Mahmud weist ein gutes Dutzend paschtunischer Töchter in die Welt der Sinuskurven ein.



andere Welt“



MIKHAIL GALUSTOV / DER SPIEGEL

Feiernde Geschäftsleute in Kabul: *Demonstration des „Seht-wir-haben-es-Geschafft“*



wir zwölf Stunden Strom am Tag“



MIKHAIL GALUSTOV / DER SPIEGEL

Private Neubauten in Kabul: *Grundstückspreise um das Vierzigfache gestiegen*

Sinuskurven in Kandahar! In der Hochburg der Taliban, die noch heute als Hauptstadt der Koranschüler gilt. In der Frauen noch weniger Rechte haben als in Masar oder Faizabad. Wo es früher verpönt war, die Mädchen auch nur in die Nähe einer Schule kommen zu lassen. Als Popal hier anfing, vor acht Jahren war das, wurden die Mädchen auf der Straße angepöbelt, wenn sie zum Gymnasium wollten. „Warum geht ihr dahin?“, fragten die Leute empört.

Das habe sich jetzt geändert, jetzt sei nur noch die Angst vor den Bomben da, behauptet Lailoma Popal, die Eltern wollten auch ihre Mädchen um jeden Preis auf die Schule geben. Sie wollten, dass sie später an der Universität von Kandahar studieren, dass sie es vielleicht sogar bis nach Kabul schaffen oder eines der Stipendien bekommen, welche die Inder gestiftet hätten. 1700 Schüler seien jetzt da, ihre 60 Lehrer müssten in drei Schichten unterrichten.

„Und trotzdem: Das hier ist eine völlig andere Welt als Kabul, und niemand weiß, wohin sie sich bewegt“, sagt Popal.

Dieses Gefühl beschleicht jeden Fremden, der sich in die quirlige, schmutzige Stadt begibt, die das nächste Ziel einer westlichen Großoffensive ist.

In wessen Hand ist Kandahar, die zweitgrößte Stadt Afghanistans?

Die Amerikaner sitzen 30 Kilometer weiter südlich, sie haben Kandahars Flughafen zur Festung ausgebaut, 28 000 Mann zählt die Garnison. Frieden und Krieg liegen hier dicht beieinander: Alle paar Stunden landet ein ziviler Airbus aus Kabul, meist aber ist die über drei Kilometer lange Bahn von Kampfflugzeugen oder startenden Drohnen belegt, die Raketen in die umkämpften Gebiete an der pakistanischen Grenze tragen. Der waffenstarrende Airport wirkt wie ein Ufo, das sicherheitshalber weit vor der nächsten menschlichen Ansiedlung gelandet ist. In Kandahar selbst ist kein einziger Amerikaner zu sehen.

An der Straße, die vom Flughafen her die Stadt erreicht, hängen Plakate mit dem Porträt von Hamid Karzai, der ganz

in der Nähe geboren wurde und aus dem Durrani-Clan stammt. Dass neben ihm der 2007 verstorbene König Mohammed Zahir Schah zu sehen ist, ebenfalls ein Mann aus einem bei Kandahar beheimateten Stamm, und niemand vom übrigen Kabuler Polit-Personal, ist die erste Botschaft. Wir hier, so lautet sie, akzeptieren allenfalls eine Führung aus einer hauseigenen Dynastie.

Dass die Autos keine Kennzeichen tragen, ist die zweite. Auch die Polizei hat hier nichts zu sagen, heißt das.

Die dritte begreift der Besucher, wenn es dunkel wird: Es gibt kaum Strom in Kandahar, die Taliban haben die Leitung gesprengt, die vom Wasserkraftwerk Kajaki in der Nachbarprovinz Helmand hinunter nach Kandahar führt. Nur zwei, drei Stunden pro Tag gehen die Lichter in den Geschäften an, das Industriegebiet am Stadtrand ist sogar völlig lahmgelegt: die Textilfabrik, in der die Patus gewebt werden, die afghanischen Winterschals, die Schuhfabrik und die von Indien errichteten Kühllager, in denen früher die Granatäpfel, Weintrauben und Pfirsiche gelagert wurden, für die Kandahar auch jenseits der Landesgrenzen gerühmt wurde. Alles steht still.

„Bei den Taliban hatten wir mindestens zwölf Stunden Strom am Tag, und auch die Sicherheit war okay“, murmelt missmutig einer der Männer, die nun jeden Morgen bei nur drei Grad plus barfuß in der Nähe des Maiwand-Denkmals stehen, mit dem Kandahar der siegreichen Schlacht von 1880 gegen die Briten gedenkt, und dort auf Gelegenheitsarbeiten warten. Als wären es nicht die Taliban gewesen, die den kleinen Fortschritt selbst wieder zunichtegemacht haben.

Sie gehören nicht zu den 4500 Glücklichen, denen die Kanadier, die in der Provinz das Wiederaufbau-Team der Isaf stellen, für ein paar Wochen Arbeit verschafft haben. 300 Afghani pro Tag, sechs Dollar, bekommen die, wenn sie bei der Instandhaltung von Abwasserkanälen, Brücken oder Gehwegen helfen. 500 Afghani am Tag braucht man, um seine Familie durchzubringen.

Lailoma Popal stammt nicht von hier. Sie ist 29, wie sie sagt, vermutlich aber einige Jahre älter, sie kommt aus Kabul. Anfang der neunziger Jahre, in der Zeit des Bürgerkriegs, hat sie dort an der Universität studiert, unter Raketenbeschuss, dann flüchtete sie mit den Eltern nach Pakistan. Als ihr Onkel nach dem Sturz der Taliban Bürgermeister von Kandahar wurde, überredete er sie, eine der Schulen in seiner Stadt zu übernehmen.

Es ist ein Job, für den sie 4800 Afghani im Monat bekommt, 100 Dollar, mit Zuschlägen sind es 50 Dollar mehr. Wie sie da hinterm Schreibtisch im Direktorenzimmer mit der schweren Couchgarnitur und den Kunstblumen sitzt, im weißen Pullover und darüber eine schwarze Lederjacke, hinter sich den großen Stundenplan, wirkt sie wie jemand, der wirklich glaubt, dass der Sturz der Taliban für die Frauen eine neue Welt eröffnet hat.

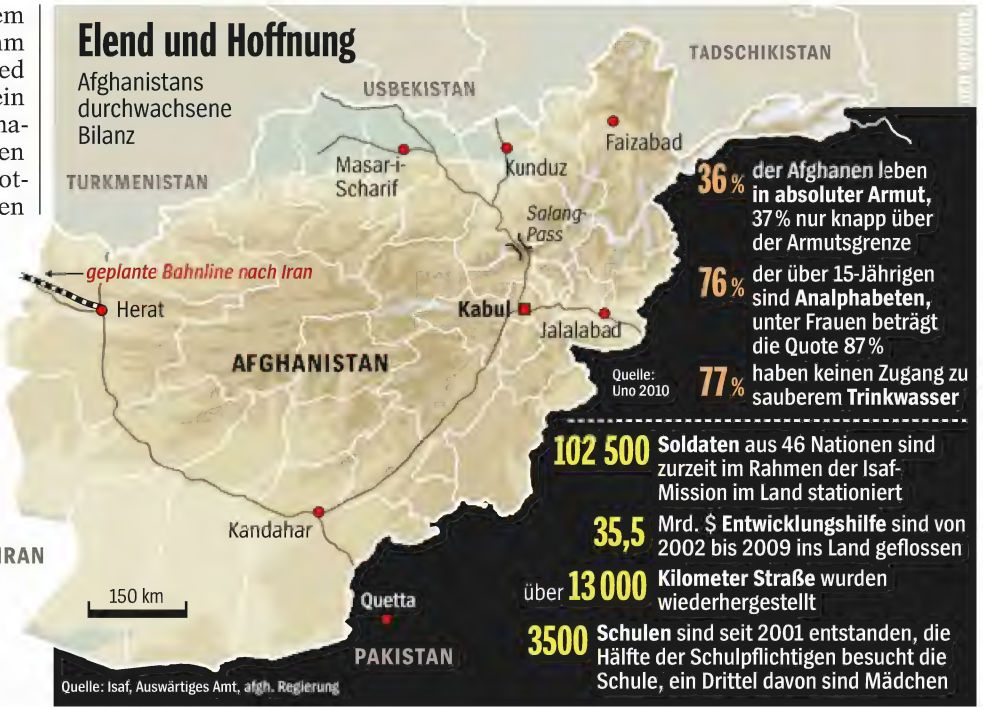
Wenn da nicht ihr trauriges Gesicht wäre: Lailoma Popal lacht kein einziges Mal. Sie erzählt, dass die Computer, die die Schule mal besaß, wieder abgeholt worden seien und dass sie, die früher keine Burka getragen habe, nun nie mehr ohne sie aus dem Haus gehe. „Ich fühle mich hier sicherer so“, sagt sie. *Hier* heißt: in Kandahar, wo sich kaum noch eine Frau auf die Straße traut und wohl auch Mädchenschulen nicht von Dauer sind.

Hinter der Stadtgrenze ist es mit dem Fortschritt ohnehin schon wieder vorbei. Keiner weiß das besser als Nadschibullah Ahmadi, Popals Chef, der Vorsteher der Schulbehörde in der Provinzregierung. 404 Schulen gibt es bis hinunter zur pakistanischen Grenze, 172 von ihnen haben sie wieder schließen müssen. „Wegen der Sicherheitslage“, sagt Ahmadi. Nur 5 von 17 Distrikten sind noch zugänglich, in den übrigen habe die Regierung in den letzten Monaten die Kontrolle verloren, da existiere überhaupt kein Schulwesen mehr. Dass der Westen mit Unterrichtsmaterial helfe, sei schön und gut – tue aber nichts zur Sache.

Ahmadi ist gerade mal 33, auffallend jung sind die Chefs in Kandahar. Nicht wegen der Weitsicht des Karzai-Regimes, sondern wegen der rachsüchtigen Personalpolitik der Taliban: Wer ein Regierungsamt übernimmt, hat nicht lange Freude daran. Ahmadis Vorgänger kam vor gut einem Jahr bei einem Selbstmordanschlag im Gebäude des Provinzrats um.

Die Lage in Kandahar, wo laut Umfrage der US-Armee fünf von sechs Einwohnern die Taliban für „unsere afghanischen Brüder“ halten, werde von Tag zu Tag schlechter, gibt Ahmadi zu verstehen. Mitte April haben sie den Vizebürgermeister in einer Moschee direkt beim Beten erschossen und fast zeitgleich eine Bombe vor dem Haus eines früheren Distrikt-Gouverneurs gezündet, die drei seiner minderjährigen Neffen in Stücke riss. Beide hätten „der Kabuler Marionettenregierung gedient“, erklärte ein Taliban-Sprecher. Wie soll da Bildung möglich sein?

Die aus den Distrikten angereisten Schuldirektoren, die in Ahmadis Vorzim-




CHRISTIAN NEEF / DER SPIEGEL

Direktorin Popal, Schülerinnen: *Einweisung in Sinuskurven*


MIKHAIL GALUSTOV / DER SPIEGEL

Dorfratsvorsitzender Faqeri in Dobila: *„Der Westen ist gekommen, um sich selbst zu helfen“*

mer unter ihrem schwarzen Turban auf eine Audienz warten, wissen es auch nicht. Sie erzählen von den Flugblättern, in denen sie aufgefordert werden, die Schulen zu schließen und keine Gehälter mehr von der Regierung anzunehmen. Von den Eltern, die aus Angst ihre Kinder nicht mehr auf die Straße schicken. Und davon, dass die Uno gerade ihre Mitarbeiter aus Kandahar zurückgezogen hat.

Ahmadi hat ein Programm entwickelt, mit dessen Hilfe jetzt zu Hause unterrichtet werden kann. 9700 Mädchen und Frauen nehmen an den neuen Kursen teil, 2000 weitere Anträge seien eingegangen. „Es ist ein Ausweg“, sagt Ahmadi: „Die Mädchen lernen zwei Stunden pro Tag, mit speziellen Lehrbüchern und abschließenden Prüfungen.“ Sie bekämen auch einen Anreiz dafür: 50 Kilogramm Weizen und eine Kanne Speiseöl im Monat.

Ahmadi nennt es Bildung durch die Hintertür.

Salmay Faqeri wohnt in der Nähe von Jalalabad, dem einstigen Wintersitz der afghanischen Könige an der Straße zum Khyber-Pass. Dort haben die Westler deutlichere Spuren hinterlassen als im 550 Kilometer entfernten Kandahar. Nicht nur die Transitstraße nach Pakistan haben sie asphaltiert, sondern auch die alte Schotterpiste, die am linken Ufer des Kabul-Flusses in die berüchtigten Tribal Areas der Paschtunen-Stämme führt. „Weil sie die Straßen selbst brauchen, für ihren Nachschub“, sagen die Leute.

Im Kama-Distrikt hat die niederländische Organisation Health Net sogar ein Hospital mit 40 Betten hingestellt, ein Quantensprung in der Gesundheitsversorgung für 50 000 Anwohner. Und in Dobila am Kabul-Fluss finanziert die Weltbank eine Wasserversorgung.

Dort zeigt sich, dass die kleinen Dinge vielleicht die wirkungsvollsten sind.

Dobila ist ein Dorf, dessen Bewohner Reis, Weizen und Gemüse anbauen; vom Getreide kann hier niemand leben, vom Gemüse schon – das Klima erlaubt vier Ernten im Jahr. Die 420 Familien sind trotzdem arm, bestenfalls vier Hektar Land haben die meisten, manche pachten nur oder verdingen sich als Tagelöhner.

Eine Wasserleitung gab es hier nie.

Jetzt aber ragt am Dorfeingang ein kleiner Wasserturm empor, mit einem Behälter, der 7000 Liter fasst, er steht über einem 37 Meter tiefen Brunnen. Von dort läuft eine Leitung bis zu den ersten vier Lehmhäusern, und gleich daneben zieht sich ein Abwassergraben aus Beton dahin. Er reicht zweieinhalb Kilometer weit ins Dorf hinein, die Bauern haben links und rechts von ihm Feigen- und Maulbeerbäume gepflanzt, als wäre der Kanal so etwas wie der Kurfürstendamm in Berlin.

Faqeri, 54, der Vorsitzende des Dorfrats, sitzt gemeinsam mit anderen Räten im Gästezimmer seines Hauses. „Früher“, sagt er, „war das da draußen ein stinkender, drei Meter breiter Pfuhl, an dessen Rändern alle möglichen Pflanzen wuchsen – eine ideale Brutstätte für Mücken und sonstiges Getier. Mindestens zwei Drittel der Dorfbewohner hatten jedes Jahr Malaria.“ Das Trinkwasser schöpften die Ärmeren der Armen bisher aus dem Kabul-Fluss, in den die Stadt Jalalabad ihre Abwässer entsorgt.

120 Familien will der Dorfrat an die neue Wasserleitung anschließen, Schritt für Schritt treibt er das Projekt voran. Auch wenn es an diesem Tag erst mal um den jüngsten Zwischenfall geht – der Dorfelektriker, ein Pakistaner, ist ermordet worden –, sind die Männer bald wieder beim Thema Wasser.

Alles ist streng demokratisch vor sich gegangen: Das Ministerium für ländliche Entwicklung hat ein „Programm Nationale Solidarität“ ausgelobt, das die dringendsten Probleme in den Dörfern beheben soll. Es ist eines der wenigen erfolgreichen Wiederaufbauprogramme, weil in diesem Fall durch die neuen, gewählten Dorfräte entschieden wird, wo investiert wird – und nicht durch die Schura, den Ältestenrat, in dem meist die reicheren Dorfbewohner sitzen. Auch die Leute in Dobila durften sagen, wo es am meisten brennt, sie entschieden sich fürs Wasser.

Bauherr wurde die Organisation Habitat for Humanity Japan, in Wirklichkeit liegt das Projekt aber in den Händen der al-Baraka-Bank aus Bangladesch, die das Geld von der Weltbank erhält: insgesamt 1,6 Millionen Afghani, 34 000 Dollar. Damit die Afghanen das Vorhaben als ihr eigenes verstehen, arbeitet jeder Dorfbewohner einen Tag pro Woche beim Bau des Wassersystems mit. Ohne Bezahlung.

Nation building wie aus dem Lehrbuch?

„Alles wäre gut, wenn nicht jeder was von dem Geld abzweigen würde“, sagen die Männer. Es sei wie mit den Hilfen aus Kabul: „Von 100 000 Dollar kommen 20 000 hier an, weil zuerst das Ministerium, dann der Provinzchef und dann der Distrikt kassiert.“ Auch al-Baraka bekomme seinen Anteil für das Projekt, aus dem Topf der 34 000 Dollar, und dann hätten sie noch einen afghanischen Aufseher für über 200 Dollar monatlich einstellen müssen, der die Arbeiten überwacht. Bei einem ähnlichen Projekt im Nachbardorf



MIKHAIL GALUSTOV / DER SPIEGEL

Promenade in Herat: *Die modernste und aufgeklärteste Stadt der Tadschiken*

sei dieser Aufseher niemals aufgetaucht, kassiert habe er jedoch sehr wohl. „Es würde nicht so viel verschwinden in Afghanistan, wenn das Geld direkt zu uns käme“, sagt Faqeri. „Der Dorfrat sieht jedem genau auf die Finger.“

Dass Kabul ihnen nie auch nur einen Cent gegeben hätte, ihr bescheidener Fortschritt also tatsächlich erst im Gefolge der Nato-Truppen kam – die Leute aus Dobila wissen das wohl. Aber es ändert nichts an ihrem Urteil über die Afghanistan-Mission.

Die Westler begriffen nicht wirklich, wie das Land funktioniere, Afghanistan bleibe für sie eine fremde Welt, sagen die Männer vom Dorfrat, als sie am Abend ihr Palaver fortsetzen, in einem der Fischrestaurants weiter unterhalb am Fluss, wo der frische Fang sofort filetiert und in Riesenpfannen mit siedendem Fett geworfen wird; selbst eine Plastiktüte mit Bierbüchsen, Marke Beck’s, taucht von irgendwoher auf.

„Warum hat uns die Welt nicht früher geholfen?“, fragt einer, der beim Geheimdienst arbeitet, er ist noch im Dienst, sein quäkendes Walkie-Talkie hat er zwischen die Fischschüsseln gelegt. „Der Westen ist gekommen, um sich selbst zu helfen. Er gibt uns das Geld nicht wegen unserer Armut, sondern aus Angst vor den Terroristen.“

Seien die Taliban nicht auch ihre Gegner? Oder nur die des Westens?

„Die Taliban sind *seine,* nicht *unsere* Feinde, es gab sie hier immer“, sagt der Mann. „Es waren die Koranschüler, die den Imamen halfen, jeder hatte vor ihnen Respekt, jetzt aber werden sie pauschal zu Terroristen erklärt.“

Dafür habe der Westen sich die Mudschahidin, die üblen Warlords aus der Zeit des Bürgerkriegs, zu Verbündeten gemacht, weil die das Regime Karzai stützten, entgegnet ein anderer. Die Taliban seien nicht mehr da, jedenfalls nicht in Jalalabad, die Mudschahidin aber schon, und die seien die Schlimmeren gewesen.

Und dann erzählen die Männer von den Warlords, die im Bürgerkrieg mit ihren Milizen die Leute an den Checkpoints auf der Straße nach Kabul geschlagen und ihnen selbst den letzten Sack Mehl weggenommen hätten; sie erzählen von den Villen, die sie sich jetzt gebaut hätten – auch in ihrem Dorf, dessen Wasserprojekt ihnen egal sei; davon, wie sie die trockenfallenden Böden des breiten Kabul-Flusses als ihr eigenes Land verscherbeln würden, obwohl die dem Staat gehörten, und davon, wie sie sich die Kaufhäuser und Restaurants in Jalalabad unter den Nagel rissen.

„Viele der Armen hier leiden nicht an Unterernährung, sondern an Depressionen“, sagt Faqeri. „Sie leiden an den Kriegstraumata und daran, dass sie ihre Familien wirtschaftlich nicht durchkriegen.“

„60 Prozent der Beamten bei uns in der Provinz sympathisieren mit der Hisb-i Islami, der Islamischen Partei des früher schlimmsten Warlords Gulbuddin Hekmatjar“, fügt der Geheimdienstler noch hinzu. „Mit jenem Mann, den Karzai gerade wieder hoffähig macht und vielleicht sogar in seine Regierung holt.“

„Wenn das wirklich so kommt“, sagen die Männer, „gibt es erneut Bürgerkrieg.“ All die Gaben, mit denen der Westen seit 2002 Afghanistan auf die Beine bringen will, seien dann wieder dahin.

Die Fronten in Afghanistan verlaufen anders als in der Vorstellung der Westler.

Said Nayeb muss größere Dinge im Auge haben als die Männer in Dobila. Er steht auf einem zehn Meter hohen Damm, der sich 60 Kilometer von Herat entfernt nach Westen hinzieht und dann am flimmernden Horizont in der Steppe verliert. Der Damm soll die Schienen für Afghanistans erste Eisenbahn tragen.

Eine Eisenbahn – das ist ein Traum, den Afghanistan seit 100 Jahren träumt. Eine Eisenbahn würde diesen Staat, der seit Geburt unter seiner geografischen Abgeschiedenheit leidet, der jeden Liter Benzin und die meisten Lebensmittel per Lastwagen über enge Straßen aus den Nachbarländern herankarren muss, in eine neue Welt katapultieren.

Said Nayeb, 32, der pausbäckige Chefingenieur der Eisenbahnverwaltung in Herat, baut mit an der Eisenbahn. Die erste Strecke wird Herat aus Richtung Iran erreichen, 124 Kilometer der Trasse liegen auf afghanischem Gebiet.

Was Jalalabad für die Paschtunen ist – ihre modernste und aufgeklärteste Stadt –, ist Herat für die Tadschiken. Es ist seit Jahrhunderten ein Zentrum persisch-islamischer Kultur. Die Kriegsspuren sind getilgt, die gewaltige Freitagsmoschee strahlt erneut im Glanz der bunten Kacheln, auch die malerische Zitadelle, deren Grundstein Alexander der Große legte, wird restauriert: Das Deutsche Archäologische Institut hat die Toranlage instand gesetzt, den Rest der Arbeiten finanziert die amerikanische Regierungsagentur USAID.


MIKHAIL GALUSTOV / DER SPIEGEL

Eisenbahningenieur Nayeb: *Das schöne Projekt verweht*

Nirgendwo wäre die Eisenbahn sinnvoller als hier, denn Herat ist seit Alexander das westliche Einfallstor ins Land.

230 Millionen Dollar kostet die Strecke. Drei der vier Abschnitte haben die Iraner finanziert und gebaut, danach wären die Afghanen in der Pflicht gewesen, sie wollten die letzten 62 Kilometer bezahlen. Voriges Jahr sollte alles fertig sein. Aber von der Eisenbahn ist nichts zu sehen.

Natürlich liegt es am Geld. Bei Rowzanak ist eine große Ausweichstation geplant, für die der Staat einheimischen Bauern 350 Jerib Land abkaufen muss, das sind Stücke von je 2000 Quadratmetern. Jedes von ihnen kostet 270 000 Afghani, rund 5700 Dollar. Das Geld ist von Kabul zugesagt, aber noch nicht da, genauso wenig wie die 60 Millionen Dollar für den letzten Streckenabschnitt. Auch jene 57 Bauern im Dorf Zangi Sabah, deren Lehmhäuser der Trasse weichen mussten, warten weiter auf die versprochene Entschädigung – sie haben deswegen an diesem Tag eine Delegation der Ältesten in die Hauptstadt geschickt. Sind die Kassen in Kabul wirklich chronisch leer?

Es gibt Experten, die das bezweifeln. Afghanistan bekommt rund fünf Milliarden Dollar Entwicklungshilfe im Jahr, dazu kommen Beträge privater Organisationen, und es erwirtschaftet selbst ein Bruttoinlandsprodukt von mindestens zehn Milliarden Dollar. Der Pariser Club hat dem Land im März eine Milliarde Dollar Schulden erlassen, die Weltbank 1,6 Milliarden. Laut Internationalem Währungsfonds verfügt Kabul zudem über mindestens drei Milliarden an Währungsreserven, besitzt also einen Überfluss an Kapital, für das es im Moment offenbar keine Verwendung hat.

Ein „absurder Fall“, sagt ein deutscher Fachmann. Wo bleibt das Geld?

Bei den Heratern ist jedenfalls nichts angekommen. „Vielleicht hält Kabul die Eisenbahn für ein Privatvergnügen von uns Provinzlern“, mutmaßt Habibullah Timoree, Vorsteher der örtlichen Eisenbahnverwaltung.

Sein Chefingenieur steht derweil auf dem fertigen Damm bei Zangi Sabah und rauft sich die Haare: Er kann direkt zusehen, wie das schöne Bauwerk unter ihm schon wieder zerbröselt.

Die Iraner haben an dieser Stelle eine 800 Meter lange Brücke gebaut, die den Fluss Harirud überspannt, der die Wassermassen aus den Bergen von Bamian heruntерträgt. Da noch keine Schienen liegen, wird der Damm von den Bewohnern der umliegenden Dörfer als Autotrasse missbraucht: Die Brücke verkürzt den Weg nach Herat um 20 Kilometer.

Die Reifenspuren haben sich tief in den Kies gegraben, den die Iraner in jeweils 25 Zentimeter starken Schichten aufgetragen und dann gehärtet hatten. In den Spurrinnen bröckelt der Sand, den Rest übernimmt der scharfe Wind. Das schöne Eisenbahnprojekt verweht.

Sehr zur Freude der Taliban. Die haben die Brücke als Achillesferse entdeckt und attackieren sie regelmäßig. Deswegen wachen hier sechs Polizisten, sie haben vier Kalaschnikows dabei und am Brückenaufgang einen Unterstand mit Ausguck errichtet. Oben sind zwei Maschinengewehre aufgestellt.

Dreimal seien sie schon angegriffen worden, immer nachts, „die Taliban kamen von beiden Seiten mit Lastwagen und schossen Raketen auf uns“, sagt


MIKHAIL GALUSTOV / DER SPIEGEL

Hochzeitsfeier einer reichen Familie in Kabul: *19 000 Dollar für die Braut hingeblättert*

Wachtmeister Assadullah. „Zwei meiner Männer wurden bereits erschossen.“

Im Kabuler Ministerium für öffentliche Arbeiten träumen sie trotz all der Misslichkeiten weiter vom großen Eisenbahnnetz. Wie berauscht fährt Vizeminister Ahmed Schah Wahid, ein Mann in dunkelblauem Anzug mit Einstecktuch, mit dem Finger über die Karte Afghanistans.

Einen Nordkorridor werde es geben, der China und Zentralasien über afghanisches Territorium mit dem Westen verbinde, das erste Teilstück von der usbekischen Grenze bis nach Masar-i-Scharif sei fertig projektiert, die Asiatische Entwicklungsbank habe 129 Millionen Dollar bereitgestellt, doziert er. Dann käme der Südkorridor von Herat über Kandahar nach Kabul hinzu, die Entwicklung des Projekts hätten die Tschechen übernommen, sie seien ebenfalls so gut wie fertig.

An der Strecke solle es Abzweigungen in die Nachbarländer geben, zum Beispiel von Kandahar ins pakistanische Quetta. Und dann sei da noch der geplante Nord-Süd-Korridor, dessen Bau die Chinesen versprochen hätten, er werde von Masar über den Salang-Pass nach Kabul und weiter nach Jalalabad führen.

„2800 Kilometer Eisenbahn werden wir bauen, in 20 bis 25 Jahren“, sagt der Vizeminister und pocht auf seine Karte, als wolle er jeden Widerspruch untersagen. Und die Kosten? „Ein bis zwei Millionen Dollar je Kilometer, in den Bergen 13 bis 17 Millionen.“

Acht, ja vielleicht gar zehn Milliarden Dollar?

Sicher, für die meisten Strecken fehle noch das Geld, gibt Wahid widerwillig zu, man müsse irgendwo draußen Geberländer finden. Fürs Erste gehe es um die Grenzverbindungen. Die seien für China, Iran und Pakistan interessant. Die Iraner müssten ihre Waren dann nicht mehr um Turkmenistan herumfahren, einen Staat, mit dem sie auf schlechtem Fuß stünden, und die Pakistaner kämen schneller ins postsowjetische Mittelasien hinauf.

Also alles Projekte, die sowieso nur dem Eigennutz der Nachbarn dienten? Wo sei da der Vorteil für Afghanistan?

„Wir hoffen auf 400 Millionen Dollar Transitgebühren im Jahr“, sagt der Vizeminister kleinlaut. „Um unsere eigenen Rohstoffe exportieren zu können, auf denen wir bislang tatenlos sitzen – dazu brauchten wir die Trasse quer durchs Land.“

Werde die wirklich irgendwann gebaut? Wahid zuckt mit den Schultern.

Esmatullah Hamdi arbeitet als Makler in Kabul, er ist einer von 200, die allein im 12. Distrikt, in Ahmed Schah Baba Mena, diesem Gewerbe nachgehen. Er hat einen blauen Container unweit eines neueröffneten Supermarkts als Büro aufstellen lassen, „real-estate agent“ steht auf dem selbstgemalten Schild.

Kabul ist eine Stadt, die auf ihrer eigenen Umlaufbahn kreist. Die mit all den Provinzen jenseits der Berge kaum Berührung hat. Kabul ist wie Tokio oder Moskau, deren Einwohner ebenfalls wenig interessiert, wie ihre Landsleute jenseits der Stadtgrenzen leben.

Ahmed Schah Baba Mena, der neuentstehende Stadtteil im Osten Kabuls, ist ein Beispiel dafür. Es gibt keinen öffentlich finanzierten Wohnungsbau in Afghanistan. Umso erstaunlicher ist, was sich seit 2009 dort tut.

Die Stadt hat das Gelände in Tausende Grundstücke aufgeteilt, sie werden jetzt verkauft. „Jedes ist 300 Quadratmeter groß und kostet um die 70 000 Dollar“, sagt Hamdi, „vor sechs Jahren waren es noch 1700 Dollar. Für dieselbe Fläche.“ Er hat gerade eines losgeschlagen und über 2000 Dollar daran verdient.

Es seien aber noch 8000 Dollar für die Grundstücksübertragung dazuzurechnen, 4000 Dollar an Steuern und dieselbe Summe als Bakschisch für die zuständigen Beamten. Ein Haus auf diesen Boden zu stellen koste noch mal 50 000 Dollar.

Wer kann sich das leisten in Afghanistan? „Es kommen die Reichen oder die Rückkehrer aus Pakistan“, sagt Hamdi. Sie wünschten sich eine eigene Villa, andere würden mit dem Boden nur spekulieren, die Dritten kämen aus Jalalabad, sie wollten dem heißen Sommer dort entfliehen und deswegen ein Haus in Kabul.

„Eine kleine Minderheit hat immer mehr Geld, während sich die Mehrheit überlegen muss, wo sie das tägliche Essen herbekommt“, sagt Hamdi. Die habe nichts von den Spenden, die gegenwärtig ins Land flössen.

In Afghanistans Metropole, 1800 Meter hoch in den Bergen, ist der soziale Riss unübersehbar, nur dass hier die Minderheit immer deutlicher das Stadtbild prägt.

Dass man sein Geld nun getrost auf eine der neuen Banken tragen, sich an 15 TV-Sendern erfreuen oder mit dem Auto in nur zwei Stunden zu den Verwandten nach Jalalabad fahren kann, kommt allein einer neuen Mittelschicht zugute.

Sie lebt nicht in Angst vor den Taliban, sie giert nach einem neuen Leben. Und nimmt die Realitäten in Kabul merkwürdig gelassen wahr.

Dem Safi Landmark Hotel mit seinem glitzernden Einkaufszentrum, in dem

sich spätnachmittags Kabuls Schickeria traf, haben die Taliban im Februar die Fassade weggesprengt, aber die Leute eilen gleichmütig daran vorbei, als hätte es die Attacke nie gegeben. So wie am Warenhaus gegenüber dem Präsidentenpalast, das seit einer Taliban-Attacke zu Jahresbeginn als verkohltes Stahlgerippe dasteht.

Die Mall im Safi Landmark ist zerstört? Macht nichts. Neben dem französischen Gymnasium hat das Gulbahar-Center aufgemacht. Mit einem Gucci-Laden, mit Versace und Timberland, auch Kabuls erster Geldautomat ist dort aufgestellt.

Und jeden Donnerstagabend treffen sich Tausende in den neuen glasverkleideten Wedding Halls – dem „Qasr Uranus“ etwa oder dem Palast „Kabul-Paris“, wo sie einen neuen Kult inszenieren: das öffentliche Hochzeit-Feiern. Kaum ein Fest, zu dem weniger als 1000 Gäste kommen, die sich ganz dem feinen Essen hingeben, das es so nur zum „Id al-Fitr“ gibt, dem Fest am Ende des Ramadan. Es ist eine öffentliche Demonstration des „Seht-wir-haben-es-Geschafft“.

Auch Khyber Ziarmal hat jüngst so geheiratet, 24 Jahre alt, Finanz-Analyst in der Logistikfirma „Green White“, die einem ehemaligen Mudschahidin-Führer gehört. Sein Vater ist Arzt, er selbst verdient 600 Dollar, er lebt nicht schlecht. Trotzdem wollte er die Hochzeit zu Hause feiern, aber der Druck der Brauteltern war zu groß: 13 000 Dollar hat er hinblättern müssen, um die 1000 Verwandten, die Freunde, die Bekannten und die Bekannten der Bekannten im Almas-i-Sharq, im „Diamanten des Ostens“, zu bewirten. Zusätzlich hatte er der Braut 3000 Dollar in bar und Schmuck für noch mal dieselbe Summe zu schenken.

„Ich habe meinen Toyota Corolla verkauft und den Rest der Summe geborgt“, sagt Ziarmal. In zwei, drei Jahren will er das Geld zurückgezahlt haben.

„Politik und die Taliban? Darüber denken wir nicht nach, wir sind in diesen unruhigen Zeiten aufgewachsen, wir haben uns an sie gewöhnt so wie an die Taliban. Woher kriegst du genügend Geld – das allein beschäftigt meine Generation.“



MIKHAIL GALUSTOV / DER SPIEGEL

Cricket-Spieler Khan
„Ich bin jetzt wieder Afghane“

Asadullah Khan hat nun auch ein festes Monatsgehalt: Seit sechs Monaten bekommt er 500 Dollar vom afghanischen Staat. Khan ist Batsman, Schlagmann, in jener Cricket-Mannschaft, die den wundersamen Aufstieg in die Weltspitze schaffte.

Der Mann mit der markanten Hakennase ist ein Idol für die Jungen: Asadullah Khan hat im Juni 2004 in einem internationalen Turnier den ersten Punkt für Afghanistan gemacht. In Malaysia, gegen Oman. Seither ging es nur noch aufwärts.

Khan ist 1,87 Meter groß, er wird wegen seiner Reaktionsfähigkeit gerühmt. Während Star-Bowler Hassan den Ball mit sagenhaften 155 Stundenkilometern wirft – nur sechs weniger als jener Pakistaner, der den Weltrekord hält –, kann er das Geschoss ebenso fix abwehren. Es ist erst zehn Uhr morgens, aber er sitzt schon in fertiger Montur im Gebäude des afghanischen Cricket Board, gleich neben dem Stadion von Kabul, in dem die Taliban ihre Gegner hinrichteten.

Bis vor fünf Jahren war Afghanistan für ihn ein fremdes Land. Sein Vater, ein paschtunischer Bauer, war mit seinen acht Kindern vor den Sowjets nach Pakistan geflüchtet, er hat sich dort vom Tagelöhner zum Ladenbesitzer hochgearbeitet. Die Cricket-Liebe seines Sohnes verstand er nie, Asadullah ging heimlich zum Training. Er hat später in der pakistanischen U 19 in Islamabad gespielt und 2004 aus dem Internet erfahren, dass es nun auch in Kabul eine Cricket-Mannschaft gibt. Er bewarb sich, fuhr hin und blieb.

Über Geld wird er sich keine Sorgen mehr machen müssen: Der Staat hat gerade eine halbe Million Dollar für die Cricket-Männer bereitgestellt, auch eine Mobilfunkfirma und mehrere Banken sponsern die Mannschaft.

Seine Familie will trotzdem, dass er nach Pakistan zurückkehrt und in die Firma des Vaters einsteigt. Asadullah Khan wird dem Ruf nicht folgen, er ist jetzt 25, er träumt davon, Trainer der Nationalmannschaft zu werden. Inschallah.

„Ich will etwas erreichen hier, ich bin jetzt wieder Afghane“, sagt er. „Etwas ganz Eigenes. Etwas, bei dem ich später nicht dem Westen danken muss. Damit ich allein auf mich stolz sein kann.“ ◆



Ein letztes Mal ins Le Royal

Global Village: In Kambodscha treffen sich ehemalige Reporter aus dem Indochina-Krieg und gedenken ihrer Toten.

Immer wieder mustert Dan Southerland ungläubig sein Gegenüber. Das hagere Gesicht – nur unwesentlich runder geworden; die widerspenstigen Haare – etwas schütterer jetzt; aber das spitzbübische Lächeln, der wache Blick – so wie einst. Genauer: wie vor 35 Jahren, als die beiden sich das letzte Mal sahen.

Die zwei sind alt geworden. Dan Southerland, 73, der Amerikaner, schluckt. „Ich dachte, du wärst tot", sagt er. Er wiederholt es, einmal, zweimal und entschuldigt sich zugleich. „Ich hatte viel Glück", erwidert nachsichtig Keo Sithan, 69, der Kambodschaner. Sie sitzen sich im Speisesaal des Le Royal gegenüber, des vornehmsten Hotels von Phnom Penh, nippen an Cappuccino und Mineralwasser und suchen nach Worten.

Das Le Royal war das Stammquartier jener Reporter, die den zweiten Indochina-Krieg begleiteten, der 1964 mit der Bombardierung Nordvietnams durch die Amerikaner begann und später auch Kambodscha und Laos erfasste. Die meisten Journalisten waren zuerst in Saigon gewesen, 1970 folgten sie den amerikanischen Bombern nach Phnom Penh.

Die Journalistenkarawane quartierte sich im ersten Hotel am Platze ein, wo es Telex- und Telefonanschlüsse und fließend Wasser gab. Auch Dan Southerland war dabei, der erfahrene Kriegsreporter des „Christian Science Monitor", seit 1966 im Einsatz in Indochina.

Keo Sithan wiederum hatte bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs 1970 im kambodschanischen Tourismusministerium gearbeitet. Er beherrschte sowohl die Sprache der alten Macht: Französisch, aber auch die der neuen: Englisch. Aber bald gab es nicht mehr viel zu tun in seinem Ministerium. In Phnom Penh herrschte nun die Soldateska des Generals Lon Nol, der zuvor Staatschef Sihanouk gestürzt hatte, und in den Wäldern bereiteten sich die Kämpfer der Roten Khmer auf die Belagerung der Hauptstadt vor.

In solch ein Land wagen sich keine Touristen mehr, das Fremdenführergeschäft brach zusammen. Doch wegen seiner Verbindungen und seiner Sprachkenntnisse war Keo Sithan nun unter den Kriegsreportern gefragt. So kam er mit Dan Southerland zusammen. 1970 oder 1971 – so genau wissen das die beiden nicht mehr.

„Du hast mir mehr als einmal das Leben gerettet", sagt Dan Southerland. Er erinnert Keo an die Fahrten hinaus aus der Stadt – immer auf dem Höllenpfad des Highway Nummer 1, direkt durch die von Kommunisten besetzten Wälder, oder daran, wie Keo und sein Kollege Kong Vorn ihn einmal in letzter Sekunde aus der Schussbahn zogen und wie die Granaten über ihre Köpfe surrten. Keo nickt höflich, abwehrend. Zu viel der Ehre.


FABIO POLENGHI / DER SPIEGEL

Kollegen Keo, Southerland: *„Ich dachte, du wärst tot"*

Außerdem ist Keos Erinnerung an Kambodscha trauriger, sie hat weniger mit der Erinnerung der Reporter gemein, die damals berufshalber in seiner Heimat waren – und froh, als sie den Hexenkessel wieder verlassen konnten. Keo zog nicht in den Krieg, der Krieg kam zu ihm.

Das letzte Mal sahen sich die beiden, als er 1975 endete. Die Roten Khmer rückten in Phnom Penh ein, an der Hotelfassade flatterte nun das Banner des Roten Kreuzes. Den Eroberern sagte das nicht viel. Sie trieben die Kambodschaner in Arbeitslager auf dem Land und die Journalisten zur französischen Botschaft, aus der diese später evakuiert wurden. Wer als Kambodschaner mit den Ausländern zusammengearbeitet hatte, den erwartete der Tod. Etwa 1,7 Millionen Menschen sollten in den kommenden vier Jahren unter Pol Pots Terrorherrschaft sterben.

Keo Sithan überlebte. Als die Roten Khmer einrückten, floh er aufs Land. Er arbeitete als Bauer und als Gemüsehändler, er verbarg seinen städtischen Dialekt und seine vornehme Aussprache. Die Pol-Pot-Leute bekamen ihn nicht zu fassen, seine Frau und sein Kind jedoch verhungerten. Als der Horror vorbei war, floh Keo Sithan nach Australien. Er wollte Kambodscha und den Krieg hinter sich lassen, er gründete eine neue Familie. Und dann kehrte doch die Erinnerung zurück.

Fast 40 Jahre nach Kriegsbeginn fanden Dan Southerland, jetzt Washington, D.C., und Keo Sithan, jetzt Australien, einen gleichlautenden Brief in ihrem Postkasten. Ob sie nicht noch einmal nach Kambodscha zurückkehren wollten, um im Le Royal zu wohnen, so wie damals, und der 36 im Krieg getöteten Reporterkollegen zu gedenken. Mehr als zwei Dutzend Ehemalige kamen.

Die Gespräche kreisen immer noch um die Kriege, die alten und die neuen. „Die Amerikaner werden den Afghanistan-Krieg verlieren, so wie sie Vietnam verloren haben", sagt Sylvana Foa, damals Kriegsreporterin von „Newsweek", später Sprecherin von Uno-Generalsekretär Butros Butros Ghali, und setzt sich neben Dan Southerland: „Eine Schande, wie die amerikanischen Journalisten applaudierten, als Bushs Truppe im Irak und in Afghanistan einrückte." Die Medien seien heute viel zu nah an der Armee und viel zu unkritisch deswegen.

Dan Southerland nickt. „Obama hat auf die falschen Leute gehört, als er 30 000 weitere Soldaten schickte", entgegnet er. Und fügt leise hinzu: „Wir Amerikaner sind einfach schlechte Schüler. In Vietnam haben wir nichts von den Franzosen gelernt, und in Afghanistan ziehen wir nicht die Lehren aus den desaströsen Feldzügen der Briten und der Sowjets."

Keo Sithan aber schweigt. Ein Krieg reicht ihm. Übermorgen fliegt er zurück nach Australien.

THILO THIELKE

MISSBRAUCH

„Kultur des Hinsehens“


ACTION PRESS

Michael Vesper, 58, Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), über die Debatte um das erweiterte Führungszeugnis für alle Trainer

SPIEGEL: Um sexuellem Missbrauch von Kindern in Sportvereinen vorzubeugen, fordern Opfer, Eltern, Ermittler und Wissenschaftler das erweiterte Führungszeugnis für alle Trainer in Sportvereinen. Finden sie damit die Unterstützung des DOSB?
Vesper: Ich kann nachvollziehen, dass durch die öffentlichen Diskussionen über Missbrauchsfälle in Kirchen und Internaten Derartiges gefordert wird. Für hauptamtliche Trainer, die mit Kindern umgehen, ist das auch richtig. Aber eine Pauschalregelung auch für alle, die ehrenamtlich arbeiten, ist weder sinnvoll noch machbar. Das Führungszeugnis ist kein Breitbandantibiotikum.
SPIEGEL: Das behauptet von den Befürwortern auch niemand ernsthaft.
Vesper: Es wäre falsch, sich auf dieses eine Instrument im Kampf gegen den Missbrauch zu fokussieren. Es würde Sicherheit vortäuschen. Eltern und Vereinsvorstände würden sich möglicherweise zurücklehnen und denken, alle Probleme seien gelöst.
SPIEGEL: Einen Abschreckungseffekt können Sie nicht erkennen?
Vesper: Wir dürfen nicht vergessen, dass nur nachgewiesene Taten in einem Führungszeugnis erscheinen – die Fälle, bei denen die Ermittlungen wegen zu geringer Beweislage eingestellt wurden, bleiben unentdeckt. Viel wichtiger ist es, das Bewusstsein aller Beteiligten durch präventive Schulungen zu schärfen und für eine Kultur des Hinsehens zu sorgen.
SPIEGEL: Zwei Drittel aller Übungsleiter in Deutschland arbeiten ehrenamtlich, also ohne Bezahlung. Fürchten Sie, dass dem Vereinssport durch eine Verschärfung der Regeln für Trainer diese wichtige Säule wegbrechen würde?
Vesper: Unsinn. Viele kleine Vereine wären aber in der Tat kaum in der Lage, Führungszeugnisse für alle Ehrenamtlichen ordentlich zu verwalten. Ich bin selbst Vater zweier Jungs, die im Sportverein sind. Wer ein Kind missbraucht hat, gehört nicht mehr in die Nähe eines Kindes. Dafür müssen alle, Eltern wie Vereinsmitarbeiter, gemeinsam sorgen.


James
LAYNE MURDOCH / GETTY IMAGES

BASKETBALL

New Yorks Traum

Er ist der Superstar des nordamerikanischen Basketballs: Vorvergangene Woche ist LeBron James, 25, zum wertvollsten Spieler der Profiliga NBA gewählt worden, wie schon im Vorjahr. Den Meistertitel allerdings hat James bislang nicht gewonnen. Das liegt wohl auch daran, dass er einem Provinzteam angehört – seit Beginn seiner Profikarriere spielt er in Ohio bei den Cleveland Cavaliers. Ende Juni läuft sein Vertrag dort aus, und James wird mit einem der glorreichen Clubs in Verbindung gebracht: den New York Knicks. Es wäre für die NBA eine Traumhochzeit. Die Knicks gehören der Liga seit deren Gründung 1946 an, ihren letzten Titel haben sie 1973 gewonnen. James könnte den heruntergekommenen Traditionsclub zu neuem Leben erwecken und im Madison Square Garden auftreten, der großen Bühne des amerikanischen Sports. An der Ostküste besäße die NBA dann einen Gegenpol zu dem anderen Big Player, Kobe Bryant von den Los Angeles Lakers. Seit einer Weile schon räumen die Knicks ihren Kader von allzu teuren Spielern leer, um sich einen wie James leisten zu können – er würde pro Jahr etwa 20 Millionen Dollar Gage kosten.

HANDBALL

Abmahnung nach Party

Für Frank Bohmann, den Geschäftsführer der Handball-Bundesliga (HBL), hat eine Party nach dem Finale um den deutschen Handballpokal Mitte April arbeitsrechtliche Konsequenzen. Nach dem 34:33-Sieg des HSV gegen die Rhein-Neckar Löwen war Bohmann auf der Siegerparty im Hamburger East Hotel aufgetaucht und feierte an der Bar mit aufgerissenem Hemd neben HSV-Präsident Andreas Rudolph. Ein Reporter der „Hamburger Morgenpost“ hielt den Moment fest – sehr zum Groll der unterlegenen Mannheimer, die sich laut Bohmann „systematisch benachteiligt gefühlt hatten“. Nun erhielt der HBL-Geschäftsführer vom Präsidium eine Abmahnung. Vizepräsident Uli Derad: „Es ist ein Eindruck entstanden, der dem Handball nicht weiterhilft.“ Bohmann, der für den Verband eine Stellungnahme verfasste, sagte, er habe sich für den Auftritt entschuldigt. Er lege jedoch Wert auf die Feststellung, sich „nicht unangemessen auf die Seite eines Clubs geschlagen“ zu haben.


DIRK HOFFMANN

Bohmann, Rudolph (Ausriss aus „Hamburger Morgenpost“)



Box-Veranstalter Öner

MARTIN ROSE / GETTY IMAGES (O.); ACTION PRESS (L.); GETTY IMAGES (M.); BAERING / IMAGO (R.);

Anschlagsopfer Öner beim Abtransport

Boxweltmeister Gamboa aus Kuba (r.)

Promoter-Kollegen Don King, Öner

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Los, Ahmet, Rache!“

Box-Promoter Ahmet Öner, 38, über Schlägereien bei Kampfabenden, parteiische Ringrichter, seine Verstrickungen im Hamburger Milieu und die schwierige Aufgabe, kubanischen Profiboxern Disziplin beizubringen

SPIEGEL: Herr Öner, der preisgekrönte Hamburger Regisseur Fatih Akin will Ihre Geschichte verfilmen. Er beobachtet Sie seit Wochen bei Kampfabenden, führt lange Gespräche mit Ihnen. Was wird das für eine Story?

Öner: Ich denke, die eines Gewinners, eines Mannes, der es von ganz unten nach oben geschafft hat, der als Profi im Ring stand, der jetzt als Promoter Verträge mit TV-Anstalten hat, der es all den Lackaffen im deutschen Boxen gezeigt hat.

SPIEGEL: Es könnte auch die Geschichte eines Mannes werden, der kein Boxklischee auslässt: mit einem Ruf als Rüpel, der Rolex am Handgelenk, den Bodyguards, dem Bentley.

Öner: Ach, der Bentley. Wissen Sie, ich bin als Sohn türkischer Einwanderer im Duisburger Stadtteil Marxloh aufgewachsen, das ist nicht die freundlichste Ecke Deutschlands. Ich habe mir als Junge geschworen, wenn ich mal Geld habe, leiste ich mir auch mal was Besonderes. Ich habe jetzt Geld. Ich finde Sportwagen affig. Ich wollte eine Limousine. Bei Mercedes in Hamburg habe ich Hausverbot. Deshalb fahre ich jetzt eben Bentley.

SPIEGEL: Sie waren als Jugendlicher Chef einer Gang, es gab verschiedene Drogendelikte, oft Ärger mit Türstehern.

Öner: Aber ich habe die Kurve gekriegt. Ich habe das Abitur nachgemacht, sogar angefangen zu studieren. Und ich habe das Boxen für mich entdeckt. Das hat mich gerettet.

SPIEGEL: Was haben Sie im Ring gelernt?

Öner: Ich habe gelernt zu kämpfen, gelernt, wie man Schläge einsteckt, Schmerzen und Ängste verdrängt. So was hilft auch im normalen Leben.

SPIEGEL: Boxer haben Ängste?

Öner: Fast alle. Mike Tyson hat mal vor einem Kampf geweint. Aber ein Boxer fürchtet nicht die Schläge, er hat Angst vor dem Versagen. Vor Publikum verprügelt zu werden ist eine brutale Demütigung.

SPIEGEL: Was haben Sie gemacht, wenn ein Gegner überlegen war?

Öner: Ich wurde unsauber. Ich stieß mit dem Kopf zu, schlug mit dem Ellenbogen. Es war ein Instinkt.

Das Gespräch führte Redakteur Gerhard Pfeil.

SPIEGEL: Er scheint noch zu funktionieren. Sie haben als Promoter eine steile Karriere hingelegt, Sie machen Geschäfte mit der US-Szenegröße Don King, Sie verhandeln gerade mit Sat.1 über eine Veranstaltungsserie. Ihr kubanischer Weltmeister Gamboa gehört zu den besten Boxern der Welt. Aber Sie haben einen schlechten Ruf. Es heißt, mit dem Öner sei das Milieu in den deutschen Boxsport zurückgekehrt.

Öner: Ich arbeite in einem verlogenen Business. Andere Promoter stellen sich gerne als Saubermänner dar. Ich bin da ehrlicher. Ich sage: Ich bin ein ernsthafter Geschäftsmann, aber wo gehobelt wird, fallen auch Späne.

SPIEGEL: Zum Beispiel bei einem Termin in einer Hamburger Privatbank. Sie fühlten sich von einem Vorstand nicht ernst genommen und verpassten dem Mann eine Kopfnuss.

Öner: Es gab in der Vergangenheit Situationen, in denen es mir schwerfiel, an mich zu halten.

SPIEGEL: Und dann kam es vor, dass Sie mit einem Zuckerstreuer nach der Frau eines Promoter-Kollegen geworfen haben?

Öner: Es war ein Salzstreuer. Er flog gegen die Wand.

SPIEGEL: Was ist los mit Ihnen?

Öner: Es kommt alles aus meiner Jugend. Ich war immer der dumme Türke, der nie von den Jungs aus gutem Hause eingeladen wurde, später schnappten einem die guten Jungs die Mädchen weg. So entsteht die Wut. Ich habe das mit meinem Psychologen durchgesprochen.

SPIEGEL: Sie gehen zum Psychologen?

Öner: Ich mache seit einigen Monaten eine Anti-Aggressions-Therapie. Es hilft. Ich raste heute nicht mehr aus, wenn ich mal im Stau stehe.

SPIEGEL: Sie wurden im Februar vom Hamburger Amtsgericht zu einer 22-monatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt, unter anderem wegen Erpressung, Nötigung und Körperverletzung. Funktioniert das Boxgeschäft so, dass man mit Gewalt nach oben kommt?

Öner: Nein. Der Boxsport wird heute vom Fernsehen gesteuert. Da kommt das Geld her. Und die Leute von den TV-Anstalten arbeiten nicht mit der Halbwelt.

SPIEGEL: Früher wurde der Boxsport von Schriftstellern gerne als Metapher auf das wahre Leben überhöht. Was ist Boxen heute?

Öner: Das Profiboxen hat seinen Glanz verloren, seine Ausstrahlung. Es gibt keine großen Helden mehr. Es geht um Geld, Geld, Geld. Die Promoter produzieren ständig irgendwelche neuen Weltmeister, deren Namen sich niemand merken kann, damit die Fernsehsender, die heute den Boxsport mit ihren Geldern subventionieren, ihre Sendeplätze füllen können. Es ist eine Art Fließbandfabrikation, auf Qualität wird kaum mehr geachtet.

SPIEGEL: Gibt es eine Moral im Boxgeschäft?

Öner: Bei mir schon. Bei mir gilt immer: Möge der Bessere gewinnen.

SPIEGEL: Tatsächlich? Bei Ihrem Kampfabend im März in Hamburg gab Ihr Schwergewichtler Steffen Kretschmann gegen den Russen Denis Bachtow in der neunten Runde ausgepumpt auf. Der Ringrichter wollte Ihrem Boxer den Sieg dennoch durch eine zweifelhafte Disqualifikation des Gegners wegen angeblichen Nachschlagens zuschanzen. Selbst hartgesottene Szenekenner schüttelten den Kopf. War der Mann gekauft?

Öner: Das war ein freundlicher Ringrichter, den ich schon lange kenne. Als Promoter zahlt man für die gesamte Veranstaltung, auch für die Offiziellen. Da entwickeln manche Ringrichter ihre eigene Logik. Die wissen, dass der Promoter für so einen Kampfabend viel Geld ausgibt. Sie wollen möglichst oft eingesetzt werden. Deshalb halten sie, wenn es eng wird, zum Promoter.

SPIEGEL: Viele ausländische Boxer meiden Deutschland wegen der promoterfreundlichen Punkt- und Ringrichter.

Öner: Man hat als Veranstalter eben einen Heimvorteil. Das ist legitim. Es darf nur nicht zu krass ablaufen. Dann fühlt sich das Publikum verschaukelt. Deshalb bin ich bei dem Kretschmann-Kampf auch in den Ring gestiegen und habe den Arm von Bachtow hochgehoben, um zu zeigen: Hier steht der Gewinner. Ich wollte diesen Sieg nicht. Nicht auf diese Art.

SPIEGEL: Sie haben in den vergangenen Jahren die Boxszene aufgemischt. Sie hatten Geldgeber, die Ihnen 20 Millionen Euro zur Verfügung stellten, um einen Boxstall aufzubauen. Sie gründeten ein Luxus-Trainingszentrum in Hamburg, buhlten bei

Promoter-Kollegen um Talente, Sie halfen kubanischen Champions bei der Flucht und nahmen sie unter Vertrag. Irgendwann beschwerte sich Fidel Castro persönlich über Sie. Haben Sie viele Feinde?

Öner: Es gibt in der Tat einige Leute, die mir meinen Erfolg nicht gönnen.

SPIEGEL: Zwei dieser Leute lauerten Ihnen vorigen August in einem Hamburger Hinterhof auf. Es fielen Schüsse, Sie wurden im linken Bein getroffen.

Öner: Splitter der Kugel stecken noch im Bein. Ansonsten ist alles gut verheilt.

SPIEGEL: Wer hat geschossen?

Öner: Darüber möchte ich nicht spekulieren.

SPIEGEL: Wie ist es, wenn man plötzlich selbst zur Zielscheibe wird?

Öner: Es war ein Schock. Ich wusste, dass es Leute gibt, die ein Problem mit mir haben. Dass diese Leute so weit gehen würden, habe ich nicht gedacht. Aber ich habe die Sache von Anfang an verdrängt, habe einfach weitergemacht, als sei nichts gewesen. Bereits beim Transport ins Krankenhaus habe ich mit meinem Anwalt telefoniert und ihm gesagt, ich könne nicht zu einer Pressekonferenz nach Florida kommen. Erst danach habe ich meine Eltern angerufen.

SPIEGEL: Sie haben Deutschland mittlerweile verlassen. Das Trainingszentrum gibt es nicht mehr. Die Geldgeber auch nicht. Sie arbeiten jetzt hauptsächlich in Florida und in der Türkei, wo Sie jetzt auch leben. War es eine Flucht?

Öner: Man kann es als eine Art Flucht bezeichnen. Aber nicht vor den Leuten, die mich angegriffen haben. Sondern vor meinem früheren Leben.

SPIEGEL: Was war das für ein Leben?

Öner: Ich habe mich in einer Schattenwelt bewegt. Ich kannte das Milieu. Ich war da nicht aktiv. Aber ich war präsent. Ich war ein Zocker: Poker, Fußballwetten. Ich hing rum in Casinos, war Everybody's Darling. Es hieß immer: „Ja, da kommt der Öner, der ist cool, hat immer die Scheine locker in der Tasche.“

SPIEGEL: Sie haben Geld verloren?

Öner: O ja. Aber auch gewonnen. Aber ich habe mich verabschiedet aus dieser Welt. Für mich gibt es das alles nicht mehr. Ich will es nicht mehr. Ich gehe auch in bestimmte türkische Cafés in Hamburg nicht mehr. Weil es nur Probleme bringt.

SPIEGEL: Was war dort los?

Öner: Wenn man wie ich in der Color-Line-Arena verprügelt wird, dann heißt es in diesen Cafés: „Komm, Ahmet, Rache!“ So geht das los. Und irgendwas bleibt hängen. Setzt sich in dir fest. Ich konnte damit nicht umgehen, ich wurde immer aggressiver, irgendwann dachte ich auch: „Okay, Rache!“ Und das ist nicht gut. Weil es mich in meinem Beruf als Geschäftsmann natürlich behindert. Ich musste die alte Welt hinter mir lassen.

SPIEGEL: Wann haben Sie gemerkt, dass Sie zu tief drinstecken?

Öner: Zum Ende meiner Verhandlung. Da hat es klick gemacht. Ich dachte mir: Lieber Gott, lass mich mit Bewährung davonkommen! Nun gehe ich meinen eigenen Weg. Ohne Einflüsterer, Ratschlaggeber. Aus Selbstschutz.

SPIEGEL: Sie sind nur noch selten in Deutschland, meist nur zu kurzen Geschäftsterminen. Haben Sie Angst vor einem Rückfall?

Öner: Nein. Aber Deutschland ist für mich momentan kein gutes Pflaster. Die Staatsanwaltschaft in Hamburg hat mich, glaube ich, noch auf dem Kieker. Es ist schwierig. Aber ich werde zurückkehren. Ich



ACTION PRESS

Schlägerei in Hamburg*: *„Ich kannte das Milieu“*

* Mit Ahmet Öner bei einem Kampfabend in der Color-Line-Arena am 19. Mai 2007.

würde gerne in München leben. Ich mag Deutschland, die preußische Disziplin, das gute Bildungssystem.

SPIEGEL: Wirklich?

Öner: Mein Sohn besucht die gleiche Internationale Schule im Hamburger Stadtteil Othmarschen, auf die auch der Sohn von Vitali Klitschko geht. Ich würde sogar meinen Bentley verkaufen, um meinem Sohn auch in Zukunft eine erstklassige Schulausbildung in Deutschland zu gewährleisten.

SPIEGEL: Die Klitschko-Brüder haben den Boxsport in den vergangenen Jahren in Deutschland geprägt, das Publikum liebt die beiden Ukrainer, weil sie anders als viele Boxer sind, höflich, Männer mit Manieren. Sind Sie in der heutigen Boxszene nicht in Wahrheit ein Fremdkörper?

Öner: Für Otto Normalverbraucher bestimmt. Aber es gibt genügend Leute, die gerne mit mir Geschäfte machen. Am Ende mancher Verhandlungen heißt es zwar oft: „Aber erzähl nicht rum, dass wir uns getroffen haben, Ahmet.“ Manche Partner fürchten um ihren guten Ruf, wenn herauskommt, dass sie mit mir Geschäfte machen. Doch damit komme ich klar. Ich bin eben der Outlaw.

SPIEGEL: Warum kommen die großen Duelle im Boxen so schwer zustande?

Öner: Weil es keinen Dachverband gibt, der die Kämpfe anordnet. Weil es stattdessen vier Weltverbände gibt, die alle ihre Eigeninteressen vertreten. Weil kein Promoter das Risiko eingehen will, dass sein Champion gegen einen anderen Champion verliert, da eine Niederlage den Marktwert beschädigt. So versackt alles im Mittelmaß. Aber ich darf nicht meckern. Ich mache da ja bis zu einem gewissen Punkt auch mit. Wobei mir manchmal der Spaß an der Sache schon abhandenkommt.

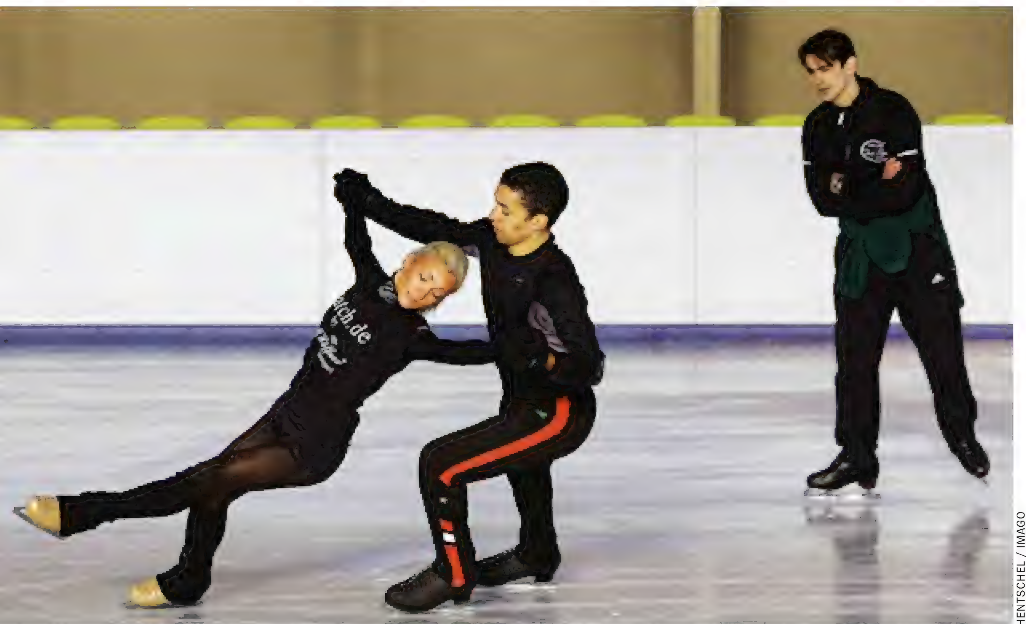
SPIEGEL: Wieso?

Öner: Ich glaube, ich will diesen Job nicht ewig machen. Es ist anstrengend, zermürbend. Es macht einen wahnsinnig, ständig mit kubanischen Boxern umgehen zu müssen. Die haben zehn Goldkettchen um den Hals hängen und jeden Tag eine neue Freundin. Ich bin für so was langsam zu alt. Ich will sehen, dass ich in den nächsten Jahren so viel Geld mache wie möglich, und dann bin ich auch schnell raus aus dem Geschäft. Außerdem weiß man ja nie, wer einem als Nächstes in einem Hinterhof begegnet.

SPIEGEL: Sie haben Angst?

Öner: Ich habe die Schießerei lange auf die leichte Schulter genommen. Ich sagte mir: „Ahmet, sie haben dir ins Bein geschossen. Na gut. War doch halb so wild.“ Aber die Polizei hat zwei Einschüsse in der Wand gefunden. Auf Körperhöhe. Sie sagen, es lag wohl doch eine Tötungsabsicht vor.

SPIEGEL: Herr Öner, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



HENTSCHEL / IMAGO

Trainer Steuer, Eisläufer Sawtschenko / Szolkowy
250 000 Euro versprochen

STASI

Form der Willkür

Bis heute wird die Verstrickung von Funktionären und Trainern der ehemaligen DDR gern verschwiegen. Nun sorgen späte Enthüllungen für Ärger.

Doktor Bodo Krocker, 64, ist ein gefragter Mann. Der Arzt aus Cottbus vertritt die Sportmediziner in der Landesärztekammer Brandenburg, wirkt segensreich für Spitzensportler, unter anderem für junge Turner. Für die Lokalzeitung ist er ein wichtiger Gesprächspartner, der über Eiweißdrinks genauso Bescheid weiß wie über Joggen unter Ozonbelastung.

Worüber Krocker weniger gern redet, ist seine Vergangenheit. Er war Mannschaftsarzt der DDR-Leichtathletik und mitverantwortlich für das Dopingsystem der DDR. Nach der Wende ermittelte deshalb die Staatsanwaltschaft wegen Körperverletzung. Unter anderem hatte ihn die Hürdenläuferin Birgit Uibel schwer belastet. Das Verfahren endete mit einem Strafbefehl für Krocker. Uibel, 48, starb im Januar dieses Jahres an Krebs.

Nun sieht sich Krocker erneut mit seiner Vergangenheit konfrontiert. Der Mediziner soll nach Überzeugung der Birthler-Behörde, Außenstelle Frankfurt (Oder), Inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR gewesen sein. Die Birthler-Behörde meint die Karteikarte des Mediziners gefunden zu haben. Mitarbeiter recherchierten zudem, dass Krocker IM „Wartburg“ gewesen sein soll. Gegenüber dem SPIEGEL sagt Krocker, die Schlussfolgerung, er sei „Wartburg“ gewesen, sei „total falsch“. Er kenne diesen Namen nicht.

Auch über 20 Jahre nach dem Mauerfall kommt immer noch Belastendes über Kader des DDR-Sportsystems an die Öffentlichkeit. Weil es nach der Wende keine ausreichende Aufarbeitung der Vergangenheit gab, muss sich der deutsche Sport bis heute mit immer neuen Fällen auseinandersetzen.

Dass die Stasi-Geschichte den Spitzensport immer wieder einholt, liegt auch daran, dass das Bundesinnenministerium die Problematik nur zögerlich angegangen ist: Wenn Stasi-Fälle enthüllt wurden, kündigte das BMI an, den Fall zu prüfen und gegebenenfalls Zuschüsse einzustellen. Bislang erhielt jedoch nur ein Spitzel keine Fördergelder: der Eiskunstlauftrainer Ingo Steuer (IM „Torsten“).



MICHAEL HELBIG

Mediziner Krocker
IM der Stasi?

Dessen verschleppter Fall könnte nun die Deutsche Eislauf-Union (DEU) in die Pleite treiben. Der Verband wollte die Dienste von Steuer nutzen, der das international erfolgreiche Paar Aljona Sawtschenko / Robin Szolkowy betreut, bekam aber wegen dessen IM-Vergangenheit keine öffentlichen Mittel. Der Fall gelangte vor Gericht. Dort erklärte sich die DEU bereit, 250 000 Euro Sponsorengelder für Steuer aufzutreiben. Die Frist lief ab, aber die DEU kann nicht zahlen.

Steuers Rechtsanwältin Karla Vogt-Röller sagt, die ungleiche Behandlung von Steuer und anderen Betreuern sei „absolut unverständlich“. Der Unmut richtet sich auch gegen den Parlamentarischen Staatssekretär Christoph Bergner (CDU), der im BMI für den Sport verantwortlich ist. Im Ehrenamt ist Bergner Präsident des SV Halle. Und dessen Geschäftsführer ist seit vielen Jahren Professor Klaus-Dieter Malzahn, der in der DDR als IM „Olaf Bachmann“ für die Stasi spitzelte. Bergner verteidigte die Personalie des Trainingswissenschaftlers als „Resozialisierungsmaßnahme“.

Auch der Deutsche Fußballbund (DFB) hat sich kaum um die Aufarbeitung geschert. Beispielhaft ist der Fall des seit 1990 amtierenden Präsidenten des Brandenburgischen Fußballverbands. Der frühere WM-Schiedsrichter Siegfried Kirschen hatte laut Aktenlage über einen Zeitraum von 20 Jahren unter dem Decknamen „Friedrich“ Personen bespitzelt. Als dies 2006 publik wurde, machte DFB-Präsident Theo Zwanziger den Fall zur Chefsache. Kurz darauf teilte der DFB mit, die Stasi-Angelegenheit Kirschen sei „als erledigt zu betrachten“.

Die deutsch-deutschen Kameradschaften hielten auch den Fall des DFB-Vizepräsidenten Hans-Georg Moldenhauer, 68, für unbedeutend. Moldenhauer wurde von der Stasi als Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit „Kurt Straube“ geführt. Laut Akten war der Diplomingenieur ein treuer SED-Genosse. Im April 1984 habe der frühere Torhüter mündlich seine Bereitschaft zur Stasi-Zusammenarbeit erklärt.

Moldenhauer sagt, er habe nicht gewusst, dass ihn die Stasi als Mitarbeiter geführt hat. Er sei in der DDR eher ein „Widerstandskämpfer“ gewesen. Als bekannt geworden sei, dass eine Stasi-Akte existiert, habe er sich unter anderem dem damaligen DFB-Präsidenten Egidius Braun anvertraut.

Die mangelhafte Aufarbeitung führte dazu, dass sich nach wie vor alte Stasi-Zuträger im Sport tummeln. So arbeitet beim Universitäts Judo- und Kampfsportclub Potsdam der ehemalige Weltmeister Andreas Preschel. Preschel hatte sich laut Dokumenten 1985 zur inoffiziellen Mitarbeit (IM „Dietmar“) verpflichtet. Er erwies sich als zuverlässiger Zuträger. Als Preschel seine Judo-Laufbahn wegen einer Verletzung beenden musste, verpflichtete ihn das MfS als hauptamtlichen Mitarbeiter. Preschel wollte zu seiner Vergangenheit keinen Kommentar abgeben.

Als Hauptamtlicher war seine Stasi-Karriere allgemein bekannt. Und mit dieser Akte wäre Preschel als Bundes- oder Landestrainer nicht tragbar gewesen. Aber die Verantwortlichen des Judovereins Potsdam störte das nicht. Sie stellten den Mann als Jugendtrainer ein.

UDO LUDWIG, THOMAS PURSCHKE


Hemingway, Schoenthal, Fuentes 1953

INGE SCHOENTHAL-FELTRINELLI

AUSSTELLUNGEN

Die schöne Inge und ihre Rolleiflex

Auf ihrer bekanntesten Aufnahme ist die Fotoreporterin Inge Feltrinelli, die damals gerade 22 Jahre alt war und noch Schoenthal hieß, selbst zu sehen: Sie posiert zwischen Ernest Hemingway und dem Fischer Gregorio Fuentes mit einem imposanten Marlin. Auf Kuba war das, 1953. Die junge Fotografin bediente den Selbstauslöser ihrer Kamera, das Foto wurde weltberühmt. Zwei Wochen lang durfte die attraktive Fotografin auf Hemingways Finca bleiben. In der Zeit entstand auch ein anderes berühmtes Foto: das, auf dem Hemingway in einem geringelten Shirt auf dem Boden liegt und schläft. Feltrinelli arbeitete für „Life“, „Constanze“ und „Paris Match“, lichtete Greta Garbo, John F. Kennedy, Simone de Beauvoir und Pablo Picasso ab. Von Sonntag an werden rund 80 ihrer Fotografien, die meisten in Schwarzweiß und aus den fünfziger Jahren, in Göttingen im Alten Rathaus zu sehen sein. Bis 1952 lebte „La Inge“ dort, bevor sie die Stadt verließ, um die Welt mit ihrer Rolleiflex zu erkunden. 1960 zog es sie nach Mailand, wo sie den reichen italienischen Verleger Giangiacomo Feltrinelli heiratete – und ein neues Abenteuer wagte: Nach dem Tod ihres Mannes übernahm sie die Leitung des Verlags und baute ihn zu einem Buchhandelsimperium aus.

FERNSEHEN

Totendoppelkopf

Handlungsstränge wie mit dem Lineal gezogen, direkt hinein in die Katastrophe, eine schwarze Messe des ausweglosen Schicksals. Zu Anfang des an diesem Mittwoch in der ARD laufenden Films „Der andere Junge“(Buch: Lothar Kurzawa, Regie: Volker Einrauch) spielen die benachbarten Ehepaare Morell und Wagner noch einträchtig Doppelkopf, das Kartenspiel, bei dem lange nicht klar ist, wer der Verbündete des anderen ist. Nach 90 quälenden, aber stets spannenden Minuten ist klar: Der Tod spielt ein Solo. Wovon die befreundeten Eltern nämlich nichts wissen, ist die brutale Feindschaft zwischen den pubertierenden Söhnen Paul Wagner (Tim Oliver Schultz) und Robert Morell (Willi Gerk). Robert ist ein kontaktgestörtes, von Paul schikaniertes Weichei, Paul ein aggressiver Rowdy. In psychischer Notwehr erschießt der Gequälte eines Tages seinen Peiniger. Die Eltern Morell (Andrea Sawatzki, Peter Lohmeyer) beseitigen den Leichnam des erschossenen Nachbarssohnes. Und diese Heimlichkeit löst eine Erstarrung aus: Lüge und Schweigen vergiften nach und nach alles Lebendige im Leben der Familien. Man kann auch sagen: Die Mathematik der Handlung besiegt das Besondere der Personen.

Kino in Kürze

„Herbst“ erzählt von einem linken politischen Aktivisten (Onur Saylak), der nach zehn Jahren Haft todkrank aus einem Istanbuler Gefängnis in sein Heimatdorf nahe der georgischen Grenze zurückkehrt. In seinem vielfach preisgekrönten Film findet der türkische Regisseur Özcan Alper ungewöhnliche Bilder von seiner Heimat: Es regnet in vielen Szenen so heftig, als würde sogar der Himmel um den Helden trauern, fast schmerzhaft wirkt das satte Grün der Berge und Hügel. Eine stille, oft bedrückende, aber manchmal auch beglückende Meditation über einen Mann, der angesichts des nahen Todes noch einmal nach seinen Wurzeln sucht.


FILMFABRIK

Szene aus „Herbst“

LITERATUR

„Es war ein Überraschungsfund“


ZEITZEUGEN TV

Der Geophysiker Heinz Bachmann, 70, Bruder von Ingeborg Bachmann (1926 bis 1973), über deren Nachlass und das jetzt bei Suhrkamp publizierte „Kriegstagebuch“

SPIEGEL: Herr Bachmann, das aus dem Nachlass Ingeborg Bachmanns stammende Tagebuch hat Ihre Schwester im Alter von 18 geschrieben. War es eine schwierige Entscheidung, der Veröffentlichung zuzustimmen?
Bachmann: In diesem Fall haben die Erben, also meine Schwester Isolde und ich, deswegen gezögert, weil der Text ja nicht sehr umfangreich ist. Aber uns war klar, dass es sich um ein Zeitdokument handelt, nicht zuletzt wegen der an sie adressierten und dem Buch beigefügten Briefe von Jack Hamesh …
SPIEGEL: … einem aus Wien stammenden Juden und britischen Besatzungssoldaten, der ersten großen Liebe der späteren Dichterin. Das 1944 begonnene Tagebuch kreist im Frühsommer 1945 vor allem um ihn, der dann 1946 nach Palästina aufbrach und den sie nie wiedergesehen hat.
Bachmann: Diese Begegnung zieht sich auch durch das literarische Werk. Jedenfalls gibt es immer wieder Andeutungen, was diese Zeit und diesen Mann angeht.
SPIEGEL: Was aus ihm geworden ist, bleibt ein Rätsel?
Bachmann: Wir hoffen, dass das Buch dazu beitragen könnte, entweder ihn oder mögliche Erben ausfindig zu machen. Die Tantiemen für die abgedruckten Briefe gehen jedenfalls vorerst auf ein Sperrkonto. Wenn sich innerhalb eines Jahres niemand meldet, würden wir das Geld an eine jüdische Organisation in Wien spenden.
SPIEGEL: Wo befand sich das Tagebuch?
Bachmann: Ein Überraschungsfund. Als unsere Mutter gestorben war, fanden sich die Seiten in einem kleinen Kasten, in dem sie Verschiedenes aufbewahrt hatte. Die Briefe von Hamesh lagen woanders. Ich habe mich damals als Siebenjähriger für die ausländischen Briefmarken interessiert. Nach der Entdeckung des Tagebuchs fiel mir das wieder ein. Meine Schwester Isolde hatte die Briefe aufbewahrt.
SPIEGEL: Es wurde gelegentlich bemängelt, dass die Bachmann-Erben bisher sehr zurückhaltend waren, was Publikationen aus dem Nachlass angeht.
Bachmann: Wir wurden gelegentlich verdächtigt, etwas verheimlichen zu wollen. Nach dem Tod von Ingeborg haben wir die Korrespondenz vorsortiert und geschlossen der Nationalbibliothek in Wien übergeben. Aber es geht ja auch um die Privatsphäre der Briefschreiber. Von Ingeborg selbst sind nur wenige Briefe dabei. Die liegen, soweit sie noch vorhanden sind, bei den Empfängern.
SPIEGEL: Gibt es Pläne für weitere Publikationen aus dem Nachlass?
Bachmann: Das besprechen wir jetzt mit dem Suhrkamp-Verlag. Ein amerikanischer Germanist hat ein Frühwerk von Ingeborg entdeckt, eine Arbeit für den Sender Rot-Weiß-Rot, den die Amerikaner nach dem Krieg betrieben. Es lässt sich daran gut studieren, wie sie erste Erfahrungen mit dem Hörspiel machte.


Ingeborg Bachmann 1964
KURT HUSNIK



GLAUBE

Welttheater im Dorf

Seit fast 400 Jahren spielen die Oberammergauer das Leiden und die Auferstehung Christi nach. Vielen Besuchern bedeutet das Spiel mehr als ein Gottesdienst. Im Dorf streitet man, wie modern Glaube und Tradition sein dürfen. *Von Katja Thimm*

Als sie Kinder waren, der Stückl Christian und der Müller Martin, spielten sie zusammen Theater.

Sie hielten es, wie es Kinder in Oberammergau noch heute halten. Sie rezitierten und musizierten, sie traten im Pfarrheim auf, und ihr erstes Stück war ein Krippenspiel. Der Christian gab damals den Regisseur, der Martin einen prahlerischen Lausbub. Sie hatten, wie alle Kinder im Dorf, längst die große Bühne vor Augen. Die da draußen, bei der Wiese.

Da draußen spielen die Oberammergauer „Passion“. In jedem zehnten Jahr erzählen sie die Geschichte des Leidens und der Auferstehung Jesu; ihre Vorfahren haben es Gott versprochen, 1633, er sollte den Ort vor der Pest bewahren. Das Unglück blieb aus, und so spielen sie in diesem Jahr wieder: 2000 Darsteller, Sänger und Orchestermusiker auf einer Freiluftbühne inmitten hoher Berge, 102 Vorstellungen, jedes Mal fünf Stunden vor Tausenden Zuschauern.

Es gebe nichts Gewaltigeres, sagt Martin Müller, und darin mag ihm in diesen Tagen keiner der 5000 Dorfbewohner widersprechen. Vom Märchenkönig Ludwig berichten sie, der Silberlöffel an alle Hauptdarsteller verteilte, nur Judas, dem Verräter, gab er einen aus Blech. Auch Adolf Hitler war da, leider, aber dann kamen Adenauer und der Papst, als er noch Kardinal Ratzinger hieß. Minister, Künstler, Filmsternchen; das japanische Fernsehen und die „New York Times“. Und Hunderttausende Pilger.

Am Samstag soll Premiere sein in ihrem Dorf in Oberbayern, ein paar Kilometer von Garmisch-Partenkirchen entfernt. Seit Monaten bemühen die Alten und Kranken letzte Kräfte; die Jungen krempeln Pläne um. Der künftige Apostel Philippus unterbrach ein Promotionsstudium, einer der beiden Jesus-Darsteller verließ den fernen Arbeitsplatz. Der Bürgermeister verkündete schon am Aschermittwoch vergangenen Jahres einen „Haar- und Barterlass“. Seither verzichten die Männer, Frauen und Kinder weitgehend auf den Friseur, um auszusehen wie im alten Jerusalem.

Gemeinschaft, Heimat, Identität – so versuchen sie Fremden ihr Treiben zu er-



DIETER MAYR

Kostümprobe im Passionstheater
„Wir spielen immer noch die Bibel“

klären. Schließlich hat jeder, der hier geboren ist oder seit 20 Jahren lebt, ein Spielrecht. Und außerdem, die Abwechslung: neun Jahre lang Lehrer, Klempner oder örtlicher Grünflächenbesteller – und im zehnten Jahr: Weltöffentlichkeit! Sauweh müsse es tun, da nicht mitzuspielen.

„Sauweh“, sagt Martin Müller. Er spielt trotzdem nicht mit. Martin Müller, 40 Jahre alt, Darsteller seit Kindertagen, Holzbildhauermeister und gewähltes Mitglied im Gemeinderat, protestiert.

„Der Herr Stückl gefährdet da draußen das Dorf in seinen Wurzeln. Das ist nicht mehr unser Spiel.“ So sagt er voll Wut, grüßt die Passanten durchs Fenster, und einige winkt er hinein in seine Schnitzwerkstatt, die gleichzeitig ein Tante-Emma-Laden ist. Nur den Herrn Stückl, den grüßt er nicht – jenen Christian, mit dem er als Kind im Pfarrheim auftrat.

Zum dritten Mal führt Christian Stückl nun beim Passionsspiel Regie. Der 48-Jährige stammt aus einer angesehenen alten Familie, er spricht Dialekt, auch er sitzt im Gemeinderat.

Doch der Wirtssohn aus Oberammergau ist längst ein Weltbürger. Er war Regisseur an den Münchner Kammerspielen, er wurde eingeladen zum Berliner Theatertreffen; er hat in Indien und in Salzburg inszeniert, nun leitet er das Münchner Volkstheater. Starre und Enge passen nicht zu ihm, schon als Kind wartete er im elterlichen Gasthof auf die Touristen, weil sie einen fremden Parfumduft ins Dorf brachten. Er ist ein Skeptiker, ein Künstler. Mittelmaß passt nicht zu seinem Anspruch. Er ringt um seine Botschaften.

Unter seinen Vertrauten im Dorf finden sich jene, die es ebenso halten. Der Bühnenbildner zählt dazu, der inzwischen als Ausstattungsleiter des Bayerischen Staatsschauspiels arbeitet; der Zweite Spielleiter, der belesen ist wie kein anderer im Ort; auch der Dirigent, der 180 Oberammergauer in Chor und Orchester zu präzisem Klang führt. Seit Christian Stückl das Spiel inszeniert, interessieren sich auch Feuilletonredakteure dafür.

Christian Stückl hat die Moderne in das katholische Dorf gebracht, mitsamt ihren Zweifeln und Fragen. Während Priester, Bischöfe, Vatikan und Lehre immer stärker unter Generalverdacht geraten, spielt er in Oberammergau Kirche von unten. Er zerrt am alten Glauben, an den alten Regeln, den alten Ideen. Es ist wohl auch ein Versuch, dem Katholizismus das Konservative auszutreiben. Und Christian Stückl hat damit Erfolg.

Genau das werfen sie ihm vor, seine Gegner, die sich in Martin Müllers Ladenlokal treffen, wo Werbezettel ausliegen für „Opa will heiraten“, ein Bauernschwank, Spielleitung: Martin Müller. Sie wählen nur andere Worte.

Sie preisen die Vergangenheit, in der gewählte Dorfvertreter über Text und Bühnenbild entschieden. Sie murren, dass nun Rabbiner mitreden; sie zetern, dass die Mitglieder der Trachtengruppe keine große Rolle spielen, sie klagen, weil sich die neue Inszenierung bis in die Nacht zieht. Es ist Welttheater in Oberammergau, wo sie um all das kämpfen, was dem Menschen heilig ist: um Selbstwertgefühl und Anerkennung und Geborgenheit und Geld. Und um die große Frage nach rechtem Leben und wahrem Glauben.

„Wir sind weder München noch Amerika, wir sind ein Dorf“, so sagt es Martin Müller. „Und wir spielen immer noch die Bibel. Die kann man nicht modernisieren.“

Yes, we can!“, ruft Christian Stückl und ballt die rechte Hand zur Faust. „So müsst ihr euch diesen Jesus vorstellen. Dieser Mann ist euer Hoffnungsträger!“

Um den Tisch sitzen bärtige, langhaarige Männer in Skipullovern; zweimal Jesus, zweimal Petrus, zweimal Johannes, die wichtigen Apostelrollen sind doppelt besetzt. Stückl hechtet um den Tisch, überall scheint er zu sein, jeden scheint er anzublicken, anzusprechen. Er schwitzt. Und die Probe an diesem kalten Januarabend hat gerade erst begonnen.

„Versteht ihr?“, ruft er. „Und jetzt lädt euer Jesus zum letzten Abendmahl und kündigt an, er lasse sich töten. Ihr habt



DIETER MAYR

Spielleiter Stückl: *„Stellt euch vor, Jesus habe ein Start-up-Unternehmen gegründet“*

grad überhaupt kein Verständnis für diesen Typen. Also, noch mal!“

„Rabbi, warum stehst du so fern?“, nuschelt ein Jünger zu Jesus hin.

„Hey, mach es groß“, sagt der Regisseur und stellt sich auf die Zehenspitzen. „Du bist ein enttäuschter Fan.“

„Wir hofften auf Licht, und es kam Finsternis“, kommt es, vernuschelt, zurück. „Was werden wir essen? Was werden wir trinken? Was werden wir anziehen?“

„Jesus, dein Einsatz!“, ruft Stückl.

„Um all das sorgen sich die Gottlosen!“ Auch diese Stimme klingt verzagt.

Es zischt. Es zischt immer, wenn Christian Stückl an einer Zigarette zieht, laut und schwungvoll zischt es, er inhaliert tief. Dann unterbricht er die Probe.

„Lasst uns mal reden“, sagt er. „Stellt euch vor, Jesus habe ein Start-up-Unternehmen für eine bessere Welt gegründet. Ihr wart von Anfang an dabei, habt Job und Familie dafür aufgegeben. Nun droht das Ende. Wie fühlt ihr euch?“ Sie reden über Existenzangst, Verlorenheit und Enttäuschung. „Genau das müsst ihr vermitteln“, sagt der Regisseur. „Also los!“

Christian Stückl will von der Geschichte den Zucker der Jahrhunderte herunterbringen, er nennt es so. Er will sich mit diesem kompromisslosen Menschen auseinandersetzen, der, ob nun Gottes leibhaftiger Sohn oder nicht, in seinen Augen auch ein Opfer großer Politik war.

So hat er die Vorlage wieder verwandelt. Ein drittes Mal erneuert er das Gelübdespiel und inszeniert statt frommen Laienschauspiels modernes Regietheater.

Gleich in der ersten Szene erklärt Jesus nun, was er denkt und wer er ist. Er tut dies mit Worten der Bergpredigt, einem fundamentalen Text der Christen. Doch steht Jesus dort als ein junger Jude, der den Zustand der Welt und die jüdische Elite kritisiert.

Dann tritt Pontius Pilatus auf, der Statthalter der römischen Besatzungsmacht. In der Bibel heißt es, er wasche seine Hände in Unschuld. Auf der Bühne gebärdet er sich als Tyrann, der Jesus beseitigen, es aber nicht selbst verantworten will. Er droht der jüdischen Führung: Der aufwieglerische Wanderprediger solle verschwinden.

Judas, bekannt als Verräter, schätzt in Stückls Spiel die Lage falsch ein: Er will Jesus und die jüdische Elite zu einem politischen Gespräch zusammenbringen. Als Jesus dann gekreuzigt wird, kann Judas mit der Schuld nicht weiterleben.

> Jesus ein engagierter Jude, Petrus ein Versager, Judas ein Getäuschter.

Petrus jedoch, der Jesus dreimal verleugnet, vertraut auf die Gnade seines Herrn. Und wird, obgleich ein Versager wie Judas, Leiter der neuen christlichen Kirche.

So geht das Spiel, das Oberammergau in Unruhe versetzt. Jesus ein engagierter Jude, Pilatus ein Tyrann, Judas ein Getäuschter und Petrus ein Versager.

Neu ist zudem: ein Text aus dem jüdischen Glaubensbekenntnis, eine Volksgruppe überzeugter Jesus-Anhänger, der Auftritt zweier Kamele, Stoff und Farbe der Kostüme, das Bühnenbild, die Auferstehung Jesu spätabends und die Rolle der Claudia, der Frau des Pilatus.

Er finde es super, sagt Korbinian Freier, der als Apostel Philippus ungeduldig auf eine bessere Welt hofft. Der 29-jährige Doktorand hält Jesus mittlerweile für den einzig glaubwürdigen Revolutionär. „Er redet nicht nur, er handelt. Es ist unglaublich, welchen Idealismus er freisetzt.“

Er zweifle ja, ob Jesus seine Ideen von Unbedingtheit, Nächstenliebe und Ehrlichkeit in der heutigen Kirche wiederfinden würde, sagt der 30-jährige Jesus-Darsteller Frederik Mayet, der als Pressesprecher eines Theaters arbeitet. Das schmälere diese Ideen aber nicht.

Auch der Jesus-Darsteller Andreas Richter, ein 33-jähriger Psychologe, spricht von Zweifeln. Er sei der Bibel ziemlich fern gewesen. Die Weissagungen, die Wunder, schwierig, schwierig. „Aber nun in den Proben, die Diskussionen, auch kritisch, dass man das darf, ein Wahnsinn!“

Es ist der Münchner Erzbischof, der über den Inhalt des Spiels wacht. Für alle Fragen und Zweifel hat er Theologieprofessor Ludwig Mödl zum Berater ernannt.

Mödl steht auf Stückls Seite. Die Kirche brauche intellektuell wache Menschen, sagt der 72-Jährige. Und zu einem kritischen jungen Kopf gehöre nun mal, Strukturen und Lesarten in Frage zu stellen.

Nein, gegen die Bibel verstoße die Inszenierung nicht.

Manche Textstellen, ja nun, einmal habe der Regisseur „Du räudiger Hund!“ getextet. Da habe er um Änderung gebeten. Aber sonst? „Alle vier Evangelien erzählen die Passionsgeschichte mit anderen Worten. Das Spiel muss mit ihnen kompatibel sein. Das ist es.“

Auch der katholische Pfarrer im Ort ist gewiss: kein Verstoß. Die Oberammergauer Regel, dass Jesus-Sätze aus der Bibel stammen müssten, sei ja eingehalten. Er denke ohnehin, dass man das Wort Gottes nicht finde, indem man mit der Lupe in der Heiligen Schrift suche.

„Der frühere Pfarrer, der lud mich zu sich, als ich zum ersten Mal Spielleiter wurde“, erzählt Christian Stückl. „Ich hatte einen Freund als Judas vorgesehen.“

Der Freund war Protestant.

Der Priester legte Schallplatten auf, Mendelssohn, Bach und Mozart. Welche Musik dem Christian am besten gefalle?

Bach, antwortete der, ganz klar. Und eben da fange das Problem an, erwiderte der Pfarrer. Bach, der Protestant, verweigere sich der Erlösung. Die Musik des Juden Mendelssohn sei unerlöst. Ein echter Katholik könne nur Mozart lieben. Erlöste Musik.

Christian Stückl dachte daran, aus der Kirche auszutreten. Er blieb, trotz Bischof Mixa, trotz lebensferner Dogmen. „Ich empfinde mich ja eigentlich als total katholisch", sagt er. „Die Fronleichnamsprozessionen, der Weihrauch, diese ganze Theatralik, die Inszenierung im Gottesdienst, das hat mich tief geprägt."

Nun müht sich Christian Stückl neben dem Theater im Dorf auch um das christlich-jüdische Verhältnis.

„Für die jüdischen internationalen Organisationen ist Oberammergau Weltsache", sagt Theologe Mödl, der ihn in dieser Frage ebenfalls berät. „Sie verstehen das Passionsspiel als Seismografen für antisemitische Gedanken und Gefühle."

Vom Mittelalter an dienten Passionsspiele auch dazu, die Juden als Mörder Jesu anzuprangern. Ebenso war es in Oberammergau. Begeistert feierte auch Adolf Hitler die Figur des Pilatus als einen „Fels inmitten des jüdischen Geschmeißes und Gewimmels".

Nach dem Krieg riefen amerikanische Intellektuelle zu einem Boykott des Spiels auf. Auch Vertreter der katholischen Kirche forderten, es von Antijudaismen zu befreien: Das Zweite Vatikanische Konzil verurteilte „Hassausbrüche" und „Antisemitismus". 5000 Eintrittskarten wurden zurückgegeben. Doch in Oberammergau kursierte ein Flugblatt „gegen die unerhörte versuchte Erpressung" von jüdischer Seite. 1990 noch gehörte zum Spiel der „Blutruf" – jener Satz, mit dem sich das jüdische Volk selbst verflucht, weil es den Tod Jesu verantwortet. Allerdings findet der sich nur im Matthäus-Evangelium.

„1990 durfte ich ihn noch nicht herausnehmen", sagt Stückl. Zehn Jahre später setzte er sich mit Hilfe von Berater Mödl durch: kein Fluch. Stattdessen hob er die jüdische Herkunft Jesu hervor.

Aus New York waren zuvor Abgesandte jüdischer Organisationen angereist, um über den Text zu diskutieren. Auch dieses Mal kamen die Gesandten. „Es war unser Anliegen, die jüdischen Interessen noch mehr zu berücksichtigen", sagt Theologieprofessor Mödl. So dienen die neuen Jesus-Anhänger im Bühnenvolk auch der deutsch-jüdischen Verständigung – ebenso wie das Verhalten des Pilatus, der als römischer Besatzer Jesu Tod vorantreibt.

„Aber eine Szene gibt es, da läuft es einem eben doch über den Rücken", sagt Christian Stückl. „Wenn Hunderte schreien: ‚Kreuzige ihn!'" Dramaturgisch ein Höhepunkt. Er mag nicht darauf verzichten.

Womöglich werde man sich in diesem Punkt nie einig. „Aber den Dialog muss man ewig weiterführen", sagt er. Auch deswegen ist er mit einigen Darstellern und Musikern zehn Tage lang nach Israel gereist, begleitet von einem vatikanischen Priester.

Martin Müller aber hat im Gemeinderat das Wort ergriffen. Das da draußen, das gehe so nicht weiter, hat er geschimpft. Die Freilichtbühne sei immer noch ein öffentlicher Raum. Und der Herr Stückl verstoße ständig gegen den Nichtraucherschutz. Es müsse endlich eine Hausordnung für das Passionstheater her.

Der Bürgermeister verdreht die Augen. Als er vor zwei Jahren in eigener Sache Plakate klebte, hieß sein Motto „Mit Herz und Verstand". Anschließend gewann der Parteilose die Wahl.

Arno Nunn war Polizist, er ist psychologisch geschult für den Umgang mit konfliktreichen Situationen, auch eine Fußballmannschaft hat er trainiert. Aber in Oberammergau dominiere der Wille, sich zu reiben und zu streiten, sagt er. Vielleicht hänge das mit der frühen Bühnenerfahrung zusammen. Man lerne schon als Kind Theaterdonner und große Geste.



FOTOS: DIETER MAYR





Jesus-Darsteller Mayet, Apostel-Darsteller Freier, Jesus-Darsteller Richter: *„Diese Diskussionen, auch kritisch, dass man das darf, Wahnsinn!"*

Er ist ein guter Zeuge für alle Eigenheiten des Dorfes. Er darf nicht mitspielen, er wohnt erst seit 13 Jahren hier.

„Ein Beispiel", sagt er. „Die Kreuzverschiebung". Gerade erst hätten sich die Gegner Stückls im Gemeinderat beschwert: Warum dieses Mal die Kreuze eigentlich in einem anderen Winkel auf der Bühne stehen müssten? „Es geht bei den Sitzungen immer um die Passion", sagt er. „Der Ort hängt nun mal in allem von ihr ab."

Dann schreibt er gewaltige Zahlen auf das Flipchart in seinem Büro.

29 Millionen.

„Schulden", sagt er. Man habe hier gebaut wie in keinem anderen Dorf; ein Wellenbad mit Riesenrutsche, Schneekanonen, ein bewegliches Dach über dem Theater, dazu die laufenden Kosten. Und außerdem: die Infrastruktur, selbst die Kläranlage, das meiste überdimensioniert. „Alles ist ausgelegt auf die große Zahl der Gäste in jedem zehnten Jahr."

20 Millionen.

„Der erwartete Passionsgewinn." Plus x, sagt der Bürgermeister, vielleicht. Doch die Pauschalreisen verkaufen sich schlechter als erwartet, mitten in der Wirtschafts-

20 Millionen Euro – das ist der erwartete Passionsgewinn.

Gemeindevertreter sollten nicht länger über den Inhalt des Gelübdespiels wachen. Eine Volksvertretung sei weltanschaulich neutral, fand ein Gutachter. So kam der Berater des Erzbistums ins Dorf.

In diesem Jahr darf der Spielleiter erstmals bis zum Tag der Premiere am Text arbeiten. Dieses Mal benannte er auch die Hauptdarsteller allein. Getragen von Bürgerentscheiden hat er die alte Ordnung aufgehoben. Das Klischee eines katholischen Dorfes in Oberbayern – Christian Stückl hat es widerlegt.

Durch das Dorf hallt der Lärm von 900 Stimmen. „Kreu-zi-ge ihn!“, brüllt das Volk auf der Freilichtbühne.

„Gib ihn frei!“, schreien die Anhänger Jesu.

„Kreu-zi-ge ihn!“

Alte Männer mit Trachtenhut stehen vor dem Spielleiter, junge Männer, deren Jeanshosen tief bis die Kniekehlen hängen. Frauen, die mit ihren Lesebrillen nesteln, das Textbuch in der Hand.

„Könnt ihr das immer noch nicht auswendig?“, ruft er in ein Mikrofon. „Und nehmt die Kaugummis aus dem Mund!“

Es ist später Abend, er probt seit dem frühen Nachmittag, ihm bleibt nicht mehr viel Zeit bis zur Premiere. Die Szene am Ölberg war nicht schlecht, die Jesus-Darsteller wirkten glaubhaft in ihrer Todesangst. Am Tag zuvor, die Kinder mit den Eseln und Ziegen auf der Bühne, das funktionierte. Die störrischen Kamele brauchen noch ein paar Proben.

„Kreu-zi-ge ihn!“

Es ist die Szene, die den Rabbinern so viel Unbehagen bereitet. Sie ist gewaltig. Ein verzerrtes Bild des jüdischen Volks führt sie nicht vor. Es ist der Mensch als Massenmensch, der da zum Fürchten ist, der entfesselte, manipulierte Mob.

Bald ist es Zeit für den Passionsfrieden, sobald der Vorhang sich öffnet, das ist man der Passion schuldig und dieses Mal auch dem verschuldeten Dorf. Selbst Martin Müller wird ins Theater gehen, jeden Morgen von sechs bis acht. Er hat sich zum Putzdienst gemeldet. Die Spötter nennen es Märtyrertum. Doch jeder versteht, dass er nun doch mittun will.

Christian Stückl, der Skeptiker, wird vor jeder Aufführung mit den Darstellern beten. Er denkt nun manchmal an die Zukunft dieses Spiels, und auch an einen Nachfolger. „Vielleicht macht es ja Abdullah“, sagt er. „Ich glaub, der hätte Lust.“

Abdullah hat vor zehn Jahren mitgespielt und arbeitet heute als Regieassistent in München. Stückl traf ihn damals bei der Suche nach Darstellern, Abdullah sang so schön, Stückl wollte den muslimischen Jungen unbedingt dabeihaben.

Abdullahs Vater willigte ein. „In Ordnung, Chef“, sagte er zu dem Spielleiter. „Aber mach uns nicht katholisch!“



DIETER MAYR

Holzbildhauermeister Müller: *„Der Herr Stückl gefährdet das Dorf in seinen Wurzeln“*

krise. Die Gegner Stückls lasten auch das dem Spielleiter an.

Neun gegen neun steht es im Gemeinderat, konservativ gegen kulturorientiert-ökologisch-sozial, bis auf ein SPD-Mitglied sind sie parteilos. Auf der einen Seite sitzen Martin Müller und politische Freunde, auf der anderen Seite Christian Stückl und Anhänger. Dazwischen zwei CSU-Abgeordnete, die sich als bürgerliche Mitte verstehen. Weil die beiden nicht unbedingt eine Meinung teilen, entscheiden sie nicht unbedingt einstimmig. Dann steht es zehn gegen zehn. Dann setzt sich in Oberammergau das Volk in Bewegung. Es herrscht in wenigen Orten Bayerns so viel direkte Demokratie. Ein Bürgerentscheid stand vor dem Bau des Theaterdachs, ein Bürgerentscheid besiegelte die Spielleiterwahl, ein Bürgerentscheid bestärkte den Spielleiter darin, nicht aufzugeben.

Es war mit 56 Prozent ein knappes Ergebnis. Und doch hat Christian Stückl in kurzer Zeit den Ort verändert. Als er vor 22 Jahren das Pestspiel aufführte, Bewährungsprobe für jeden künftigen Passionsspielleiter, protestierten Bürgermeister, Pfarrer und 1800 Einwohner gegen diesen gotteslästerlichen Mann. Er hatte es als ein Theaterstück auch über Aids inszeniert. Ein Herrgottsschnitzer warf darin, verzweifelt über seinen Gott, ein Kreuz zu Boden. Und während die einen protestierten, versammelten sich 400 junge Unterstützer mit Kerzen vor dem Rathaus.

Wer die Passion beherrscht, hat Macht im Ort. Er kann den Blick auf die Welt verändern und bestimmt das Bild des Ortes in der Welt. Wer die Passion beherrscht, kann eine Lebenskultur verbreiten. Und er schafft Biografien. Jede Hauptrolle steigert das Ansehen in der Dorfgemeinschaft bis in folgende Generationen. „Der spielt den Kaiphas, und der Großvater war zweimal Christus“ ist ein typischer Satz in Oberammergau.

Manchmal wird die Rolle zur Lebensrolle. Eine Frau blieb den Männern fern, weil sie Jungfrau Maria gewesen war. Ein Christus-Darsteller ging im Alter segnend durch das Dorf. Es tragen viele Menschen Passionswunden in Oberammergau.

Bis 1990 war verheirateten oder verwitweten Frauen der Auftritt verboten – als mögliche Darstellerinnen der Maria sollten Frauen zumindest den Anschein von Keuschheit erwecken. Dann erstritten drei Dorfbewohnerinnen vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof ein allgemeines Spielrecht. Fortan durften auch Protestanten oder Muslime mitspielen, und die

Wer die Passion beherrscht, hat Macht in Oberammergau.

Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik

1 (1) **Tommy Jaud**
Hummeldumm
Scherz; 13,95 Euro

2 (–) **Henning Mankell**
Der Feind im Schatten
Zsolnay; 26 Euro



In seinem letzten Fall ermittelt Kommissar Wallander in einer bizarren Familiengeschichte

3 (4) **Nicholas Sparks**
Mit dir an meiner Seite
Heyne; 19,95 Euro

4 (2) **Sarah Lark**
Das Gold der Maori
Lübbe; 14,99 Euro

5 (3) **Jussi Adler-Olsen**
Erbarmen
dtv; 14,90 Euro

6 (8) **Martin Suter**
Der Koch
Diogenes; 21,90 Euro

7 (5) **P. C. Cast / Kristin Cast**
Betrogen – House of Night 2
FJB; 16,95 Euro

8 (9) **Stephenie Meyer**
Bis(s) zum Ende der Nacht
Carlsen; 24,90 Euro

9 (6) **Anna Gavalda**
Ein geschenkter Tag
Hanser; 12,90 Euro

10 (7) **David Safier**
Plötzlich Shakespeare
Kindler; 17,95 Euro

11 (10) **Karen Rose**
Todesspiele
Knaur; 14,95 Euro

12 (11) **Alyson Noël**
Evermore – Der blaue Mond
Page & Turner; 17,95 Euro

13 (14) **Marina Lewycka**
Das Leben kleben
dtv; 14,90 Euro

14 (12) **Cody McFadyen**
Ausgelöscht
Lübbe; 19,99 Euro

15 (20) **Anne Fortier**
Julia
W. Krüger; 19,95 Euro

16 (13) **William Paul Young**
Die Hütte
Allegria; 16,90 Euro

17 (16) **Alyson Noël**
Evermore – Die Unsterblichen
Page & Turner; 16,95 Euro

18 (15) **P. C. Cast / Kristin Cast**
Gezeichnet – House of Night 1
FJB; 16,95 Euro

19 (18) **Josh Bazell**
Schneller als der Tod
S. Fischer; 18,95 Euro

20 (19) **Tania Carver**
Entrissen
List; 14,95 Euro

Sachbücher

1 (1) **Michael Mittermeier**
Achtung Baby!
Kiepenheuer & Witsch; 14,95 Euro

2 (2) **Eckart von Hirschhausen**
Glück kommt selten allein …
Rowohlt; 18,90 Euro

3 (3) **Manfred Lütz**
Irre! Wir behandeln die Falschen
Gütersloher Verlagshaus; 17,95 Euro

4 (5) **Helmut Schmidt / Fritz Stern**
Unser Jahrhundert
C. H. Beck; 21,95 Euro

5 (4) **Margot Käßmann**
In der Mitte des Lebens
Herder; 16,95 Euro

6 (8) **Richard David Precht**
Wer bin ich – und wenn ja, wie viele?
Goldmann; 14,95 Euro

7 (7) **Miriam Meckel**
Brief an mein Leben
Rowohlt; 18,95 Euro

8 (6) **Susanne Fröhlich**
Und ewig grüßt das Moppel-Ich
W. Krüger; 14,95 Euro

9 (17) **Josef Wilfling**
Abgründe
Heyne; 19,95 Euro

10 (–) **Wolfgang Clement / Friedrich Merz**
Was jetzt zu tun ist – Deutschland 2.0
Herder; 18,95 Euro

11 (–) **Werner Bartens**
Körperglück
Droemer; 19,95 Euro

12 (10) **Susanne Schmidt**
Markt ohne Moral
Droemer; 19,95 Euro

13 (9) **Kester Schlenz**
Alter Sack, was nun?
Goldmann; 16,95 Euro

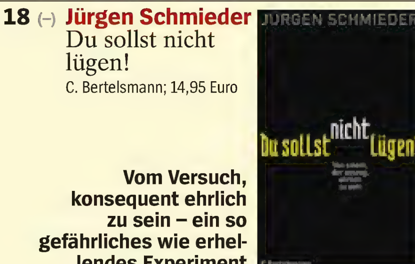
14 (12) **Jay Dobyns / Nils Johnson-Shelton**
Falscher Engel
Riva; 19,90 Euro

15 (11) **Gianluigi Nuzzi**
Vatikan AG
Ecowin; 22,50 Euro

16 (13) **Elfriede Vavrik**
Nacktbadestrand
edition a; 19,50 Euro

17 (16) **Michael Winterhoff / Isabel Thielen**
Persönlichkeiten statt Tyrannen
Gütersloher Verlagshaus; 17,95 Euro

18 (–) **Jürgen Schmieder**
Du sollst nicht lügen!
C. Bertelsmann; 14,95 Euro



Vom Versuch, konsequent ehrlich zu sein – ein so gefährliches wie erhellendes Experiment

19 (14) **Rhonda Byrne**
The Secret – Das Geheimnis
Goldmann; 16,95 Euro

20 (19) **Helmut Schmidt / Giovanni di Lorenzo**
Auf eine Zigarette mit Helmut Schmidt
Kiepenheuer & Witsch; 16,95 Euro

LITERATEN

Das Herz, ein befestigter Ort

Der Lyriker Paul Celan ist berühmt als Dichter des Dunklen, gefangen im Trauma der Schoah. Die Erinnerungen einer Geliebten Celans aber, die ihn in den fünfziger Jahren in Paris kennenlernte, beschreiben ihn als großen Verführer.

Sie war seine Geliebte, es ist lange her, doch es war auch lange gutgegangen: sie an seiner Seite, heimlich. Fast zehn Jahre.

Heute lebt sie in Les Lilas, einem Ort vor Paris. In ihrer Wohnung gibt es nicht mehr viel, was an ihn erinnert. Ein Bild hängt noch an einer Wand. Er hat es ihr geschenkt, gemeinsam mit seiner Ehefrau. Es ist eine Radierung, die die Ehefrau gemacht hat: Etwas Kreisrundes sieht man darauf und so etwas Ähnliches wie Fäden, die um den Kreis herumschwimmen. Es sieht so aus wie Ei und Spermien, der Moment einer Zeugung. Und wenn man sie fragt, ob sie das auch so sehe, sagt sie: „Kann sein."

Brigitta Eisenreich, 81, antwortet immer knapp. Und tatsächlich ist alles auch schnell gesagt, jedenfalls wenn es um sie selbst geht und um ihre Gefühle zu ihm: Er war ihre große Liebe. Punkt. Sie war sich ihrer Gefühle ganz sicher. „So etwas ist selten." Liebe. Punkt. Sie hat auch nicht deswegen ein ganzes Buch über sich und ihn geschrieben, so sagt sie, um den vielen Liebesgeschichten in Buchform eine weitere hinzuzufügen*. Es geht ihr in „Celans Kreidestern" um das richtige Verständnis seiner Person und damit seines Werkes. „Es geht um ihn."

Paul Celan (1920 bis 1970), der deutschsprachige jüdische Dichter, der den Holocaust nur knapp überlebte, hat die „Todesfuge" geschaffen, eines der berühmtesten Gedichte deutscher Sprache: „Schwarze Milch der Frühe wir trinken sie abends / wir trinken sie mittags und morgens wir trinken sie nachts / wir trinken und trinken / wir schaufeln ein Grab in den Lüften da liegt man nicht eng". Celans Gedichte gehören zum Verstörendsten, was die Literatur zu bieten hat, sie sind zeitlich gebunden an das welthistorische Trauma des Holocaust und zugleich überzeitlich wirksam.

Nach Paul Celan hat kein deutschsprachiger Lyriker mehr seinen Rang erreicht. Es ist, als habe er den düsteren Endpunkt unter die jahrhundertelange Erfolgsgeschichte deutscher Lyrik gesetzt.

Seine ehemalige Geliebte hat viel gelesen, was in den vergangenen Jahrzehnten über Celan veröffentlicht wurde. Es hat sie gestört, dass sein öffentliches Bild so sehr vom Holocaust bestimmt war und auch vom Wahn, der bei ihm in seinen letzten Lebensjahren ausgebrochen war.

Jahrelang hat sie ihn anders erlebt, als einen Mann voller Energie. Ein „Verführer" sei er gewesen, „strahlend", „die Mitte von allem". Wenn er eines hatte, dann war es: „Charisma". Auch dieses große Wort spricht sie nüchtern aus.

Brigitta Eisenreich, die von 1952 bis 1962 Celans Geliebte war, hat ihr Berufsleben als Wissenschaftlerin verbracht, als Ethnologin. Für sie müssen die Dinge stimmen, korrekt sein. Celan sei seit dem Nazi-Mord an seiner Mutter besessen gewesen vom Tod – ja. Aber eben auch besessen von der Liebe. Daher ihr Buch. An beides solle man denken, wenn von Paul Celan die Rede sei: an den Tod und an die Liebe.

Der französische Celan-Forscher Bertrand Badiou, 52, hat Eisenreich ermuntert, dieses Buch zu schreiben, hat den Entstehungsprozess jahrelang begleitet. „Denn auch ich glaube", sagt Badiou, während er in Eisenreichs Wohnung sitzt, „dass die Liebe der Schlüssel zu Paul Celans Werk ist."

„Dichten war für ihn wie ein Liebesakt", so Badiou. Dunkle Verse voller versteckter Zeichen habe Celan geschaffen, er habe mit seinen verstörenden Bildern regelrecht eindringen wollen in seine Leser, habe damit eine letztlich „phallische Lyrik" geschaffen: „Ich stand / in dir" hatte Celan einmal gedichtet. Dies sei eine typische Botschaft gewesen: an seine Leser und an eine Frau.

Es gab viele Frauen in Celans Leben, die Ehefrau, eine Französin namens Gisèle de Lestrange, die Schriftstellerin Ingeborg Bachmann, zu der er sich bekannte, die Geliebte Brigitta Eisenreich, die vielen Affären.

Die Liebesgeschichte Celans mit Brigitta Eisenreich aber ist exemplarisch, weil auch die beiden sich über Zeichen verständigten. Es ging nur so. Eisenreich war in Celans Wahlheimatstadt Paris die heimliche Gefährtin: Um ihm zu zeigen, dass sie zu Hause war, knotete sie ein weißes Tuch in ihr Fensterkreuz. Celans Gedichte wiederum sind Konglomerate solcher Zeichen. Er, der sich gefragt hat, ob Dichten nach der Katastrophe von Auschwitz überhaupt noch möglich sei, hatte mit den

SCHILLER NATIONALMUSEUM MARBACH

Ehepaar Lestrange, Celan 1964: *Dichten als Liebesakt*



SUHRKAMP VERLAG

Dichter Celan, Sohn Eric um 1957: *Die Trennung vorgeschlagen*

* Brigitta Eisenreich: „Celans Kreidestern. Ein Bericht". Suhrkamp Verlag, Berlin; 268 Seiten; 22,80 Euro.



Geliebte Eisenreich um 1955: *„Oder sollst du unsichtbar bleiben?"*

Zeichen, den Bildern eine zweite Sprache über der Sprache gefunden.

Mit Brigitta Eisenreich, der Österreicherin in Paris, konnte er beides: deutsch sprechen und Zeichen austauschen. In dieser Liebesgeschichte spiegelt sich auch Celans Lebenskampf, ein Kampf vieler Holocaust-Überlebender. Die Abwendung vom Deutschen und die nicht nachlassende Zuneigung dazu. Die deutsche Sprache war für Celan zugleich verloren und unverloren und damit auch ein Abbild der Liebe: „Verloren war Unverloren, / das Herz ein befestigter Ort", dichtete er.

1928 war Brigitta Eisenreich in Linz geboren worden. Sie erlebte den Einmarsch deutscher Truppen in Österreich, ohne sich darüber zu freuen, das betont sie sehr. Sie habe katholischen Gruppierungen angehört, die versuchten, „subversives Gedankengut" gegen die Nazis zu verbreiten. 1947 machte sie Abitur und merkte bald, dass viele Leute um sie herum ewige Nazis bleiben würden. Sie wollte weg, ging nach Paris, einfach so, weil ihr die Stadt gefiel. Nie hätte sie damals gedacht, dass sie hier ihr Leben verbringen würde.

Ihr Bruder Herbert besuchte sie gleich in den ersten Monaten. Herbert Eisenreich war damals ein aufstrebender junger Schriftsteller in Österreich, er kannte in Paris ein paar Leute, Künstler vor allem, auch Paul Celan. Eines Abends kam Brigitta Eisenreich hinzu, als ihr Bruder mit Celan verabredet war. Die drei gingen spazieren, Celan zeigte den Geschwistern die Stadt. Er sah die Dinge auf eigentümliche Weise und wollte, dass seine Begleiter verstanden, wie er sie sah – die Farbe des Himmels „herbstzeitlos".

Auf der Höhe von Notre-Dame stieg er mit ihnen zur Seine hinunter. An den Mauern des Kais waren Eisenringe befestigt, an denen früher einmal Schiffe angebunden waren. „Er wollte, dass wir den sehr besonderen Klang der Eisenringe hörten, wenn sie auf den Mauern der Quais aufschlugen."

Brigitta Eisenreich ging an einem der folgenden Abende zu Celan ins Hotel, in dem er damals wohnte. „Nicht sehr brav" seien sie damals gewesen, die Ausländer, die sich in Paris trafen und die zusammenhielten, weil sie alle einsam waren. Sie waren jung, sie hatten den Krieg hinter sich, „wir wollten endlich leben". Auch Celan dichtete: „Vertrau der Tränenspur und lerne leben". Er verstand den Liebesakt als verzweifelte Flucht ins Leben, einmal dichtete er: „Und rudere zu, hungre dich fort, kopulierend".

Ein paar Monate nach ihren ersten Treffen erfuhr Brigitta Eisenreich, dass Celan eine reiche aristokratische Französin heiraten würde. „Ich stellte meine Besuche bei ihm daraufhin ein." Sobald sie aber wusste, wo er nun wohnte, ließ sie ihm ihre neue Adresse zukommen. Sie war wie er in den 16. Bezirk gezogen.

Eines Tages hörte sie jemanden auf der Straße das Motiv der achten Symphonie von Schubert pfeifen, sie blickte hinaus. „Celan kam zu mir, in mein kleines Zimmer, hoch oben über den Dächern."

Sie hörten Haydn und Schubert zusammen, lasen Gedichte und Romane, deutsche Kultur, immer und immer wieder: „Du, / mir vom Abgrund her, von / einer Heimat her Ver-/schwisterte", schrieb er in dem Gedicht „Radix Matrix", das er ihr in einer handschriftlichen Version widmete.

„Wir dürfen nicht Ehe spielen, das wäre falsch", so zitiert sie ihn. Einmal habe er ihr versprochen: „Ich werde dir etwas in eins meiner Bücher schreiben." Dann habe er sie angeblickt und gefragt: „Oder sollst du unsichtbar bleiben?"

In ihren Zeichenspielen ging es immer auch um das: Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit. In seinen Gedichten – er wurde in dieser Zeit gerade erst bekannt – suchte sie nach geheimen Botschaften. Der Gedichtband „Von Schwelle zu Schwelle" war explizit seiner Frau gewidmet, sie aber hoffte, dass sich „Von Schwelle zu Schwelle" „sehr konkret auf das Überschreiten der Eingänge zu verschiedenen Wohnstätten" beziehen könne. Auch die Formulierung „Dies späte, späte Licht" im Gedicht „Ich weiß" sah sie als Anspielung auf ihr „von unten her sichtbar erleuchtetes Fenster".

Und eine „Intimsprache" hatten sie: Regelmäßig verständigten sie sich darüber, ob sich ihre „Putzwut" eingestellt habe, „weil ich vor dem Eintreten der Menses regelmäßig in Aufruhr geriet und mein Zimmer mit großem Eifer zu reinigen unternahm".

Im Herbst 1955 blieb ihre „Putzwut" aus. Sie war schwanger, reiste nach Berlin,

um abzutreiben. Celan übernahm die Reise- und Arztkosten. Als Brigitta Eisenreich nach Paris zurückkehrte, wartete niemand auf sie, nicht am Bahnhof, nicht an ihrem Zimmer, eine „Verwundung“.

1955, wenige Monate zuvor, war Celans Sohn Eric zur Welt gekommen. Die Mutter war Celans Ehefrau Gisèle de Lestrange. Einmal sah Brigitta Eisenreich die Familie beim Spaziergang im Bois de Boulogne, „seine und meine Blicke trafen verstohlen aufeinander“.

Bald zog sie in ein anderes Zimmer, sie mussten neue Zeichen erfinden. Sie besorgte eine Schiefertafel und ein Stück Kreide und befestigte die Tafel an ihrer Tür. Wenn Celan sie nicht vorfand, zeichnete er einen Kreidestern auf die Tafel.

Manchmal notierte seine Ehefrau ihre Träume, Dokumente darüber finden sich in Celans Nachlass, den Brigitta Eisenreich kennt. Einige dieser bisher unveröffentlichten Schriften druckt sie in ihrem Buch ab. Einmal beschrieb die Ehefrau, wie sie im Traum auf ihren Mann zustürzt und ihm sagt, dass sie wisse, dass er sie mit „B.E.“ betrüge: „Es stand geschrieben auf der Türe zum Haus.“ Auch die Ehefrau hatte gelernt, Zeichen zu verstehen.

1960 wurden die seit längerem kursierenden ungerechtfertigten Plagiatsvorwürfe gegen Celan in der deutschsprachigen Presse breitgetreten. Celan war tief verletzt. Das Düstere in seinem Wesen nahm überhand, die Zeichensprache, die für sein Verständnis von Dichtung und Erotik (und damit auch vom Leben) so entscheidend gewesen war, wandte sich gegen ihn. Überall sah er nur noch Bedrohliches, und auch seine Geliebte konnte seine verkapselte Art, zu sprechen und die Dinge zu deuten, nicht mehr verstehen. Einmal brüllte er sie an, sie solle doch „verjuden“. Sie hatte das erste Mal das Gefühl, dass er durchdrehte, dass er ihr entglitt. Heute glaubt sie, dass er nichts anderes damit ausdrücken wollte als eine Sehnsucht: Sie, die Katholikin aus dem Land, das sich so bereitwillig den Nazis angeschlossen hatte, solle seine Jüdin sein.

„Wenn er abends zu mir kam, war er nicht mehr derselbe, er schien mir allzu selbstbezogen, und alle Liebenswürdigkeit war von ihm abgefallen; auch seine Art zu begehren war mir ungewöhnlich.“ Sie trennten sich 1962. Er schlug die Trennung vor, sie akzeptierte sofort.

Sie hatte in den zehn Jahren zuvor versucht, selbständig zu werden, hatte studiert und hatte doch ihr Leben nach ihm ausgerichtet, war in Paris geblieben, um in seiner Nähe zu sein. Sie hatte immer gewusst, dass es neben ihr und neben der Ehefrau auch noch andere Frauen gegeben hat, seine alte Liebe zu Ingeborg Bachmann war zwischendurch wieder aufgeflammt, er hatte ihr davon erzählt. Sie hielt das alles aus, weil sie sich vorgenommen hatte, ein freies Leben zu führen, und weil dieses Leben ohne gemeinsamen Alltag auch „eine Art Glück war“.

Als sie sich trennten, war sie 34, sie wollte nicht mehr nur auf Besuche warten. Sie heiratete einen in Paris lebenden Österreicher und bekam mit ihm eine Tochter. Aus ihrem Studium hatten sich Anstellungen an der Uni ergeben.

Nur indirekt erfuhr sie 1970 von Celans Tod. Er hatte sich wohl von einer Brücke gestürzt und war in der Seine ertrunken. Sie, die damals im Pariser Vorort Thiais wohnte, hatte nicht mitbekommen, dass er auf dem Friedhof von Thiais begraben worden war.

Nun, 40 Jahre nach seinem Tod, sind ihre Haare, die einmal rotblond und lang waren, grau und kurz. Sie trägt eine Brille. Wenn sie zwischendurch aufsteht, muss sie sich mit einer Hand an der Wand abstützen.

Aber sie kann es noch: die Welt verwandeln in seine Bilder, mächtige, unvergessliche Bilder. Verderben und Sinnlichkeit in den Worten der „Todesfuge“: „Dein goldenes Haar Margarete / dein aschenes Haar Sulamith“.

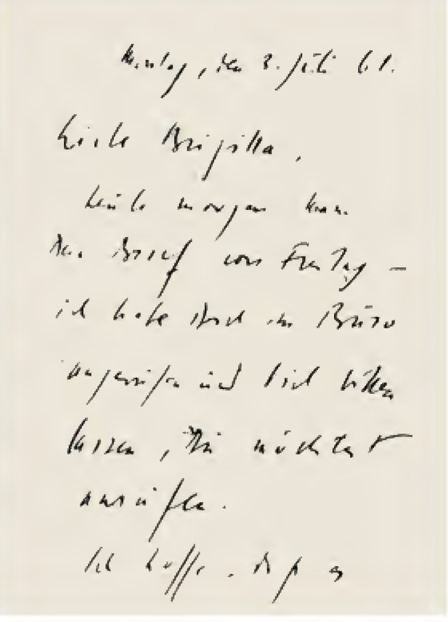
Paris kann Brigitta Eisenreich nach wie vor durch seine Augen sehen. Sie erzählt von einem Café auf der Seine-Insel Saint Louis, es heißt L’Escale. Es ist unverändert seit den fünfziger Jahren: beigebrauner Mosaikboden, Tresen in der Mitte, Lampen, die die Himmelsrichtungen anzeigen. Celan ging es nicht um das Interieur, sondern um den Ort: ein Bistro auf einer Insel. „Escale“ ist nicht leicht ins Deutsche zu übersetzen, es bedeutet so etwas wie „Zwischenhafen“, in dem ein Schiff auf einer langen Reise Halt macht.

Hier war er mit Brigitta Eisenreich und auch mit Ingeborg Bachmann gewesen, denn die Frauen, so sieht es die ehemalige Geliebte, seien genau das für ihn gewesen: Zufluchtsorte auf einer beschwerlichen Reise.

Ganz in der Nähe des Cafés L’Escale liegt die Stelle an der Seine, wo die Eisenringe befestigt sind, die Celan Brigitta Eisenreich in der ersten Nacht gezeigt hat. Die Ringe hängen noch, doch auch wenn jemand sie abgenommen hätte, würde man die Abdrücke sehen, die sie im Laufe der Zeit in den Steinen hinterlassen haben. Wenn man so will, ist auch das ein Zeichen: das Unsichtbare sichtbar.

Susanne Beyer



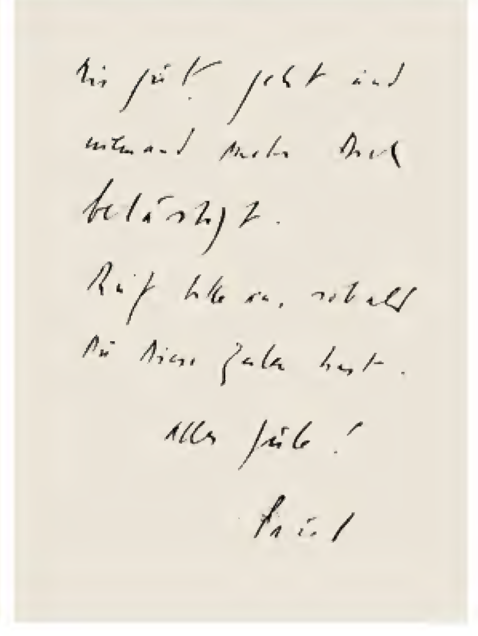


Montag, den 3. Juli 61.

Liebe Brigitta,

heute morgen kam
Dein Brief vom Freitag –
ich habe ihn im Büro
aufgerissen und nicht lesen
können, Du möchtest
anrufen.

Ich hoffe, dass es



Dir gut geht und
niemand mehr Dich
belästigt.

Ruf bitte an, sobald
Du Zeit hast.

Alles Gute!

Paul

PATRICK ZACHMANN / MAGNUM / AGENTUR FOCUS (L.); DLA-MARBACH.DE (2, R.)

Autorin Eisenreich, Celan-Brief an Eisenreich von 1961: *„Ich hoffe, dass es Dir gut geht“*



UNIVERSAL PICTURES

„Robin Hood"-Star Crowe
Klischee im Kettenhemd

KINO

Sozialarbeit im Wald

Ridley Scotts Neuverfilmung der Robin-Hood-Saga zeigt statt Helden in Strumpfhosen angeblich den echten Hood. Doch gab es den überhaupt?

Robin Hood braucht Hilfe, dringend: Sein Kettenhemd klemmt, und der Verschluss sitzt hinten, wie bei einem Abendkleid. Der Zufall will es, dass Maid Marian zur Stelle ist und Robin aus der Montur befreien kann. Marian selbst zieht ihr Mieder erst später aus.

Die Szene, mitten im neuen „Robin Hood"-Film, darf trotzdem als kleine Sensation gelten. Warum Kettenhemd? Trägt Robin Hood in Hollywood-Filmen nicht sonst immer Strumpfhosen?

Diesmal nicht. Die Macher dieses „Robin Hood", mit dem am Mittwoch dieser Woche das 63. Filmfestival von Cannes eröffnet wird, wollen den Menschen hinter dem Mythos zeigen. „Mein Robin Hood ist echt", sagt der Regisseur, der Brite Ridley Scott. Alles, was man bisher über die Legende aus dem Sherwood Forest zu wissen glaubte, „war ein Fehler", sagt Hauptdarsteller Russell Crowe.

Seit Ewigkeiten arbeiten sich Dichter, Filmemacher und Forscher an Robin Hood ab. Populär wurde die Deutung, Robin sei eine Art Sozialarbeiter in Grün gewesen, ein Räuber, der seine Beute an arme Leute verteilt habe. Scott dagegen will den angeblich wahren Ursprung der Saga zeigen.

Zu Beginn des neuen „Robin Hood" ist der Held ein Bogenschütze im Heer von König Richard Löwenherz. Ein Kreuzzug ist zu Ende, doch in Frankreich muss noch eine Burg belagert werden. Das dauert. Robin vertreibt sich die Zeit mit Hütchenspielen, bis Richard im Kampf stirbt.

Zurück in England, gerät Robin in eine Palastintrige. Richards Nachfolger John (dessen Kevin-Kuranyi-Bart auf einen schwierigen Charakter hindeutet) presst dem Volk immer höhere Steuern ab und merkt nicht, dass die Franzosen eine Invasion planen. Robin ist also schwer im Stress: Er muss das Volk vor dem eigenen König schützen, den König vor den Franzosen – und nebenbei Maid Marian (Cate Blanchett) erobern. Kein Wunder, dass Russell Crowe, sichtlich ergriffen von der eigenen Bedeutung, meist grimmig guckt.

Bleibt die Frage, ob Robin tatsächlich ein englischer Patriot war, der an einem Wendepunkt der Geschichte das Schicksal seines Volkes entschieden hat.

Die Beweise sind dürftig. Es gibt keinerlei historische Quellen über die Person, keine Lebensdaten, gar nichts, stattdessen Balladenzyklen aus dem 15. Jahrhundert, die allerdings von einer höchst widersprüchlichen Figur erzählen, von einem Robin Hood, der mordet, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. „Robin nahm ein irisches Messer heraus / Und zerschnitt damit Sir Guys Gesicht, / So dass kein von einer Frau Geborener / Sagen konnte, wer Sir Guy war".

Der britische Historiker J. C. Holt sagt: „Was aus heutiger Sicht als bloße Abenteuergeschichten oder auch als Äußerung sozialen Protests interpretiert wird, war ursprünglich eine Idealisierung der Gewalt."

Und Robins Bekanntschaft mit König Richard? Ein Märchen, geprägt nicht von Ridley, sondern von Walter Scott in „Ivanhoe", dem Roman aus dem Jahr 1820. Auch „Robin und Marian" (1976), der Spielfilm mit Sean Connery, baute auf dieser Legende auf. Anders als Russell Crowe wirkte Connery dabei allerdings nie so, als nehme er den Stoff besonders ernst.

Die diffuse Quellenlage, das ist das Faszinierende an der Figur, lässt unendlich viele Deutungen zu. Allein Hollywood hat Dutzende Varianten der Saga durchgespielt. Mal ist Robin ein charmanter Filou (Errol Flynn, 1938), mal ein Action-Held (Kevin Costner, 1991), manchmal ist er eine Lachnummer. In Mel Brooks' „Helden in Strumpfhosen" muss er den Keuschheitsgürtel von Maid Marian knacken.

Das intellektuelle Vakuum um den Robin-Hood-Mythos füllen auch Wissenschaftler gern mit immer neuen Theorien. Kam er wirklich aus Nottinghamshire oder doch aus South Yorkshire, wo heute der nach ihm benannte Flughafen von Sheffield liegt? War Robin gar schwul, wie ein britischer Literaturwissenschaftler herausgefunden haben will?

Neuere Forschungsergebnisse stammen von A. J. Pollard, einem britischen Mittelalterspezialisten. Pollard glaubt, aus den alten Versen die tatsächliche gesellschaftliche Stellung Robins ablesen zu können. Demnach war er weder Adliger noch Bauer, sondern eine Art Förster, der beim König in Ungnade fiel. Wahrscheinlich bündelten sich in der Gestalt Robins diverse Vorbilder.

Als Blaupause für den neuen „Robin Hood" dienten dagegen offenbar Ridley Scotts eigene Werke, vor allem „Gladiator" und „Königreich der Himmel". Die Historie bildet lediglich die Kulisse für rasant geschnittene, aber eher sinnfreie Schlachtenszenen. Russell Crowes Robin ist edel, hilfreich und gut – und damit alles andere als „echt", sondern bloß ein uraltes Klischee im Kettenhemd.

Die originellste Szene zeigt denn auch nicht Robin, sondern den französischen König: Philipp II. versucht, mit dem Messer eine Auster zu öffnen, und schneidet sich dabei in die Hand. „Merde!", Scheiße, flucht der Monarch.

In Cannes könnte es an dieser Stelle Applaus geben.

FRANK THADEUSZ, MARTIN WOLF



AKG

Hood-Darstellung (Holzschnitt, 17. Jahrhundert)
Eine Art Förster, der in Ungnade fiel

AUSSTELLUNGEN

Lichtwolken und Kuhhörner

Das Kunstmuseum Wolfsburg präsentiert den skurrilen Anthroposophie-Gründer Rudolf Steiner als Vordenker von Kunst und Gesellschaft.

Kannst du wirklich deinen Namen tanzen? Jeder ehemalige Waldorfschüler kennt diese Frage. Sie kommt nicht sofort, das Gespräch muss schon eine gewisse Vertraulichkeit entwickelt haben, aber sie kommt. Und egal, wie die eigene Schulzeit war, jedem Waldorfschüler ist die Frage ein bisschen peinlich. Denn ja, man kann seinen Namen tanzen. Man hat wirklich Eurythmie-Unterricht gehabt, ist zu deklamierten Versen eine Choreografie gelaufen und hat dazu die Arme geschwenkt.

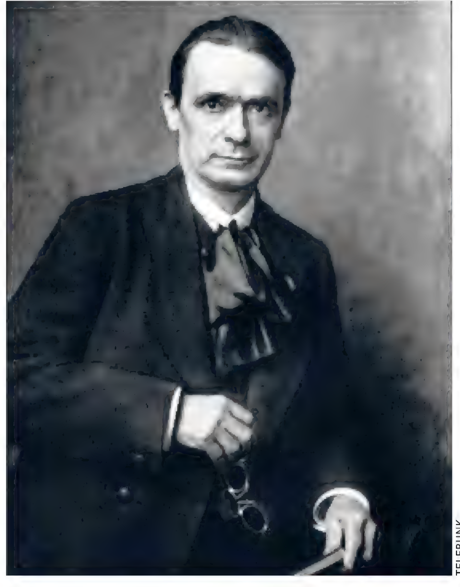
Manchmal, aber das verschweigt man besser, trug man dazu ein Kleid und einen Schleier in Grün oder Lila, sogar mit 17 Jahren noch. Und nein, man macht es natürlich nicht vor. Zumal niemand im Eurythmie-Unterricht seinen Namen getanzt hat. Das waren Goethe-Gedichte und Schubert-Lieder. Aber das reicht dann auch, man ist ja froh, diesen Teil seines Lebens hinter sich zu haben.

Trotzdem ist es eine gute Frage. Sie verdichtet das Bild der Waldorfschulen in einen einfachen Satz. Diese Schulen sind anders, sagt er, irgendwie wird die Kreativität gefördert, aber ob die Kinder all die Dinge, die sie dort beigebracht bekommen, wirklich jemals brauchen, lässt sich anzweifeln. Außerdem wird die Frage von Erstaunen getragen. Das sind wirklich Schulen, die erfolgreich Abiturienten hervorbringen, obwohl sie vorher so verrückte Dinge machen mussten wie Eurythmie? Wie soll das gehen?

Es ist das Paradox der Anthroposophie. Auf der einen Seite handelt es sich bei den Anthroposophen um eine offensichtlich ziemlich durchgedrehte christliche Splittergruppe. Auf der anderen Seite wirkt sie mit dem, was sie macht, weit in die deutsche Gesellschaft hinein. Nicht nur durch die Waldorfpädagogik. Alternative Medizin, biologisch-dynamische Landwirtschaft, grüne Kosmetik – der gesamte Alltag des heutigen deutschen Bürgertums ist von anthroposophischen Gedanken durchpulst. Von der 4200 Höfe umfassenden Bauerngemeinschaft Demeter über die noch von Steiner selbst mitbegründete Weleda-Unternehmensgruppe (Jahresumsatz: 238 Millionen Euro) bis zur GLS-Bank und den DM-Märkten. Überall in Erziehung, Ernährung, Gesundheit, körperlicher Pflege mischen die Anthroposophen mit.

Steiner (1861 bis 1925), der Begründer der Anthroposophie, war nicht nur einer der großen Irren der deutschen Kulturgeschichte. Aus ihm wurde auch ein mainstreamtauglicher Wellness-Philosoph, dessen Goetheanum in Dornach heute ein Wallfahrtsort ist. Nicht einfach, beides unter einen Hut zu kriegen.

Das Kunstmuseum Wolfsburg versucht es nun: „Rudolf Steiner und die Kunst der Gegenwart“ und „Die Alchemie des Alltags“ heißen die zwei großen Ausstellungen, die Steiner gewidmet werden. Im ersten Teil beschäftigen sich 15 Künstler mit Steiners Kosmos. Es sind keine anthroposophischen Künstler, die hier präsentiert werden, sondern große Namen. Giuseppe Penone, Vertreter der italienischen Arte povera, legt am Eingang biologisch-dynamisches Gemüse auf eine Schneckenform aus Metall. Olafur Eliasson, der in Berlin lebende dänische Künstler, zeigt eine Skulptur. Anish Kapoor, der gerade den Auftrag bekommen hat, in London ein riesiges Wahrzeichen für die Olympischen Spiele zu errichten, hat eine Wolfsburger Wand ausgebeult, daneben kann man sich massieren lassen, die Nackenberührung soll Geist und Körper zusammenführen und so Lichteffekte erzeugen.


TELEBUNK

Anthroposoph Steiner um 1916
Kannst du deinen Namen tanzen?

Und dann ist da noch Joseph Beuys, der sich zu Steiner bekannte und dessen Assistenten nach seinem Tod überrascht feststellten, wie sehr die Tafeln, die er während seiner Vorträge mit Grafiken und Worten bemalt hatte, den Vortragstafeln Rudolf Steiners ähnelten. Der zweite Teil der Schau präsentiert Steiner als Vordenker von Architektur, Design und Gesellschaft. Viele der Stühle, Architekturmodelle, Briefe, Bilder, Bücher, Filme, Farbkammern und Skulpturen, die das Vitra Design Museum für das Kunstmuseum Wolfsburg zusammengetragen hat, sind das erste Mal außerhalb anthroposophischer Räume zu sehen.

Den Spaß, eines der berühmten Rudolf-Steiner-Porträtfotos in den Eingangsbereich zu hängen, so wie es in jeder Waldorfschule hängt und die Schüler morgens begrüßt, haben sich die Ausstellungsmacher zwar nicht erlaubt. Dafür schaut er vom Ausstellungsplakat in die Weite. „In seinen dunklen Augen wohnte eine hypnotische Kraft“, hat Stefan Zweig einmal geschrieben, und tatsächlich ist sein Blick von erstaunlicher L.-Ron-Hubbard-Haftigkeit. Dabei war Steiner, im Unterschied zu Hubbard, der es nur zum mittelmäßigen Science-Fiction-Schriftsteller brachte, bevor er Scientology gründete, ja wirklich Wissenschaftler.

Steiner studierte Natur- und Geisteswissenschaften an verschiedenen Universitäten, bevor er zum Herausgeber der naturwissenschaftlichen Schriften Johann Wolfgang von Goethes wurde. Er arbeitete als Hauslehrer, Forscher, Redakteur und Buchherausgeber. Politisch war er links, arbeitete für die Sozialdemokraten, beschäftigte sich mit Anarchismus, lebte ein Boheme-Leben.

Die Anthroposophie ist auch die Verlängerung des deutschen Goethe-Kults aus dem 19. Jahrhundert in die deutsche Gegenwart. Vielleicht erklärt die Fixierung auf Goethe sogar, warum die steinersche Geheimgesellschaft anders als etwa der zur selben Zeit entstandene George-Kreis sich bis heute gehalten hat – Anthroposophen können ihr protoreligiöses Begehren immer auf Goethe umleiten, mit Steiner als Mittler. Abgesehen davon wurde aus der Anthroposophie eine höchst bildungsbürgerliche Angelegenheit. Goethe ist auch ein Bollwerk gegen die Popwelt und ihre Oberflächen.

Später hielt Steiner eine schier unüberschbare Masse an Vorträgen über jedes nur erdenkliche Thema (außer über Sex), mit merkwürdigen Sätzen zum Beispiel über Afrikaner. 5965 Vorträge sind es, die meisten wurden von Anhängern mitstenografiert und aufgeschrieben. An einer Wand in Wolfsburg sind 308 seiner Bücher ausgestellt: von „Wie erlangt man Erkenntnisse der höheren Welten?“ bis zu „Über das Wesen der Bienen“.

Im Grunde führte er eine äußerst moderne Existenz: das mobile Leben eines Vortragsreisenden und Industrie- und Poli-







COURTESY DER KÜNSTLER; NEUGERRIEMSCHNEIDER, BERLIN; TANYA BONAKDAR GALLERY, NEW YORK (L.); C. STUTEN (O.); RUDOLF STEINER ARCHIV, DORNACH (U.)

Eliassons „Power tower“, 2005, Goetheanum in Dornach, Wandtafelzeichnung von Steiner: *5965 Vorträge über alle Themen – außer Sex*

tikberaters. Aus der Welt der ökonomischen Freiheit funken diese Leute in die Welt des institutionalisierten Handelns. Aber Steiner bot an, was sonst keiner hat: den direkten Draht in den Kosmos.

Die Anthroposophie versucht, christliche Mystik, Naturwissenschaft, Goethe-Lektüre, den deutschen Idealismus und allerlei okkultisches Geheimwissen zu einer wissenschaftlichen Methode zur Erforschung des Übersinnlichen zusammenzurühren. Steiner behauptete, es mit Hilfe der sogenannten Akasha-Chronik bewältigt zu haben, einer Art immateriellem Weltgedächtnis, zu dem er durch „geistige Wahrnehmung“ gelangt sei.

So wollte Steiner herausgefunden haben: „Als die noch mit dem Monde vereinigte Erde sich aus der Sonne herausspaltete, gab es noch nicht innerhalb der Menschheit ein männliches und weibliches Geschlecht.“ Es geht um die Erzengel, um das ahrimanische und luziferische Prinzip, um Astral- und Ätherleiber und um die Möglichkeit, durch Meditation kleine Lichtwolken um Samenkörner wahrzunehmen, die die im Samen gespeicherten Wachstumskräfte sein sollen. Ziemlich krauses Zeug, aber Demeter-Bauern vergraben bis heute bei Vollmond Kuhhörner auf ihren Feldern. Und Waldorfschüler dürfen kein Fußball spielen. Zu erdnah, der Fuß.

Steiners Welt war der unsrigen nicht unähnlich. Das Kaiserreich befand sich in der industriellen Revolution, die die Gesellschaft mit immer neuen Entdeckungen erschütterte. Die Wissenschaft setzte zum Fundamentalangriff auf die religiösen Überzeugungen an, das Gefühl für Zeit und Raum veränderte sich, die Geschlechterverhältnisse gerieten in Bewegung. Die Welt war in Unordnung.

Orientierung finden die Bürger bei Steiner, und sie finden sie auch heute in den Arbeiten des inzwischen zu Weltruhm gelangten Künstlers Olafur Eliasson, dem es in seinen Arbeiten mit der Überblendung von künstlicher Natur und natürlicher Kunst um das gleiche romantische Wohlgefühl wie Steiner geht. In Wolfsburg gibt es eine große Arbeit Eliassons zu sehen: einen vier Meter hohen Turm aus Sperrholz und Glühbirnen, der geometrische Muster an die Wände wirft.

Steiner und Eliasson haben nichts gegen die Annehmlichkeiten der Moderne. Ohne Zug und Telegrafie beziehungsweise Internet und Easyjet wären weder ihre Arbeiten zustande gekommen, noch hätten sie oder ihre Anhänger ohne sie leben wollen.

Trotzdem bestehen beide auf ihrem Einspruch gegen eine Zeit, die als unübersichtlich empfunden wird. Eliasson will mit seinen künstlichen Wasserfällen und Sonnen, Lichtspielen, Nebelmaschinen und Regenbogenfarben dem Menschen das Gefühl geben, er sei das Zentrum seiner eigenen Welt.

Wie beide am Ende auch erfolgreiche Unternehmer in eigener Sache sind. Auch dies nötigte und nötigt dem Publikum Respekt ab – ist es doch vor allem das Bildungsbürgertum, alt wie jung, das Steiner und Eliasson goutiert und für das die Waldorfschule eine Art Refugium ist.

Ein Refugium, in dem man sicher sein kann, nicht mit der multikulturellen Gegenwart der deutschen Städte konfrontiert zu werden. Türken schicken ihre Kinder eben nicht zu Rudolf Steiner und auch nicht die Arbeiterfrauen, die draußen vor der Tür des Wolfsburger Museums in der etwas heruntergekommenen Fußgängerzone in der Sonne sitzen, neben Jugendlichen Kaffee und Bier trinken und sich vom Einkauf bei H&M erholen.

Ein paar Meter entfernt vom Museum gibt es einen DM-Markt. Die Kette wurde von Götz Werner begründet, einem bekennenden Anthroposophen. Die Filialen haben große Gestaltungsspielräume, die Angestellten werden anständig bezahlt, die Auszubildenden spielen Theater. Sie haben einen Spruch auf der Schürze, eine Variante des berühmten Satzes aus Goethes „Faust“: „Hier bin ich Mensch, hier kauf ich ein.“

TOBIAS RAPP

Ein nicht ganz so schlauer Fuchs

Filmkritik: Wes Andersons Puppenstuben-Märchen „Der fantastische Mr. Fox“

Mr. Fox, den seine Ehefrau, bei aller Liebe, nur in Gänsefüßchen „fantastisch“ nennt, ist kein Hühnerdieb von der Stange. Er hat Ehrgeiz und Phantasie. Doch Mr. Fox glaubt ein etwas schlaueres Füchslein zu sein, als er tatsächlich ist, und er will, wie sich zeigt, etwas höher hinaus, als ihm guttut: Er zieht aus dem traditionell düsteren, niedrigen Fuchsbau in ein hocheleganten Baumhaus in einer Buche, die das umgebende Land weit überragt.

Er ist immer wie aus dem Ei gepellt, ein Typ mit Manieren, ganz Dandy. Nur wenn Mrs. Fox in ihrem zartgelben, mit Erdbeeren gewissermaßen geblümten Kleid ihm seine Pfannkuchen serviert, stürzt er sich mit animalischer Gier auf den Fraß. Und solche Augenblicke machen ihm, ach, bewusst, dass in einem existenzphilosophischen Sinne das wahre Fuchs-Sein nicht ohne eine blutige Hühnerkeule zwischen den Zähnen zu denken ist.

So kommt es, dass Mr. Fox die drei umzäunten Geflügelfarmen, die er von seinem Baumhaus in der Ferne erkennen kann, schärfer ins Visier nimmt – und aus dem beschaulichen Beginn der Geschichte entwickelt sich rasch ein furioses Action-Spektakel: Fuchs, Dachs, Biber und Opossum gegen blaubeerensüchtige Beagles sowie eine Security-Ratte von besonderer Niedertracht – bis sich die Farmer selbst mit Schnellfeuerwaffen und schwerem Gerät zur Ausrottung der Räuber rüsten.

„Der fantastische Mr. Fox“ ist ein Trickfilm von 90 Minuten Länge: randvoll mit verspielten Details, parodistischen Schnörkeln, randvoll mit Frechheit und Phantasie. Doch anders als fast all jene amerikanischen Animationsfilme, die in den vergangenen Jahren eine Revitalisierung dieses Genres geleistet und zur Einführung eines eigenen Oscar geführt haben, ist dieser „Mr. Fox“ kein Produkt der Computertechnik, sondern ein Stück altmodischer Handwerkskunst: pingelige Bild-um-Bild-Animation mit feingliedrigen Puppen. Und anders als die Schöpfungen der Pixar- oder Dreamworks-Teams stammt „Mr. Fox“ von einem Filmemacher, der bisher durch besonderes Gespür im Umgang mit Stars, aber nicht mit Puppen aufgefallen ist.

Wes Anderson, Jahrgang 1969, gehört zur Schar jener bunten Vögel im jüngeren amerikanischen Kino, die – wie etwa Spike Jonze, David O. Russell oder Charlie Kaufman – nichts von etablierten Genres und geradlinigem Erzählen wissen wollen, sondern auf die Reize des Exzentrischen setzen, auf entschlossenen Unernst, Sprunghaftigkeit, intellektuellen Witz und gelegentliche Eskapaden ins Surreale. Das heißt: Sie glauben an die andere Begeisterungsfähigkeit eines anderen Publikums – mit dem Risiko, dass diese Art von Schlaumeier-Kino irgendwann nicht mehr über die treuesten Fan-Zirkel hinauswirkt. Jeder von ihnen hat seine grandiosen Momente erlebt, keiner (das mag an den Produktionsbedingungen liegen) ist zu einer festen Größe geworden.

Anderson, Philosophiestudent mit ein wenig Amateurtheater-Erfahrung und Filmemacher ohne professionelles Training, glänzte von Anfang an mit Eleganz, mit einem perfektionistischen Stilwillen und einem Talent, Unglücksgeschichten durch skurrile Details eine erlösende Komik abzugewinnen. In „Rushmore“ (1998), dem Porträt eines hochstaplerischen Studenten, und in „Die Royal Tenenbaums“ (2001), der Geschichte eines selbstzerstörerischen Geschwistertrios, hatte Anderson seine grandiosen Momente; zwei spätere Filme aber liefen mit ihrer Künstlichkeit ins Leere.



FOTOS: 20TH CENTURY FOX

Regisseur Anderson, Filmszene

„Der fantastische Mr. Fox“, erschienen 1970, ist eines der subtil subversiven Kinderbücher von Roald Dahl. Anderson hat sich auf dieses Filmprojekt nicht zur Rettung aus einem Karriere-Fiasko gestürzt, sondern es wie zur Einlösung eines Kindheitstraums seit vielen Jahren gehegt. Die symmetrisch arrangierten Bilder, der pointierte Schlagabtausch des Dialogs, die Überfülle der Interieurs – all das ist, wie gehabt, von quasi zuckerbäckerischer Akkuratesse, und es wirkt doch so frisch, als hätte sich Anderson am eigenen Schopf aus der Falle der Selbstbespiegelung gezogen: eine Wundertüte an Einfällen, eine Wiederentdeckung der Naivität. Erstaunlicherweise ist, erst vor ein paar Monaten, Andersons Kollege Spike Jonze mit „Wo die wilden Kerle wohnen“ eine ähnliche Selbstbefreiung zurück in die Kindlichkeit gelungen.

Natürlich hat Mr. Fox, der sich für ein schlaueres Füchslein hielt, als er tatsächlich war, mit seinen Freunden vor der menschlichen Pyrotechnik den Schwanz einziehen müssen. Am Ende leben sie als Solidargemeinschaft wieder in Höhlen. Doch man hat sie nicht in die Steinzeit zurückbombardiert; ein paar Errungenschaften der Menschen konnten sie in den Underground hinab retten, sogar den Rock'n' Roll. Dort werden die Künste überleben, falls hier oben Tabula rasa gemacht wird. Kurz: Wer nur ein- oder zweimal im Jahr in einen Animationsfilm geht, sollte nicht auf einen besseren warten. URS JENNY



Neandertaler am Feuer (Rekonstruktion)

ANTHROPOLOGIE

„Der wilde Kerl ist geadelt worden“

Gerd-Christian Weniger, 57, Anthropologe und Direktor des Neanderthal Museums in Mettmann, über die Gemeinsamkeiten von modernen Menschen und Neandertalern

SPIEGEL: Erbgutanalysen des Leipziger Max-Planck-Instituts für evolutionäre Anthropologie zeigen: Menschen und Neandertaler haben sich doch vermischt. Sind Sie überrascht?

Weniger: Nein. Das beseitigt nur meine letzten Zweifel. Die archäologische Forschung vermutet seit 15 Jahren, dass es die Vermischung gegeben haben muss.

SPIEGEL: Welche Hinweise auf die Kreuzung gab es denn bisher schon?

Weniger: Bei den eiszeitlichen Menschen in Europa bestand eine weitgehende kulturelle Gleichheit. Das war ein Indiz, dass es auch biologische Überschneidungen gegeben haben muss.

SPIEGEL: Konnten Sie sich mit dieser Auffassung durchsetzen?

Weniger: Nein. Es gab über viele Jahre hinweg große Zweifel. Nun freuen wir uns natürlich, dass die biologische Fraktion von ihren eigenen Forschungsergebnissen überholt worden ist.

SPIEGEL: Wie liefen die sexuellen Begegnungen praktisch ab?

Weniger: Jäger und Sammler sind darauf angewiesen, ihre Geschlechtspartner in anderen Gruppen zu suchen. Das wissen wir von ethnohistorisch belegten Beispielen. Für jede Gruppe ist es extrem wichtig, außerhalb der eigenen Verwandtschaft auf Braut- oder Bräutigamschau zu gehen. Deswegen treffen sich diese hochmobilen Gruppen immer wieder zu gemeinsamen Aktionen an gemeinsamen Lagerplätzen – nicht nur, um auf die Jagd zu gehen, sondern auch, um miteinander Sex zu haben.



Neandertaler-Rekonstruktion, Weniger

SPIEGEL: Waren die Begegnungen eher flüchtig? Oder gab es zwischen Neandertalerfrauen und Menschenmännern so etwas wie stabile Beziehungen?

Weniger: Es werden wohl nur flüchtige Kontakte möglich gewesen sein. Was die beiden jetzt im Erbgut gemeinsam haben, ist ja auch nur relativ wenig. Das spricht nicht für eine massive Vermischung. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, dass es sich um eine ganz kleine Population von Neandertalern handelte. Wir sprechen da über 100 000 oder 200 000 Individuen, die nur einen geringen Abdruck im Genpool des modernen Menschen hinterlassen haben.

SPIEGEL: Bei welchen Anlässen könnte es zum Sex zwischen Menschen und Neandertalern gekommen sein?

Weniger: Wenn man ein Stück Bisonfleisch gegessen hat und am Lagerfeuer saß, gab es sicher Möglichkeiten …

SPIEGEL: Waren Neandertalermänner für Menschenfrauen überhaupt attraktiv?

Weniger: Wer sich heute unter den weltweit lebenden Menschen umschaut, weiß, dass Aussehen ganz unterschiedlich bewertet wird. Die Attraktivität liegt immer im Auge des Betrachters.

SPIEGEL: Gab es zwischen den Menschen und ihren nächsten Verwandten nicht doch zu große Unterschiede?

Weniger: Nein. Wenn man vor der Rekonstruktion des Neandertalers in unserem Museum steht, erkennt man, dass das ein menschliches Wesen ist.

SPIEGEL: Warum zweifelten viele Ihrer Forscherkollegen bislang daran, dass beide Menschenarten etwas miteinander gehabt haben könnten?

Weniger: Das hat mit dem Mythos des wilden Mannes zu tun, der dem Neandertaler anhaftet – er ist die Projektion all dessen, was wir aus unserem menschlichen Erbe verbannen wollen.

SPIEGEL: Welche Neandertaler-Eigenschaften stecken in uns?

Weniger: Wir tragen morphologisch das eine oder andere in uns. Bei manchem Zeitgenossen fällt mir auf: Oh, das ist aber ein starker Überaugenwulst. Fast so, wie wir es von Neandertalerskeletten kennen.

SPIEGEL: Ist der Neandertaler also gar nicht ganz ausgestorben?

Weniger: Nicht wirklich, er ist in uns aufgegangen.

SPIEGEL: Darf man Verkehrsrowdys noch als Neandertaler beschimpfen?

Weniger: Auf keinen Fall! Der Neandertaler ist von den Paläogenetikern geadelt worden. Er ist jetzt auch ein moderner Mensch.

TIERE

Babyliebe fördert den sozialen Aufstieg

Wer sich rührend um Säuglinge kümmert, kommt bei seinen Mitmenschen gut an. Diesen Babyeffekt haben Verhaltensforscher vom Deutschen Primatenzentrum in Göttingen nun auch bei Berberaffenmännchen beobachtet, die in einem Tierpark im französischen Rocamadour leben. Jene Affenmännchen, die ein Jungtier mit sich herumtragen und hätscheln, kommen nach Erkenntnis der Wissenschaftler besser mit anderen Männchen aus und bilden leichter Seilschaften. Auch dem Aufstieg in der Gruppenhierarchie ist die Kinderliebe häufig zuträglich. Allerdings hat es auch seinen Preis, sich derart um den Nachwuchs zu kümmern: Berberaffenbabys können ähnlich durchdringend schreien wie Menschenbabys. Was sie damit bei den scheinbar hingerissenen Männchen auslösen, haben die Biologen mit Hilfe von Kotproben der erwachsenen Tiere nachgewiesen – die Ausschüttung von Stresshormonen war bei den Affenmännchen stark erhöht.


CORDIER SYLVAIN / BIOSPHOTO / FOTOFINDER

Berberaffenmännchen mit Jungem


KIRSTY WIGGLESWORTH / AP

Weinbrunnen im Hof von Hampton Court Palace

GESCHICHTE

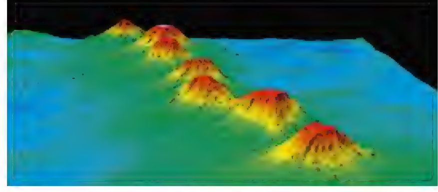
Rotwein aus dem Brunnen

Zum ersten Mal seit vielen Jahrhunderten ziert wieder ein Weinbrunnen einen englischen Königspalast. Historiker haben ihn nach einem Gemälde aus der Zeit Heinrichs VIII. für Hampton Court Palace bei London rekonstruiert. In dem achteckigen Brunnen plätschern an Wochenenden und Feiertagen für eine Stunde Rotwein und gekühlter Weißwein aus der französischen Gascogne – an gewöhnlichen Werktagen allerdings nur Wasser. Das 4,30 Meter hohe Gebilde steht in einem Hof des Palastes; genau dort, wo Archäologen vor zwei Jahren tatsächlich die Basis eines ähnlichen Brunnens gefunden haben. Von Heinrich VIII. ist überliefert, dass er zeitweilig bis zu 15 000 Gallonen Wein in seinen Kellern gehortet hat. Gelegenheiten zum Saufgelage gab es zu seiner Zeit reichlich: Zur Krönung seiner zweiten Ehefrau Anne Boleyn im Jahr 1533 etwa floss in öffentlichen Brunnen Londons einen ganzen Tag lang Freiwein für alle Untertanen.

OZEANOGRAFIE

Paradiese am Meeresgrund

Amerikanische Forscher haben eine neue Welt entdeckt – auf dem Boden der Meere. Bei satellitengestützten Kartierungsarbeiten fanden sie weit mehr unterseeische Berge als erwartet. „Anders als Strände oder Korallenriffe werden die meisten Menschen diese faszinierenden Unterwasserlandschaften nie zu sehen bekommen; aber unsere Messungen zeigen, dass sie die vorherrschenden Ökosysteme auf unserem Planeten darstellen“, erklärt Ozeanograf Peter Etnoyer von der National Oceanic und Atmospheric Administration. Bisher sind nur rund 200 dieser sogenannten Seamounts genauer untersucht und weitere 100 zumindest lokalisiert worden. Weltweit, so neue Berechnungen, dürften jedoch mehr als 45 000 derartiger Erhebungen die Meeresböden überziehen. Zusammen erstrecken sie sich über fast 29 000 Millionen Quadratkilometer – eine Fläche, größer als Südamerika. Auch als „Hotspots“ der Artenvielfalt spielen die Berge eine bisher unterschätzte Rolle.



Seamounts im Südpazifik (Simulation)



DOUG MILLS / NEW YORK TIMES / LAIF



GERALD HERBERT / AP

US-Präsident Obama*, brennende Ölplattform „Deepwater Horizon“: *Tyrannei der Tiefe*

ENERGIE

Der Höllentrip

Die Ökokatastrophe im Golf von Mexiko zeigt, wie hoch die Risiken der Offshore-Ölförderung sind. In immer größeren Meerestiefen setzen die Konzerne ihre Bohrer an, um der Erdkruste noch die letzten Barrel Öl zu entreißen.

Das Öl, das nun in rötlich-braunen Schlieren den Golf von Mexiko überzieht, hat einen langen Weg hinter sich. Wer ihn nachzeichnen will, muss 1500 Meter tief in den Ozean hinabtauchen, eine mächtige Schlammschicht passieren und anschließend durch hartes Salz stoßen.

Mehr als vier Kilometer unter dem Meeresgrund, in Millionen Jahre alten Gesteinsschichten aus der Erdperiode des Tertiär, findet sich das schwarze Gold. Es ist brühend heiß.

Ein Höllentrip – doch Konzerne wie BP, Shell, ExxonMobil und Chevron wagen ihn inzwischen immer öfter. Wer jene Stelle überfliegt, an der Ende April die Bohrinsel „Deepwater Horizon“ versank, sieht am Horizont Dutzende Ölplattformen aus dem Wasser ragen, wie Spielzeuge in der Badewanne.

Rund 60 Milliarden Barrel Öl, so eine aktuelle Schätzung der US-Regierung, lagern unter dem Meeresgrund des Golfs von Mexiko. Das gigantische Vorkommen reicht aus, um Amerikas Wirtschaft, seine Trucks, Chevrolets, Learjets und Boeings, seine Chemie- und Werkstoffindustrie fast für ein Jahrzehnt am Laufen zu halten. Doch wie riskant ist die Ölförderung unter dem Meer? Die folgenschwere Explosion der „Deepwater Horizon“, bei der elf Menschen ums Leben kamen, rückt die Herausforderungen der Offshore-Förderung in den Blickpunkt.

Der Versuch, die Öllecks am Grund des Ozeans zu stopfen, erinnere an die Rettung des „Apollo-13“-Raumfahrzeugs, das 1970 auf dem Weg zum Mond havarierte, räumte BP-Chef Tony Hayward ein. „Die Energieindustrie arbeitet hier sicherlich an den Grenzen der Geologie, Geografie und Technologie“, sagt der Ölmanager im SPIEGEL-Interview (siehe Seite 130).

Die „Tyrannei der Entfernung und der Tiefe“ beklagte auch Admiral Thad Allen von der US-Küstenwache, der die Bekämpfung der Ölpest vor der Küste im Auftrag des US-Präsidenten Barack Obama koordiniert. „Ohne Beispiel“ sei die Arbeit mit ferngesteuerten Unterwasserrobotern an einem Bohrloch in 1500 Meter Tiefe.

Ende voriger Woche wurde damit begonnen, eine tonnenschwere Stahlkuppel am Unglücksort hinabzulassen. Sie soll über dem größeren der zwei verbliebenen Lecks platziert werden und nach BP-Schätzungen 85 Prozent des auslaufenden Öls einfangen und kontrolliert nach oben ableiten. Doch auch wenn die Rettungsmission gelingt: Die Folgen des Unglücks werden noch Jahre zu spüren sein. Der Ölteppich ist schon doppelt so groß wie das Saarland.

Erste Ölreste wurden am vergangenen Freitag an die Strände der Chandeleur Islands gespült, einer unbewohnten Inselkette vor der Küste Louisianas. Rund 10 000 Helfer kämpften fieberhaft darum, das Öl von weiteren Stränden fernzuhalten. Flugzeuge vom Typ Lockheed C-130 versprühten Tonnen des Chemikaliengemischs Corexit, das den Ölteppich auflösen soll – und das selbst im Verdacht steht, die marine Lebenswelt zu schädigen. Fischerei und Tourismusindustrie rechnen mit Verlusten in Milliardenhöhe.

Eine beispiellose Klagewelle rollt auf BP sowie auf die „Deepwater Horizon“-Betreiberfirma Transocean zu. „Im Golf von Mexiko ist genau das eingetreten, wovor wir immer gewarnt haben“, kritisiert der Geologe Klaus Bitzer von der Association for the Study of Peak Oil and Gas. „Es wurden Dinge angerührt, die man besser ruhen lässt.“

Wenn in immer tieferen Gewässern gebohrt werde, seien Desaster wie jenes vor der Küste Louisianas, Alabamas, Mississippis und Floridas künftig häufiger zu erwarten, sagt der Professor von der Uni-

* Am 2. Mai im Küstenort Venice, Louisiana.

versität Bayreuth voraus. Zwar sei derzeit noch unklar, welche Schuld BP an dem Desaster treffe, so Bitzer, „doch einen Vorwurf müssen wir der Industrie bereits heute machen: die standhafte Realitätsverweigerung bei der Einschätzung der künftigen Möglichkeiten der Erdölförderung“.

Der Wagemut der Ölbarone scheint selbst angesichts der Krise grenzenlos. „Die Tiefsee-Arena ist nichts für die Mutlosen“, schreibt der Experte Mark Riding von der Ölexplorationsfirma Schlumberger in der Mai-Ausgabe des Branchenblatts „Offshore“: „Mit dem Erfolg kommt der Enthusiasmus.“

Ölreiche Tiefseeböden umspannen die Erde. Für die Gewässer vor Madagaskar, vor dem Horn von Afrika, vor Grönland, südlich der Arabischen Halbinsel oder entlang der Kontinentalränder rund um den Atlantik hat der Ölmann eine simple Parole: „Reife Ziele für den Bohrkopf“.

So wird die Tiefsee zum Abenteuerspielplatz für Ingenieure und Energiemarktstrategen. Die Begeisterung ist indes aus der Not geboren. Freiwillig würden es die Multis kaum wagen, die schwierigen unterseeischen Vorkommen zu erschließen. Ihnen bleibt aber nichts anderes übrig. Denn seit etwa fünf Jahren verharrt die globale Ölförderung bei etwa 85 Millionen Barrel pro Tag. „Trotz bester Bemühungen und massiver Investitionen“, sagt Sadat al-Husseini, ehemaliger Vizepräsident der Ölgesellschaft Saudi Aramco, sei es nicht gelungen, „dieses Produktionsplateau zu überschreiten“.

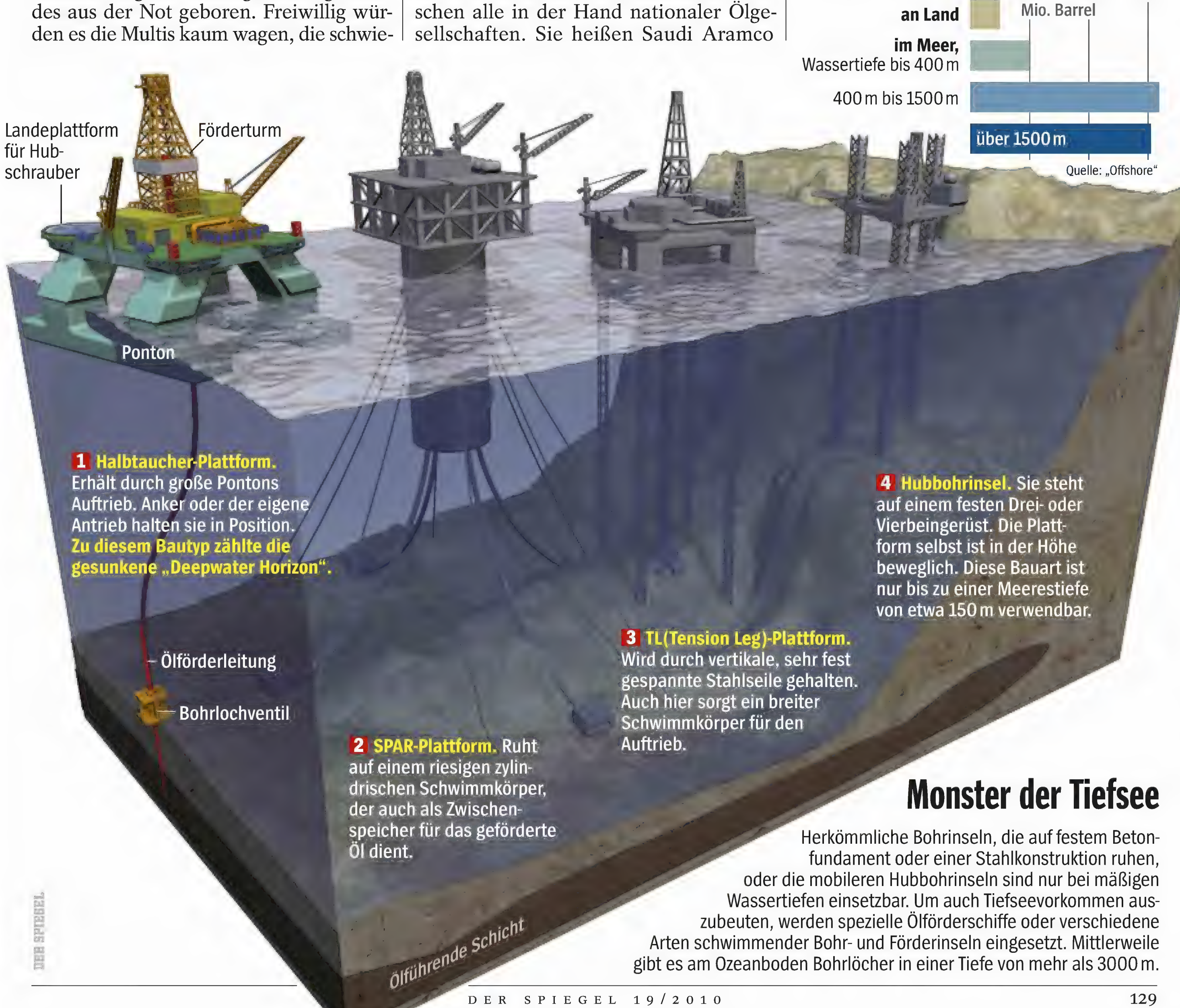
Ein großer Teil des globalen Erdöls wird aus Feldern gepumpt, die zum Teil bereits vor mehr als 60 Jahren ohne großen technologischen Aufwand gefunden wurden. Heute jedoch müssen die Prospektoren mit kostspieligen Methoden nach Feldern suchen, die an den unzugänglichen Standorten der Erde liegen – und die Ölmengen liefern, die früher als marginal angesehen wurden.

Vor allem den westlichen Unternehmen fehlt inzwischen weitgehend der Zugang zu den einfachen, billigen, aussichtsreichen Quellen in Asien und Lateinamerika. Diese nämlich befinden sich inzwischen alle in der Hand nationaler Ölgesellschaften. Sie heißen Saudi Aramco (Saudi-Arabien), Gazprom (Russland), NIOC (Iran) oder PDVSA (Venezuela) und stehen unter staatlicher Obhut. Sie sind die wahren Giganten im Geschäft; sie kontrollieren mehr als drei Viertel der globalen Reserven. Saudi Aramco zum Beispiel spielt in einer eigenen Liga: Wäre der Konzern an der Börse notiert, wäre er mit Abstand das wertvollste Unternehmen der Welt.

Zu den Ölbaronen in Houston, London oder Den Haag halten die nationalen Riesen professionelle Distanz, von westlichen Firmen lassen sie sich nichts mehr sagen. Sie brauchen weder ihr Geld noch ihr Know-how: Wenn sie die neuesten Fördertechniken benötigen, dann engagieren sie Spezialfirmen wie Schlumberger, Halliburton oder eben Transocean.

„Big Oil“, wie die alten privaten Konzerne noch immer genannt werden, kon-

Durchschnittliche Ergiebigkeit neu entdeckter Ölfelder 2009



Monster der Tiefsee

Herkömmliche Bohrinseln, die auf festem Betonfundament oder einer Stahlkonstruktion ruhen, oder die mobileren Hubbohrinseln sind nur bei mäßigen Wassertiefen einsetzbar. Um auch Tiefseevorkommen auszubeuten, werden spezielle Ölförderschiffe oder verschiedene Arten schwimmender Bohr- und Förderinseln eingesetzt. Mittlerweile gibt es am Ozeanboden Bohrlöcher in einer Tiefe von mehr als 3000 m.



MIRA OBERMAN / AFP

Ölverklebter Pelikan, Säuberungsteam
Unglück im Zeitlupentempo

trolliert gerade noch rund zehn Prozent der globalen Öl- und Gasreserven. BP und Co. bleiben nur die aufwendigen, teuren und gefährlichen Projekte. Aus der Not heraus stoßen die Konzerne zu den letzten Grenzen vor, zu Vorkommen, die sonst keiner anfassen mag.

„Dass BP und andere Ölgesellschaften bei der Suche und Erschließung an die technologischen Grenzen gehen müssen, liegt daran, dass ihnen keine anderen Möglichkeiten mehr bleiben“, sagt der Geologe Bitzer. Milliarden wurden von den Konzernen investiert, um in früher für undenkbar gehaltene Tiefen vorzudringen. Jede neue Explorationsmethode wird von der Industrie bejubelt, treibt sie doch jenen Zeitpunkt weiter hinaus, an dem der Ölfluss versiegen wird.

Längst haben sich die Ölgesellschaften von Plattformen verabschiedet, die auf dem Meeresboden fest verankert sind. Schwimmende Monstren, sogenannte Halbtaucher, dümpeln auf den Ozeanen, unter sich Kilometer von Wasser (siehe Grafik Seite 129). Steigleitungen aus Spezialstahl oder extrem festen Verbundwerkstoffen führen in die stockdunkle Tiefe. Normale Leitungen würden unter ihrem eigenen Gewicht zerbersten.

In 1500 Meter Tiefe ist das Wasser fünf Grad kalt – das Öl jedoch kommt fast kochend aus dem Grund. Extreme Belastungen des Materials sind die Folge.

Und die Ingenieure streben immer weiter hinab. Die 2001 gebaute „Deepwater Horizon“ etwa war eine der modernsten Bohrplattformen der Welt. Zwölf Meter hohen Wellen und Winden in Orkanstärke konnte sie trotzen. Sie operierte sogar schon in Tiefen von bis zu 3000 Metern.

Die Risiken sind beträchtlich. „Mit der Tiefe vergrößern sich die technischen Anforderungen an die Bohrung enorm“, erklärt Tim Robertson von der Beratungsfirma Nuka Research and Planning Group aus Seldovia in Alaska. Oftmals belasten starke Tiefenströmungen die Steigleitungen. Auch muss das Öl so heiß wie möglich gehalten werden, um zu verhindern, dass darin enthaltenes Erdgas mit dem Seewasser zu sogenannten

„Zeit zum Nachdenken“

BP-Chef Tony Hayward, 52, über die finanziellen Folgen der Ölkatastrophe und die Zukunft von Tiefseebohrungen

SPIEGEL: Können Sie die finanziellen Folgen des Unglücks für BP abschätzen?

Hayward: Wir haben noch nicht die vollständigen Kosten angegeben, weil dies davon abhängt, wie sich die Folgen des schrecklichen Unglücks weiter entwickeln und wie erfolgreich wir damit sind, die Lecks abzudichten und den Schaden einzugrenzen. Wozu wir Angaben machen können, sind die täglichen Kosten des Einsatzes: Für BP und seine Partner auf dem Ölfeld, Anadarko und Mitsui, sind dies mehr als sechs Millionen Dollar, mit steigender Tendenz.

SPIEGEL: BP will alle berechtigten Schadensersatzforderungen zahlen. Fachleute schätzen die Schäden auf bis zu 14 Milliarden Dollar. Kann BP das finanziell überstehen?

Hayward: Ich kann Ihre Zahl nicht bestätigen, aber ich möchte darauf hinweisen, dass BP ein sehr großes Unternehmen ist und durchaus fähig, mit den finanziellen Konsequenzen dieses Ereignisses fertig zu werden.

SPIEGEL: In welchem Maß ist der Plattformbetreiber Transocean haftbar zu machen?

Hayward: Es ist zu früh, über Fragen der Haftung zu sprechen. Ich weise aber darauf hin, dass dieser Unfall auf einer Bohrplattform passierte, die Transocean gehörte und von Transocean betrieben wurde. Allerdings gehört es zur Verantwortung von BP, mit den Folgen umzugehen. Diese Verantwortung übernehmen wir mit äußerster Ernsthaftigkeit.

SPIEGEL: BP hat das Bild des „grünen“ Unternehmens gepflegt. Was bedeutet das Desaster fürs Image?

Hayward: Natürlich ist dieses Unglück eine Herausforderung für unseren Ruf. Ich habe von Anfang an gesagt, dass wir danach bewertet werden, wie wir jetzt reagieren: wie schnell, in welchem Umfang, in welcher Qualität, Intensität und letztlich mit welchem Erfolg. Wir sind entschlossen, den Ölteppich zu kontrollieren und das Leck zu schließen. Wenn wir das machen, und wenn gesehen wird, dass wir alles in unserer Kraft Stehende tun, um der betroffenen Region und den Gemeinden vor Ort zu helfen, dann sehe ich sogar die Chance, dass unser Ansehen nach Bewältigung der schwierigen Situation intakt bleiben kann.

SPIEGEL: Ist der Trend, die Ölförderung in immer größere Tiefen zu verlagern, mit der Katastrophe gestoppt?

Hayward: Die Energieindustrie arbeitet hier sicherlich an den Grenzen der Geologie, Geografie und Technologie. Aber ich glaube nicht, dass die Anforderungen jenseits unserer Fähigkeiten liegen. Im Gegenteil: Bis zu dem Unfall wies das Tiefseegeschäft eine sehr positive Unfallstatistik auf, über zwei Jahrzehnte lang. Es steht also außer Frage, dass Tiefseebohrungen sehr sorgsam fortgeführt werden können. In diesem Fall haben allerdings tragischerweise die Sicherheitssysteme auf der Bohrplattform versagt. Als Energieindustrie müssen wir dringend herausfinden, was da passiert ist und warum es passiert ist, damit wir Schritte unternehmen können, dass so etwas nie wieder geschieht.

ALEX WONG / GETTY IMAGES

Manager Hayward
„Ansehen intakt“

SPIEGEL: Die USA haben Ölbohrungen in neuen Küstengegenden ausgesetzt. Haben Tiefseebohrungen noch eine Zukunft?

Hayward: Ich glaube, es ist verständlich und richtig, dass die Regierung und die Industrie eine Pause machen, um nach dem Unglück Zeit zum Nachdenken zu haben. Ein Ausbau der Offshore-Produktion sollte erst wieder verfolgt werden, wenn das öffentliche Vertrauen in Tiefseebohrungen wiederhergestellt ist. Aber ich glaube auch, dass der US-Gesetzgeber nach einer vernünftigen Debatte zu dem Schluss kommen wird, dass der Golf von Mexiko und andere Offshore-Regionen einen zentralen Beitrag zur Energiesicherheit der USA leisten und dazu, dass der weltweit wachsende Energiebedarf gedeckt wird.

SPIEGEL: Erwägen Sie selbst einen Rücktritt als persönliche Konsequenz?

Hayward: Gegenwärtig bin ich voll konzentriert darauf, meine Hauptverantwortung zu erfüllen, die ich unter diesen Umständen habe: dass BP wirksam und erfolgreich auf den Unfall reagiert.

INTERVIEW: ALEXANDER JUNG

Gashydraten gefriert und die Leitungen verstopft.

Vor allem der enorme Druck in den unterirdischen Reservoirs macht die Arbeit so gefährlich. Die Ölfirmen bohren in Gesteinen, in denen auf jedem Quadratzentimeter das Gewicht eines Mittelklassewagens lastet. Wird bei der Bohrung in eine solche Öl- oder Gasquelle vorgestoßen, besteht die Gefahr, dass die Brennstoffe explosionsartig und unkontrolliert nach oben schießen.

Die Ingenieure versuchen, diesen gefährlichen „Blowout" zu verhindern, indem sie ständig Bohrwasser in das Bohrloch pressen. Die Spezialflüssigkeit muss unter demselben Druck stehen wie das nach oben drängende Öl und Gas – ein äußerst schwieriges Unterfangen.

Zu einem gefürchteten Blowout ist es vermutlich auch auf der „Deepwater Horizon" gekommen. Grund könnten Zementarbeiten gewesen sein, mit denen Arbeiter der Explorationsfirma Halliburton das Bohrloch zu stabilisieren versuchten. Die Technik ist gefährlich: Beim Aushärten entstehen Risse im Zement, durch die Öl und Gas mit Urgewalt nach oben zischen können. Ein Funken reicht dann – und es kommt zur Explosion.

Ist es wirklich verantwortbar, derlei Risiken einzugehen? Kritiker sagen, die ganze Branche betreibe ein Vabanque-Spiel auf Kosten der Umwelt. Zudem sind die Kosten der Offshore-Bohrungen ebenso astronomisch wie die technischen Herausforderungen. Der Wert der „Deepwater Horizon" lag bei rund 560 Millionen Dollar. Eine Bohrung, wie sie die Ölplattform zum Zeitpunkt des Unglücks vornahm, kostet rund 100 Millionen Euro – und das für ein vergleichsweise winziges Ölfeld, das nur wenige Millionen Barrel enthält.

Und es ist absehbar, dass die Kosten weiter steigen werden: Die Behörden werden vermutlich die Anforderungen an die Sicherheit nach dem Unfall verschärfen. Dann wird sich der Aufwand ultratiefer Bohrungen noch weniger rechnen.

Rund 30 Prozent der globalen Ölproduktion werden heute schon aus Offshore-Quellen gewonnen. Allerdings stammen weniger als ein Prozent der Weltproduktion aus Förderanlagen, die in Tiefen von mehr als 1500 Metern vorstoßen. „Für unsere Versorgung spielen sie heute praktisch noch keine Rolle", sagt der Hamburger Ölfachmann Steffen Bukold.

Viele Ölgesellschaften erwarten dennoch, dass die Ölbohrung auf hoher See eine große Zukunft hat. Zwischen 35 und 65 Dollar pro Barrel kostet die Förderung des Tiefseeöls, schätzte die Internationale Energieagentur im vorigen Jahr. Derzeit liegt der Ölpreis schon bei rund 80 Dollar.

„Die Tiefsee-Ölförderung hat sich von einer Herausforderung in eine Chance verwandelt", sagt Riding. Die Gewässer vor Brasilien und vor Westafrika sind für ihn die „Hot Spots" der aufblühenden Offshore-Branche. Auch der Golf von Mexiko galt bislang als attraktives Ziel.

Erst Ende März hatte US-Präsident Obama verkündet, neue Seegebiete vor der Ostküste der USA, nördlich von Alaska und im östlichen Golf von Mexiko, für Offshore-Bohrungen freizugeben. Nach dem Unglück im Golf von Mexiko ruderte er zurück und setzte die Vergabe neuer Bohrlizenzen zunächst aus.

Obama könnte die Gelegenheit nutzen, die mit Zugeständnissen an die Ölindustrie gespickte neue Energiegesetzgebung zu überarbeiten, die bald vom US-Kongress verabschiedet werden soll. Doch kaum jemand geht davon aus, dass er auf Dauer einen Rückzieher machen wird. Politisch und ökonomisch steht zu viel auf dem Spiel: Es geht um nahezu 22 Milliarden Barrel Öl, die nach Schätzungen allein in den neuen Förderfeldern zu finden sind – und das in US-Heimatgewässern.

Die Ölindustrie wird wohl ohnehin weitermachen wie bisher – trotz der sich abzeichnenden Ölpest. Anders als etwa bei der Havarie des Tankers „Exxon Valdez" 1989 vor Alaska bahnt sich diesmal eine schleichende Katastrophe an, ein langsames, stilles Sterben der Vögel, Schildkröten und Meeressäuger im Golf von Mexiko. Das Unglück im Zeitlupentempo könnte BP helfen, die Sache bald vergessen zu machen. Auch der finanzielle Schaden wird das Unternehmen kaum umwerfen, selbst wenn er in die Milliarden gehen sollte: Der Gewinn von BP stieg im ersten Quartal auf 5,6 Milliarden Dollar.

Und die nächsten Entdeckungen sind längst gemacht. Vor dem Macondo-Ölfeld, das ihr nun zum Verhängnis wurde, bohrte die „Deepwater Horizon" im 200 Seemeilen westlich gelegenen Keathley Canyon. Im vergangenen September erst trieb sie dort ihren ultraharten Bohrer vom Meeresgrund aus über neun Kilometer tief ins Gestein: Weltrekord. Mehr als drei Milliarden Barrel Öl, schätzt BP, sollen in den dortigen Reservoirs lagern.

„Beyond Petroleum" heißt der verwirrende, aber verblüffend erfolgreiche Werbeslogan des britischen Konzerns. „Jenseits des Öls" – bis dahin wird es wohl noch lange dauern.

Philip Bethge, Alexander Jung, Nils Klawitter, Renate Nimtz-Köster

LUFTFAHRT

Wildwest unter den Wolken

Die Sichtflüge während des Vulkanasche-Alarms waren gefährlicher als bisher bekannt. Dutzende Maschinen rasten im Tiefflug über Deutschland – trotz der Warnungen von Piloten und Lotsen.

Spätestens als sie über das Steinhuder Meer hinwegflogen, war Carsten Richter* „stark beunruhigt". Der Lufthansa-Pilot saß als Passagier hinten in der Kabine und schaute aus dem Fenster.

„Wir befanden uns noch auf geschätzten 1000 Metern über Grund", erzählt Richter. Über der norddeutschen Tiefebene ging der Airbus A321 („Lindau"), der in Frankfurt am Main gestartet war, noch weiter hinab. „Die recht groß wirkenden Windräder haben mich etwas an der geforderten Mindesthöhe zweifeln lassen", schrieb der Erste Offizier später in einem internen Lufthansa-Piloten-Forum.

Es war Dienstagmorgen, der 20. April, als der Airbus (Kennzeichen D-AISQ) 50 Kilometer vor Hamburg im Tiefflug über Norddeutschland hinwegraste. Bei einer Flughöhe von unter 600 Metern hielt Pilot Richter besorgt nach möglichen „Kaffeefliegern" Ausschau: Cessnas, Segelfliegern, Drachenfliegern. Noch südlich der Elbe sollten sich seine Befürchtungen bestätigen: „Ich war nicht sonderlich erfreut, als ein Kleinflugzeug unter uns auftauchte", notierte er hinterher im Lufthansa-Forum.

Immerhin, um 12.17 Uhr landete die Maschine wohlbehalten in Hamburg-Fuhlsbüttel. Noch zehn weitere Maschinen waren am Morgen in Hamburg gestartet oder gelandet. Ihre Flugverläufe dürften wohl bislang einzigartig gewesen sein. Auf manche wirkte es wie Wildwest-Fliegerei am Himmel über Deutschland.

Angefangen hatte alles mit dem isländischen Vulkan Eyjafjallajökull, der seine Asche schon seit Tagen Richtung Europa spuckte. Aus Sicherheitsgründen waren das Wochenende über fast keine Flugzeuge mehr mit Passagieren gestartet. Auf massiven Druck der Fluggesellschaften fanden Bürokraten schließlich einen rechtlichen Trick, wie die Maschinen trotz Asche fliegen konnten.

Der sogenannte kontrollierte Sichtflug, der eigentlich für ambitionierte Hobbypiloten in ihren Cessnas gedacht ist, sollte plötzlich für Hunderte Tonnen schwere Linienflugzeuge gelten. Denn das Flugverbot bei Vulkanasche in der Luft galt nicht für Sichtflüge.

Kontrollierte Sichtflüge bedeuten: Anders als sonst erhalten die Flugkapitäne keine Anweisungen mehr von den Lotsen der Deutschen Flugsicherung (DFS) am Boden, sondern lediglich Hinweise, etwa falls sich ihr Flugzeug einem anderen gefährlich nähert. Wichtig dabei ist: Wegen der höheren Unsicherheit müssen die Piloten jeglichen Wolken ausweichen oder diese unterfliegen.

Von Montagabend bis Mittwoch früh, also an drei Tagen, „duldete" das Bundesverkehrsministerium diese Praxis. 30 Fluggesellschaften beantragten Sichtflüge; 559 solche Ausnahmeflüge hat Air Berlin, 395 die Lufthansa absolviert. Doch nun stellt sich heraus: Piloten und Fluglotsen äußerten intern massive Bedenken.

Noch heute dauern die Debatten an. Der Sicherheitspilot der Lufthansa, Jürgen Steinberg, bedauerte vorige Woche in einem Aushang, den Sichtflügen zugestimmt zu haben: „Das darf sich nicht wiederholen. Heute würde meine Empfehlung in der gleichen Situation lauten: Don't do it." So offen hat noch keiner gewagt, die Konzernentscheidung zu kritisieren. Steinberg gibt zu, dass die Situation von Piloten „als unbefriedigend oder auch als bedrohlich" empfunden wurde.

Lufthansa-Bereichsvorstand und -Chefpilot Jürgen Raps distanziert sich von seinem Sicherheitspiloten: „Das ist seine rein persönliche Einschätzung, die sich nicht mit der Auffassung des Konzerns deckt." Man habe im Übrigen „das Verfahren im Vorfeld gemeinsam mit dem Verkehrsministerium, dem Luftfahrtbundesamt sowie der DFS erarbeitet und von diesen Behörden genehmigt bekommen."



MARIUS BECKER / APN

Aschewolke-Krisenstab der Deutschen Flugsicherung am 20. April



DOMINIK BENSCH

Flug LH 008 Frankfurt am Main — Hamburg



RAINER BEXTEN

Flug AB 6581 Hamburg — Köln



MANUEL FERNANDEZ

Flug AB 9359 Palma de Mallorca — Hannover

Sicherheitspilot Steinberg bezieht sich in seiner Kritik wohl auf heftige Wortbeiträge in den Lufthansa-internen Piloten-Foren. Darin schreibt ein Kapitän etwa, er habe „enormes Bauchweh, mit dem Verkehrsflugzeug und 200 Seelen Sichtflug durch den deutschen Luftraum zu fliegen". Ein anderer bewertet die Sichtflüge gar als ein Zeichen für den „Verfall der Sicherheitskultur" in seinem Konzern.

Ähnlich wütend reagierten auch die Fluglotsen. „Als wir von der Betriebsanweisung unserer Führung erfuhren, waren viele von uns zunächst fassungslos", klagt ein DFS-Lotse.

* Name von der Redaktion geändert.

Die Bedenken scheinen nicht unbegründet zu sein, wie Streckenverläufe im Tiefflug belegen, die der SPIEGEL anhand von Radardaten und Funkmeldungen nachzeichnen kann. So starteten Flugzeuge am 19. April in München erst nach Einbruch der Dunkelheit zu Sichtflügen, was Experten als heikel einstufen; andere Maschinen kurvten wie auf einem Hindernisparcours zwischen Wolken herum.

Es liegen auch Berichte vor von Flugzeugen, die in unzulässiger Weise in Wolken hineingeflogen sein sollen. In internen Foren wird zudem der Vorwurf diskutiert, wonach Airlines gegen geltendes Luftrecht verstoßen haben und ihre Piloten angeblich ohne die vorgeschriebenen Sichtflugkarten starten ließen. Air Berlin erklärt, sämtliche Jets seien stets mit elektronischem Kartenmaterial ausgestattet. Lufthansa entgegnet, die „notwendigen Unterlagen“ seien „wie mit der DFS vereinbart und genehmigt“ an Bord gewesen.

Der Kern der Piloten-Kritik: Das Fliegen im kontrollierten Sichtflug sei riskanter gewesen als die Gefahr durch die Vulkanaschewolke selbst, da diese sich am Wochenende schon deutlich verdünnt habe. Lufthansa und Air Berlin bestreiten dies.

Bei strahlend blauem Himmel war die Sichtfliegerei in weiten Teilen Deutschlands anfangs wohl tatsächlich unbedenklich: Rasch erreichten die Maschinen Flughöhen, wo sich Verkehrs- und Freizeitflieger kaum in die Quere kommen können. Denn schon ab 1500 Meter Höhe müssen auch Kleinflugzeuge Radarsender an Bord haben, sogenannte Transponder. So können die Linienflug-Piloten sie gut erkennen und ihnen ausweichen.

Richtig heikel wurde es jedoch, als niedrige Wolken aufzogen. Am Dienstag, dem 20. April, erreichte ein Regengebiet Norddeutschland. Die Wolken hingen bis zu 300 Meter tief. Sie zwangen etwa die Lufthansa-Maschine mit der Flugnummer LH008 immer weiter runter. Denn nach Sichtflugregeln müssen die Piloten mindestens 300 Meter Abstand zur Wolkenuntergrenze beachten, was laut Lufthansa auch „jederzeit eingehalten“ worden sei.

Ein ähnliches Problem hatte Air-Berlin-Flug AB6581 von Hamburg nach Köln. Zunächst ging es im tiefen Flug parallel zur Autobahn 7 Richtung Süden. Auf der Höhe von Hannover drehte die Crew die Maschine nach links, flog einen Bogen und entdeckte dann im südwestlichen Niedersachsen offenbar eine Wolkenlücke und stieg auf Reiseflughöhe.

Eine Pirouette vollführte Air-Berlin-Flug AB9359 von Palma de Mallorca nach Hannover. Die Boeing 737-800 (Kennzeichen D-AHFW) zog einen niedrigen Kreis südöstlich von Hannover. Auf dem Flug Hannover–Palma dann hatte Flug AB9582 angeblich eine Annäherung mit einem anderen Verkehrsflieger. Dies meldete jedenfalls ein anonymer Zeuge der Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung (BFU). „Nach Auswertung der Radardaten betrug die Annäherung aber nur 600 Meter in der Vertikalen“, erklärt dazu BFU-Chef Ulf Kramer: „Das ist ein unbedenklicher Abstand.“ Air Berlin betont, dass auch das Kollisionswarnsystem nicht aktiv wurde, was beweise, dass „keine Konfliktsituation“ bestanden habe.

Doch den Ärger der aufgebrachten Piloten und Fluglotsen besänftigt das nicht. Sie sehen die Sicherheitsstandards schon dadurch unterlaufen, dass überhaupt Flugzeuge so lange in Höhen unter 3000 Metern herumgeflogen sind; denn so weit unten sei das Risiko von Vogelschlag und von Zusammenstößen einfach größer.

Unterhalb von 1500 Metern darf jeder Hobbypilot zudem ohne Transponder herumfliegen. „Wenn wir da mit 500 Stundenkilometern durchbrausen, muss man schon schnell reagieren, um so einem Burschen noch auszuweichen“, berichtet ein weiterer Lufthansa-Flugzeugführer.

Als bedenklich gelten auch Sichtflüge in der Dunkelheit, weil Wolken mit bloßem Auge und den nur schwachen Bordscheinwerfern schlecht auszumachen sind. Trotzdem stiegen in München am 19. April allein neun Maschinen nach Sonnenuntergang auf: eine Maschine der türkischen SunExpress etwa, zwei Lufthansa-Maschinen und drei von Air Berlin. Beide deutschen Airlines betonen, dass Sichtflug in der Nacht erlaubt und unproblematisch sei.

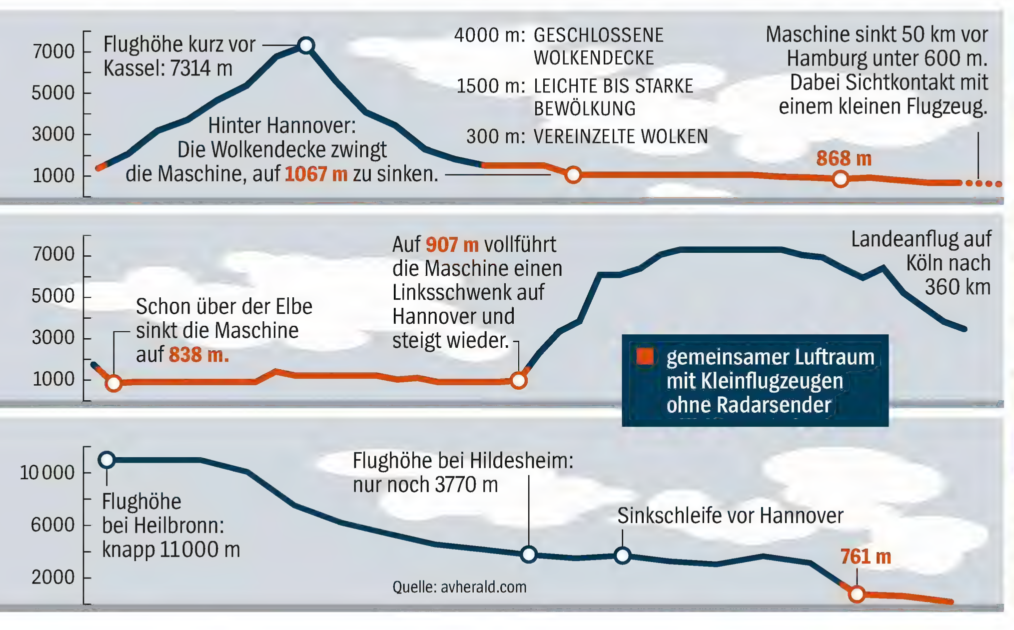
Die Lufthansa-Piloten hingegen fühlten sich von ihrem Konzern unter Druck gesetzt. Eine interne Anweisung stellte unmissverständlich klar: „Die Verantwortlichkeit liegt bei Sichtflügen in Bezug auf Ausweichregeln beim Piloten (‚see-and-avoid‘).“ Ein altgedienter Lufthansa-Kapitän hält es für untragbar, dass ohne Not Sichtflüge verordnet wurden. Bei ihm hätten sich viele jüngere Kollegen gemeldet, die mächtig Bammel davor hatten und ihn um Rat fragten. Helfen konnte er ihnen nicht: „Meine letzten Erfahrungen mit Sichtflugmanövern liegen nun auch schon über 30 Jahre zurück.“

Der Konzernleitung blieb der Unmut ihrer Piloten nicht verborgen. Wer mit dem Gedanken spielte, den Sichtflugeinsatz zu verweigern, dem riet die Flottenleitung: Wer Bedenken habe, müsse sich krankmelden.

DINAH DECKSTEIN, GERALD TRAUFETTER

Tiefflug über Deutschland

Flughöhenprofile nach den Radaraufzeichnungen, in Metern



ASTRONOMIE

Späher im dunklen Staub

Das Weltraumteleskop Herschel bezaubert mit erstaunlichen Aufnahmen aus bislang verborgenen Regionen des Alls. Erstmals ermöglicht es einen Blick in den Kreißsaal der Sterne.

Dieser Satellit ist ein Anwärter auf Rekorde ganz verschiedener Art. Zum Beispiel: In seinem Inneren ist es stellenweise so kalt wie kaum sonstwo im bekannten Universum.

Nur um wenige Zehntelgrad liegt die Temperatur an Bord von Herschel über dem absoluten Nullpunkt von minus 273,15 Grad Celsius. Dagegen erscheint der Weltraum fast gemütlich. Selbst in der schauerlichsten Leere ist es ein paar Grad wärmer.

Herschel ist aber mit seinem Spiegel von dreieinhalb Metern Durchmesser auch das größte Weltraumteleskop, das je in den Himmel geschossen wurde. Statt Lichtbildern nimmt es Wärmebilder auf; dafür müssen die Sensoren selbst so kalt wie möglich sein.

Der Aufwand lohnt sich. Herschel sieht, wofür herkömmliche Teleskope blind sind: die dunklen Regionen des Kosmos, die sich in gewaltige Wolken aus Gas und Staub hüllen.

Seit einem Jahr zieht Herschel seine Kreise über der Nachtseite der Erde, als Außenposten der europäischen Weltraumagentur Esa. Rund anderthalb Millionen Kilometer ist der Satellit vom Heimatplaneten entfernt, etwa dreimal so weit wie der Mond. Abgeschirmt von Sonnenlicht und irdischer Wärmestrahlung, späht er dort draußen ins All hinaus. Flüssiges Helium kühlt rund um die Uhr seine Sensoren.

Von Anfang an war die Fachwelt entzückt von den Bildern, die Herschel ans Darmstädter Kontrollzentrum schickte. Vorige Woche trafen sich an die 400 Himmelsforscher im niederländischen Seebad Noordwijk, um ihre ersten Befunde auszutauschen. Die einen hatten spektakuläre Sternengeburten zu bieten, die anderen neue, unbekannte Galaxien.

Fast jedes Bild zeigte neue Details aus einer bislang fremden Welt. „Mit Herschel können wir genauer und tiefer als je zuvor ins kalte Universum sehen“, schwärmt Oliver Krause vom Heidelberger Max-Planck-Institut für Astronomie.

Kalt – und finster – ist nicht nur der allgegenwärtige Staub. Auch zahllose Himmelskörper, Planeten etwa, erreichen nicht die erforderliche Betriebstemperatur, um aus sich selbst heraus zu leuchten. Doch selbst die kältesten Objekte senden eine minimale Wärmestrahlung aus: langwelliges, für menschliche Augen unsichtbares Infrarotlicht, das sie verrät.

Kaum drei Jahrzehnte erst gibt es jene Teleskope, die dieses Licht aus dem All einfangen – und seither folgt eine Entdeckung auf die andere. Tausende ferne Galaxien etwa zeigten sich plötzlich auf den Monitoren, von deren Existenz niemand etwas geahnt hatte. Zumeist sind das höchst aktive kosmische Kreißsäle, die jährlich Hunderte neuer Sterne hervorbringen. Das setzt voraus, dass dort noch Unmengen von Staub als Ausgangsstoff wabern; und ebendeshalb vermögen gewöhnliche Fernrohre nicht in solche Zonen hineinzuschauen.

Herschel setzt die Erkundung des Infrarotbereichs mit deutlich verbesserter Sehschärfe fort. Jüngst erst entdeckten Forscher auf einigen seiner Aufnahmen die Geburt sehr seltener Riesensterne in der Milchstraße, etwa 4300 Lichtjahre von der Erde entfernt. Inmitten von gewaltigen Wolken aus Gas und Staub ballen sich da gerade neue Himmelskörper zusammen; kaum einer älter als ein paar zehntausend Jahre. In kosmischer Zeitrechnung ist das gerade mal die frühe Embryonalphase.

Astronom Poglitsch
„Noch nie so klar“

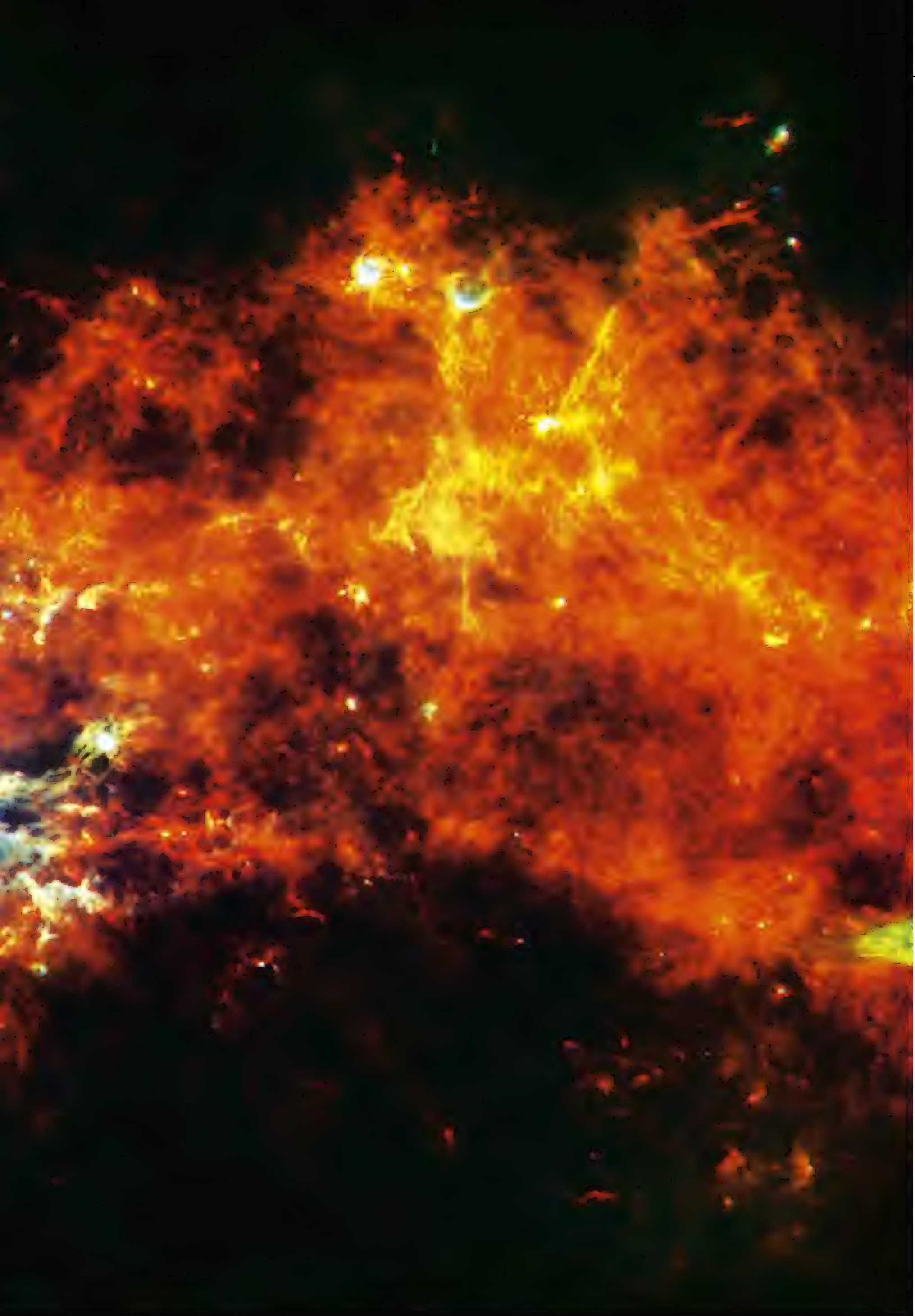
„So etwas haben wir noch nie gesehen“, sagt Annie Zavagno, Astrophysikerin aus Marseille. Einer dieser Protosterne hat es ihr besonders angetan: Ein riesenhaftes Unikum wächst da heran, das schon jetzt annähernd die zehnfache Masse der Sonne aufweist.

In seinem Umfeld registrierte Herschel Gasreserven für umgerechnet weitere 2000 Sonnen – wenn der Koloss auch nur einen Bruchteil davon einfängt, könnte einer der größten Sterne unserer Galaxis aus ihm werden.

Vor allem zu Beginn ihres Daseins sind heranwachsende Himmelskörper in Staubmassen gehüllt, die wie blickdichte Kokons alles Licht aus ihrem Inneren verschlucken. Nur die langwelligen Wärmestrahlen durchdringen ungehindert die Hülle. Das Infrarot-Teleskop kann also quasi in die Wolken hineinspähen. Aber auch das sichtbare Licht des Sterns hinterlässt Spuren, die Herschel nicht verborgen bleiben: Es heizt den umgebenden Staub von innen her auf – so entstehen darin wie auf einer beleuchteten Leinwand obendrein Wärmebilder der Sternengeburt.

Für Annie Zavagno ist der Fund ein Glücksfall. „Solche Sterne helfen uns herauszufinden, wie Galaxien entstehen“, sagt sie. Diese Riesen spielen dabei nämlich eine dominante Rolle. Ihr eigenes Dasein ist zwar nur kurz und katastrophal: Sie stürzen bald unter ihrer eigenen ungeheuren Masse in sich zusammen. Wenn sie aber am Ende als Supernova explodieren, schleudern sie aus sich heraus,

ANSGAR HAASE / PICTURE-ALLIANCE / DPA (L.); ESA / HI-GAL CONSORTIUM (R.)



Neugeborene Sonnen im Sternbild Fuchs
Interstellare Spinnweben aus Staub

was sie in ihrem glühenden Plasmakern bis dahin erbrütet haben. Das sind vor allem die schwereren chemischen Elemente bis hin zum Eisen – jene Rohstoffe, aus denen dann normale, langlebige Sterne werden.

So bahnen die Riesen den folgenden Sternengenerationen den Weg ins Dasein. Die Frage ist nun, welchen Einfluss die Urahnen auf die Nachkommenschaft haben. Zuvor aber noch: Warum gibt es sie überhaupt? Kein Himmelskörper dürfte, der Theorie zufolge, auf derart gewaltige Ausmaße anschwellen.

Im Normalfall beginnt das Leben eines Sterns, wenn Gas und Staub sich im Raume zusammenballen. Das neue, noch fragile Gebilde fängt mit seiner wachsenden Schwerkraft immer weitere Materie ein; es nimmt dabei an Dichte zu. Schließlich wird der Druck im Inneren so groß, dass das Sonnenfeuer der Kernfusion zündet.

In diesem Moment kommt aber auch eine Art Schubumkehr in Gang: Bei der Fusion wird harte UV-Strahlung frei; mit zunehmendem Druck pustet sie ringsum den immer noch herandrängenden Staub förmlich zurück in die Weiten des Alls.

Spätestens wenn die achtfache Masse der Sonne beisammen ist, sollte theoretisch Schluss sein mit dem Wachstum. Dennoch gibt es Riesensterne, die es aufs 120fache der Sonnenmasse bringen. Ist hier die entgegenwirkende Strahlung irgendwie zusammengebrochen? Oder sind die Riesen durch Kollision zahlreicher kleinerer Sterne entstanden?

Vom Herschel-Teleskop erhofft sich die Internationale der Sternenforscher Aufschluss in all diesen Fragen. Die Zeit dafür ist allerdings beschränkt: Noch knapp drei Jahre dürfte das Helium reichen; dann wird der Satellit abgeschaltet. In ungekühltem Zustand nützt er nichts mehr.

Bis dahin ist noch viel zu tun. In ausgetüftelten Zuteilungsverfahren bekommen interessierte Forscher aus aller Welt Zeitfenster für ihre Projekte.

Eine britische Gruppe hat bereits begonnen, einen großen Teil des Firmaments nach sehr fernen Galaxien zu durchmustern. Deren Infrarotstrahlung war zumeist etliche Milliarden Jahre unterwegs, ehe sie auf Herschels blitzblanken Spiegel fiel.

Aus diesem Grund zeigen die Bilder auch, was vor ebenso vielen Milliarden Jahren am Ursprungsort geschah. Das war etwa zur Halbzeit des Universums – damals waren zahlreiche Galaxien noch überaus produktiv. Nicht wenige brachten jährlich mehrere tausend Sterne hervor (die Milchstraße kommt heute im Durchschnitt auf kaum noch drei pro Jahr).

Erste Beobachtungen legen den Schluss nahe, dass die Zeit des Sternenbooms deutlich früher begann und länger anhielt, als man bislang vermutete. Noch heute scheint selbst in stillen Gegenden einiges Unruhepotential verborgen zu sein, von denen die Wissenschaft vor Herschel wenig ahnte.

„Besonders beeindruckend fand ich die Aufnahmen von der Staubverteilung in unserer Milchstraße“, sagt Albrecht Poglitsch vom Garchinger Max-Planck-Institut für Extraterrestrische Physik, einer der leitenden Forscher des Herschel-Projekts. Diese Bilder, aufgenommen etwa in den Sternbildern Fuchs und Kreuz des Südens, zeigen ungeheure Staubmassen in der Heimatgalaxis, wie sie sich zu zauberhaft feinen Gespinsten angeordnet haben, die unablässig in Bewegung sind.

„Noch nie konnten wir das so klar und deutlich sehen“, sagt Poglitsch. Verdichteter Staub zieht sich fadenartig oder schlauchförmig durch die Galaxis, oft über mehrere Lichtjahre hinweg.

An vielen Stellen sind die interstellaren Spinnweben netzartig verstrüppt; es gibt Knoten und Kreuzungen – womöglich Geburtsstätten für neue Sterne.

Der schöpferische Staub dafür ist offenbar in erstaunlich reichem Maße vorhanden. Sogar Babysterne sind schon zu erkennen, in verschiedenen Stadien der Entwicklung – manche von ihnen kettenartig aufgereiht wie Perlen auf einer Schnur.

MANFRED DWORSCHAK

JOURNALISTEN

Kritiker in der Kritik

Geht es um Verfehlungen anderer, ist der preisgekrönte Medienjournalist („Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“) und Bildblog-Mitgründer Stefan Niggemeier, 40, in seiner Kritik selten zimperlich. Was die eigene Arbeit betrifft, nimmt er es aber offenbar nicht ganz so genau, was die Distanz zum Gegenstand seiner Berichterstattung betrifft. So taucht Niggemeier als Autor und im Impressum der jüngsten Ausgabe eines Online-Magazins der ProSiebenSat.1 AG auf. Dass er selbst in Zeitungen auch über das Programm genau dieser Sender berichtet, findet Niggemeier prinzipiell nicht schwierig. Er habe völlige journalistische Freiheit beim Verfassen seines Textes gehabt – in der Tat liest sich das Stück nicht wie eine Eloge auf die Sendergruppe. Zudem handle es sich bei dem Magazin, das direkt von der Unternehmenskommunikation herausgegeben wird, laut Niggemeier um ein seriöses Projekt. Die Entlohnung habe im normalen Bereich gelegen.



LEIF-H. PIECHOWSKI / PICTURE-ALLIANCE/ DPA

Niggemeier



SCHELLNEGGER / SÜDD. VERLAG / PICTURE ALLIANCE / DPA

Kilz

TALKSHOWS

„SZ“-Chefredakteur Kilz soll „Talk im Turm“ moderieren

Für die geplante Wiederbelebung der TV-Polit-Runde „Talk im Turm“ hat sich der Sender Sat.1 einen prominenten Kandidaten als Moderator ausgeguckt. Der scheidende Chefredakteur der „Süddeutschen Zeitung“, Hans Werner Kilz, 66, sei derzeit in Gesprächen mit ProSiebenSat.1-Chef Thomas Ebeling, heißt es in München. In dieser Woche soll es erste Verhandlungen geben, wie das Format künftig aussehen könnte, noch aber sind die Gespräche ganz am Anfang. „Talk im Turm“ war 1990 bei Sat.1 erfolgreich gestartet, aber 1999 eingestellt worden. Ihre Reanimation verdankt die legendäre Sendung, die lange Zeit von Erich Böhme moderiert wurde, nun der Programmoffensive, mit welcher der TV-Konzern die Krise bei Sat.1 beheben will. ProSiebenSat.1-Chef Ebeling, der wegen des geplanten Verkaufs des Nachrichtensenders N24 in der Kritik steht, hatte Anfang des Jahres bereits angekündigt, sein Unternehmen wolle Informationen künftig anders aufbereiten. Kilz geht Ende des Jahres nach 14 Jahren als „SZ“-Chef in den Ruhestand. Als TV-Moderator hat er bisher keine Erfahrung.

MAGAZINE

Befürchtungen bestätigt

Nach der gemeinsamen Absage von WAZ und Springer-Verlag für das von Ex-SPIEGEL-Chefredakteur Stefan Aust geplante neue Zeitschriftenprojekt mit dem Arbeitstitel „Woche“, ist die „Diskussion um ein solches Magazin für die WAZ beendet“, sagt WAZ-Geschäftsführer Bodo Hombach. „Leider kann ich mit Überraschung nicht dienen. Meine Ansage war von Anfang an, die Sache piano und nicht allein anzugehen.“ Seine Befürchtungen, ein neues aktuelles Magazin werde sich am Werbemarkt nicht rechnen, seien bestätigt worden. Obwohl „tolle Leute ein tolles Projekt“ gemacht hätten, komme man „an den wirtschaftlichen Realitäten nicht vorbei“, so der WAZ-Geschäftsführer. „Wer auch immer in Zukunft ein solches Projekt wieder plant, wird es weniger auf Papier versuchen, sondern es wohl gleich auf das iPad zuschneiden.“ Allerdings sei auch dort die Refinanzierungsfrage derzeit völlig offen. Die Chancen für solche neuen Ideen stünden erst wieder gut, „wenn die Werbewirtschaft etwa im iPad einen neuen Markt für sich entdeckt. Diesen Zeitpunkt dürfen wir allerdings nicht verschlafen“. Aust gibt sich gleichwohl zuversichtlich, noch einen Geldgeber für das Vorhaben zu finden. „Jetzt kann ich mir überlegen, mit wem ich das mache. Ich habe jetzt freie Hand. Das ist doch auch gut.“ Gleichwohl hätten die öffentliche Aufmerksamkeit und die Absage von Springer und WAZ dem Projekt geschadet.



„Washington Post"-Chef Brauchli: *„Die Leute suchen etablierte Leuchttürme, an denen sie sich orientieren können"*

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Staatshilfe ist keine Lösung"

Marcus Brauchli, Chefredakteur der „Washington Post", über die Medienkrise, sich wandelnde Lesegewohnheiten und die Frage, was Qualitätsjournalismus künftig wert ist

SPIEGEL: Herr Brauchli, was lesen Sie morgens nach dem Aufstehen als Erstes?

Brauchli: Zuerst gucke ich auf meinen BlackBerry und schaue mir die Schlagzeilen an. Dann lese ich mehrere Zeitungen, die „Post", die „New York Times", das „Wall Street Journal". Ich surfe online auf Nachrichtenseiten. Vor allem will ich sehen, welche Geschichten wir verpasst haben. Unsere Redaktion ist längst 24 Stunden geöffnet, es gibt gar keinen Redaktionsschluss mehr. Deswegen sehe ich morgens immer auch über Nacht entstandene „Post"-Geschichten, die ich noch nicht kenne.

SPIEGEL: Also pflücken Sie Ihre Nachrichten aus vielen Quellen zusammen, was ja immer mehr Menschen tun. Macht die Entwicklung Sie nicht nervös?

Brauchli: Der Medienkonsum ändert sich bereits seit Jahren radikal. Viele kennen morgens die Nachrichten schon, sie sind ja auf allen möglichen Kanälen schnell erhältlich. Es reicht deshalb nicht, unsere Zeitung einfach mit den Nachrichten von



Marcus Brauchli
ist der erste Chefredakteur der „Washington Post“ seit Jahrzehnten, der nicht aus den eigenen Reihen der US-Hauptstadtzeitung stammt. Der aus Boulder, Colorado, stammende Brauchli führte zuvor das „Wall Street Journal“, gab den Posten aber nach nur einem Jahr im Frühjahr 2008 auf, nachdem Rupert Murdoch das Traditionsblatt übernommen hatte. Den Großteil seiner Journalistenzeit hat der 48-Jährige als Korrespondent unter anderem in Shanghai und Stockholm verbracht.

MARTIN H. SIMON

gestern zu füllen. Wir müssen Kontext liefern: Analyse, Perspektive, Kommentare. Lange investigative Geschichten. Eben Texte, die sonst nirgendwo stehen. Es gibt immer mehr Informationen, die leicht zugänglich sind, aber es wird schwerer, diese einzuordnen. Die Leute suchen etablierte Leuchttürme, an denen sie sich orientieren können.

SPIEGEL: Vor allem junge Leute sagen: Wenn eine Nachricht wirklich wichtig ist, findet sie mich schon. Sie vertrauen darauf, von ihren Facebook-Freunden oder Twitter-Bekannten informiert zu werden.

Brauchli: Wir haben gerade eine neue Facebook-Applikation eingerichtet, bei der Mitglieder ihren Freunden Artikel empfehlen können, die sie mochten. Sie sehen auch, was ihre Freunde gelesen haben. Das hat uns viele neue Leser beschert. Wir haben zahlreiche Blogs, die große Fangemeinden haben. Zudem starteten wir neue Lokalseiten online, auf denen die Leser Infos über ihre Nachbarschaft leichter finden können. Wir experimentieren erfolgreich mit E-Mail-Newslettern. Insgesamt erreichen wir viel mehr Leute als je zuvor, obwohl unsere Druckauflage gefallen ist.

SPIEGEL: Nur Geld verdienen Sie mit alldem nicht. Die Zeitungssparte hat Ihrem Mutterkonzern voriges Jahr rund 164 Millionen Dollar operativen Verlust eingefahren. Auf der Suche nach neuen Verdienstmöglichkeiten ging Ihr Blatt vergangenes Jahr dann sogar so weit, Abendessen anzubieten, bei denen Lobbyisten für viel Geld Zugang zu einflussreichen Politikern und Journalisten erhalten sollten.

Brauchli: Das war ein Fehler. Wir haben das Projekt gestoppt. Aber klar: Wir müssen ständig nach neuen Einnahmequellen suchen. Die Organisation von Konferenzen oder Lesungen ist eine Möglichkeit für Zeitungen. Aber wenn wir das machen, müssen wir es natürlich offen tun, um unseren strengen journalistischen Ansprüchen zu genügen.

SPIEGEL: Es wäre einfacher, wenn Ihre vielen Online-Leser genauso zahlen würden wie Ihre Zeitungsleser. War es ein Fehler, Inhalte umsonst ins Netz zu stellen?

Brauchli: Schwer zu sagen. Ich bin aber überzeugt, dass die Menschen bereit sind, für Inhalte auf die eine oder andere Art zu zahlen. Sie tun es ja bereits. Sie zahlen, um sich sieben Tage die Woche die „Post“ nach Hause liefern zu lassen. Wir haben bloß noch nicht die richtigen Online-Geschäftsmodelle gefunden.

SPIEGEL: Könnten sich nicht einfach alle Verlage abstimmen und mit einem Schlag für ihre Online-Angebote Geld verlangen?

Brauchli: So müsste es wohl laufen. Aber es wird immer einen Verlag geben, der ausschert und sich denkt: Na, wenn alle Geld- und Zugangshürden errichten, dann biete ich alles umsonst – und sichere mir so viele neue Leser.

SPIEGEL: Was macht Sie dann so optimistisch, dass Verlage einen Weg finden werden, für ihre Angebote künftig auch wieder Geld verlangen zu können?

Brauchli: Ich weiß auch noch nicht, wie es genau funktionieren wird, aber ich bin sicher, dass die Leute am Ende bereit sind, für Informationen zu zahlen. Die Lösung wird wohl aus verschiedenen Ansätzen bestehen, darunter auch weiterhin Werbung. Wir nehmen zum Beispiel Geld für unsere iPhone-Applikation. Es ist nicht viel, aber es ist ein Anfang. Entwickeln wir also ein maßgeschneidertes Angebot für eine Plattform, die Leute bequem mit sich herumtragen können, dann dürfte es Sinn machen, dafür doch auch was zu berechnen.

SPIEGEL: Etwa für ein Angebot auf dem neuen iPad von Apple. Manche Medienmacher hoffen, dass es die Branche fast im Alleingang rettet. Die „Post“ hat dafür noch kein Angebot entwickelt. Warum?

Brauchli: Wir waren da ein bisschen langsam. Aber wir wollen auch ein Angebot bieten, das alle Möglichkeiten des iPad ausschöpft.

SPIEGEL: Also halten Sie es nicht für die Rettung?

Brauchli: Es ist sicher noch nicht der letzte Schritt auf dem Weg zu neuen Lesegeräten, aber es wird eine große Rolle spielen und zeigt, wohin die Reise geht. Ich glaube nicht, dass es Handy oder Laptop ersetzen wird, die Zeitung übrigens auch nicht. Aber wir verfolgen natürlich genau, wie sich das Medienkonsumverhalten verändert – und wir müssen genau schauen, wie wir für jede Plattform das beste Angebot entwickeln können.

SPIEGEL: Viele Ihrer Kollegen teilen Ihren Optimismus nicht. In Umfragen glauben mehr als die Hälfte der US-Journalisten, dass es ihren Arbeitgeber ohne neue Erlösquellen in zehn Jahren nicht mehr gibt. Die Medienkrise ist global, warum geht es dabei offenbar ausgerechnet den amerikanischen Medien am schlechtesten?

Brauchli: Das ist Schwarzmalerei. Es gibt immer noch jede Menge toller Journalisten und tollen Journalismus. Außerdem hat die Redaktion heute ihr Schicksal wieder selbst in der Hand.

SPIEGEL: Inwiefern?

Brauchli: Ob wir nun einen riesigen Skandal auf der Titelseite enthüllten oder nur irgendeine Story druckten, spielte ja in der Vergangenheit keine Rolle für die Größe und Struktur unserer Leserschaft: Die Zeitung landete einfach jeden Morgen in denselben Briefkästen. Das ist doch heute ganz anders, jeder kann uns

US-Tageszeitungen

Täglich verkaufte Auflage* in Millionen
Okt. 2009 bis März 2010

Zeitung	Veränderung gegenüber 2004 in Prozent	Auflage
„Wall Street Journal“	–0,4 %	2,09
„USA Today“	–20 %	1,83
„New York Times“	–16 %	0,95
„Los Angeles Times“	–37 %	0,62
„Washington Post“	–25 %	0,58

* montags bis freitags; Quelle: ABC

DER SPIEGEL



PAUL MARTINKA / POLARIS / LAIF

iPad-Käufer*: *„Nostalgie für Zeitungen darf den Blick auf die Zukunft nicht verstellen“*

ansteuern, unsere Online-Leser sind über das ganze Land und die Welt verteilt. Wir können also selbst mit unserem Journalismus bestimmen, wie viele Leser wir anziehen. Und wir können genau messen, was sie wie stark interessiert.

SPIEGEL: Diese Logik könnte aber auch dazu führen, dass es künftig nur noch Klatsch- und Boulevardgeschichten gibt. Das zieht die meisten Leser an. Seriöse Nachrichten bleiben eher auf der Strecke.

Brauchli: Gegenfrage: Wie hoch ist Ihre Auflage?

SPIEGEL: Gut eine Million Exemplare pro Woche.

Brauchli: Was ich jetzt sage, wird Ihnen nicht gefallen. Aber dieses Interview werden nicht eine Million Leute lesen. Nur ein Bruchteil der Käufer von Magazinen oder Zeitungen liest wirklich jeden Artikel. Das war schon immer so. Wir sollten Vertrauen haben, dass sich die Leser selbst suchen, was sie wollen. Ich finde es extrem geringschätzig, so zu tun, als müsse man sich um die Zukunft des Journalismus sorgen, weil die nächste Generation angeblich nicht in der Lage sein soll, die relevanten Informationen für ihre Zeit zu finden. Und dann wird gleich noch die Auflage der Zeitungen mit dem Überleben der Demokratie gleichgesetzt. Das ist doch Unfug.

SPIEGEL: Aber viele Medien könnten in diesem Prozess untergehen.

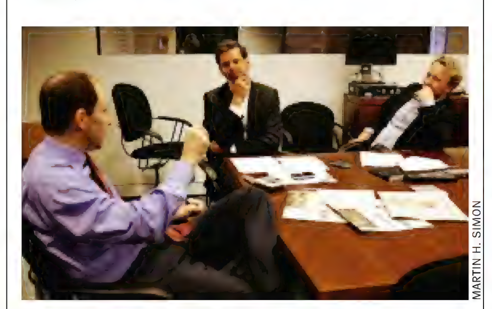
Brauchli: Mit der Zeit werden Zeitungen an Einfluss verlieren, die Auflagen stehen unter großem Druck, aber Print wird in der absehbaren Zukunft eine riesige Rolle spielen. Außerdem glaube ich nicht, dass die Zukunft des Journalismus vom Überleben seiner alten Institutionen abhängt. Wir sollten uns durch unsere Nostalgie für Zeitungen auch nicht den Blick auf die Zukunft und wie wir Journalismus künftig machen verklären lassen.

SPIEGEL: Könnte nicht auch der Staat mit Subventionen für Zeitungen oder Magazine einspringen, wie manche Experten fordern?

Brauchli: Ich bin da skeptisch. Aber ich würde es nicht völlig ausschließen. Es gibt interessante neue Vorschläge, wie man abseits von direkten Zuwendungen Medienorganisationen helfen kann – etwa durch Steuernachlässe. Gerade in der Lokalberichterstattung wäre das eine Möglichkeit. Aber Staatshilfe ist keine Lösung für die Krise.

SPIEGEL: Der beste Journalismus ist oft auch der teuerste, insbesondere investigative Recherchen. Die „Post“ wurde weltberühmt mit der Aufdeckung des Watergate-Skandals, der den damaligen US-Präsidenten Richard Nixon zum Rücktritt zwang. Könnten Sie sich so eine Recherche heute überhaupt noch leisten?

Brauchli: Aber natürlich! Unsere Mannschaft ist erheblich größer als die von 1973, als wir Watergate enthüllten. Wir haben heute ein Reporterteam, das sich nur um investigative Recherchen kümmert.



MARTIN H. SIMON

Brauchli beim SPIEGEL-Gespräch*
„Print wird eine riesige Rolle spielen“

SPIEGEL: Viele lokale Zeitungen können sich das nicht mehr leisten. Sie kommen ihrer Kontrollfunktion kaum noch nach.

Brauchli: In manchen Städten ist das ein Problem, das stimmt. Aber auch hier sehe ich positive Entwicklungen, vor allem im Internet. Eine Autorin des gemeinnützigen Online-Recherche-Netzwerks Pro Publica hat gerade einen Pulitzerpreis für ihre Enthüllungen über die Arbeit in einem Krankenhaus nach dem Hurrikan „Katrina“ gewonnen. Universitäten haben Rechercheteams gegründet.

SPIEGEL: Müssen solche Projekte bald auch die teure Auslandsberichterstattung übernehmen? Viele US-Zeitungen schließen ihre Korrespondentenbüros.

Brauchli: Ich bitte Sie! Das Gerede vom Niedergang der Auslandsberichterstattung ist einfach lächerlich. Ich war selbst lange Auslandskorrespondent, da kenne ich mich nun wirklich aus. Es gibt heute mehr Korrespondenten amerikanischer Medien im Ausland als je zuvor. Schauen Sie nur auf die Nachrichtenagentur Bloomberg: Deren Berichterstatter arbeiten in 135 Ländern. Bei Reuters und AP ist es ähnlich. Amerikaner haben heute mehr Zugang zu Informationen aus dem Ausland als je zuvor.

SPIEGEL: Davon sieht man allerdings nicht viel. In den US-Zeitungen oder -Magazinen liest man immer weniger über das Weltgeschehen.

Brauchli: Vielleicht etwas weniger als früher. Aber es ist doch auch gar nicht unser Ziel, als Zeitung alles abzubilden. Wir müssen auswählen. Diese ganze Idee, der ultimative Geschichtsschreiber zu sein, ist einfach albern. Das klappte eh nie, weil Journalisten immer selektieren mussten, schon aus Platzgründen. Also wussten auch früher die Leser nicht, was in der Hälfte der Welt passierte.

SPIEGEL: Bevor Sie im September 2008 zur „Washington Post“ kamen, waren Sie Chefredakteur des „Wall Street Journal“. Sie verließen das Blatt, kurze Zeit nachdem es vom umstrittenen Medienmogul Rupert Murdoch übernommen worden war und viele um die Zukunft der Traditionszeitung fürchteten. Aber ist es heutzutage nicht die größte Sicherheit für eine Zeitung, wenn ein Verleger alter Schule die Kontrolle hat – selbst wenn er Murdoch heißt?

Brauchli: Ich freue mich über die Unterstützung, die er Zeitungen und traditionellen Medien zukommen lässt. Ich denke, dass jeder, der heute an Journalismus glaubt und ihn finanziert, darin bestärkt werden muss. Manche, die sich dem Journalismus heute verpflichtet fühlen, sind eben alte Schule und wollen Print-Journalismus sehen. Andere sind Pioniere, die in neue Bereiche aufbrechen und nach frischen Wegen für den Journalismus suchen.

SPIEGEL: Herr Brauchli, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Oben: in New York; unten: mit den Redakteuren Gregor Peter Schmitz und Thomas Schulz im Konferenzraum der „Washington Post“.

Impressum

Brandstwiete 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · **SPIEGEL ONLINE** www.spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTEURE Georg Mascolo, Mathias Müller von Blumencron (V. i. S. d. P.)

STELLV. CHEFREDAKTEUR Dr. Martin Doerry

DEUTSCHE POLITIK · HAUPTSTADTBÜRO *Leitung:* Dirk Kurbjuweit, Markus Feldenkirchen (stellv.), Michael Sauga (stellv.). *Redaktion Politik:* Ralf Beste, Petra Bornhöft, Ulrike Demmer, Christoph Hickmann, Kerstin Kullmann, Ralf Neukirch, René Pfister, Christian Schwägerl, Merlind Theile. *Autoren, Reporter:* Henryk M. Broder, Christoph Schwennicke

Meinung: Dr. Gerhard Spörl

Redaktion Wirtschaft: Markus Dettmer, Katrin Elger, Alexander Neubacher, Christian Reiermann, Wolfgang Johannes Reuter. *Autor:* Jan Fleischhauer

DEUTSCHLAND *Leitung:* Konstantin von Hammerstein, Alfred Weinzierl. *Redaktion:* Jan Friedmann, Michael Fröhlingsdorf, Carsten Holm (Hausmitteilung, Online Koordination), Ulrich Jaeger, Guido Kleinhubbert, Bernd Kühnl, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Christoph Scheuermann, Andreas Ulrich, Dr. Markus Verbeet. *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahlkamp, Dr. Thomas Darnstädt, Gisela Friedrichsen, Bruno Schrep, Hans-Ulrich Stoldt, Dr. Klaus Wiegrefe

Berliner Büro *Leitung:* Holger Stark, Frank Hornig (stellv.). *Redaktion:* Markus Deggerich, John Goetz, Wiebke Hollersen, Sven Röbel, Marcel Rosenbach, Michael Sontheimer, Andreas Wassermann, Peter Wensierski. *Autor:* Stefan Berg

WIRTSCHAFT *Leitung:* Armin Mahler, Thomas Tuma. *Redaktion:* Susanne Amann, Beat Balzli, Markus Brauck, Isabell Hülsen, Alexander Jung, Nils Klawitter, Martin U. Müller, Jörg Schmitt, Janko Tietz. *Autoren, Reporter:* Markus Grill, Dietmar Hawranek, Michaela Schießl

AUSLAND *Leitung:* Hans Hoyng, Dr. Christian Neef (stellv.), Britta Sandberg (stellv.), Bernhard Zand (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Manfred Ertel, Joachim Hoelzgen, Juliane von Mittelstaedt, Jan Puhl, Mathieu von Rohr, Sandra Schulz, Helene Zuber. *Reporter:* Clemens Höges, Marc Hujer, Susanne Koelbl, Walter Mayr

Diplomatischer Korrespondent: Dr. Erich Follath

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Johann Grolle, Olaf Stampf. *Redaktion:* Jörg Blech, Manfred Dworschak, Dr. Veronika Hackenbroch, Julia Koch, Beate Lakotta, Cordula Meyer, Hilmar Schmundt, Matthias Schulz, Samiha Shafy, Frank Thadeusz, Christian Wüst. *Autorin:* Rafaela von Bredow

KULTUR *Leitung:* Lothar Gorris, Dr. Joachim Kronsbein (stellv.). *Redaktion:* Verena Araghi, Lars-Olav Beier, Susanne Beyer, Julia Bonstein, Nikolaus von Festenberg, Dr. Volker Hage, Ulrike Knöfel, Philipp Oehmke, Tobias Rapp, Elke Schmitter, Martin Wolf. *Autoren, Reporter:* Wolfgang Höbel, Dr. Romain Leick, Matthias Matussek, Katja Thimm, Dr. Susanne Weingarten

KulturSPIEGEL: Marianne Wellershoff (verantwortlich). Tobias Becker, Anke Dürr, Daniel Sander, Claudia Voigt

GESELLSCHAFT *Leitung:* Matthias Geyer, Cordt Schnibben, Barbara Supp (stellv.). *Redaktion:* Hauke Goos, Barbara Hardinghaus, Ralf Hoppe, Ansbert Kneip, Dialika Krahe. *Reporter:* Uwe Buse, Ullrich Fichtner, Jochen-Martin Gutsch, Thomas Hüetlin, Alexander Osang

SPORT *Leitung:* Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger. *Redaktion:* Cathrin Gilbert, Maik Großekathöfer, Detlef Hacke, Jörg Kramer

SONDERTHEMEN *Leitung:* Dietmar Pieper, Norbert F. Pötzl (stellv.). *Redaktion:* Karen Andresen, Annette Bruhns, Angela Gatterburg, Annette Großbongardt, Uwe Klußmann, Joachim Mohr, Bettina Musall, Dr. Johannes Saltzwedel, Dr. Rainer Traub

PERSONALIEN Katharina Stegelmann; Petra Kleinau

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Katharina Lüken (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Gesine Block, Regine Brandt, Reinhold Bussmann, Lutz Diedrichs, Bianca Hunekuhl, Anke Jensen, Maika Kunze, Stefan Moos, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Manfred Petersen, Fred Schlotterbeck, Tapio Sirkka, Ulrike Wallenfels
Sonderhefte: Karl-Heinz Körner

BILDREDAKTION Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heftgestaltung), Claudia Jeczawitz, Claus-Dieter Schmidt; Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Antje Klein, Elisabeth Kolb, Matthias Krug, Peer Peters, Karin Weinberg, Anke Wellnitz. *E-Mail: bildred@spiegel.de*
SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. (001212) 3075948

GRAFIK Martin Brinker, Johannes Unselt (stellv.); Cornelia Baumermann, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Ralf Geilhufe, Reinhilde Wurst; Michael Abke, Christel Basilon, Katrin Bollmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Petra Gronau, Kristian Heuer, Sebastian Raulf, Barbara Rödiger, Martina Treumann, Doris Wilhelm
Sonderhefte: Jens Kuppi, Rainer Sennewald

PRODUKTION Christiane Stauder, Petra Thormann

TITELBILD Stefan Kiefer; Iris Kuhlmann, Gershom Schwalfenberg, Arne Vogt

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND
BERLIN Pariser Platz 4a, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 886688-100, Fax 886688-111; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. (030) 886688-200, Fax 886688-222

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäßchen 4, 01097 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Georg Bönisch, Andrea Brandt, Frank Dohmen, Barbara Schmid-Schalenbach, Carlsplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Simone Kaiser, Christoph Pauly, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Conny Neumann, Rosental 10, 80331 München, Tel. (089) 4545950, Fax 45459525

STUTTGART Eberhardstraße 73, 70173 Stuttgart, Tel. (0711) 664749-20, Fax 664749-22

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
ABU DHABI Alexander Smoltczyk, P.O. Box 35 209, Abu Dhabi

BANGKOK Thilo Thielke, House No. 170B, Sukhumvit 23, Wattana, Bangkok 10110

BELGRAD Renate Flottau, renate_flottau@spiegel.de

BRÜSSEL Hans-Jürgen Schlamp, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

ISTANBUL Daniel Steinvorth, PK 90 Beyoglu, 34431 Istanbul, Tel. (0090212) 2432080, Fax 2432079

JERUSALEM Christoph Schult, P.O. Box 9369, Jerusalem 91093, Tel. (00972) 26447494, Fax 26447501

KAIRO Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 37604944, Fax 37607655

LONDON Marco Evers, Suite 266, 33 Parkway, London NW1 7PN, Tel. (0044207) 2430889, Fax 2430899

MADRID Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. (003491) 3910575, Fax 3192968

MOSKAU Matthias Schepp, Ul. Bol. Dmitrowka 7/5, Haus 2, 125009 Moskau, Tel. (007495) 96020-95, Fax 96020-97

NAIROBI Horand Knaup, P.O. Box 1402-00621, Nairobi, Tel. (00254) 207123387

NEW DELHI Padma Rao, 101, Golf Links, New Delhi 110003, Tel. (009111) 24652118, Fax 24652739

NEW YORK Klaus Brinkbäumer, Thomas Schulz, 10 E 40th Street, Suite 3400, New York, NY 10016, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Dr. Stefan Simons, 12, Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. (00331) 58625120, Fax 42960822

PEKING Andreas Lorenz, Sanlitun Dongsanjie Gongyu 2-1-31, Peking 100 600, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, 22290-970 Rio de Janeiro-RJ, Tel. (005521) 2275-1204, Fax 2543-9011

ROM Fiona Ehlers, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Dr. Philip Bethge, P.O. Box 151013, San Rafael, CA 94915, Tel. (001415) 7478940

SHANGHAI Dr. Wieland Wagner, Grosvenor House 8 E/F, Jinjiang Hotel, 59 Maoming Rd. (S), Shanghai 200020, Tel. (008621) 54652020, Fax 54653311

SINGAPUR Jürgen Kremb, 5 Hume Avenue # 0404, Hume Park 1, 598720 Singapur, Tel. + Fax (0065) 63142004

STAVANGER Gerald Traufetter, Rygjaveien 33a, 4020 Stavanger, Tel. (0047) 51586252, Fax 51583543

WARSCHAU P. O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, PL- 03-912 Warschau, Tel. (004822) 6179295, Fax 6179365

WASHINGTON 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

DOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen, Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Dr. Anja Bednarz, Ulrich Booms, Dr. Helmut Bott, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Heinz Egleder, Johannes Eltzschig, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Cordelia Freiwald, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. André Geicke, Silke Geister, Catrin Hammy, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Marie-Odile Jonot-Langheim, Michael Jürgens, Renate Kemper-Gussek, Jessica Kensicki, Jan Kerbusk, Ulrich Klötzer, Anna Kovac, Sonny Krauspe, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Nadine Markwaldt-Buchhorn, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa, Nicola Naber, Werner Nielsen, Margret Nitsche, Malte Nohrn, Sandra Öfner, Thorsten Oltmer, Andreas M. Peets, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Rolf G. Schierhorn, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Rainer Staudhammer, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimm, Dr. Eckart Teichert, Nina Ulrich, Hans-Jürgen Vogt, Ursula Wamser, Peter Wetter, Kirsten Wiedner, Andrea Wilkens, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Norbert Facklam

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 64 vom 1. Januar 2010
Mediaunterlagen und Tarife: Tel. (040) 3007-2540, www.spiegel-qc.de

Commerzbank AG Hamburg, Konto-Nr. 6181986, BLZ 200 400 00

Verantwortlich für Vertrieb: Thomas Hass

Druck: Prinovis, Dresden
Prinovis, Itzehoe

VERLAGSLEITUNG Fried von Bismarck, Matthias Schmolz

GESCHÄFTSFÜHRUNG Ove Saffe

DER SPIEGEL (USPS No. 0154520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Subscription price for USA is $340 per annum.
K.O.P.: German Language Pub., 153 S Dean St, Englewood, NJ 07631.
Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and additional mailing offices. Postmaster:
Send address changes to: DER SPIEGEL, GLP, PO Box 9868, Englewood, NJ 07631.

Service

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Brandstwiete 19, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln / Recherche
Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:
Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxen sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

übriges Ausland:
New York Times Syndication Sales, Paris
Telefon: (00331) 53057650 Fax: (00331) 47421711

für Fotos:
Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

SPIEGEL-Shop
SPIEGEL-Bücher, SPIEGEL-TV-DVDs, Titelillustrationen als Kunstdruck und eine große Auswahl an weiteren Büchern, CDs, DVDs und Hörbüchern unter www.spiegel.de/shop
Abonnenten zahlen keine Versandkosten.

SPIEGEL-Einzelhefte (bis drei Jahre zurückliegend)
Telefon: (040) 3007-2948
Fax: (040) 3007-857050
E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Ältere SPIEGEL-Ausgaben
Telefon: (08106) 6604 Fax: (08106) 34196
E-Mail: spodats@t-online.de

Kundenservice
Persönlich erreichbar Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr, Sa. 10.00 – 16.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg
Umzug/Urlaub: 01801 / 22 11 33 (3,9 Cent/Min.)*
Fax: (040) 3007-857003
Zustellung: 01801 / 66 11 66 (3,9 Cent/Min.)*
Fax: (040) 3007-857006
* aus dem Mobilfunk max. 0,42 €/Min.

Service allgemein: (040) 3007-2700
Fax: (040) 3007-3070
E-Mail: aboservice@spiegel.de

Kundenservice Schweiz
Telefon: (0049) 40- 3007-2700 Fax: (0049) 40-3007-3070
E-Mail: kundenservice-schweiz@spiegel.de

Abonnement für Blinde
Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.
Telefon: (06421) 606265 Fax: (06421) 606259
E-Mail: info@blista.de

Elektronische Version, Stiftung Blindenanstalt Frankfurt am Main
Telefon: (069) 955124-15 Fax: (069) 5976296
E-Mail: m-kirchner@t-online.de

Abonnementspreise
Inland: zwölf Monate € 189,80
Sonntagszustellung per Eilboten Inland: € 709,80
Studenten Inland: 52 Ausgaben € 145,60 inkl. 6-mal UniSPIEGEL
Schweiz: zwölf Monate sfr 351,00
Europa: zwölf Monate € 244,40
Außerhalb Europas: zwölf Monate € 322,40
DER SPIEGEL als E-Paper: zwölf Monate € 189,80
Halbjahresaufträge und befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

Abonnementsbestellung
bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: (040) 3007-3070.
Ich bestelle den SPIEGEL
❑ für € 3,65 pro Ausgabe (Normallieferung)
❑ für € 13,65 pro Ausgabe (Eilbotenzustellung am Sonntag) mit dem Recht, jederzeit zum Monatsende zu kündigen.
Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte bekomme ich zurück.
Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Ich zahle
❑ bequem und bargeldlos per Bankeinzug (1/4-jährl.)

Bankleitzahl Konto-Nr.

Geldinstitut
❑ nach Erhalt der Jahresrechnung. Ein Widerrufsrecht besteht nicht.

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten SP10-001-WT127

SPIEGEL ONLINE Jeden Tag. 24 Stunden.



MARIO ANZUONI / REUTERS

Konkurrenz für das iPad: Tablet-Rechner von Lenovo bei Elektronikschau in Las Vegas

WIRTSCHAFT | Reset in der Tech-Welt
Tablets, Netbooks, Kleinsttalente – die traditionelle PC-Kiste weicht einer Generation neuer Mini-Rechner, das Geschäftsmodell der Computerkonzerne verändert sich dramatisch. SPIEGEL ONLINE über Gewinner und Verlierer auf einem smarten neuen Markt.

POLITIK | Neustart nach der Zitterwahl
Was bedeutet der Ausgang der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen für das Parteiengefüge im Bund? SPIEGEL ONLINE analysiert die Machtverhältnisse in Berlin nach der „kleinen Bundestagswahl".

SPORT | Pokaltraum in Berlin
Im Finale des DFB-Pokals hofft der Meister Bayern München auf Top-Leistungen seiner Superstars Robben und Ribéry. Reicht das gegen einen Titelverteidiger Werder Bremen in Bestform? SPIEGEL ONLINE ist live dabei.

UNISPIEGEL | Kulturschock in China
In Peking arbeitete sie als Marketing-Managerin, machte den Führerschein, kämpfte sich durch den Servicedschungel – und war mal frustriert, mal begeistert. Auf SPIEGEL ONLINE berichtet die Autorin Sonja Piontek von ihrem Alltag in einem fernen, fremden Land.

KULTUR | Monsterruhm
Kostümwechsel im Minutentakt – SPIEGEL ONLINE schildert, wie Pop-Phänomen Lady Gaga den Auftakt ihrer Deutschland-Tournee bestreitet.

einestages.de | Formel famos



AP

Vor 60 Jahren startete in Silverstone das erste Formel-1-Rennen. Die Rennserie wurde zur größten und wichtigsten der Welt – weil sie sich immer wieder neu erfand. einestages.de blickt zurück auf mehr als ein halbes Jahrhundert der Desaster, Duelle und Super-Ego-Meister.

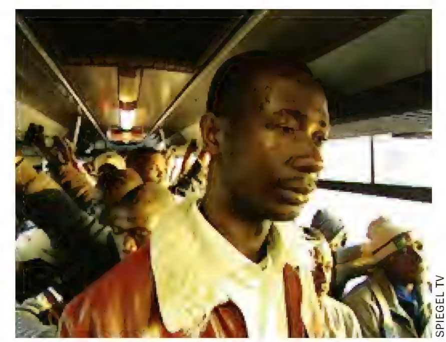
www.spiegel.de – Schneller wissen, was wichtig ist

SPIEGEL TV

MONTAG, 10. 5., 23.00 – 23.30 UHR | SAT.1
SPIEGEL TV REPORTAGE
Türken-Sam – Eine Gangsterkarriere, Teil 2
Er wuchs auf unter Deutschen, im Hamburg der achtziger Jahre. Ein talentierter Fußballer mit Abitur, der Jura studieren wollte. Stattdessen wurde Cem Gülay, der Türken-Sam genannt wird, Mitglied der berüchtigten „Gangster GmbH" und verdiente üppig mit illegalen Warentermingeschäften.

DIENSTAG, 11. 5., 23.15 – 0.10 UHR | VOX
SPIEGEL TV EXTRA
Partyrepublik Kazantip – Dauerrave am Schwarzen Meer
Ausnahmezustand auf der Krim: Jeden Sommer feiert die Spaßrepublik Kazantip die längste Party der Welt. Wichtigste Zutaten: Musik, Alkohol und jede Menge nackte Haut.

SAMSTAG, 15. 5., 20.15 – 0.15 UHR | VOX
SPIEGEL TV DOKUMENTATION
Endlich Ich – Der richtige Körper für mein Leben
Sie werden als Transsexuelle oder auch Transgender bezeichnet: Menschen, die das Gefühl haben, im falschen Körper geboren zu sein. In Deutschland sind 50 000 Fälle mit dieser sogenannten Geschlechtsidentitätsstörung bekannt. Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher sein, weil viele Betroffene aus Angst vor Zurückweisung, aus Schuldgefühl und Scham die Öffentlichkeit meiden.



SPIEGEL TV

Afrikanische Flüchtlinge in Italien

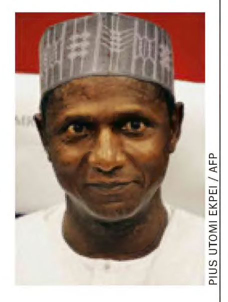
SONNTAG, 16. 5., 22.20 – 23.05 UHR | RTL
SPIEGEL TV MAGAZIN
Tage des Zorns – Die griechische Tragödie und ihre Folgen; **Mach mir den Hof!** – Männerbesuch bei Bäuerin Sarah; **Die schwarze Stadt** – Afrikas Flüchtlinge überschwemmen die italienische Provinz.

GESTORBEN

Giulietta Simionato, 99. Verdis Musik, sagte die italienische Mezzosopranistin einmal, sei die „Flamme“ ihrer Karriere gewesen. Aber auch Partien von Mozart, Rossini und Bartók verkörperte sie mit Bravour; eine ihrer Paraderollen blieb die Carmen. Seit ihrem Durchbruch 1947 an der Mailänder Scala galt die Spätstarterin als feste Größe der internationalen Opernwelt; allürenfrei, ausdauernd und kollegial, beeindruckte sie mit ihrer Stimme jedes noch so kritische Publikum. Schon 1966 trat die Freundin von Maria Callas und erste Mezzo-Wahl so großer Dirigenten wie Herbert von Karajan oder Tullio Serafin von der Bühne ab; ihre Kunst aber wird in vielen legendären Aufnahmen fortleben. Giulietta Simionato starb am 5. Mai in Rom.


HULTON ARCHIVE / GETTY IMAGES

Umaru Yar’Adua, 58. Er war der 13. Präsident Nigerias, einer der wenigen mit Hochschulbildung und der erste, der sein Einkommen offenlegte – ungewöhnlich in dem korrupten Land. Als Gouverneur des Bundesstaats Katsina war der gläubige Muslim einer der ganz wenigen Gouverneure im Land, die nicht unter Betrugsverdacht standen. Doch so integer er Politik zu machen versuchte, so wenig gelang es ihm nach seiner Wahl im April 2007 zum Staatspräsidenten, die Korruption einzudämmen, die Ölmilliarden gerechter zu verteilen und den Konflikt zwischen Christen und Muslimen zu entschärfen – die Erfolgsbilanz blieb dürftig. Am 23. November 2009 flog Yar’Adua nach Saudi-Arabien, um sich am Herzen behandeln zu lassen. Danach sah ihn sein Volk nicht wieder. Ein mit brüchiger Stimme vom Krankenbett geführtes Interview mit der BBC war im Januar sein letztes Lebenszeichen. Umaru Yar’Adua kehrte in einer Nacht-und-Nebel-Aktion nach Nigeria zurück und starb am 5. Mai in Abuja.


PIUS UTOMI EKPEI / AFP

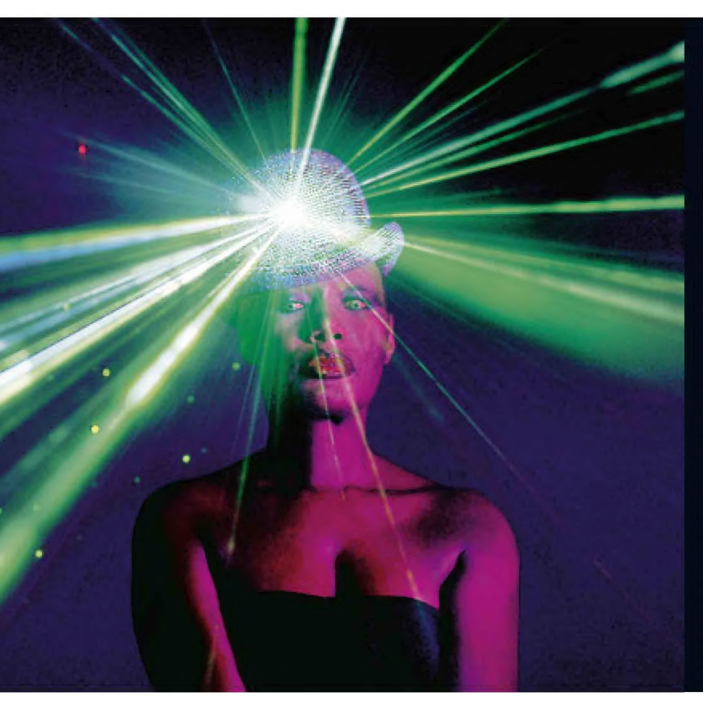
Max Palevsky, 85. Als der Computerpionier in die Intel Corporation investierte, war sie noch ein kleines Start-up-Unternehmen. Heute ist Intel der größte Hersteller von Mikroprozessoren weltweit. Nach dem Studium der Mathematik und Philosophie in Berkeley und Chicago bewies Palevsky ein ausgezeichnetes Händchen für Computergeschäfte: So beteiligte er sich am Großrechnerhersteller Scientific Data Systems und erhielt 1969 beim Verkauf des Unternehmens 100 Millionen Dollar. Mit seinem Reichtum unterstützte er politische Kampagnen sowie das darbende Musikmagazin „Rolling Stone“ und förderte die Kunstgewerbesammlung des Los Angeles County Museum of Art. Technischen Neuerungen stand er eher skeptisch gegenüber: In einem Essay kritisierte er die hypnotische Kraft von Computerspielen, die Ablösung echter Recherche durch Google-Suche und dass Instant-Messaging den sozialen Diskurs verdrängt habe. In einem Interview mit der „Los Angeles Times“ 2008 gab er zu, weder Computer noch Handy zu besitzen. Max Palevsky starb am 5. Mai in Beverly Hills.

Jean-Louis Dumas, 72. Er sprach nicht gern von Luxus, lieber von Qualität – und die könne man auch auf Märkten in Afrika finden. Der langjährige Hermès-Chef glaubte an die Gleichheit der Menschen, zumindest wenn es um den Sinn für Stil ging. Sich selbst sah Dumas als „Handwerker“. Was für einen goldenen Boden ihr Gewerbe hatte, merkte die Familie bereits 1837: Damals gründete der Sattlermeister Thierry Hermès in Paris ein Geschäft für Sattel- und Zaumzeug. Qualität und gehobene Preise sind bis heute das Erkennungszeichen des Unternehmens: Handtaschen etwa gibt es für ein paar tausend Euro aufwärts. Jean-Louis Dumas aus der fünften Hermès-Generation stand fast 30 Jahre an der Spitze der Firma. 1978 übernahm er die Leitung des etwas angestaubten Lederwarenherstellers mit einem Jahresumsatz von 50 Millionen Euro. Heute ist Hermès ein Weltkonzern, der 2009 über 1,9 Milliarden Euro erlöste. Dumas einte die verzweigte Gemeinschaft der Erben, die allen Übernahmegerüchten zum Trotz noch immer 74 Prozent der Aktien kontrolliert. Jean-Louis Dumas starb am 1. Mai in Paris.


ERWIN ELSNER

URTEIL

Karlheinz Schreiber, 76, Ex-Waffenlobbyist, wurde vergangenen Mittwoch vom Landgericht Augsburg wegen Steuerhinterziehung zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Schreiber Provisionszahlungen für Flugzeug- und Panzergeschäfte nicht versteuert hat. Dadurch soll er zwischen 1988 und 1993 rund 15 Millionen Mark hinterzogen haben. Seine Anwälte haben gegen das Urteil Revision angekündigt.



Grace Jones, 61, Pop-Ikone, Sängerin, Schauspielerin und Muse zahlreicher Künstler, entdeckt das Single-Dasein für sich. Die gebürtige Jamaikanerin ist seit ihrer Trennung von dem 20 Jahre jüngeren Musikproduzenten Ivor Guest solo und genießt angeblich das Alleinsein: „Ich lege Puzzles. Ich schätze die Natur.“ Viel Muße dürfte die exzentrische Künstlerin in letzter Zeit allerdings nicht gehabt haben. Neben regelmäßigen Bühnenauftritten hat sie sich auf eine intensive Zusammenarbeit mit dem Fotokünstler Chris Levine eingelassen. Die aufwendigen 3-D-Porträts von Grace Jones sind unter dem Titel „The Stillness of the Speed of Light“ in einer Ausstellung in London noch bis zum 15. Mai zu sehen.

CHRIS LEVINE, 2010

Oskar Lafontaine, 66, scheidender Bundesvorsitzender der Linken, droht der Verlust seines Mandats für deren Bundesparteitag in Rostock. Ein Mitglied der Ortsgruppe Wallerfangen, Lafontaines Wohnort im Saarland, hat bei der Landesschiedskommission der Partei die Ergebnisse des Kreisverbands Saarlouis zur Delegiertenwahl angefochten. Lafontaine war bei der Versammlung mit 68 Prozent der Stimmen zu einem von vier Delegierten für Rostock bestimmt worden. In der Anfechtung werden „undemokratische, parteirechtswidrige“ Methoden moniert. So habe es keine ausreichende Möglichkeit gegeben, die Kandidaten zu befragen. Das letzte Wort hätte im Zweifel die Bundesschiedskommission in der Berliner Parteizentrale, die sich vorsorglich bereits mit dem pikanten Fall vertraut gemacht hat. Intern kommt man dort zu der Einschätzung, dass die Anfechtung wohl berechtigt sein könnte. Damit wäre Lafontaine dann auf dem Parteitag am kommenden Wochenende, bei dem er Abschied als Bundesvorsitzender nimmt, kein ordentlicher Delegierter. Ein Sprecher der Saar-Linken ließ offen, wann die Landesschiedskommission sich mit dem Fall befasst: „Die Anfechtung richtet sich gegen das Wahlverfahren, nicht gegen die Person Lafontaine.“



POLARIS / STUDIO X

Lafontaine

Omid Nouripour, 34, Bundestagsabgeordneter der Grünen, ärgert sich über wiederholte „Informationspannen“ im Verteidigungsministerium. So ordnete der Parlamentarische Staatssekretär Thomas Kossendey (CDU) den sicherheitspolitischen Sprecher der Grünen in einem Schreiben der Partei „Bündnis90/Die Linke“ zu. Eine solche Fusion sei „nicht zuletzt aufgrund historischer Erfahrungen völlig unrealistisch“, schrieb Nouripour daraufhin an Kossendey. Der junge Abgeordnete, dem Kossendey schon im vergangenen Jahr schriftlich zum 50. Geburtstag gratuliert hatte (SPIEGEL 29/09), wünscht sich aber „weiterhin gute, informative und pannenfreie Zusammenarbeit!“

Wladimir Schirinowski, 64, für seine antiamerikanischen Ausfälle bekannter stellvertretender Vorsitzender des russischen Parlaments, hat eine Adresse in New York. Der Ultranationalist, der in den neunziger Jahren ein Fünftel der Wähler hinter seine Partei gebracht und die Welt als „Russen-Hitler“ erschreckt hatte, eröffnete mitten im Big Apple das Restaurant „Bei Schirinowski“. 1992 hatte der Populist erstmals gefordert, Alaska zurückzuholen, das Zar Alexander II. 1867 an die Vereinigten Staaten verkauft hatte. 2006 beleidigte er die damalige amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice schwer: Deren antirussische Haltung sei mit sexueller Frustration zu erklären. Er empfehle ihr eine Kompanie Soldaten zur Therapie. Nun sollen sich die Amerikaner in New York, begleitet von Werbefilmen der Schirinowski-Partei LDPR und patriotischen Liedern, an traditionell russischer Küche erfreuen.



ALEXANDER NATRUSKIN / REUTERS

Schirinowski

Aygül Özkan, 38, CDU-Sozialministerin in Niedersachsen, stand im Mittelpunkt einer „Türkisch-Krise im Landtag“. So berichtete es jetzt die türkische Tageszeitung „Hürriyet“. Der Grünen-Abgeordnete Helge Limburg hatte sich für den Schluss seiner Plenumsrede in der vorvergangenen Woche ein paar türkische Worte zurechtgelegt, um sich bei der Ministerin für ihren umstrittenen Beitrag zur Kreuz-Debatte zu bedanken: „Sehr geehrte Frau Özkan, ich gratuliere Ihnen. Bravo!“, sagte der Politiker in holprigem Türkisch – und löste damit einen Sturm der Entrüstung in der CDU aus: „Hier wird Deutsch gesprochen“, zischte ein Abgeordneter. „Was ist, wenn das eine Beleidigung war? Sonst rede ich hier gleich Plattdeutsch“, rief ein anderer. Erst als Limburg auf Geheiß des Landtagspräsidenten die Worte noch einmal auf Deutsch wiederholte, kehrte Ruhe in der erregten CDU-Fraktion ein. Ministerin Özkan blieb gelassen – und bedankte sich nach der Plenumssitzung bei dem Grünen-Politiker für die Glückwünsche.



CHRISTIAN CHARISIUS / REUTERS

Özkan

Frank-Walter Steinmeier, 54, Chef der SPD-Bundestagsfraktion, beweist derzeit erstaunliche Standhaftigkeit. Der ehemalige Außenminister, der seit dem Jahreswechsel nicht mehr raucht, hat in der Armlehne seines Dienstwagens noch eine Schachtel Zigaretten liegen. Auf die Frage eines Mitarbeiters, ob er die

Gia Johnson, 23, britisches Fotomodell, kämpft gegen Rassismus. Die in London lebende Schönheit hat sich mit vier anderen jungen Frauen im Bikini für das Cover der „Vogue“ Indien ablichten lassen, um auf Vorurteile gegen dunkle Haut aufmerksam zu machen. Mit der Titelzeile „The Dawn of Dusk“ (etwa: „Aufbruch des Dunklen“) will das Modemagazin das sogenannte Schneewittchen-Syndrom in Indien anprangern. Weiße Haut gilt vielen Indern als ultimatives Schönheitsideal. Der Marktanteil von Kosmetikprodukten, die eine helle Haut zaubern sollen, ist dramatisch gestiegen. Der Verkauf von Bleichmitteln wie „White Perfect“ verzeichnet ein jährliches Wachstum von bis zu 18 Prozent. Johnson engagiert sich aus Überzeugung. Im vergangenen Jahr war sie zum ersten Mal beruflich in Indien: „Ich war schockiert zu sehen, in welchem Ausmaß diese Cremes beworben werden.“

ATUL KASBEKAR / KINGFISHER SWIMSUIT SPECIAL CALENDAR 2010

Zigaretten noch brauche, entgegnete Steinmeier: Nein, aber der Mitarbeiter, ein passionierter Raucher, könne sie haben. Dessen Antwort: Dann solle Steinmeier die Schachtel an ihrem Platz lassen, falls unterwegs mal die Zigaretten ausgingen. Die Glimmstängel fahren also weiter mit. Im Urlaub wollte Steinmeier allerdings nicht ständig an sein altes Laster erinnert werden. Als er sich über Ostern in Tirol erholte, fand er in einer Manteltasche Zigaretten: Die warf er kurzerhand weg.

Markus Söder, 43, bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, hat seine Tochter zu ausgeprägtem Umweltbewusstsein erzogen. Die Kleine gebe nämlich „Opa kein Küsschen mehr“, wenn der wieder mal den Wagen klimafeindlich im Leerlauf laufen lässt, erzählte Söder bei einer Veranstaltung zum 20-jährigen Bestehen der Allianz-Umweltstiftung in Benediktbeuren. Der CSU-Mann überraschte zudem mit dem Entwurf eines neuen Mottos: „Lebensland Bayern“ – unter dieser Überschrift soll der Freistaat nach dem Wandel vom Agrarland zur Hightech-Region („Lederhose und Laptop“) in eine grüne Zukunft geführt werden. Das offizielle Briefpapier seines Ministeriums wurde mit viel Aufwand schon mit dem Zusatz „Lebensministerium“ ergänzt. Öko-Populist Söder plädiert allerdings ungebrochen für die Kernenergie: „Ja mei, sicher werden die bayerischen Atomkraftwerke im Jahre 2020 oder 2030 noch laufen.“

Söder

STEFAN PUCHNER / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Zipi Livni, 51, israelische Oppositionsführerin und ehemalige Außenministerin, weiß seit vergangener Woche, dass sie ihren umstrittenen Haftbefehl einer vermeintlichen Doppelgängerin zu verdanken hat. Im Dezember 2009 kam es zwischen Israel und Großbritannien zu diplomatischen Verwicklungen, weil ein Londoner Gericht einen Haftbefehl gegen die Politikerin ausgestellt hatte. Es folgte damit einem Antrag von Palästinensern, die Livni Kriegsverbrechen im Gaza-Streifen während ihrer Zeit als Regierungsmitglied vorwarfen. In Großbritannien können ausländische Staatsbürger für im Ausland begangene Verbrechen belangt werden. Nun kam heraus, dass die Israelin Tami Shor, Vize-Generaldirektorin der staatlichen Wasserbehörde, die Schlüsselrolle in der Affäre spielte. Obwohl Shor mit Livni allenfalls die Augenfarbe gemein hat, meinten Palästinenser, die Ex-Außenministerin im Londoner Hendon Hotel erkannt zu haben – und erwirkten den Haftbefehl. Wie ernst die britischen Behörden es tatsächlich meinten, ist ebenfalls erst jetzt bekanntgeworden: Polizisten durchsuchten das Hotel und sichteten sogar die Aufzeichnungen der Überwachungskameras. Erst später fanden sie heraus, dass Livni nie in London angekommen war.



JACK GUEZ / AFP

Livni

Hohlspiegel

Aus der „Weinwirtschaft“: „Als Galionsfigur, die für diese Weine ihre Zunge ins Feuer legt, konnte Sommelierweltmeister Markus del Monego gewonnen werden.“

Gebrochene Rippe ist kein Beinbruch

Aus der „Nordsee-Zeitung“

Aus dem Horoskop der Münchner „Abendzeitung“: „Handeln Sie bei Entscheidungen am Arbeitsplatz nur nach Vernunft und Instinkt.“

Bildunterschrift aus der „Frankfurter Allgemeinen“: „Dafür fasziniert Götz George Hannelore Elstner als reiche Witwe“.

Inseln des Überlebens

Wo Menschen zwischen 15 und 60 besonders selten sterben

Aus der „Süddeutschen Zeitung“

Aus der „Badischen Zeitung“: „… die Bundesregierung finanziert Bildungslotsen und verspricht eine Milliarde Euro, mit der die Bildungsarbeit bereits in der Grundschule bekämpft werden soll.“

Aus dem „Tagesspiegel“: „23 Jahre später deutet nichts auf eine Ästhetisierung des Protests. Künstler wärmen sich nicht länger an Billigbier, sondern beauftragen gezielt verkaufsgewandte Galeristen.“

Löcher im Kanal sind dem Land ein Dorn im Auge

Aus der Tageszeitung „Die Glocke“

Aus den „Stuttgarter Nachrichten“: „Die Griechen müssen in der Krise den Gürtel so eng schnallen, dass es kracht.“

Aus dem „Herborner Tageblatt“: „In den USA erinnert man sich noch voller Bitterkeit an das staatliche Hilfschaos, nachdem 2005 der Hurrikan Tod und Verwüstung über Louisianas Küste gebracht hatte – genau dort, wo jetzt der Ölteppich wie ein Damoklesschwert über der Region hängt.“

Rückspiegel

Zitat

Die „taz“ zum SPIEGEL-Beitrag „Debatte – ‚Untätig und unsichtbar‘“ über die Krisenpolitik der Kanzlerin von Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier (Nr. 18/2010):

Am Montag hatten sich Ex-Finanzminister Peer Steinbrück und Ex-Außenminister Frank-Walter Steinmeier im SPIEGEL zur Krise eingelassen. Gefährlich für Merkel war nicht der Inhalt, sondern der Auftritt. Die Intervention der „Stones“ beschwor die Frage herauf, ob die Kanzlerin mit dem Neuling Westerwelle und dem eigenwilligen Wolfgang Schäuble so verlässlich kooperieren könne wie mit ihren Vertrauten aus der SPD.

Der SPIEGEL berichtete …

… in Nr. 16/2010 „Kirche – Nichts gelernt“ über den Missbrauchsverdacht gegen einen Priester im Bistum Aachen.

Bereits im Januar hatte der Vater eines Opfers beim bischöflichen Ordinariat den Fall angezeigt. Letzte Woche gab das Bistum Aachen bekannt, Priester Georg K. bekenne sich zu seiner Schuld und wisse, dass er „den Opfern und ihren Familien Schaden und Schmerzen zugefügt habe“. Der Geistliche habe bei der Staatsanwaltschaft Krefeld Selbstanzeige erstattet.

Ehrungen

Beat Balzli, 44, SPIEGEL-Redakteur, ist von dem Fachblatt „Wirtschaftsjournalist“ zum besten Wirtschaftsjournalisten des Jahres gewählt worden. Gleichzeitig wurde das SPIEGEL-Wirtschaftsressort unter Leitung von **Armin Mahler,** 55, und **Thomas Tuma,** 45, zur besten Magazin-Wirtschaftsredaktion des Landes erklärt.

Die SPIEGEL-TV-Autoren **Marc Brasse,** 45, und **Florian Huber,** 42, wurden für den Film „Schabowskis Zettel“ zweimal ausgezeichnet: bei den New York Festivals mit der „Gold World Medal“ als bester Beitrag in der Kategorie „Docudrama“ und auf dem International Filmfestival in Houston mit dem „Grand Remi“, der höchsten Auszeichnung für TV-Produktionen. „Schabowskis Zettel“ ist eine Co-Produktion von Spiegel TV und Monaco Film im Auftrag der ARD. **Peter Hell,** 46, SPIEGEL-TV-Autor, wurde in New York mit der „Silver World Medal“ in der Kategorie „Best News Magazine Programme“ geehrt. Hell erzählt in „Fluchtpunkt Europa“ die dramatische Geschichte afghanischer Flüchtlinge, deren monatelange Odyssee in Griechenland endet.